

# Landkreis Nachrichten



## BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



### Schwerpunkt:

(Erste) Lehren aus  
der Corona-Pandemie

### Themen:

Auf dem Weg zur  
emissionsfreien  
Straßenmeisterei

Kommunale Schuldnerberatung  
in Baden-Württemberg

Innovative Gesundheits-  
konzepte – Verbesserung der  
medizinischen Versorgung

### Nachrichten:

Landkreise bekennen  
sich hundertprozentig zu  
Klimaschutzzielen

### Personalien:

Dr. Christian Dusch  
ist neuer Landrat  
im Landkreis Rastatt



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

## **HERAUSGEBER:**

Landkreistag Baden-Württemberg  
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart  
Telefon 0711 / 22 46 20  
Telefax 0711 / 2 24 62-23  
www.landkreistag-bw.de  
posteingang@landkreistag-bw.de

## **REDAKTION:**

Hauptgeschäftsführer  
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,  
Michael Schlichenmaier und  
Nadine Steck

## **STÄNDIGE MITARBEIT:**

Pressestellen der Landratsämter  
in Baden-Württemberg

## **EMPFÄNGER:**

Die Mitglieder der Kreistage,  
des Landtags und des Bundestags,  
Landes- und Kommunalbehörden,  
Verbände und kommunalpolitisch  
interessierte Persönlichkeiten.  
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers  
gekennzeichnet sind, geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Zustimmung der Redaktion.

## **BILDNACHWEIS:**

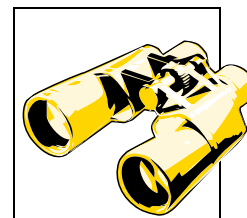
Titelseite: Grafische Werke Stuttgart,  
Dietmar Hahn, Fuchs/Rems-Murr-Kliniken.  
Rückseite: Landratsamt Hohenlohekreis

## **SATZ UND DRUCK:**

Offizin Scheufele Druck und Medien  
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Gedruckt auf umweltfreundlich,  
chlorfrei hergestelltem Papier.





# INHALT

## THEMEN

- Editorial  
**Von Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Alexis v. Komorowski** Seite 278
- Lehren aus dem Krisenmanagement in der Corona-Pandemie  
**Von Thomas Strobl, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg, Stuttgart** Seite 280
- „Die derzeitige Infektionslage bereitet mir große Sorge“  
**Von Manne Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Stuttgart** Seite 282
- Das Europäische Parlament und die Corona-Pandemie: Lektionen gelernt  
**Von Norbert Lins MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) im Europäischen Parlament, Brüssel und Straßburg** Seite 287
- Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche  
**Von Dr. Klaus Michael Rückert, Landkreis Freudenstadt** Seite 290
- Klausurtagung der Altenhilfefachberatungen in Allensbach-Hegne  
**Von Daniel Werthwein, Stuttgart** Seite 291
- Die Pandemie lässt sich nur gemeinsam bekämpfen  
**Von Dr. Ulrike Bopp-Haas, Alb-Donau-Kreis** Seite 292
- Im Landkreis Böblingen hat man Manches anders gemacht  
**Von Simone Hotz, Landkreis Böblingen** Seite 294
- Expertise, Kooperation und Mut zur Entscheidung: Erfolgreiches Krisenmanagement beim Müller-Fleisch-Ausbruch im Frühjahr 2020  
**Von Sabine Burkard und Jürgen Hörstmann, Enzkreis** Seite 298
- Deutsch lernen digital – nicht nur im Pandemiejahr?  
**Von Heide Hindahl und Karen Württemberger, Landkreis Heilbronn** Seite 301
- Flexibel und innovativ in der Krise – Erfahrungen aus dem Hohenlohekreis, einem der ersten Corona-Hotspots Deutschlands  
**Von Annemarie Flicker-Klein, Hohenlohekreis** Seite 305
- Mit einem eigenen digitalen Tool hat sich der Landkreis Karlsruhe für die Datenflut der Pandemie gewappnet  
**Von Janina Keller, Landkreis Karlsruhe** Seite 309
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Pandemiebekämpfung an Hochrhein und Bodensee – oder: Das Coronavirus kennt keine Grenzen ...  
**Von Dr. Corinna Schweizer, Landkreis Waldshut, und Stefan Basel, Landkreis Konstanz** Seite 313
- „Lehren aus der Corona-Pandemie“ im Landkreis Ludwigsburg: Von Welle zu Welle  
**Von Frank Wittmer, Landkreis Ludwigsburg** Seite 316

- Digitalisierungsschub in Zeiten von Corona im Landkreis Lörrach  
**Von Mai-Kim Läm in Zusammenarbeit mit Marco Petrucci, Laura Würz und Dirk Hoenes, Landkreis Lörrach** Seite 318
- Gelebte Digitalisierung in der Corona-Pandemie: Testen mit COSAN und RMK-COSIMA  
**Von Tamara Bürtsch und Martina Keck, Rems-Murr-Kreis** Seite 322
- Gerade in Krisen: Der Kreis Sigmaringen steht zusammen – Erste Lehren aus der Corona-Pandemie  
**Von Tobias Kolbeck, Landkreis Sigmaringen** Seite 325
- Krisensichere Behördenstruktur: Das Landratsamt Zollernalbkreis in der Bewältigung der Corona-Pandemie – und in einer sicheren Zukunft  
**Von Stefan Hermann, Zollernalbkreis** Seite 329
- Chancen in der Krise – Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Beratungsstrukturen in den Pflegestützpunkten  
**Von Julia Lins, Stuttgart** Seite 334

## WEITERE THEMEN

- Bessere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets – Mehr Kinder und Jugendliche sollen Anspruch auf Bildung und Teilhabe einlösen können  
**Von Dr. Michael Wolff, Stuttgart** Seite 336
- Technische Verwaltung  
**Von Nicole Gutknecht, Stuttgart** Seite 338
- INDILAKO zur Ausstattung von Schulen mit mobilen Endgeräten nach 9 Monaten erfolgreich abgeschlossen  
**Von Stefan Keller, Landkreis Karlsruhe** Seite 339
- Die kommunale Schuldnerberatung in Baden-Württemberg  
**Von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Schuldnerberatung** Seite 340
- Die Kreiskoordinationsstellen für die generalistische Pflegeausbildung stellen sich vor  
**Von Andreas Grau, Rems-Murr-Kreis** Seite 347
- Koordinationsstellen Heidenheim  
**Von Diana Rau, Landkreis Heidenheim** Seite 348
- Koordinationsstelle Stadtkreis Stuttgart  
**Von Rita Grigsby, Stuttgart** Seite 349
- Koordinationsstelle Rems-Murr-Kreis  
**Von Andreas Grau, Rems-Murr-Kreis** Seite 350
- Landkreis Esslingen – Auf dem Weg zur emissionsfreien Straßenmeisterei  
**Von Thomas Eisenmann, Landkreis Esslingen** Seite 351
- „Wenn Du das Gas wegnimmst, kann ich mein Kissen wegnehmen!“ – eine Motorradlärnkampagne des Landkreises Göppingen  
**Von Jessica Wahl, Landkreis Göppingen** Seite 354
- Essstörungen im Landkreis Tuttlingen stark angestiegen AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg und Landratsamt Tuttlingen kooperieren bei der Präventionsinitiative zum Thema Essstörungen  
**Von Bernd Mager und Sylvia Broschk, Landkreis Tuttlingen** Seite 356

- Im Landkreis Tuttlingen verbessern zukünftig innovative Gesundheitskonzepte die medizinische Versorgung

Von Bernd Mager und Sylvia Broschk, Landkreis Tuttlingen

Seite 361

## NACHRICHTEN

### Pressemeldungen des Landkreistags

- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 187/2021 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg – Quarantäne-Regeln werden angepasst vom 17. September 2021 Seite 366
- Gemeinsame Pressemitteilung der Kommunalen Landesverbände zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg vom 17. September 2021 – Aus abstrakten Zielen konkrete Umsetzung machen. Kommunen als Lösungsebene stärken und stützen. Seite 366
- Gemeinsame Pressemitteilung des Gemeindetags Baden-Württemberg, des Landkreistags Baden-Württemberg und des Städtetags Baden-Württemberg vom 21. September 2021– Auch 2022 hoher Finanzbedarf in den baden-württembergischen Kommunen Seite 367
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 193/2021 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration „Gemeinsame Willenserklärung des Landes und der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg zum Übergang der Versorgung mit Impfungen gegen das Coronavirus auf die niedergelassene Ärzteschaft“ vom 29. September 2021 Seite 369
- Landkreise bekennen sich hundertprozentig zu Klimaschutzzielen vom 13. Oktober 2021 – Landkreistagspräsident Walter: Grundfinanzierung der regionalen Energieagenturen unbedingt absichern Seite 369
- Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur Pressemitteilung Nr. 221/2021 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg „Änderung bei Fall- und Kontaktpersonenmanagement in den Gesundheitsämtern / Positiv auf das Coronavirus getestete Personen werden nicht mehr routinemäßig kontaktiert“ vom 5. November 2021 Seite 370

## PERSONALIEN

Seite 371

## SPEKTRUM

Seite 372



## Pandemie-Lehren ... und „alter Wein in neuen Schläuchen“

*Liebe Leserinnen und Leser!*

Es mag bei vordergründiger Betrachtung als vermessen oder auch einfach nur als deplatziert erscheinen, wenn inmitten der vierten Welle die Frage nach ersten Lehren aus der Corona-Krise aufgeworfen wird. Denn noch beherrscht die Pandemie unser Leben und unseren Alltag, noch ist ein Ende der Krise nicht absehbar. Wie soll unter diesen Bedingungen unbefangen eine erste Bilanz gezogen werden?

Man kann es aber auch anders sehen. Durch die Pandemie sind Gesellschaft, Wirtschaft und Staat in einem Umfang erschüttert, sind Selbstverständlichkeiten und Selbstgewissheiten in einem Ausmaß in Frage gestellt worden, dass eigentlich nicht früh genug damit angefangen werden kann, über die Konsequenzen aus alldem nachzudenken.

Genau hier setzt denn auch diese Ausgabe der Landkreisnachrichten an. Dabei geht es nicht um letztgültige Lehren. Insofern haben uns die voltenreichen Geschehnisse und Ereignisse der letzten fast zwei Jahre ohnehin demütig werden lassen. Es geht vielmehr um vorläufige Schlussfolgerungen.

Auf sie kommt es an. Denn auch in der Krise, in der Pandemie, inmitten der vierten Welle beginnt die Zukunft immer schon im Hier und Jetzt. Von daher wäre es schlichtweg töricht, diese weitere Zukunft angehen zu wollen,



ohne in offener Debatte die ersten Corona-Lehren gezogen zu haben.

Die vier Namensartikel, die gleich am Anfang dieser Ausgabe der Landkreisnachrichten stehen, sind par excellence Beiträge zu dieser Diskussion über das, was wir aus der Corona-Krise lernen sollten. So betont Innenminister Thomas Strolz die Bedeutung eines ebenenübergreifenden Krisenmanagements, das unter Wahrung der föderalen sowie kommunalen Strukturen alle Rädchen ineinandergreifen lässt und das sich dafür nicht zuletzt auch die vorhandenen Digitalisierungspotenziale zunutze macht. Ferner macht der stellvertretende Ministerpräsident deutlich, dass nötigenfalls entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit die erforderlichen Notfallreserven etwa in Bezug auf

Schutzmasken und Schutzkleidung verlässlich vorgehalten werden.

Sozial- und Gesundheitsminister Manne Lucha hebt hervor, dass für den Schutz der Bevölkerung die sichere Versorgung mit Arzneimitteln, namentlich mit Impfstoffen, mit Medizinprodukten, Desinfektionsmitteln und hochwertiger Labordiagnostik essentiell ist. Dafür sei, so der Minister, eine entsprechende, auf Nachhaltigkeit angelegte Produktion im Land entscheidend. Auch der personell gestärkte Öffentliche Gesundheitsdienst muss nach Auffassung von Minister Lucha vor dem Hintergrund der Corona-Erfahrungen strukturell und strategisch so aufgestellt werden, dass er künftigen Epidemien und Pandemien erfolgreich begegnen kann.

Der Europaabgeordnete Norbert Lins macht in seinem Beitrag deutlich, wie wichtig es ist, in einer Pandemiesituation durch pragmatische Ausnahmeregelungen die Ernährungssicherheit in der Europäischen Union zu gewährleisten. Der Vorsitzende des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments verweist in diesem Zusammenhang auf die Einstufung von Saisonarbeitskräften als kritisches Personal und die Ermöglichung EU-weiter Lebensmitteltransporte durch das Programm „grüne Korridore“.

Landrat Klaus-Michael Rückert legt eindrücklich dar, dass die Kinder und Jugendlichen bis zuletzt die stillen Leidtragenden der Corona-Krise waren. Und

dies bekanntlich mit durchaus dramatischen Folgen: Fast jedes dritte Kind leidet infolge der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Für den Landrat des Landkreises Freudenstadt lag der – künftig tunlichst zu vermeidende – Fehler darin, dass man bei den Maßnahmen der Pandemiebewältigung nur das infektionsschützerische Ziel im Auge hatte und infolgedessen blind war für die damit einhergehende Kollateralfolgen speziell für Kinder und Jugendliche.

Nach allem bietet das vorliegende Heft der Landkreisnachrichten reichlich Gelegenheit, sich mit den ersten Lehren aus der Corona-Pandemie, den neudeutsch so genannten Lessons Learned, zu beschäftigen. Dabei wird sich übrigens eine Erkenntnis mit ziemlicher Sicherheit relativ schnell einstellen: Viele der ersten Lehren, die sich aus den Erfahrungen in der Corona-Pandemie ziehen lassen, erweisen sich bei Lichte betrachtet als gar nicht so richtig neu.

Dies kommt nicht von ungefähr. Denn die Corona-Krise wirkt, wie zurecht vielfach zu lesen war, wie ein Brennglas. Dies bedeutet, dass im grellen Licht der Corona-Krise nicht nur die diversen Stärken unseres facettenreichen Gesamtsystems sichtbar werden, sondern auch seine Schwächen. Und daher sind etliche der Lehren, die jetzt aus dem Pandemiegeschehen gezogen werden, die To-dos von gestern. Lassen Sie mich dies an zwei Beispielen kurz veranschaulichen.

Nehmen wir zunächst unsere Krankenhausversorgung. So hat die Corona-Krise zum einen deutlich gemacht, wie leistungsfähig unsere flächendeckende, kommunal geprägte Krankenhauslandschaft ist. Erfahrungen, wie sie andere Länder gemacht haben, ich nenne hier nur den Namen der zum Symbol ge-

wordenen Stadt Bergamo – derartige Erfahrungen sind uns bislang erspart geblieben.

Gleichzeitig legt die Krise aber auch schonungslos den Personalmangel offen, der die Gesundheitseinrichtungen schon lange vor Corona belastet hat. Hier muss als Lehre aus Corona das unternommen werden, was schon vor Corona auf der Agenda stand: Abbau der überbordenden Bürokratielasten, sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, mehr Ausbildungsplätze, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und – nicht zuletzt – eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung.

Ein weiteres Beispiel ist die Digitalisierung. Hier haben die Landkreise fortlaufend agil reagiert, als es darum ging, infolge von Corona unzählige Prozesse und Dienstleistungen von einem Tag auf den anderen in die digitale Welt zu transponieren. Bezahlt gemacht hat sich hierbei, dass durch die Verwaltungsreformen die Leistungskraft der Landratsämter noch einmal deutlich gesteigert wurde.

Zugleich musste schmerzhaft konstatiert werden, dass die digitale Kommunikation über Kreisgrenzen hinweg, in Richtung des Landes, aber auch horizontal zu anderen Behörden auf kommunaler Verwaltungsebene, auf größte Schwierigkeiten stößt. Dass wir gemeinsame Datenplattformen für die unterschiedlichen Ebenen unseres Staates, standardisierte Datenformate und geeignete Schnittstellen benötigen, ist bereits vor der Corona-Krise als Forderung deutlich artikuliert worden und ist nunmehr zugleich eine der zentralen Lehren aus der bisherigen Pandemie.

Die vorläufigen Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise entpuppen sich somit

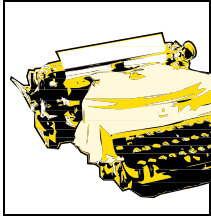
jedenfalls teilweise als der redensartige alte Wein in neuen Schläuchen. Dies muss aber nicht per se schlecht sein. Denn wenn verschiedene unserer strukturellen Altprobleme jetzt im Zuge eines Coronabezogenen lessons-learned-Prozesses endlich einer Lösung zugeführt werden sollten, dann hätte die Pandemie zumindest ein Gutes gehabt. Oder anders formuliert: Wenn im Zuge von Corona-Evaluationen längst überfällige Modernisierungsprozesse geboostert werden, dann kann es uns nur recht sein.

Ich komme zum Schluss und darf mich – auch im Namen des Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter – zum Ende des Jahres an dieser Stelle bei den Landratsämtern, Kreiseinrichtungen sowie allen unseren Partnerinnen und Partnern in Staat und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft für die auch in diesem herausfordernden Jahr erneut erfolgreiche Zusammenarbeit und das gute Miteinander bedanken. Bleiben Sie dem Landkreistag auch im kommenden Jahr verbunden und gewogen.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser der Landkreisnachrichten, wünsche ich allen Widrigkeiten zum Trotz ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für ein friedvolles, glückliches Jahr 2022.

*Zur*  
*Alexis v. Komorowski*

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,  
Hauptgeschäftsführer,  
Landkreistag Baden-Württemberg



## THEMEN

# Lehren aus dem Krisenmanagement in der Corona-Pandemie

Von Thomas Strobl, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg, Stuttgart

Ende Februar 2020 wurden in Baden-Württemberg die ersten Fälle einer Corona-Infektion durch PCR-Testung bestätigt. Mehr als 20 Monate sind seitdem vergangen, mehr als 250 Millionen Menschen sind weltweit als Infizierte dokumentiert, mehr als 5 Millionen Menschen sind am oder mit dem SARS-CoV-2 verstorben. Und ein Ende ist noch nicht in Sicht. Die vierte Welle hat uns gerade mit voller Wucht erfasst.

Diese weltumspannende Pandemie hat als Gesundheitskrise begonnen, und sie hat sich schnell zu einer Bildungskrise, einer Wirtschaftskrise, ja einer Gesellschaftskrise entwickelt. Alle sind wir in einem umfassenden Sinne von der Krise betroffen und gefordert, aus dem Erlebten Konsequenzen zu ziehen. Noch liegt die Krise nicht hinter uns, noch konnten wir das Geschehene bisher nicht umfassend analysieren – aber aus meiner Sicht sind einige Punkte heute schon klar erkennbar.

### Die Organisation unseres Krisenmanagements bei Bund und Ländern

In Baden-Württemberg hat sich die Aufbauorganisation unseres Krisenmanagements grundsätzlich bewährt. Die etablierten Stabsstrukturen wurden frühzeitig und nach den im Land bewährten Strukturen und geübten Stan-



Quelle: Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

dards angewendet. Sowohl in den Stadt- und Landkreisen als auch bei den Regierungspräsidien und den Ministerien waren und sind bis heute lageabhängig Verwaltungsstabsstrukturen aufgerufen worden und im Einsatz. Auf Landesebene wurde unterhalb des Kabinetts eine Lenkungsgruppe eingesetzt, die ein effizientes und schnelles Handeln ermöglicht hat. Der Interministerielle Verwaltungsstab war von Beginn aufgerufen. Ihm obliegt es, die Ministerien über die jeweilige Lage aktuell zu informieren und zwischen den Ministerien einheitliche Verfahren und Entscheidungsprozesse zu vereinbaren.

Sowohl in der Lenkungsgruppe als auch im Interministeriellen Verwaltungsstab sind die Kommunalen Landesverbände vertreten. Dieses Miteinander hat uns in unserer Entscheidungsfindung in beiden Richtungen gestärkt. So konnten einerseits in kürzester Zeit die Bedürfnisse vor Ort in die Entscheidungsprozesse einfließen und andererseits waren die Entscheidungsprozesse und -gründe vor Ort bekannt.

Wichtig erscheint mir an dieser Stelle aber auch, sich die Rolle unserer Regierungspräsidien im Krisenmanagement vor Augen zu führen. Innerhalb der Verwaltung haben sie im Krisenmanagement und im Bevölkerungsschutz in zweifacher Hinsicht eine besondere Bedeutung. Die Regierungspräsidien sind zum einen unterhalb der ressortorientierten Ministerien mit ihrer Bündlungsfunktion ein wichtiges Glied in der Kette staatlichen Handelns und sie sind zum anderen vertrauensbildendes Bindeglied und Ansprechpartner der unteren Katastrophenschutzbehörden in den Stadt- und Landkreisen.

Wie wichtig solche einheitlichen und durchgängigen Strukturen sind, hat auch die Innenministerkonferenz auf ihrer 214. Sitzung im Juni dieses Jahres in Rust festgestellt: „Die Aufbau- und Ablauforganisation des Krisenmanagements muss von den Kommunen über die Länder bis hin zum Bund auf einer einheitlichen



Basis und auf Bund- und Länderebene unter Einbeziehung aller Ressorts gestärkt werden.“ Sie spricht sich weiter dafür aus, dass „die Schnittstelle zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den beteiligten Ressorts im Sinne eines bidirektionalen Krisenmanagements unter Beachtung der veränderten Bedrohungslage verbessert werden muss“. Und damit dies nicht nur bei einer Willensbekundung bleibt, halte ich die zeitnahe Einrichtung eines gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz für substanziell notwendig. Den Worten müssen Taten folgen.

## **Föderalismus als Stärke unserer Gefahrenabwehr**

Mit dem Ruf nach einem Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz spreche ich nicht der Kompetenzverlagerungen zwischen Bund und Ländern im Katastrophenfall das Wort; ganz im Gegenteil. Die Länder haben gemeinsam mit all ihren zugehörigen Behörden- und Verwaltungsstrukturen die Aufgaben in der Pandemie zweifelsfrei gut bewältigt. Ja, der Föderalismus hat sich sogar als Stärke erwiesen.

## **Die Digitalisierung unter dem Blickwinkel des Krisenmanagements**

Die Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig eine durchgängige Digitalisierung auch und besonders im Krisenmanagement ist – sei es mit Blick auf die Meldewege von den Gesundheitsämtern in den Stadt- und Landkreisen über die Landesbehörden bis hin zum Bund oder seien es die Warn- und Nachweis-Apps. Künftig müssen wir uns bei jeder neuen Entwicklung auch der Bedeutung eines schnellen und effizienten Datenaustausches bewusst sein. Wir müssen diesen Weg beschreiten und die IT-Systeme in unseren Verwaltungen auf Durchgän-

gigkeit und auf Vernetzbarkeit beleuchten. Bestehende Systeme gilt es anzupassen, neu zu entwickelnde Systeme müssen per se diese Anforderungen erfüllen. Die öffentliche Verwaltung muss einen schnellen Datenaustausch gewährleisten.

Es gilt auch, das Spannungsverhältnis zwischen den Möglichkeiten der Digitalisierung und den Interessen des Datenschutzes auszubalancieren. Die Erfordernisse des Datenschutzes mögen teils berechtigt sein, herausfordernd sind sie in jedem Fall. Bei künftigen Entwicklungen im Krisenmanagement müssen wir Wege finden, die Möglichkeiten der Digitalisierung möglichst umfassend zu nutzen; Datenschutz und Gefahrenabwehr müssen sich dabei als Partner verstehen.

## **Ressourcenvorhaltung für Krisensituationen und Selbsthilfefähigkeit**

Schmerzlich erinnern wir uns zu Beginn der Krise an den Mangel von Schutzausstattung wie beispielsweise Schutzmasken und Schutzkleidung. Die Beschaffung war für uns in ganz Deutschland ein Härtestest und führte vor Augen, welche internationalen Abhängigkeiten bestehen. Schnell wurden Forderungen laut, dass sich Deutschland künftig autark aufstellen müsse und dass ausreichend Vorhaltung von staatlicher Seite zu gewährleisten sei. Uns muss bewusst sein, dass jeder Bereich unseres Lebens, unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft ein Restrisiko in sich birgt, das sich bei aller Vorsorge nie auf null reduzieren lässt. Eine Null-Risiko-Gesellschaft wird es nicht geben. Dennoch müssen wir unsere Ressourcenvorhaltung verbessern. Dies kann aber nur im Dreiklang zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft gelingen. Staat und Wirtschaft sind gefordert, ihre kritischen Ressourcen zu identifizieren und entsprechende Notfallreserven vorzuhalten oder als Alternative deren

zeitnahe Produktion zu gewährleisten. Nötigenfalls müssen wir hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. In Teilbereichen wie der Ernährungssicherstellung oder der Mineralölbevorzugung kennen wir solche Regelungen.

Insbesondere die Kritischen Infrastrukturen sind gefordert, sich präventiv auch auf die Behebung eingetretener Schäden vorzubereiten. Das ist Teil eines vorausschauenden Risiko- und Krisenmanagements. Mit entsprechenden Vorplanungen und dem Vorhalten erforderlicher Materialreserven muss es möglich sein, auch massive Beeinträchtigungen in einem für die Betroffenen akzeptablen Zeitraum zumindest provisorisch zu beheben.

Neben dem Staat und der Wirtschaft sind auch unsere Bürgerinnen und Bürger entscheidend. Am Beispiel der Warnung zeigt sich gerade aktuell, dass auch die Bevölkerung in ihrer Selbsthilfefähigkeit gestärkt werden muss. Selbsthilfefähigkeit bedeutet aber auch, dass wir alle in unserem persönlichen Umfeld eine Reserve an Nahrungs- und Verbrauchsmitteln bevorraten müssen und dass wir uns Kenntnisse über richtiges Verhalten in Gefahrenlagen aneignen. Wer hat immer zusätzliche Reserven an Trinkwasser verfügbar? Wer weiß, was bei Sirenenwarnungen zu tun ist? Wer liest die regelmäßig verteilten Informationen der Betreiber von Störfallbetrieben in seinem Bereich?

Wir haben uns in Baden-Württemberg zum Ziel gesetzt, künftig bei großen Übungen des Bevölkerungsschutzes auch die Bevölkerung mit einzubinden und mit ihr richtiges Verhalten in Gefahrenlagen zu üben. Sie gehört bei der Übung von Krisenszenarios auf jeden Fall dazu.

Ich bitte aber auch alle Bürgerinnen und Bürger, die zahlreichen Informationsangebote zur Vorbeugung und zum Schutz vor Gefahrenlagen zu nutzen.

### Europa und grenzüberschreiten- des Krisenmanagement

Ein Herzensanliegen ist mir ein harmonisches Miteinander mit unseren Nachbarländern; ein Europa ohne Grenzen gehört zum europäischen Selbstverständnis. Schmerzhaft mussten wir in der Coronazeit erfahren, wie schnell Grenzbeschränkungen zur Realität werden können. Etwas, was uns bis dato unvorstellbar erschien.

Gleiches müssen wir zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten vermeiden. Und vermeiden können wir dies, wenn wir unsere Zusammenarbeit im täglichen Miteinander noch weiter intensivieren und wenn wir die gegenseitige Information und auch den Datenaustausch weiter verbessern. Je mehr wir voneinander wissen, umso

niedriger sind die europäischen Hürden. Ich freue mich daher, dass auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Themenbereichen die Zusammenarbeit mit unseren Anrainerstaaten intensiv vorangetrieben wird. Hierzu gehört auch eine grenzüberschreitende polizeiliche und nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, die im täglichen Miteinander die Basis dafür bildet, dass bei Großschadenlagen und Krisen aller Art die Kommunikation funktioniert und notwendige Informationen frühzeitig zur Verfügung stehen. Schließlich müssen wir über die Grenzregionen hinaus das Krisenmanagement auch innerhalb Europas stärken. Das rescEU-Verfahren bietet uns hierfür ideale Ansatzpunkte. Europäische Hilfe muss in beiden Richtungen funktionieren. Mit dem Aufbau eines baden-württembergischen Waldbrandmoduls werden wir

uns als Baden-Württemberg erstmals auch geplant operativ einbringen.

Wichtig ist vor allem aber auch das sich gegenseitig Kennen und der Wissensaustausch. Mit dem neu geschaffenen und im Aufbau befindliche Instrument des „knowledge networks“ wird sich Europa auch im Bevölkerungsschutz und im Krisenmanagement weiter verzahnen und noch mehr zusammenrücken. Der Austausch der Menschen und das persönliche Kennen gemäß dem Leitsatz „In Krisen Köpfe kennen“ und der Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen und von Informationen über Schadensabläufe und Entwicklungen werden zu einer Stärkung der Sicherheit der Menschen und letztendlich auch zur Stärkung Europas führen.

## „Die derzeitige Infektionslage bereitet mir große Sorge“

Von Manne Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Stuttgart

Bilder aus dem Elsass und Norditalien haben uns Anfang des Jahres 2020 tief betroffen gemacht und sie ließen auch bei uns eine hohe Zahl behandlungsbedürftiger COVID-19-Patientinnen und -Patienten erwarten. In Baden-Württemberg wurden deshalb zahlreiche Vorkehrungen getroffen – von der Erweiterung ambulanter und stationärer Behandlungskapazitäten bis zur Beschaffung weiterer Beatmungsgeräte durch Bund und Land. In enger Abstimmung mit der Selbstverwaltung ist es uns gelungen, in kurzer Zeit viele pragmatische Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie zu treffen und funktionierende Strukturen aufzubauen.

Die ganze Welt hoffte 2020 auf die rasche Entwicklung von Impfstoffen. In vielen Ländern konnte Ende Dezember



Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

2020 mit COVID-19-Schutzimpfungen begonnen werden, für Deutschland bedeutete dies den Start der Nationalen Impfstrategie.

Ende 2021 blicken wir nun auf weitere Phasen der Pandemie zurück und mittlerweile trifft uns die vierte pandemische Welle mit großer Wucht. Nach einer Stagnation der Fallzahlen von Mitte August bis in den frühen Herbst ist seit Mitte Oktober ein starker Anstieg der übermittelten Neuinfektionen zu beobachten. Seit Beginn der Pandemie wurden bis 15. November 2021 insgesamt 689.477 laborbestätigte COVID-19-Fälle aus allen 44 Stadt- bzw. Landkreisen berichtet, darunter leider auch 11.204 Todesfälle.

Aktuell sind in Baden-Württemberg rund 7,2 Millionen Personen zumindest einmal geimpft, etwas mehr als 7 Millionen

Menschen sind vollständig immunisiert. Erfreulich ist zudem das große Interesse an den sogenannten Booster-Impfungen. In den vergangenen Wochen sind bereits über 400.000 Auffrischungsimpfungen vor allem in Pflegeeinrichtungen, bei Personen über 70 Jahren sowie weiteren vulnerablen Gruppen im Land durchgeführt worden.

Trotz dieser erfreulichen Nachrichten war und ist die Corona-Pandemie eine große Belastungsprobe für das Gesundheitswesen, deren Aufarbeitung auch in den kommenden Jahren Politik und Gesellschaft nachhaltig prägen und beschäftigen wird. Hier stehen wir erst am Anfang eines langen Prozesses.

## **Herausforderungen und erste Lehren aus der Pandemie**

### **Lieferengpässe bei persönlicher Schutzausrüstung, Medizinprodukten und Arzneimitteln.**

Die erste Welle der Pandemie war geprägt vom Zusammenbrechen der Versorgungswege und von einem sprunghaft steigenden Bedarf an Medizinprodukten und persönlicher Schutzausrüstung. Der fortwährende Bezug persönlicher Schutzausrüstung (PSA) ist für die tägliche Arbeit der Bedarfsträger unerlässlich. Die Corona-Pandemie hat der globalisierten Wirtschaft jedoch ihre Grenzen aufgezeigt. Insbesondere bei den Schutzmasken kam es zu eklatanten Lieferengpässen. Die Landesregierung ist daher mit eigenen Beschaffungen von persönlicher Schutzausrüstung notfallmäßig eingesprungen, um die Lücke so lange zu schließen, bis die normalen Beschaffungswege wieder nutzbar wurden. Dabei haben wir auch eng mit der Wirtschaft zusammengearbeitet. Ich bin sehr froh, dass das gelungen ist. Während der ersten Welle der Pandemie kam es vorübergehend auch im Bereich der Arzneimittelversorgung zu einer, zumindest regional, schwierigen Situation: Arzneimittel, die im Zuge der Inten-

sivbehandlung beatmungspflichtiger an COVID-19 erkrankter Patientinnen und Patienten benötigt wurden, waren über die regulären Versorgungswege nicht in den benötigten Mengen erhältlich. Durch eine gelungene Zusammenarbeit mit der Landesapothekerkammer und den unmittelbaren Dialog zwischen Bund und Ländern konnte eine kurzfristige Lösung erreicht werden, auf Landesebene unter anderem durch die Möglichkeit des gegenseitigen Austauschs nicht benötigter Mengen mit Unterstützung eines Online-Portals.

Die Bundesregierung hat im Juni 2020 beschlossen, eine sogenannte Nationale Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) zu errichten, um in Zukunft wichtige Materialien wie Schutzausrüstung, Schutzmasken, Beatmungsgeräte und Medikamente aus eigener Reserve vorzuhalten.

### **Wir müssen die Versorgungssicherheit und die Lieferketten gewährleisten – und das möglichst im Land.**

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der persönlichen Schutzausrüstung hat sich die Landesregierung dazu entschlossen, hierfür eine Notfallreserve aufzubauen. Derzeit erarbeitet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration ein nachhaltiges und wirtschaftliches Konzept.

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung, aber auch die Herausforderungen und Potenziale der Gesundheitswirtschaft hervortreten lassen. Sie hat eindrücklich gezeigt, dass für den Schutz der Bevölkerung Arzneimittel (insbesondere Impfstoffe), sichere Medizinprodukte, Desinfektionsmittel und hochwertige Labordiagnostik in ausreichender Menge zur Verfügung stehen müssen.

Um die Resilienz des Gesundheitsstandorts gegen Krisen wie die Corona-Pandemie zu stärken, die Versorgung mit den notwendigen Produkten und Techniken abzusichern und Engpässe zu vermeiden, ist eine langfristige und ausreichende Produktion von Wirkstoffen bzw. Arznei-

mitteln, Impfstoffen und hochtechnologischen Medizinprodukten im Land entscheidend.

Es braucht zudem eine aktive Standortpolitik, um qualifizierte Fachkräfte für Wissenschaft, Wirtschaft und Versorgung zu sichern und innovative Produkte und Dienstleistungen, die für eine Pandemievorsorge – aber auch darüber hinaus – wichtig sind, erfolgreich auf den regionalen, nationalen und internationalen Märkten zu platzieren.

### **Die ambulante und stationäre Versorgung funktioniert im Land auch unter schwierigen Bedingungen.**

Im ambulanten Bereich hat die gemeinsame Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte und Krankenkassen in der Pandemie gut funktioniert – mit Ausnahmeregelungen wie der Ausweitung der Videosprechstunden oder der Ausstellung von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen über 14 Krankheitstage wurde flexibel auf die Herausforderungen reagiert. Ebenso trugen bundesgesetzliche Änderungen zur Förderung der Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung in der Situation der epidemischen Lage von nationaler Tragweite dazu bei, dass die Selbstverwaltungskörperschaften auf der Landesebene die erforderlichen Vereinbarungen schließen konnten, um auch die finanziellen Grundlagen für den Erhalt der medizinischen ambulanten Versorgung zu schaffen. Über Rettungsschirm-Regelungen konnten schließlich die Arzt- und Zahnarztpraxen eine solide Sicherheit erfahren, um die Krise gut zu bewältigen und auch nach dem Ende der Pandemie die Menschen im Land ambulant versorgen zu können.

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg sowie die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg haben ihre organisatorischen Fähigkeiten eindrucksvoll unter Beweis gestellt, z.B. beim Aufbau und Betrieb von Fieberambulanzen und Testabstrichstellen

sowie besonderen Corona-Schwerpunkt-arzt- und -zahnarztpraxen. Das Engagement und die Flexibilität setzte sich bei den Impfungen fort. Auch in der derzeitigen vierten Welle sind die Praxen maximal gefordert – saisonale Infektwellen, Diagnostik und Behandlung symptomatischer Corona-Patienten und Booster-Impfungen können nur mit weit überdurchschnittlichem Engagement der Mitarbeitenden bewältigt werden. Das Land unterstützt zusätzlich durch mobile Impfteams sowie Impfstützpunkte.

Auch im stationären Bereich kämpfen die Krankenhäuser des Landes seit fast zwei Jahren mit höchster Priorität gegen die Corona-Pandemie an. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bringen sich dabei oft bis zur Erschöpfungsgrenze und darüber hinaus ein und haben über viele Monate ein hohes persönliches (Ansteckungs-Risiko) getragen.

So war insbesondere die vor der zweiten Welle implementierte Verlegungskonzeption des Landes in der dritten Welle stark gefordert. Die hohe Zahl intensivbehandlungsbedürftiger Patientinnen und Patienten mit deutlich längerer Verweildauer als in den vorherigen Wellen erforderte eine engmaschige Anpassung der Regelversorgung an die pandemische Lage und eine enge und kooperative Abstimmung innerhalb der Cluster und zwischen diesen. Das Konzept bewährt sich sehr, es ist damit gelungen, Überforderungen einzelner Intensivstationen zu vermeiden. Aktuell steht dieses System nun wieder vor einer sehr großen Herausforderung. Angesichts der stark steigenden Fallzahlen nimmt auch die Intensivstation-Belegung stetig und drastisch zu – bei weniger Pflegepersonal gegenüber den ersten Wellen.

Aufgrund des hohen persönlichen Einsatzes der Mitarbeitenden in den Krankenhäusern sowie aufgrund des herausragenden Zusammenwirkens des ambulanten und des stationären Sektors konnte ein Kollaps in den Brennpunktgebieten vermieden werden. Auch in der

aktuellen vierten Welle sind nun wieder dieselben Ressourcen gefragt und beansprucht.

Zugleich führte und führt die Pandemie zu – teilweise ganz erheblichen – Leistungs-, Erlös- und Kostenveränderungen bei den Krankenhäusern. Denn das Krankenhausfinanzierungssystem ist klar leistungsorientiert: Die Kosten für Personal und Sachmittel werden durch die Behandlung von Patienten finanziert. Mitte März 2020 hat der Bundesgesundheitsminister alle Krankenhäuser aufgerufen, sämtliche nicht-dringlichen Krankenhausbehandlungen zu verschieben, um Kapazitäten für mögliche COVID-19-Patienten freizuhalten. Damit haben die Kliniken buchstäblich von einem auf den anderen Tag einen Großteil ihrer Einnahmen verloren. Mit verschiedenen Maßnahmen haben der Bund aber auch die Landesregierung die Krankenhausträger dabei unterstützt, wirtschaftliche Schieflagen der Häuser auszugleichen. Diese galt und gilt es, im Sinne einer bestmöglichen stationären medizinischen Versorgung aller Menschen im Lande abzuwenden. Aktuell steht aufgrund der neuen pandemischen Lage ein weiterer Rettungsschirm des Bundes in Rede. Hier setzen wir uns für unbürokratischere Regelungen ein als sie im bisher vorgelegten Entwurf geplant sind.

**Gute Rahmenbedingungen für den ambulanten und stationären Bereich sowie sektorenübergreifende Gesundheitsstrukturen sind durch die Pandemie wichtiger denn je geworden.**

Meine Erwartung ist, dass sich die nun intensiviertere vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem ambulanten und stationären Sektor auch nach der Pandemie fortsetzt. Auch die seit dem Jahr 2017 im Rahmen der Strategie zur Digitalisierung in Medizin und Pflege unter dem Dach von digital@bw begonnenen Maßnahmen haben sich bewährt. Die Digitalisierung kann im Fall einer Pandemie besonders vulnerablen Perso-

nengruppen durch digitale Behandlungsansätze eine fortlaufend gute und sogar hochspezialisierte Versorgung ermöglichen, ohne dass diese sich durch den Besuch einer Arztpraxis, eines Krankenhauses oder einer Suchthilfeeinrichtung einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen müssen. Es kommt nun darauf an, die Digitalisierung in Gesundheit und Pflege weiter voranzutreiben und gesellschaftlich zu verankern.

Das Ziel, die ambulante Versorgung im Land flächendeckend zu erhalten, bleibt prioritär – nur so kann dieser Sektor einen bestmöglichen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten, insbesondere damit die Krankenhäuser im Pandemiefall ihre Kapazitäten zur Versorgung Schwerstkranker nutzen können. Damit die ambulante medizinische Versorgung widerstandsfähig bleibt und auch die nächste Gesundheitskrise meistert, sind gute Rahmenbedingungen für die ärztliche und zahnärztliche Tätigkeit erforderlich, um dem Nachwuchsmangel wirksam zu begegnen. Gleichmaßen wichtig ist die finanzielle Planungssicherheit für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte durch Erhaltung der SGB-V-Verhandlungsspielräume der Selbstverwaltungspartner auf regionaler Ebene.

Im stationären Bereich werden wir bei der anstehenden Überarbeitung des Landeskrankenhausplanes alle im Zuge der Corona-Pandemie gewonnenen Erkenntnisse vollumfänglich einbeziehen. Die Weiterentwicklung der Krankenhausplanung und deren Verknüpfung mit einer sektorenübergreifenden Bedarfsplanung bzw. mit Konzepten zur sektorenübergreifenden Versorgung ist daher zentral für die zukünftige Versorgungsstruktur in Baden-Württemberg. Kernbotschaft dabei ist: Die Patientinnen und Patienten stehen im Zentrum der Versorgungskette. Ziel muss sein, durch eine bessere Verzahnung der ambulanten und der stationären Strukturen die bestmögliche Versorgung der Menschen zu erreichen. Und bei der bestmög-



lichen Versorgung geht es nicht in erster Linie um die Breite, sondern vielmehr um die Qualität des Angebots und der medizinischen Leistung. Dabei müssen verstärkt prognostische Einschätzungen einbezogen werden; zu betrachten sind insbesondere die künftige Morbiditätsentwicklung, die demographische Entwicklung, der Einfluss präventiver Maßnahmen, das ambulant-stationäre Substitutionspotenzial sowie – natürlich – der medizinisch-technische Fortschritt.

**Die Corona-Pandemie hat insbesondere die Bewohnerinnen und Bewohner sowie das Personal von Alten- und Pflegeheimen besonders belastet. Die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure in der eingerichteten Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe macht zuversichtlich für weitere Herausforderungen.**

In der Altenpflege galt es insbesondere in den Pflegeheimen von Beginn der Pandemie an den mitunter schmerzhaften Spagat zwischen möglichst wirksamen Schutzmaßnahmen und den Ansprüchen der Bewohnerinnen und Bewohner auf Selbstbestimmung und soziale Teilhabe zu bewältigen. Dass uns dies – wie uns etwa die Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetreffene Menschen (BIVA) e.V. bescheinigt hat – gelungen ist, ist nicht zuletzt der engagierten Mitarbeit aller relevanten Akteure in der vom Land bereits im April 2020 einberufenen Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe zu verdanken. Gemeinsam haben wir in der Task Force abgewogene Lösungen entwickelt, was nach meiner Einschätzung zur allgemeinen Akzeptanz der Maßnahmen beigetragen hat. Die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Task Force nehme ich als wichtige Lehre aus der Corona-Pandemie mit. Sie steht Modell für die Bewältigung weiterer Herausforderungen – seien es Pandemien oder andere Aufgaben, die in der Pflege

zweifelsohne noch auf uns warten. Trotz aller Anstrengungen und mitunter auch tief in die Grundrechte der Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Kapazitäten der Einrichtungen eingreifender Maßnahmen ließ sich nicht vollständig verhindern, dass insbesondere in der zweiten und dritten Welle Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen mangels Impfschutzes gestorben sind. Dies ist und bleibt ein wunder Punkt – es macht mich betroffen und traurig. Aufgrund der hohen Impfquoten in den Einrichtungen ist die Anzahl der Ausbrüche seit dem Frühjahr 2021 stark zurückgegangen, wie wir aus dem Monitoring des Landesgesundheitsamts wissen. Nichtsdestotrotz sind seit Ende September 2021 aufgrund der rasanten Zunahme der Neuinfektionen wieder vermehrt Ausbrüche in medizinischen Einrichtungen sowie Alten- und Pflegeheimen zu verzeichnen. Um einen hohen Schutz in Pflegeheimen im Herbst und im Winter 2021/2022 zu gewähren und dort gleichzeitig weiterhin soziale Kontakte zu ermöglichen, sind nach wie vor enorme Anstrengungen auf allen Ebenen nötig. Neben intensiver Testungen von Bewohnerinnen und Bewohnern, Beschäftigten und Besucherinnen und Besuchern muss der Fokus vor allem auf der Auffrischimpfung liegen. Um die Auffrischimpfungen zu entzerren und vorhandene Ressourcen bestmöglich zu nutzen, hat das Land bereits frühestmöglich im September 2021 mit diesen Impfungen begonnen. Ich bin den Heimaufsichtsbehörden dankbar, dass sie weiterhin die Einrichtungen bei der Organisation der Auffrischimpfung unterstützen und bei Bedarf den Kontakt zu den Mobilien Impfteams herstellen. Der Weg aus der Pandemie führt über das Impfen und wir werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um in den Pflegeheimen zu möglichst hohen Impfquoten sowohl bei den Bewohnerinnen und Bewohnern als auch den Beschäftigten zu kommen. Dass wir dabei auf die Landkreise zählen können, weiß

ich sehr zu schätzen. Dennoch setze ich mich auch weiterhin für eine Impfpflicht in Einrichtungen ein, in denen vulnerable Personengruppen betreut werden.

**Die Corona-Pandemie führt insbesondere bei jungen Menschen zu einer erhöhten psychischen Belastung.**

Die Corona-Pandemie und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben die Menschen vor umfassende psychosoziale Herausforderungen gestellt und zugleich eine enorme gesellschaftliche Bewältigungsfähigkeit aufgezeigt. Nach der bedrohlichen Begegnung mit einer bis dahin unbekannt Situation im Jahr 2020 ist mittlerweile die Konfrontation mit der langanhaltenden Corona-bedingten psychischen Belastungssituation ins Zentrum gerückt.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigen sich auch in einer erhöhten psychischen Belastung junger Menschen und erhöhtem Stress in den Familien. Der schnellen und angemessenen Behandlung der psychischen Folgen infolge der Corona-Pandemie kommt eine besondere Bedeutung zu, um einer Chronifizierung zu begegnen. Dazu ist es erforderlich, eine geeignete Ausweitung der Behandlungskapazitäten für junge Menschen sowohl in den niedergelassenen psychiatrischen und psychotherapeutischen Praxen, an Psychiatrischen Institutsambulanzen als auch bei stationären und teilstationären Behandlungskapazitäten in den Blick zu nehmen.

Im Kontext psychischer Störung und Erkrankung bestehen zahlreiche Schnittstellen und Schnittmengen zwischen den Aufgabenfeldern der Jugendhilfe sowie dem kinder- und jugendpsychiatrisch-psychotherapeutischen System, sowohl in Bezug auf die Regel-, als auch die Notfallversorgung. Im Sinne einer vernetzten Versorgung wurden in zahlreichen Landkreisen Kooperationsvereinbarungen zwischen Jugendämtern,

freien Jugendhilfeträgern und Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie entwickelt, um die Kooperation transparenter zu strukturieren. Eine vom Land eingesetzte Task Force arbeitet bereits daran, Maßnahmen zum Beispiel zur kurz- und mittelfristigen Verbesserung der Versorgungslage im ambulanten und stationären Bereich zu entwickeln.

### **Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat vor allem in den letzten eineinhalb Jahren Enormes für den Schutz der Bevölkerung geleistet.**

Ohne den ÖGD mit seinen festen Strukturen, seiner fachlichen Expertise, aber vor allem auch seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären diese Art der Pandemiebekämpfung, wie etwa eine umfangreiche Kontaktpersonennachverfolgung, und die bereits erzielten Erfolge so nicht möglich gewesen.

Das Land hat die Gesundheitsämter bei der Bewältigung dieser Herausforderung personell und finanziell unterstützt. Für die Einstellung von ärztlichen Aushilfen wurden seit Beginn der Pandemie bis 31. März 2022 rund 15 Millionen Euro und für die Einstellung von externen Aushilfskräften in der Kontaktpersonennachverfolgung bis zum 31. März 2022 rund 52 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

### **Der ÖGD muss für künftige Herausforderungen gestärkt werden.**

Damit der ÖGD auch für künftige Krisen gewappnet ist, müssen die Erfahrungen aus der jetzigen Pandemie in künftige Überlegungen und Steuerungsprozesse miteinbezogen werden. Hierfür müssen Kapazitäten geschaffen werden. Besonders hinweisen möchte ich auf die personelle Stärkung und Umsetzung des Paktes für den ÖGD – weitere 414,5 Stellen in den Stadt- und Landkreisen können 2022 besetzt werden. Damit wird der ÖGD in allen Aufgabenbereichen und auf allen Ebenen gestärkt. Hinzu kommt ein finanzieller Ausgleich für die Stadt- und Landkreise zur technischen Modernisierung (Bundesmittel bisher 6,5 Millionen Euro) sowie das „Digitale Gesundheitsamt 2025“ – ein Förderprogramm des Bundes für weitere Maßnahmen ab 2022. Auch durch die Bündelung der Aufgaben in der neuen Abteilung 7 Öffentlicher Gesundheitsdienst – Landesgesundheitsamt im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration schafft Synergien.

### **Fazit**

Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen Mitarbeitenden im Gesundheitswesen einen besonderen und ganz herzlichen Dank aussprechen, sei es in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen, im pflegerischen Bereich oder im öffentli-

chen Gesundheitsdienst. Sie schultern die Hauptlast bei der Bewältigung der Pandemie. Sie arbeiten an der Belastungsgrenze und oft genug darüber hinaus. Ihrem Engagement verdanken viele Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Gesundheit und oftmals auch ihr Leben. Während der Arbeit zu diesem Artikel sind wir und alle an der Versorgung Beteiligten mit der Bewältigung der vierten Welle beschäftigt. Wir haben im Frühjahr alle gehofft, dass es aufgrund des Impffortschritts keine solch ausgeprägte Infektionsdynamik mehr gibt. Nun tragen aber Impf-Skepsis und die Delta-Variante dazu bei, dass sich die Intensivstationen wieder rasant füllen und eindämmende sowie restriktive Maßnahmen erforderlich sind.

Ich bin in großer Sorge über die Corona-Infektionslage in Deutschland und bei uns in Baden-Württemberg. Obwohl die Impfungen nachhaltig wirken und viele Infektionen und schwere Verläufe verhindert werden konnten, sind viele Menschen noch nicht geimpft. Mein Appell lautet daher an dieser Stelle: Lassen Sie sich impfen und verhalten Sie sich auch diesen Winter verantwortungsvoll – zum eigenen Schutz aber auch zum Schutz Ihrer Mitmenschen.

# Das Europäische Parlament und die Corona-Pandemie: Lektionen gelernt

Von Norbert Lins MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) im Europäischen Parlament, Brüssel und Straßburg

Als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 11. März 2020 den COVID-19-Ausbruch zur Pandemie erklärte, bedeutete dies einen drastischen Einschnitt in das Leben jeder einzelnen europäischen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers. Und natürlich hatte es auch Auswirkungen auf die Arbeit im Europäischen Parlament. Die Europäischen Institutionen haben zu Beginn der Krise direkt gegengesteuert. Nachfolgend wird dargestellt, welche konkreten Maßnahmen ergriffen wurden, sowohl bei der Arbeit des Parlaments allgemein als auch für den Landwirtschaftsbereich innerhalb der Europäischen Union.

## Virtuelle Sitzungen und elektronische Abstimmungen

Die 705 Abgeordneten der 27 europäischen Mitgliedstaaten treffen jeden Monat mehrere Tage pro Woche in Brüssel und Straßburg zusammen, um Gesetze einzubringen, zu diskutieren und zu beschließen. Durch die Pandemie und die Reisebeschränkungen konnten viele der Abgeordneten ihren Arbeitsort im Europäischen Parlament nicht mehr erreichen.

Das Präsidium des Europäischen Parlaments reagierte schnell und ergänzte am 20. März 2020 den Beschluss über die Abstimmungsregeln im Parlament. Ein alternatives elektronisches Abstimmungssystem wurde eingeführt. Schon am 26. März 2020 konnte die erste Plenartagung mit elektronischer Fernteilnahme stattfinden. Vor Ort waren nur 75 Abgeordnete und der Präsident des Parlaments anwesend. Das elektronische System ergänzt die bestehenden Abstimmungsverfahren und kann nur unter bestimmten Ausnahmebedin-



Nach dem Verhandlungsmarathon zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) spricht Norbert Lins auf der Pressekonferenz am 25. Juni 2021 über die erzielte Einigung.

Quelle: © European Union 2021 – Source: EP / Alain Rolland

gungen eingesetzt werden. Es kann nur dann verwendet werden, wenn das normale elektronische Abstimmungsverfahren ein Risiko für die Gesundheit der Abgeordneten oder des Parlamentspersonals darstellt. Oder wenn es aufgrund von Reisebeschränkungen, die infolge der Coronavirus-Pandemie von den Mitgliedstaaten verhängt wurden, nicht eingesetzt werden kann. Die Beurteilung obliegt dem Präsidenten des Europäischen Parlaments.

Über verschiedene Videokonferenzplattformen können nun alle Abgeordneten virtuell an den Ausschuss- und Plenarsitzungen des Parlaments teilnehmen. Die Fernteilnahme ist keine Pflicht, sondern eine Möglichkeit, die den Abgeordneten angeboten wird. Während der Sitzung können die Abgeordneten wie

gewohnt das Wort ergreifen und auch während der Sitzung abstimmen. Debatten zwischen den Abgeordneten sowie Fragen und Antworten mit Vertretern der Kommission fanden weiterhin, dafür zum Großteil virtuell statt.

Die Fernabstimmung findet nicht in Echtzeit statt, sondern läuft wie folgt ab: Wenn der Präsident beschließt, das alternative elektronische Abstimmungssystem zu verwenden, muss der Beschluss mindestens 24 Stunden vor Eröffnung der Sitzung auf der Website des Parlaments veröffentlicht werden. Gleichzeitig werden die Abstimmungsliste und der Zeitraum für die Eröffnung und Beendigung der Abstimmung bekanntgegeben. Alle Mitglieder des Europäischen Parlaments erhalten die Stimmzettel mit den Punkten, über die während der Sitzung abgestimmt wird, in ihrer offiziellen Mailbox. Nach der Aussprache hat jede Abgeordnete, jeder Abgeordnete eine bestimmte Zeit, um die Stimmzettel auszudrucken, die Stimmausgabe auszufüllen, zu unterschreiben, einzuscannen oder zu fotografieren und von ihrer offiziellen Mailbox aus zurückzusenden. Nur durch die Unterschrift und die Versendung über die offizielle Mailbox ist die Stimme gültig und kann gezählt werden. Dadurch wird die Identität der Abgeordneten überprüft. Das Abstimmungsergebnis wird mehrere Stunden später bekanntgegeben.

Nicht nur die Abstimmungen waren betroffen, sondern ebenso die eigentliche Arbeit in den Ausschüssen und der Fraktion. Natürlich hatten die Abgeordneten und das Parlament in den ersten Wochen der Fernarbeit mit Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen. Das betraf nicht nur den direkten Austausch mit Kollegen, welcher hier im Parlament unabdingbar

ist und unmittelbar wegfiel. Die technische Anpassung war ebenso groß. Insbesondere der Mangel an Live-Übersetzungsdiensten für Videokonferenzen sorgte zu Beginn für Einschränkungen. Zeitweise standen nur sechs Sprachen und nicht wie üblich alle EU-Amtssprachen zur Verfügung. Übersetzungen in den Arbeitssprachen Deutsch, Englisch und Französisch waren aber immer gegeben.

Die Corona-Beschränkungen haben den normalen Parlamentsbetrieb verändert. Das führte dazu, dass Gesetzgebungsverfahren anders angegangen werden mussten, selbst wenn der Zeitdruck, wie etwa bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), dabei weiterhin hoch war. Auch hier wurde durch den Übergang zu verstärkten Videokonferenzen sichergestellt, dass Gesetzesvorhaben rechtzeitig abgeschlossen wurden. Abgeordnete und Mitarbeiter haben sich hier sehr schnell an veränderte Umstände angepasst und sichergestellt, dass das Parlament auch weiterhin handlungsfähig und vor allem verhandlungsbereit war. Im Laufe der Monate waren physische Treffen wieder möglich, welche für Verhandlungen unabdingbar sind. Damit wurden beispielsweise die Verhandlungen zur Agrarpolitik rechtzeitig im Juli 2021 abgeschlossen. Die ebenso wichtigen Meetings im Hintergrund fanden aber zum Großteil weiterhin digital statt.

Erstes Fazit:

Die Pandemie hat die eingespielten, demokratischen Ideale und Praktiken vor neue Herausforderungen gestellt. Das Europäische Parlament musste sich – wie andere Regierungsinstitutionen auch – rasch an die veränderte Situation anpassen, um weiterarbeiten zu können. Es hat die interne Geschäftsordnung und die bestehenden Regeln flexibel und kreativ ausgelegt. Das hat die Digitalisierung des Parlaments beschleunigt und dessen Widerstandsfähigkeit bewiesen. Online-Sitzungen

ersetzen aber keinesfalls dauerhaft die persönlichen Treffen und Gespräche, von denen die europäische Politik lebt.

## **Auswirkungen von COVID-19 auf die Landwirtschaft**

Mit Ausbruch der Pandemie forderte die WHO alle Länder auf, einen Mittelweg zwischen „Gesundheitsschutz, Minimierung wirtschaftlicher und sozialer Störungen sowie der Achtung der Menschenrechte“ zu finden. Das heißt, während auf europäischer Ebene außergewöhnliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger getroffen werden mussten, mussten zugleich der Warenfluss sowie essentielle Dienstleistungen als ein Schlüsselinstrument der europäischen Solidarität in unserem Binnenmarkt sichergestellt werden. Die Institutionen der Europäischen Union haben einstimmig eine gemeinsame Antwort für diese Herausforderung – die größte der Nachkriegszeit – geliefert.

Die europäischen Landwirte sahen sich in dieser Situation nicht nur mit dem Problem konfrontiert, ihre tägliche Arbeit zu bewerkstelligen, sondern auch mit wachsenden Schwierigkeiten bei der Produktion sowie der Vermarktung ihrer Produkte an die europäischen Konsumenten. Diese ernste Situation erforderte dringende Maßnahmen, damit der Sektor angesichts der Probleme in dieser beispiellosen Krise weiter funktionieren konnte.

Aufgrund der zunehmenden Ausbreitung von COVID-19 hatten einige Mitgliedstaaten außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen, vor allem die Wiedereinführung von Grenzkontrollen bzw. die vollständige Schließung ihrer Grenzen. Das Europäische Parlament und hierin der Agrarausschuss hat die Europäische Kommission hier sehr früh auf die drängenden Probleme im Landwirtschaftsbereich und die Folgen für die Gesamtgesellschaft aufmerksam gemacht, unter anderem das Fehlen von

ausländischen Saisonarbeitskräften. Die „grünen Korridore“ waren eine zentrale Forderung des Parlaments zu Beginn der Pandemie, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Dass die Europäische Kommission mit der Veröffentlichung der „Leitlinien für Grenzmanagementmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit und zur Gewährleistung der Verfügbarkeit von Waren und wesentlichen Dienstleistungen“ rasch reagiert hat, war begrüßenswert, denn es war vor allem für Lebensmittel und Viehtransporte besonders wichtig. Auch Importe wie Futtermittel, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel sowie Inhaltsstoffe und Materialien für den Agrarsektor konnten über die grünen Korridore die Grenzen passieren.

Die Grenzsicherungen hatten unmittelbar auch Auswirkungen auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hauptsächlich aus Mittel- und Osteuropa. Für die Landwirtschaft war dies ein kritisches Thema, da einige landwirtschaftliche Sektoren, insbesondere Obst und Gemüse, aber auch der Weinbau, von Saisonarbeitern aus diesen Ländern abhängig sind. Durch Passierscheine konnte sichergestellt werden, dass die Saisonarbeiterinnen und -arbeiter ihre landwirtschaftlichen Betriebe in Westeuropa erreichten. Dadurch konnte das Funktionieren der landwirtschaftlichen Sektoren sichergestellt werden. Auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hatten die Dringlichkeit der Erntesicherung erkannt und Anfang April 2020 eine pragmatische und zielorientierte Lösung für Deutschland gefunden.

Zweites Fazit:

Die europäischen Landwirte haben an vorderster Front für die Aufrechterhaltung der Nahrungsmittelversorgung der Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa gesorgt. Sie haben in diesen herausfordernden Zeiten die Ernährungssicherheit



in der EU gewährleistet. Durch entschlossene, EU-weite und wirksame Maßnahmen ist es gelungen, die Auswirkungen der Krise zu lindern. In Anbetracht der Bedeutung der Landwirtschaft für die Versorgungslage innerhalb der Europäischen Union waren diese Ausnahmeregelungen gerechtfertigt.

## **Anpassungen für die Verwaltung auf regionaler Ebene**

In Zusammenarbeit und auf Forderung mehrerer Verwaltungen im ländlichen Raum in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der EU trat der Agrarausschuss auch frühzeitig mit Forderungen des Bürokratieabbaus auf Verwaltungsebene an die Europäische Kommission heran. Die Europäische Kommission hat 2020 innerhalb kürzester Zeit mit angepassten Durchführungsverordnungen reagiert und diese auch im Jahr 2021 verlängert. Hierbei handelte es sich innerhalb der Landwirtschaft vor allem um die „Verlängerung der Antragsfrist“ und die „Erhöhung der Vorschusszahlungen für Landwirte“, wengleich diese in den einzelnen Mitgliedstaaten und den Regionen der EU unterschiedlich stark genutzt wurden. Für Baden-Württemberg war wichtig, dass die Europäische Kommission durch Änderung der VO 804/2014 einige Erleichterungen für die Vor-Ort-Kontrollen erlassen und dabei insbesondere die Reduzierung der Kontrollquoten im InVeKoS-Bereich von

5 auf 3 % in den verschiedenen Maßnahmen, bei Cross Compliance von 1 % auf 0,5 % sowie die Folgekontrollen für Betriebe mit kleinen Verstößen aus dem Vorjahr bei einigen Flächenbeihilfen ausgesetzt hat.

Drittes Fazit:

Den Mitgliedstaaten wurde durch die angenommenen sekundären Rechtsvorschriften eine gewisse Flexibilität bei der Umsetzung eingeräumt, wodurch den durch die COVID-19-Krise entstandenen personellen und technischen Problemen der für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik zuständigen Verwaltungen begegnet wurde.

Allgemein bleibt festzuhalten, dass die Corona-Beschränkungen den normalen Parlamentsbetrieb verändert haben. Das führte dazu, dass Abstimmungen und Gesetzgebungsverfahren anders und vor allem digitalisierter angegangen werden mussten. Trotz der unmittelbar spürbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie war das Europäische Parlament sehr rasch handlungsfähig. Es hat schnell reagiert und sich unmittelbar an die neue Arbeitsweise angepasst. Es wurden Mittel und Wege gefunden, die politischen Debatten und relevanten Entscheidungen virtuell umzusetzen, auch wenn dies die unmittelbare Debatte auf Dauer nicht ersetzen kann. Es bleibt abzuwarten, in welchen Bereichen das Europäische Parlament die gemachten Erfahrungen und neuen Ar-

beitsweisen nach Corona beibehält und wo es zurückgeht in die „alten“ Strukturen.

Die europäische Landwirtschaft wurde zeitnah durch zahlreiche Maßnahmen unterstützt. „Grüne Korridore“ sorgten für Versorgungssicherheit im Nahrungsmittelbereich für die europäischen Bürger. Landwirte konnten weiter ihrer Arbeit nachgehen, wichtige Betriebsmittel konnten weiterhin die zunächst geschlossenen Grenzen passieren. Die ergriffenen Maßnahmen waren nötig, um die Krisenfolgen auf den Agrarmärkten abzufedern. Mit Blick auf die hochsensible und systemrelevante Landwirtschaft sollte weiterhin gewährleistet werden, dass dieser Bereich entsprechend geschützt und unterstützt wird, um in Zukunft Versorgungsengpässe in Europa erfolgreich zu vermeiden.

Für die für die Landwirtschaft zuständigen Verwaltungen in den einzelnen Regionen wurden entsprechende Rechtsakte erlassen, um diesen vor allem bei Vor-Ort-Kontrollen entgegenzukommen und deren Arbeitsweise während der Pandemie zu verbessern. Die Anpassungsmechanismen im Landwirtschafts- und dem dazugehörigen Verwaltungsbereich haben vergleichsweise gut funktioniert.

Es bleibt festzustellen: Die Krise ist noch nicht vorbei ist. Die Zukunft wird zeigen, welche Lehren daraus für die Zeit nach Corona gezogen werden.

# Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche

Von Dr. Klaus Michael Rückert, Landkreis Freudenstadt

Kinder und Jugendliche gehören zu den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft und verdienen unseren Schutz. Diese Aussage würde wahrscheinlich von jedem in politischer Verantwortung stehenden Menschen unterschrieben werden. In den letzten eineinhalb Jahren Corona-Pandemie habe ich jedoch leider feststellen müssen, dass dieser Satz in der Realität nicht wirklich viel Beachtung gefunden hat.

Wenn man die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie rückwirkend betrachtet, so fällt auf, dass häufig nach dem Motto „viel hilft viel“ gehandelt wurde. Ich muss gestehen, dass dies anfangs angesichts der medial aufbereiteten Bilder von Bergamo auch meine Intention war. Man hatte schlichtweg keine Zeit zu verlieren und rechnete mit hunderttausenden von Toten aller Altersgruppen. Spätestens mit Erscheinen der Heinsberg Studie wurde jedoch klar, dass SARS-CoV-2 zwar eine tückische Krankheit ist und bleibt, jedoch in den allermeisten Fällen ältere (89 Prozent im Alter von 70 plus) und vorgeschädigte Menschen tödlich trifft. Auch die befürchtete Sterblichkeitsrate war glücklicherweise weitaus niedriger. Ob die von der Ikone auf dem Gebiet der Epidemiologie Professor Ioannidis von der Stanford University benannten 0,2 Prozent Sterblichkeit der Infizierten weltweit zutrifft oder nicht, kann dahingestellt bleiben. Kinder und Jugendliche jedenfalls waren und sind in verschwindend geringer Anzahl darunter.

Leider haben wir trotz dieser erfreulichen Daten in Deutschland, gerade was Kinder und Jugendliche angeht, eine differenzierte und ausgewogene Vorgehensweise vermissen lassen. Stets wurde Rechenmodellen aus einem ausgewählten Kreis von Beratern Glauben geschenkt,



Quelle: Landratsamt Freudenstadt

die in regelmäßigen Abständen apokalyptische Zustände prognostizierten, bei der Darstellung der pandemischen Lage wurde jeder PCR-positiv getestete Mensch auch ohne Symptome als Fall gerechnet, an Corona verstorben war jeder, der im zeitlichen Zusammenhang zu seinem Tod positiv auf das Coronavirus getestet wurde. In dieser Grundstimmung der Angst mussten Kontakte um jeden Preis verhindert werden, und wer hat die meisten Kontakte? Die Kinder und Jugendlichen, die jeden Tag in engen Schulräumen beieinandersitzen! Die Treiber der Pandemie waren schnell gefunden, die Rufe nach Schulschließungen wurden lauter und wurden dabei systematisch medial begleitet. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern gab man in Deutschland diesem Druck nach, die Schulen wurden geschlossen und Onlineunterricht eingeführt. Sport- und Musikvereine durften nicht mehr proben, Kontakte wurden beschränkt und als trauriger Höhepunkt kamen dann noch nächtliche Ausgangssperren dazu.

Die Kinder und Jugendlichen haben still gelitten und hatten keine Stimme, Befürworter für eine differenzierte Vorgehensweise suchte man in Talkshows vergebens.

Inzwischen ist man kleinlaut zur Erkenntnis gelangt, dass Kinder und Jugendliche gerade nicht die Treiber der Pandemie sind und Ansteckungen von Erwachsenen bei Kindern eher die Ausnahme sind. Das heißt zusammenfassend: Kinder und Jugendliche sind weder selbst gefährdet, noch gefährden sie andere!

Als Jurist bin ich es gewohnt, im Rahmen der Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme auch die möglichen Folgen zu betrachten. Dafür ist es im Bereich der Kinder und Jugendlichen jetzt leider zu spät, die Folgen sind schon eingetreten. Was macht es mit jungen Menschen, wenn man sie systematisch in Angst und Schrecken versetzt und ihnen über lange Zeit einen Großteil ihrer sozialen Kontakte nimmt?

Die Anzeichen verdichten sich, dass die Folgen massiv sind. Nach einer aktuellen Studie der UNICEF lebt schätzungsweise jeder siebte junge Mensch zwischen zehn und 19 Jahren mit einer diagnostizierten psychischen Beeinträchtigung oder Störung. Bei uns in Deutschland sind die Kinder- und Jugendpsychiatrien am Anschlag, es gibt immer länger werdende Wartelisten. Das Schreckgespenst der Triage, das bei der Behandlung von Coronapatienten im Übrigen nie realistisch war, ist in diesem Bereich Realität. Ich fürchte, dass der gesamte Umfang der Spätfolgen sich erst im Laufe der kommenden Jahre zeigen wird.

Die Politik muss sich vorwerfen lassen, hier auf einem Auge blind gewesen zu sein. Ein starrer, angsterfüllter Blick ausschließlich auf eine Sache führt dazu, dass das Gesamtbild nicht mehr wahrgenommen werden kann.

---

Dr. Klaus Michael Rückert ist Landrat des Landkreises Freudenstadt.

# Klausurtagung der Altenhilfefachberatungen in Allensbach-Hegne

Von Daniel Werthwein, Stuttgart

Vom 15. bis 16. Juli 2021 fand in Kloster Hegne die Klausurtagung der Damen und Herren Altenhilfefachberatungen der baden-württembergischen Landkreise statt. Die Tagung diente der gegenseitigen Vernetzung sowie der fachlichen Aus- und Weiterbildung der 35 angemeldeten Altenhilfefachberater. Die Tagung wurde vom Landkreistag Baden-Württemberg veranstaltet und bot dank der guten Vorbereitung in einem Team, das sich um die Obleute bildete, ein abwechslungsreiches Programm, das allseits guten Anklang fand. Prof. Dr. phil. Cornelia Kricheldorff von der Kath. Hochschule Freiburg legte zu Beginn in Ihrem Vortrag „Covid-19 „Lessons learned“ – Gesundheitsversorgung und Pflege für ältere Menschen in der Zukunft, Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie“ die Basis, um in der nachfolgenden Diskussion, ausgehend von den Erfahrungswerten der zurückliegenden Monate, einen Ausblick auf die kommenden Monate zu wagen. Sie betonte,

dass Covid-19 in vielerlei Hinsicht eine massive Herausforderung für das gesamte System von Versorgung und Pflege darstellt und folgte daraus: „Die Corona-Pandemie deckt die Schwächen des stationären Pflegesystems, die zum großen Teil schon vor der Pandemie bekannt waren, nun schonungslos auf.“ Kricheldorff zeigte im weiteren Verlauf ihres Vortrags ausgehend vom 8. Altersbericht der Deutschen Bundesregierung „Ältere Menschen und Digitalisierung“ die Rolle von digitalen Technologien zur Unterstützung von Angehörigen pflegebedürftiger älterer Menschen auf. Neben dem Bedarf an Ausbau der Digitalisierung in den stationären Einrichtungen der Altenhilfe verwies sie auf die Chancen im Bereich der häuslichen Pflege. Anschaulich wurde dies am Beispiel der stetig zunehmenden Zahl von pflegenden Angehörigen in räumlicher Distanz (Long-Distance-Care Pflege), die trotz unterschiedlicher Wohnorte, die Sorge und Pflege verantworten. „Bei diesem



Martin Keller-Combé stellt die Methode „Pro-Action-Café“ vor.

Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg

Typus gilt es aus ihrer Sicht festzuhalten, dass Long-Distance-Care ohne Rückgriff auf und Unterstützung durch digitale Technologien gar nicht denkbar ist“, so ihr Fazit.

Am Nachmittag des ersten Veranstaltungstages bereicherten Isabell Schröder vom Landkreis Göppingen und Martin Keller-Combé aus dem Landkreis Schwäbisch Hall die Gruppe mit Beispielen zur Umsetzung der Strategie Quartier 2030 vor Ort in der eigenen Praxis. Hier war es ein besonderer Glücksfall, dass die neue Fachberaterin für Quartiersentwicklung beim Landkreistag Baden-Württemberg, Lisa Frauhammer, dabei sein konnte, um aus erster Hand die Berichte der Umsetzungsbeispiele zu hören und mit den Kolleg:innen in direkten Kontakt zu treten.

Gleichzeitig konnte durch die Praxisbeispiele die eigene Kreativität animiert werden. Diese war bei der anschließenden interaktiven Arbeitsphase „Pro-Action-Café“ besonders gefragt. Ange-



Prof. Dr. phil. Cornelia Kricheldorff von der Katholischen Hochschule Freiburg referiert zu den „lessons learned“ der Corona-Pandemie.

Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg

leitet durch Martin Keller-Combé wurden hierbei auf kreative Art und Weise aktuelle Fragen aus der Praxis erörtert.

Nach Hinweisen aus der Geschäftsstelle des Landkreistags zu aktuellen Entwicklungen auf Landesebene und einer ersten Bewertung der Inhalte des Koalitionsvertrags 2021 bis 2026 der neuen Landesregierung stand der zweite Veranstaltungstag ganz unter dem Thema Digitalisierung. Florian Wernicke und Thomas Heine vom Landeskompetenzzentrum Pflege & Digitalisierung gaben

mit ihren Ausführungen zu den Potenzialen der Digitalisierung in der Pflege einen spannenden Einblick in dieses wichtige Themenfeld und zahlreiche hilfreiche Anregungen.

Beim Tagungsfeedback betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass man nach der langen Zeit ausschließlicher Online-Tagungen und Videokonferenzen die Präsenzveranstaltung trotz aller notwendigen Regeln und Beschränkungen als wichtigen Impuls für die eigene Arbeit erlebt hat. Bei der traditio-

nellen Klausurtagung, die alle zwei Jahr stattfindet, sei neben den üblichen Frühjahrs- und Herbsttagungen die Möglichkeit gegeben, ganz neue Impulse für den Arbeitsalltag mitzunehmen und die eigenen Ideen und Pläne im fachlichen Gespräch fortzuentwickeln und zu vertiefen.

Daniel Werthwein ist Referent mit den Schwerpunkten Pflege, Integration und soziale Sicherung beim Landkreistag Baden-Württemberg.

## Die Pandemie lässt sich nur gemeinsam bekämpfen

Von Dr. Ulrike Bopp-Haas, Alb-Donau-Kreis

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe – das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der vergangenen anderthalb Jahre. Das Coronavirus hat die Arbeit der Gesundheitsämter und der Kreisverwaltungen seit März 2020 stark beeinflusst. Auch das Landratsamt Alb-Donau-Kreis musste sich unvermittelt auf zahlreiche neue Aufgaben und ein enormes Arbeitspensum im Fachdienst Gesundheit einstellen. Es mussten kurzfristig und unter hohem Druck interne Strukturen und Prozesse für die Fall- und Kontaktpersonennachverfolgung, die Datenerfassung und die Information der Bürgerinnen und Bürger aufgebaut werden. Gleichzeitig musste eine Vernetzung und enge Zusammenarbeit mit den Ortspolizeibehörden, der Ärzteschaft, den Kliniken und der Blaulicht-Familie für die gesamte Region stattfinden. Eine ganz besondere Herausforderung an das hiesige Gesundheitsamt war, dass es sowohl für den Alb-Donau-Kreis als auch für den Stadtkreis Ulm zuständig ist und die unterschiedlichen Gegebenheiten berücksichtigen musste.

Im Laufe der Pandemie mussten sowohl die neuen Strukturen als auch die zu treffenden Maßnahmen stetig entsprechend der schwankenden Infektionszahlen, den häufig wechselnden Anforderungen und Verordnungen des Landes und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts angepasst werden.

Im Rückblick haben sich vor allem folgende Maßnahmen und Vorgehensweisen als wirkungsvoll und erfolgreich bewiesen:

### 1. Intensiver Austausch mit Ärzteschaft, Kliniken, Blaulicht-Familie

Die Zusammenarbeit mit der Kreisärzteschaft, den Kliniken der Region und dem DRK war von Beginn der Pandemie an sehr wertvoll. Aus dem im Frühjahr 2020 regelmäßig bei Landrat Heiner Scheffold tagenden *Runden Tisch* ging zum Beispiel das Klinik-Dashboard für die Region hervor. Dieses erfasst seit Anfang April 2020 die Behandlungskapazitäten in der Region, um diese während der Coronavirus-Pandemie bestmöglich zu nutzen.

Die Koordination des Dashboards erfolgte durch das Universitätsklinikum Ulm. An dem Projekt haben sich neben diesem auch das Bundeswehrkrankenhaus Ulm, das Alb-Donau-Klinikum mit seinen Standorten Blaubeuren, Ehingen und Langenau, die Universitäts- und Rehabilitationskliniken Ulm, die Agaplesion Bethesda Klinik Ulm sowie die Kliniken der Kreisspitalstiftung Weißenhorn in Neu-Ulm und Weißenhorn beteiligt.

Das Dashboard bildet die jeweilige Kapazität sowie Belegung ab und zeigt somit, in welcher Klinik zum jeweiligen Zeitpunkt wie viele Covid-19-Patientinnen und -Patienten auf den Normal- und Intensivstationen versorgt werden. Somit hat die Region bereits ab der ersten Welle der Pandemie vorausschauend ein Augenmerk auf die Hospitalisierungsinzidenz und die Intensivbettenbelegung gelegt.

Den Rettungsdiensten wurde ebenfalls der Zugriff auf das gemeinsame Dashboard ermöglicht, sodass sie einen Überblick darüber haben, welche Klinik wie viele Kapazitäten für Patienten frei hat. Diese Form der regionalen Zusammen-



arbeit erleichtert somit nicht nur die Arbeit der einzelnen Kliniken durch eine behandlungsangepasste Verteilung der Covid-19-Patienten, sondern unterstützt auch die Arbeit der Rettungsdienste bei der Zuweisung in die entsprechenden Kliniken.

Auch die Einrichtung der Drive-In-Test-Stationen in Ulm und Ehingen, die von der Kassenärztlichen Vereinigung betrieben werden, hat das Landratsamt im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft, den Kliniken und der Blaulicht-Familie mit auf den Weg gebracht. Anfang März wurde ein *Krisenstab* unter der Leitung des Ersten Landesbeamten Markus Möller eingerichtet. Hier haben sich die verschiedenen Fachdienste der Kreisverwaltung, Vertreter der Stadt Ulm, der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes regelmäßig in ihrem Vorgehen abgestimmt.

Der enge Austausch zwischen aller Beteiligten ist nach wie vor ein wichtiger Baustein in der Bekämpfung der Pandemie und findet bis heute im Rahmen des sogenannten *Pandemiestabs* statt. Ziel ist hier Informationsaustausch, Absprache und weitere Vernetzung. Den Akteuren stehen bis heute unterschiedliche Informationsquellen zur Verfügung, die es abzugleichen gilt: Während das Gesundheitsamt vor allem die Informationen und Handlungsanweisungen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration erhält, stützt sich die niedergelassene Ärzteschaft auf Empfehlungen der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und des Robert-Koch-Instituts.

## 2. Enge Zusammenarbeit mit den Ortspolizeibehörden

Von Beginn an hat sich das Landratsamt intensiv mit den Ortspolizeibehörden abgestimmt. Die Städte und Gemeinden haben das Gesundheitsamt in Amtshilfe von der ersten Welle bis zum Sommer 2021 bei der Kontaktpersonennachverfolgung unterstützt. Dafür gebührt

ihnen unser Dank – denn damit haben sie einen wichtigen Teil zur Pandemie-Bekämpfung beigetragen. Abhängig von den aktuellen Vorgaben haben die Ortspolizeibehörden beispielsweise die Ermittlung der privaten Kontaktpersonen oder die Kontaktpersonen-Meldungen von anderen Landkreisen übernommen, um den Fachdienst Gesundheit zu entlasten.

Der Fachdienst Gesundheit hat im Gegenzug eine umfassende Information der Städte und Gemeinden sicher gestellt. Das Gesundheitsamt hat in einem regelmäßigen Newsletter über die geänderten Rechtsverordnungen die Städte und Gemeinden und alle weiteren Beteiligten informiert, an den Spengel-Sitzungen der Bürgermeister teilgenommen und eine eigene Hotline für die Ortspolizeibehörden umgesetzt, an die sich die 55 Städte und Gemeinden des Alb-Donau-Kreises und die Stadt Ulm bei Einzelfragen wenden konnten. Dieses Angebot wird bis heute durch das Gesundheitsamt aufrechterhalten und ist stark nachgefragt.

## 3. Aufbau der Corona-Einheit

Das Arbeitsaufkommen im Fachdienst Gesundheit ist seit Beginn der Corona-Pandemie sehr hoch und konnte nur mit belastbaren Strukturen bewältigt werden. Das Landratsamt hat ab dem Frühjahr 2020 das Gesundheitsamt personell mit befristeten und unbefristeten Kräften aufgestockt. Im Herbst 2020 hat der Fachdienst Gesundheit die Corona-Einheit nochmals neu strukturiert – und diese neue Struktur hat sich als sehr erfolgreich und nachhaltig erwiesen. Die Corona-Einheit ist Teil des Gesundheitsamtes, eingesetzt werden das Stammpersonal sowie zusätzliche Kräfte. Dazu zählten beispielsweise die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die den Fachdienst Gesundheit in Amtshilfe unterstützt haben, Mitarbeitende des Deutschen Roten Kreuzes, Medizinstudierende, RKI-Scouts und

zusätzliche Beschäftigte des Landratsamts.

Die Corona-Einheit besteht aus zwei zentralen Säulen: dem „Querschnitt“ und dem Bereich „Operative Aufgaben“. Letzterer umfasst drei Teams, die an sieben Tagen der Woche alle eingehenden Befunde und Ausbrüche bearbeiten, medizinische Sachverhalte einschätzen und positiv getestete Personen und Kontaktpersonen kontaktieren. Jedem dieser drei Teams sind die Ärztinnen und Ärzte des Gesundheitsamtes zugeordnet. Sie treffen die medizinischen Entscheidungen, arbeiten jedoch auch in der Kontaktpersonennachverfolgung mit.

Der Bereich „Querschnitt“ besteht aus Verwaltungskräften aus den Bereichen Informatik, Recht oder Pressearbeit. Sie organisieren die innere Verwaltung des Fachdienstes, übernehmen die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben und bilden die Schnittstelle zu Kommunen, Einrichtungen und der Öffentlichkeit.

Eine wichtige Erkenntnis ist, dass für die Pandemie-Bewältigung neben medizinischer Expertise auch Kenntnisse in Verwaltung und Recht sowie eine gute Presse- und Kommunikationsarbeit unverzichtbar sind. Um diese notwendige Multiprofessionalität sicherzustellen, hat das Landratsamt zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Fachdiensten im Gesundheitsamt eingesetzt. Dafür wurde ein Personal-Stufenkonzept entwickelt, um den Personalbedarf je nach Arbeitspensum decken zu können. Das führte dazu, dass auch in den anderen Fachdiensten des Landratsamts Aufgaben mit reduziertem Personal bewältigt werden mussten. Hierzu wurden dort die Aufgaben priorisiert.

## 4. Die Digitalisierung der Pandemie-Bekämpfung

Damit die Beschäftigten im Gesundheitsamt effizient und strukturiert arbeiten können, ist der Landkreis finanziell in Vorleistung gegangen, um die notwendige digitale und räumliche Infra-

struktur zu schaffen. Eine besondere digitale Herausforderung war die Dokumentation der infizierten Personen und deren Kontaktpersonen. In der ersten Welle hat der Fachdienst Gesundheit die Daten der positiv Getesteten und der Kontaktpersonen noch mittels Excel-Tabellen erfasst – es wurde aber schnell klar, dass dieses Vorgehen nur eine Übergangslösung sein kann. Daher hat das Landratsamt im Sommer 2020 eine geeignete Software angeschafft, die bis heute im Einsatz ist. Das intuitiv zu bedienende Programm konnte im Verlauf der Pandemie flexibel angepasst und erweitert werden – beispielsweise in den Bereichen Impfung, Hospitalisierung oder Virusmutationen.

### 5. Die Information der Bevölkerung

Eine gute Kommunikation ist äußerst wichtig und sorgt dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger den Sinn der Schutzmaßnahmen nachvollziehen können und über die aktuell geltenden Vorschriften informiert sind. Das Landratsamt in-

formiert bis heute tagesaktuell auf allen Kanälen – sei es über das eigens eingerichtete Corona-Bürgertelefon, Pressemitteilungen, die Internetseite oder die Social-Media-Kanäle.

Ende Oktober 2020 hat der Fachdienst Ländlicher Raum/Kreisentwicklung des Landratsamts in Kooperation mit dem Fachdienst Gesundheit zusätzlich ein Corona-Dashboard entwickelt. Dieses stellt tagesaktuell die wichtigsten Kennzahlen dar – sowohl auf Ebene des Landkreises als auch auf Gemeindeebene. Dieses Angebot fand bei der Bevölkerung und den Kommunen großen Anklang, teilweise wurde das Dashboard 45.000-mal pro Tag aufgerufen.

### Fazit

Während der vergangenen anderthalb Jahre ist eines immer gleichgeblieben, nämlich die raschen dynamischen Entwicklungen der Pandemie. Für uns alle war und ist diese Zeit eine Herausforderung. Trotz aller Belastungen haben die regionalen Partner stets eng und sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet

und für den Alb-Donau-Kreis und das Stadtgebiet Ulm die besten Lösungen gefunden. Mittlerweile sind wir um einige Erkenntnisse reicher – medizinische, rechtliche, organisatorische.

Die Bekämpfung der Pandemie war und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe. Diese Stelle möchte ich auch für ein großes Dankeschön an alle Beteiligten nutzen. Besonders dankbar bin ich für die personellen, räumlichen und finanziellen Möglichkeiten, die Herr Landrat Scheffold schnell und unbürokratisch geschaffen hat. Es ist nicht zuletzt der Besonnenheit, Sachlichkeit und dem Kommunikationsgeschick der Hausführung zu verdanken, dass die erfolgreiche Vernetzung unter allen beteiligten Akteuren gelang und wir die Herausforderungen der Pandemie im Alb-Donau-Kreis und im Stadtkreis Ulm zu jeder Zeit umfänglich bewältigen konnten.

---

Dr. Ulrike Bopp-Haas ist Leiterin des Fachdienstes Gesundheit im Landratsamt Alb-Donau-Kreis.

## Im Landkreis Böblingen hat man Manches anders gemacht

Von Simone Hotz, Landkreis Böblingen

**Landrat Roland Bernhard: „Die Pandemie konfrontiert uns alle mit ständig neuen Herausforderungen – wir spüren, dass wir uns in der kommunalen Familie auf einander verlassen können!“**

Die Pandemie – sie ist längst nicht vorbei, aber erste Lehren können schon gezogen werden. Über allem steht aus Sicht des Böblinger Landrats Roland Bernhard der Zusammenhalt zwischen vielen beteiligten Krisenakteuren und innerhalb der kommunalen Familie, der sich in gut eineinhalb Jahren im Krisenmodus gezeigt hat. „Im Landkreis

Böblingen haben wir uns insbesondere seitens Landkreis und Kommunen früh vernetzt und haben das mittels regelmäßiger Telefonkonferenzen über all die Monate aufrecht gehalten“, betont Roland Bernhard. „Das führt dazu, dass Fragen gestellt und Überlegungen geäußert werden können, Maßnahmen diskutiert und gemeinsam beschlossen werden, und somit für die Bürgerinnen und Bürger ein einheitliches Vorgehen im Landkreis sichtbar wird.“

### Sonderwege wagen und transparent kommunizieren

Umso wichtiger erscheint das, wenn man bedenkt, dass der Landkreis Böblingen so manchen Sonderweg eingeschlagen hat. Man ging im Frühjahr 2020 voran, als es darum ging, flächendeckend in allen Alten- und Pflegeheimen alle Bewohnerinnen und Bewohner zu testen. „Wir haben das damals beschlossen und mit der Umsetzung begonnen, ohne zu wissen, ob wir die Kosten vom Land ersetzt bekommen“, erinnert sich Roland



„Böblinger Modell“ – Das Testzentrum Schönbuch in Holzgerlingen

Quelle: Landratsamt Böblingen

Bernhard. Die Landesregelung dazu folgte ein paar Wochen später, die Kostenübernahme griff.

Bundesweite Aufmerksamkeit zog man zum Jahreswechsel 2020/2021 auf sich, als man mit dem begann, was bald als „Böblinger Modell“ bekannt werden sollte. Erneut flächendeckend durch den ganzen Landkreis baute man in Kooperation mit einer engagierten Apothekerschaft rund um den Holzgerlinger Apotheker Dr. Björn Schittenhelm und mit der engagierten Mithilfe des Deutschen Roten Kreuzes ein Netz aus Schnelltestzentren auf: Anfangs fünf große Zentren über den Landkreis verteilt, später ergänzt durch eine wachsende Zahl an kleineren Satelliten, die an diese Großen angebunden waren. Alle miteinander vernetzt und immer auch rückgekoppelt mit dem Landkreis, um den Überblick zu haben, wie das Angebot in Anspruch genommen wird und wieviel positive Fälle erkannt und Infektionsketten verhindert wurden.

Im Januar 2021 öffneten in ganz Baden-Württemberg die Impfzentren. Erneut entschied man sich im Landkreis Böblingen für einen Sonderweg – gab zunächst allen Impfstoff in die mobilen Teams, um als erstes in Alten- und Pflege-

heimen die vulnerabelste Personengruppe zu impfen, und öffnete erst drei Wochen später vor Ort im Kreisimpfzentrum. Eine Entscheidung, die im Nachhinein sehr positiv zu bewerten war, da man damit im Vergleich der größeren Landkreise Schritt halten konnte, was den Schutz gerade dieser Personengruppe anging. Aber auch ein Schritt, der viele Erklärungen nötig machte.

Im Frühjahr 2021 sorgte der Landkreis Böblingen mit einer mittels Allgemeinverfügung angeordneten Testpflicht für

alle Kinder vor dem Besuch von Kindertageseinrichtungen erneut für Aufsehen. Kinder bis 3 Jahren wurden zwei Mal pro Woche vor Ort in den Einrichtungen mit Lolli-Test, größere Kinder mit nasalen Teststäbchen auf eine mögliche Infektion mit dem Corona-Virus getestet. Eigentestungen wurden nicht akzeptiert, – man wollte sichergehen, dass Tests und Ergebnisse verlässlich sind. „Wir wollten die Schließung der Kindertageseinrichtungen, wo nur möglich, verhindern und haben uns deshalb dafür entschieden, mit regelmäßigen Testungen vor Ort in den Einrichtungen Infektionsketten möglichst zu verhindern“, begründet der Landrat den damaligen Beschluss, der zu diesem Zeitpunkt noch recht außergewöhnlich war.

„Die Entscheidungen waren nicht immer populär“, räumt er ein. „Da war es wichtig, sich mit den Oberbürgermeistern und BürgermeisterInnen eng abzustimmen und sich der Rückendeckung der kommunalen Partner zu vergewissern. Nur so konnte die Kreisverwaltung glaubhaft nach außen vermitteln, warum hier manch anderer Weg eingeschlagen wurde als andernorts.“ All das war auch nur möglich, weil viele an einem Strang zogen. „Wir spüren ein ungeheures Engagement, eine enorme Einsatz- und Hilfsbereitschaft“, betont Bernhard.



Die ersten Impfdosen gingen mittels mobiler Teams in die Alten- und Pflegeheime.

Quelle: Landratsamt Böblingen



## Ressourcen wohlüberlegt einsetzen

Beim Thema Impfungen galt es anfänglich zu kompensieren, dass der Kreis Böblingen mit einer Einwohnerschaft von knapp 400.000 Menschen nur ein Kreisimpfzentrum (KIZ) zugesprochen bekam. Der Impfstoff war zu Beginn ein kostbares Gut und wurde zu gleichen Teilen auf alle Zentren verteilt. „Wir waren, neben dem Rems-Murr-Kreis, der Landkreis mit den meisten Einwohnern, die aber nur ein KIZ hatten und entsprechend relativ wenig an Impfstoff bekommen haben“, erinnert sich der Landrat an so manchen Kampf, an mehr Impfdosen zu kommen. Die Ruhe zu bewahren und immer weiter alle Kräfte zu bündeln, weiter zu arbeiten mit den Gegebenheiten, wie sie nun einmal sind – auch das gehört zu einer guten Krisenbewältigung. Als die Impfzentren schließen mussten, schnitt das KIZ Sindelfingen in der Statistik des Landes in den Top 10 ab, was die Anzahl der geleisteten Impfungen (am Ende rd. 145.000) anging.

„Insgesamt ist in dem ganzen Geschehen eine ungeheure Dynamik, und das seit Februar vergangenen Jahres“, so Landrat Bernhard. „Wir erleben eine Schnelligkeit in rechtlichen Vorgaben



Der Kleine Sitzungssaal als eine von vielen Räumlichkeiten für die Corona-Hotline

Quelle: Landratsamt Böblingen

und damit verbundenen Maßnahmen, wie man das bisher so nicht kannte. Da hat sich, nicht nur nach außen in der Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, sondern auch nach innen im Bereich der Landkreisverwaltung gezeigt, wie hervorragend die Krisenstabsstruktur funktioniert.“ Man habe das Bestmögliche getan bisher, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller betroffenen Bereiche waren und sind permanent gut vernetzt und arbeiten Hand in Hand, Hierarchien rücken in den Hintergrund, die Krise schweißt zusammen.

## Abläufe durch Digitalisierung optimieren

Denn der Faktor Zeit steht immer im Mittelpunkt – die Randbedingungen ändern sich ständig, der Druck ist groß. Die Landesregierung ist abhängig von bundespolitischen Vorgaben, die Landkreise müssen die Corona-Verordnung umsetzen. „Corona fragt nicht, ob Wochenende, Feiertag oder Ferien sind. Eine ständige Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft ist ein zentraler Faktor in der gesamten Krisenzeit.“ Stets gilt es nicht nur die Kreiskommunen über etwaige Änderungen und gebotene Vorgehensweisen zu informieren, sondern auch die Informationen für die Öffentlichkeit aufzubereiten. Und natürlich ansprechbar und für die Bürgerschaft bei Fragen präsent zu sein. Wie schnell Strukturen dazu geschaffen waren, wird an zwei Beispielen zu Beginn der Pandemie deutlich: Am 27. Februar 2020 gab es im Landkreis Böblingen den ersten Corona-Fall – einen Tag später, am 28. Februar 2020 ging die Corona-Hotline an den Start. Am 3. März 2020 eröffnete das erste Testzentrum des Landkreises Böblingen in Herrenberg (auch landesweit eins der ersten), nur 10 Tage später öffnete in Sindelfingen bereits ein Zweites.



Das Kreisimpfzentrum in der Sindelfinger Messe

Quelle: Landratsamt Böblingen





Eröffnung Kommunales Schnelltestzentrum Herrenberg

Quelle: Landratsamt Böblingen

Wo möglich, wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage versetzt, im Homeoffice tätig zu sein. Das Angebot an mobilen Arbeitsmöglichkeiten war sehr schnell hochgefahren, digitale Kommunikationsmöglichkeiten wurden genutzt. Insbesondere im Gesundheitsamt werden interne Prozesse ständig angepasst. So konzentrierte man sich in puncto Infektionsgeschehen früh auf vulnerable Gruppen bzw. Gemeinschaftseinrichtungen. Eine Besonderheit war die Tatsache, dass die Abarbeitung der Fälle sehr schnell komplett papierlos erfolgte, so dass ein Arbeiten auch aus dem Homeoffice möglich war. Dieses komplett mobile Arbeiten und die durch die Digitalisierung schnellen Abläufe haben in hohem Maß dazu beigetragen, dass die enormen Fallzahlen am Ende der zweiten und dann in der dritten Welle ohne Verzug bearbeitet werden konnten.

Digitalisierung auch das Stichwort in den Testzentren – beim „Böblinger Modell“ gab es eigene Softwarelösungen. So können dort Schnelltests über Online-Plattformen schnell und unkompliziert gebucht werden, das Ergebnis gibt es nach wenigen Minuten über eine App aufs Smartphone. Ein großer Vorteil,

denn so muss niemand vor Ort auf ein Ergebnis warten und Menschenansammlungen wurden von Anfang an auch beim Testen weitgehend vermieden.

### **Neue Herausforderungen erkennen und flexibel handeln**

Seit Beginn der herbstlichen Jahreszeit ist erneut ein starker Anstieg bei den Infektionszahlen zu verzeichnen. Die vierte Welle bringt täglich neue traurige Rekorde. Mitte November trat die Alarmstufe, die damals dritte und höchste Stufe, in Kraft. Wenig später wurde die Corona-Verordnung erneut überarbeitet und aus drei Stufen wurden vier – verbunden mit weiteren Verschärfungen. Die Belegungszahlen in den Intensivstationen der Kliniken haben vielerorts den kritischen Wert überschritten. „Diesen Gesichtspunkt in den Mittelpunkt der Gesetzeslage zu rücken war überfällig“, findet Landrat Bernhard. „All unsere Bemühungen hatten immer darauf gezielt, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Deshalb war es der richtige Schlüssel, strengere Maßnahmen genau an diese Zahlen, an die Auslastung der Kliniken zu knüpfen.“

Und die Zahlen machen deutlich – würden sich noch mehr Menschen impfen lassen, könnte man dem drohenden Kollaps der Kliniken wirksam begegnen. Die Zahl der ungeimpften Patientinnen und Patienten ist regelmäßig rd. 6 bis 7 Mal höher als die der Geimpften. „Auch das ist schon jetzt eine Lehre aus der Pandemie“, so Bernhard. „Man muss die Menschen gut mitnehmen. Viele waren zögerlich beim Impfen, weil sie sich zu wenig über die Risiken einer Corona-Erkrankung oder auch den Erfolg der Impfung informiert gefühlt haben“, sagt Landrat Bernhard. „Und immer noch glauben wohl viele, sie seien nicht gemeint, bräuchten keine Impfung.“ Man dürfe deshalb nicht nachlassen, zu appellieren, dass es um die Gesellschaft als Ganzes geht. Und wo alles nicht fruchtet, auch an rechtliche Vorgaben zu denken. „Wir haben in der Krise einen enormen Zusammenhalt bewiesen. Die Gesellschaft darf sich nicht spalten lassen. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, gebetsmühlenartig die Zusammenhänge zu erklären und Überzeugungsarbeit zu leisten.“ Für eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen hatte sich Landrat Bernhard mehrfach ausgesprochen.

Das Angebot muss natürlich auch stimmen. Seit Schließung der Impfbüros wissen viele Menschen nicht wohin für den begehrten Pils. Hier profitierte der Landkreis zunächst erneut von der Struktur des „Böblinger Modells“. Die fünf, über den Landkreis verteilten Testzentren sind untereinander vernetzt und übernahmen, als Test- und Impfbüros (TIZ), neben dem Testen auch das Impfen. Zunächst als eine Art rollierendes System täglich an einem anderen Ort, recht schnell aber mit einem stark ausgeweiteten Angebot. Zusätzlich ergänzt durch lokale Großaktionen an den Wochenenden mit Personal aus den Testzentren sowie Klinikärzten aus den Kreiskliniken. Und erneut digital unterstützt durch eine Online-Terminvereinbarung, um übermäßige Wartezeiten zu verhindern.



Kreisimpfstützpunkt Sindelfingen

Quelle: Landratsamt Böblingen

Auch die Mobilen Impfteams (MITs) des Landes sind immens nötig. „Es ist sehr wichtig, die Impfangebote niederschwellig zu bieten“, so der Landrat. „Die Erfahrung zeigt, dass damit auch die Zahl der Erstimpfungen zuletzt wieder merklich angestiegen ist.“ Ganz aktuell hat das Land dazu aufgerufen, in Ergänzung zu bestehenden Impfangeboten weitere Impfstützpunkte aufzubauen, in eigener Koordination der Landkreise und mit Kostenübernahme seitens des Landes. Ein Äquivalent für die Schließung der

Impfzentren sei diese Prokura des Landes, sagt der Landrat. „Es ist sehr gut, wenn wir als Kreise das Heft in die Hand nehmen können“, so Landrat Bernhard. „Ich habe die voreilige Schließung der Impfzentren immer kritisiert; im Landkreis Böblingen wollen wir nun einen Kreisimpfstützpunkt in der Messe Sindelfingen einrichten und so ein zentrales und verlässliches Angebot schaffen.“ Parallel fordere man weitere MITs, um auch die lokalen Aktionen aufrechterhalten zu können. Und die Struktur der TIZen

bleibt auch erhalten – vor dem Hintergrund, dass das Testen wieder verstärkt in den Blick rückt, ein wichtiger Punkt. All das ergänzend zum Regelangebot der Ärzteschaft, die man so unterstützen wolle, unterstreicht der Landrat.

Die Geschwindigkeit, mit der der neue Kreisimpfstützpunkt entsteht, unterstreicht für den Landrat einmal mehr: „So gern wir alle auf diese Pandemie verzichten würden, was wir an Zusammenhalt erleben, ist eine überaus positive Erfahrung“, betont Landrat Roland Bernhard. „Zahllose Menschen waren und sind in Rollen aktiv, die neu für sie sind. Wir sind zusammengewachsen und haben gelernt, was wir gemeinsam zu leisten in der Lage sind und dass wir uns aufeinander verlassen können. Denn ohne die vielen helfenden Hände stünden wir nicht da, wo wir stehen.“ So sei er auch überzeugt, dass man am Ende das Impfen als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dieser Zeit erkennen werde. „Diese Pandemie betrifft uns alle; und es braucht auch uns alle, um sie hinter uns zu lassen.“

Simone Hotz ist Pressesprecherin im Landratsamt Böblingen.

## Expertise, Kooperation und Mut zur Entscheidung: Erfolgreiches Krisenmanagement beim Müller Fleisch-Ausbruch im Frühjahr 2020

Von Sabine Burkard und Jürgen Hörstmann, Enzkreis

Keine Erfahrungswerte und keine Blaupausen, weitreichende Entscheidungen, die oft aus dem Stand heraus getroffen und in rechtssichere Verfügungen gegossen werden mussten – und das unter enormem Zeitdruck und beäugt von zahlreichen kritischen Augen der Öffentlichkeit, die in Teilen lautstark die Schließung

des Betriebes forderte: Der „Corona-Skandal bei Müller Fleisch“ (BILD) stellte die Enzkreis-Verwaltung vor eine gewaltige Aufgabe. Ein Rückblick. Der größte Corona-Ausbruch im Enzkreis und der bundesweit erste in einem Fleisch verarbeitenden Betrieb nahm am 7. April 2020 recht unspektakulär sei-

nen Anfang: An diesem Tag wurde ein rumänischer Staatsbürger Ende 40 im Krankenhaus auf das Corona-Virus getestet. Zwei Tage später, am Gründonnerstag, stand das (positive) Ergebnis fest. Schnell konnte das Gesundheitsamt ermitteln, dass dieser „Patient 0“ bei der Firma Müller Fleisch in Birken-

feld arbeitete, dem fünftgrößten deutschen Schlachtunternehmen. Angestellt bei einem Dienstleister, wohnte der Mann zusammen mit Kollegen in einer Gemeinschaftsunterkunft im benachbarten Neuenbürg.

Das Gesundheitsamt stellte die Unterkunft unter Quarantäne und ordnete eine Testung der weiteren Mitbewohner an. Das Ergebnis lag am Ostermontag vor: Von zwölf Getesteten waren zehn positiv. Das ganze Ausmaß – insgesamt betraf der Ausbruch bis Ende Mai mehr als 400 Beschäftigte – war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Dennoch herrschte erhöhte Wachsamkeit, und noch am Ostermontag begann die aufwändige Planung für die zahlreichen Testungen, die im Lauf der Woche vorgesehen waren. Bereits am 14. April wurden rund 240 weitere Beschäftigte vor Ort im Betrieb abgestrichen. Ergebnis dieser ersten Massen-Testung: 91 weitere Menschen positiv, die meisten allerdings ohne Symptome.

## 1100 Beschäftigte unter Arbeitsquarantäne

Noch am selben Tag, an dem die Ergebnisse vorlagen, unterschrieb der Erste Landesbeamte Wolfgang Herz, der auch den Corona-Verwaltungsstab leitete, eine Allgemeinverfügung, die den kompletten Betrieb mit seiner mehr als elfhundert-köpfigen multinationalen Belegschaft unter „Arbeitsquarantäne“ stellte. Das Ziel war, ein geschlossenes System zu schaffen und sowohl die Belegschaft als auch die Bevölkerung zu schützen. Diese Form der Quarantäne bedeutete unter anderem, dass sich die Betroffenen – darunter auch mehrere Personen der amtlichen Überwachung – nur noch zwischen ihrem Zuhause und dem Arbeitsplatz bewegen und keinen Kontakt zu Externen haben durften. Außerdem wurden Wechsel in der personellen Besetzung der Schichten und die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln untersagt. Wer positiv getestet

wurde oder Symptome zeigte, durfte nicht zur Arbeit.

Grundsätzlich dürfen Betriebe der sogenannten „kritischen Infrastruktur“ auch in der Pandemie weiter produzieren. Darunter fallen in Deutschland alle Bereiche der Lebensmittel-Herstellung, -Verarbeitung und des Lebensmittel-Handels – und damit auch das Unternehmen Müller Fleisch. Bei der Entscheidung für die Arbeitsquarantäne spielte jedoch vor allem die Befürchtung eine Rolle, dass die (wenn auch nur vorübergehende) Schließung des Betriebs fatale Folgen haben könnte: So war nicht auszuschließen, dass Beschäftigte bei einem Stillstand der Produktion und entsprechenden Lohnausfällen zurück in ihre Heimat reisen oder sich innerhalb Deutschlands neue Jobs suchen würden – egal ob sie krank, infiziert oder gesund wären; eine Befürchtung, die sich bei späteren Ausbrüchen in Nordrhein-Westfalen als sehr begründet erweisen sollte.

Beschäftigte von Müller Fleisch waren in Gemeinschaftsunterkünften in Pforzheim und in einem halben Dutzend Gemeinden im Enzkreis und im Kreis Calw untergebracht. Der Ausbruch selbst und die Entscheidung der Kreisverwaltung, den Betrieb entgegen entsprechender, lautstark vorgetragener Forderungen nicht zu schließen, wurden in der Öffentlichkeit über Wochen breit, heftig und kontrovers diskutiert. Bei einer Pressekonferenz am 23. April standen Landrat Bastian Rosenau und die Bürgermeister der betroffenen Enzkreis-Kommunen den Journalistinnen und Journalisten Rede und Antwort. Das Medienecho war nicht nur landes-, sondern bundesweit immens: Überregionale Tages- und Wochenzeitungen wie SPIEGEL, FAZ, NZZ und TAZ baten um Informationen und Gespräche, Radio- und Fernsehsender von SWR und ZDF über ntv bis RTL um Interviews mit Landrat oder Erstem Landesbeamten. Sogar aus Bukarest kam eine Nachfrage einer dortigen Redaktion; auch der rumänische Generalkonsul in-

formierte sich Ende April vor Ort über die Situation.

## Immer mehr im Fokus: Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten

Die Tatsache, dass ein Großteil der bei Müller Fleisch Arbeitenden aus Ungarn, Polen und Bulgarien, vor allem aber aus Rumänien stammte, sorgte für zusätzliche Aufmerksamkeit auch im politischen Raum. Dabei richtete sich der Blick nicht nur auf deren Arbeits- und Wohnbedingungen, sondern auch auf das Beschäftigungsmodell: Subunternehmer, die Arbeitskräfte in Osteuropa anwerben, nach Deutschland bringen, hier in einfachen Unterkünften einquartieren und mit dem Auftraggeber letztlich nur die erbrachte Leistung abrechnen. Vertreter der zuständigen Gewerkschaft NGG äußerten zunächst Kritik am Vorgehen der Enzkreis-Verwaltung, zogen diese aber wenig später zurück. Insbesondere der für den Fleisch produzierenden Bereich zuständige Sprecher erkannte an, dass der Weiterbetrieb die vermutlich beste Lösung war – und zwar gerade mit Blick auf die Menschen und nicht auf die wirtschaftliche Lage der Firma Müller Fleisch.

Das Unternehmen richtete eine Zugangskontrolle ein: Mitarbeiter des Arbeiter-Samariter-Bunds führten einen Schnell-Check durch, Menschen mit Symptomen oder Fieber durften das Firmengelände nicht betreten und wurden umgehend auf Corona getestet. Mittels mehrsprachiger Hygienehinweise in Form von Handzetteln, Erklärvideos und Infos auf der Homepage, eines fremdsprachigen Teams des Gesundheitsamtes und der Unterstützung durch die örtlichen Europa-Gesellschaften konnten die Beschäftigten besser informiert und betreut werden. Doch nicht nur die fehlende deutsche Sprachkompetenz, auch die verschiedenen Nationalitäten und die Vielzahl der Unterkünfte machten die Überwachung der Auflagen, zum

Beispiel die Begrenzung der Kontakte außerhalb der Arbeit, komplex und schwierig.

Inzwischen hatte sich die Zahl der Positiven in der Firma auf knapp 300 erhöht. Da sich die Verbreitung des Virus' innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte nicht zuverlässig unterbinden ließ, wurde die Nutzung von eigens geschaffenen Quarantäneeinrichtungen notwendig, deren Belegung am 27. April begann: Im Reha-Zentrum Schömburg kamen 33 Menschen unter, im Queens-Hotel in Niefern 59 und im Tagungszentrum Hohenwart-Forum in Pforzheim 162. Insgesamt entstanden dadurch Quarantänekosten in Höhe von rund 750.000 Euro, zu deren Deckung Müller Fleisch entgegen anderslautender Forderungen aus dem politischen Raum rechtlich nicht herangezogen werden konnte. Zu diesem Ergebnis kam ein Gutachten, das vom baden-württembergischen Sozialministerium in Auftrag gegeben worden war. Letztlich übernahm das Land diesen Betrag. Hingegen trug Müller Fleisch die Kosten für die Jugendherberge Rabeneck in Pforzheim, in der das Unternehmen ab Mitte Mai Mitarbeiter in Quarantäne unterbrachte.

Nachdem nahezu alle Beschäftigten ein erstes Mal getestet worden waren, startete am 5. Mai der zweite Durchgang: Nun wurden diejenigen erneut abgestrichen, die im ersten Durchgang negativ gewesen waren. Nochmals fiel bei 82 von ihnen der Test positiv aus. Sicherheits halber untersagte der Enzkreis daher die Neueinstellung von Beschäftigten, um das System geschlossen und vor allem steuerbar zu halten. Zusätzlich wurde zunächst für die Dauer eines Monats eine wöchentliche Berichtspflicht des Unternehmens zur Umsetzung der bislang verfügbaren Anordnungen und zu den im Krisenmanagement- und Pandemieplan des Betriebes aufgeführten Maßnahmen angeordnet. Dazu gehörte unter anderem, dass die Beschäftigten den ÖPNV nicht nutzen durften und in den Autos und Kleinbussen, die sie statt-

dessen von den Unterkünften zum Werk brachten, FFP2-Masken tragen mussten. Arbeitsschutz-Auflagen im Betrieb wie das Tragen von medizinischem Mund-Nasen-Schutz erschwerten zwar das Arbeiten am Band, ermöglichten jedoch, dass die Schlachtung im gewohnten Ablauf erfolgen konnte.

Fast alle Erkrankungen von Müller Fleisch-Beschäftigten verliefen glücklicherweise glimpflich; zu Todesfällen wegen Corona kam es innerhalb der Belegschaft nicht. Ende Mai war der Ausbruch beendet, nachdem zwei Wochen lang keine neuen Fälle registriert wurden. An anderen Standorten der Fleischindustrie hingegen ging es zu diesem Zeitpunkt erst los: Zunächst in Coesfeld und Bad Bramstedt, später bei Deutschlands größtem Fleisch verarbeitenden Unternehmen Tönnies in Rheda-Wiedenbrück mit allein 1.400 Infizierten. Expertinnen und Kollegen der dortigen Ämter informierten sich über die Maßnahmen und Erfahrungen im Enzkreis. Nun zog auch die Politik Konsequenzen und beschloss strengere Regeln für die Fleischindustrie.

## Fazit

Gesundheits-Screening am Einlass, größere Abstände bei der Arbeit und in den Pausen sowie die Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken haben sich bewährt und bleiben im Rahmen des Pandemieplans der Firma dauerhaft in Kraft. Die Arbeits-Quarantäne konnte Ende Mai aufgehoben werden, allerdings wurde gleichzeitig eine Maximalbelegung in den Gemeinschaftsunterkünften verfügt. Demnach durften ab dem 23. Juni nur noch zwei, ab Anfang August nur noch eine Person pro Zimmer untergebracht werden. Zimmer teilen können sich nur Partner oder enge Familienangehörige.

Die Wirksamkeit zeigte sich im Dezember 2020, als es erneut zu einem größeren Infektionsgeschehen unter den Arbeitskräften kam, dieses sich jedoch

rasch begrenzen ließ: Infizierte und Kontaktpersonen wurden konsequent und frühzeitig isoliert; es kam nicht zu einer relevanten Ausbreitung in der Firma. Ursache für diesen Ausbruch waren höchstwahrscheinlich die hohen Fallzahlen in den Heimatländern der Betroffenen, die auf diesem Wege zahlreiche Infektionen mitbrachten.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung sah und sieht der Enzkreis das Unternehmen weiterhin in der Pflicht, auch die grundlegenden Veränderungen im System, zu denen die Geschäftsführung aufgefordert wurde, mit aller Konsequenz weiterzuverfolgen – im Interesse einer langfristigen und nachhaltigen Lösung. Dies führte zur Prüfung und Anpassung des bisherigen betrieblichen Hygienekonzeptes, die schließlich in den „Pandemieplan 2.0“ mündete. Die dort enthaltenen Vorgaben sind einer dauerhaften Kontrolle der Behörden unterworfen. Wie sich gezeigt hat, wurden mit diesem Maßnahmenpaket bereits wichtige Punkte aus dem inzwischen auf Bundesebene beschlossenen Arbeitsschutzprogramm umgesetzt.

Als unerlässlich ist die enge Kooperation zwischen allen betroffenen Verwaltungsstellen und Behörden einzustufen: Hausintern leistete dies insbesondere der seinerzeit drei Mal wöchentlich tagende Corona-Verwaltungsstab, dem neben dem Gesundheitsamt auch das Verbraucherschutz- und Veterinäramt, die Rechtsabteilung, das Ordnungsamt und auch Externe wie die Polizei angehörten. Enger Kontakt bestand darüber hinaus zu den Ortspolizeibehörden, zum Regierungspräsidium Karlsruhe, zu den Berufsgenossenschaften.

Sehr hilfreich war der kurze Draht zum Land: Nachdem das Gesundheitsamt Anfang Mai eine Überlastungsanzeige gestellt hatte, erfolgte ein intensiver Austausch mit dem Landesgesundheitsamt. Dabei wurde deutlich, dass das Management dieses komplexen Ausbruchs geschehens einer intensiven weiteren Aufarbeitung bedurfte, die nur mit exter-



ner fachlicher Expertise bewältigt werden konnte. Letztlich wurde auch die Strategie im Umgang mit der Firma Müller Fleisch in engem Austausch mit dem Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz beim Landesgesundheitsamt entwickelt. Hervorzuheben ist auch die regelmäßige Abstimmung mit der Unternehmensleitung – nicht zuletzt mit dem Ziel, einmal getroffene Entscheidungen und Maßnahmen mit Blick auf deren Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit immer wieder einer kritischen Betrachtung und gegebenenfalls auch einer Nachjustierung zu unterziehen. Auch wenn es für alle Beteiligten belastende, nervenaufreibende Wochen

waren, in denen das Thema nahezu alle verfügbaren Ressourcen band, gelang es in einer beeindruckenden Gemeinschaftsleistung, das Geschehen in geordnete Bahnen zu lenken und damit die Gesundheit zahlreicher Menschen zu schützen. Die Inzidenz-Zahlen außerhalb von Müller Fleisch zeigten, dass der Enzkreis mit seiner Strategie sein wichtigstes Ziel erreicht hatte: das Virus weitestgehend im geschlossenen System zu halten und die Allgemeinbevölkerung zu schützen.

Frühzeitiges, entschiedenes und mutiges Handeln erwies sich als entscheidender Faktor für das erfolgreiche Management dieses großen Ausbruchs. Was wie eine

Selbstverständlichkeit klingt, musste in Pandemiezeiten – geprägt von fast täglichen neuen Erkenntnissen und nicht selten auch Hiobsbotschaften, die wiederholt kontroverse politische Diskussionen und Zweifel auslösten – immer wieder hart erkämpft, gut begründet und der einmal eingeschlagene Weg konsequent weitergegangen werden.

Sabine Burkard ist Pressesprecherin im Landratsamt Enzkreis. Jürgen Hörstmann ist Pressesprecher im Landratsamt Enzkreis.

## Deutsch lernen digital – nicht nur im Pandemiejahr?

Von Heide Hindahl und Karen Württemberger, Landkreis Heilbronn

Bekannte Unternehmen bieten im wirtschaftsstarke Landkreis Heilbronn eine große Zahl von attraktiven Arbeitsplätzen und ziehen damit viele neue Einwohner und Einwohnerinnen an – in steigender Zahl auch aus dem Ausland. Häufig ziehen von dort junge Familien zu, die nur in den seltensten Fällen ausreichende Deutschkenntnisse mitbringen. Um allen Zuwanderern eine Erwerbstätigkeit als Fachkraft auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, hat sich der Landkreis Heilbronn zum Ziel gesetzt, jeder neuen Einwohnerin und jedem neuen Einwohner Zugang zu einem bildungsfähigen Sprachlevel in Deutsch zu verschaffen, das berufliche Erst- oder Weiterqualifikation ermöglicht. Bereits vor der Corona-Pandemie hat der Landkreis Heilbronn in diesem Zusammenhang begonnen, sich für digitale Deutschlernangebote zur Komplettierung des Angebots einzusetzen. Bedingt durch den Umstand, dass durch die Kontaktbeschränkungen im Pande-

miejahr Deutsch über weite Strecken nur mittels digitaler Formate unterrichtet werden konnte, haben wir, teils aus der Not heraus und teils in einem größeren Umfang als geplant, Erfahrungen mit Online-Deutschkursen in verschiedenen Settings und mit unterschiedlichen Zielgruppen sammeln können.<sup>1</sup> Basierend auf diesen Erfahrungen und dem Austausch mit regionalen und überregionalen Sprachkursträgern fassen wir hier einige der Voraussetzungen und Erfolgsfaktoren zusammen, die aus unserer Sicht wesentlich für das Gelingen digitaler Sprachlernformate sind. Wir sprechen uns darüber hinaus dafür aus, digitales Deutschlernen auch nach der Pandemie beizubehalten und weiterzuentwickeln. Zugutekommen würden solche Angebote insbesondere den teils bereits gut qualifizierten Frauen, deren Männer eine Arbeit im Landkreis aufgenommen haben und die wegen begrenzt verfügbarer Kinderbetreuung nicht an Präsenzdeutschkursen teilnehmen kön-

nen. Auch kranke oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen würden davon profitieren, ebenso wie viele bereits Beschäftigte, die eine sprachliche Höherqualifizierung anstreben und nach Feierabend keine langen Anfahrtswege zum Kursort bewältigen können.

### Erstes Online-Pilotprojekt

Dass ein Bedarf für Online-Sprachkurse besteht, wurde uns anhand der vielen Reaktionen auf die Bekanntgabe unseres Angebotes eines entsprechenden Pilotkurses in der örtlichen Tageszeitung im Frühjahr 2020 deutlich bewusst. Besonders häufig meldeten sich Frauen, die zwar beispielsweise als EU-Bürgerinnen zur Teilnahme an Integrationskursen berechtigt waren, aber Schwierigkeiten hatten, das feste Kursschema der Präsenzkurse in ihrem Tagesablauf unterzubringen. Fehlende oder nicht bedarfsgerechte Kinderbetreuung (z.B. in Nachbarkommunen oder mit einge-



Quelle: Landratsamt Heilbronn

schränkten Öffnungszeiten, oft in Verbindung mit einer schlechten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr), ließen für sie die Kursteilnahme in den nächstgrößeren Städten nicht zu. Auch zu hohe Fahrtkosten spielten teilweise eine Rolle. Bis ein Integrationskurs besucht werden kann, vergehen in solchen Fällen schnell ein paar Jahre – verlorene Zeit in Hinblick auf die Integration und Teilhabemöglichkeiten und die sprachliche Vorbereitung auf eine berufliche Erst- oder Weiterqualifizierung, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen zu können.

## Ablauf von Online-Deutschkursen

Online-Sprachkurse funktionieren im Prinzip ähnlich wie Präsenzkurse – mit dem Unterschied, dass der Unterricht anstatt in einem echten Klassenzimmer in einem virtuellen Raum stattfindet. Bei einem volldigitalen Sprachkurs sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu festen Kurszeiten per Videokonferenz auf dem Bildschirm mit Kamera und Mikrofon zugeschaltet, die Anwesenheitspflicht wird mit Screenshots und gängigen Anwesenheitslisten dokumentiert. Eine Lehrkraft leitet, wie im Präsenzunterricht auch, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit interaktiven Übungen an. Verwendet wird üblicherweise

das jeweilige Lehrbuch, das auf das angestrebte Deutschniveau nach dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen (GER) vorbereitet (die zertifizierten Prüfungen finden bislang alle noch in Präsenz statt). Das Teilen digitaler Dokumente per Bildschirmfreigabe ersetzt die Tafelaufschriebe, so dass der Inhalt für alle sichtbar ist und bearbeitet werden kann. Zudem werden Lehrwerke genutzt, die eine digitale Bearbeitung ermöglichen. Darüber hinaus gibt es parallel zum Kurs digitale Lernplattformen bzw. eine Arbeitscloud, in der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Hausaufgaben erstellen und korrigieren lassen und sich auch untereinander austauschen können. Die Einschätzung, welche Zahl geeignet ist für einen digitalen Deutschkurs, schwankt je nach Sprachkursträger, auch in Abhängigkeit von der Zielgruppe und deren sprachlicher und technischer Vorerfahrung; üblicherweise bewegt sich die Zahl zwischen zehn und 15 Personen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Datenschutz. Der Start unseres Online-Pilotkurses fiel in die Zeit, in der das amerikanische Unternehmen Zoom Video Communications mit massiven Datenschutz- und Sicherheitsmängeln in den Schlagzeilen stand und eine daten-

schutzkonforme Lösung gefunden werden musste. Glücklicherweise wurde in diesem Bereich zwischenzeitlich von den Anbietern der Videokonferenztools nachgebessert. Immerhin können die Sprachkursträger heute zwischen einer Reihe vertrauenswürdiger Anbieter mit einer einigermaßen sicheren Datenverschlüsselung wählen, die auch noch eine gewisse Nutzerfreundlichkeit bieten. Auch mit dem digitalen Weiterbildungscampus Baden-Württemberg wurde eine Infrastruktur für eine technisch unterstützte und datenschutzkonforme Lernplattform geschaffen.

## Herausforderungen und Voraussetzungen für Online-Deutschkurse

Die Corona-Pandemie hat weiten Teilen der Gesellschaft eine steile Lernkurve ihrer technischen Kompetenz beschert: Schulen, Behörden und Betriebe waren gezwungen, ihre Aktivitäten auf die digitale Ebene zu bringen und dort fortzusetzen. Auch Sprachkursträger, deren Kurse durch die erforderlichen Kontaktbeschränkungen abrupt unterbrochen wurden, mussten mehr oder weniger ad hoc digitale Tools einrichten oder bereits vorhandene Ansätze anwendungsreif



Quelle: Landratsamt Heilbronn

machen, um ihre Kurse online weiterzuführen. Nicht alle Träger konnten dies – zumal im ersten Lockdown – auch umsetzen. Abseits der geforderten technischen Ausstattung und Kompetenz der Administratoren und Dozentinnen und Dozenten scheiterte dies oft genug an den Voraussetzungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst. Entweder standen keine geeigneten Endgeräte zur Verfügung oder es fehlte eine stabile Internetverbindung mit ausreichend Datenvolumen – häufig war weder das eine noch das andere vorhanden. Um zumindest den Leistungsstand zu halten, richteten manche Träger für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer digitale Plattformen ein, über die sie im Selbststudium Aufgaben erledigen konnten und die durch einen Tutor oder eine Tutorin korrigiert wurden.

Technische Fragestellungen stellten vor allem bei Personen mit noch geringen bzw. nicht vorhandenen Deutschkenntnissen eine große Herausforderung dar, da hier die Kommunikation über das richtige Einloggen oder auftretende Probleme besonders schwierig ist. Auch die inhaltliche Kursgestaltung kann durch technische Unzulänglichkeiten negativ beeinflusst werden, z.B. im Bereich der Phonetik. Eine verzögerte Tonübertragung und die daraus resultierende Ungleichzeitigkeit von Bild und Ton macht vor allem bei Anfängerinnen und Anfängern die Vermittlung der korrekten Lautbildung anhand der erforderlichen Mundbewegungen schier unmöglich.

Teils berichteten die Dozentinnen und Dozenten, dass die Unterrichtsvorbereitung für digitalen Unterricht komplexer ist, insbesondere, wenn das verwendete Unterrichtsmaterial dazu erst aufbereitet werden muss. Auch kann während des Unterrichts je nach Gruppengröße eine höhere Aufmerksamkeit durch die Dozentinnen und Dozenten durch aktives Nachfragen erforderlich sein, um alle Teilnehmenden im Blick zu behalten und um registrieren zu können, wer ggfs.

Schwierigkeiten bei bestimmten Lerninhalten hat.

Vor allem die letztgenannten Beispiele zeigen, dass eine intensive Dozentenschulung Voraussetzung für einen reibungslosen digitalen Unterricht ist. Da die meisten Konferenztools leicht zu bedienen sind, ist eine spezifische Technikkaffinität nicht erforderlich, allerdings auf Seiten der Dozentinnen und Dozenten die Bereitschaft, sich mit den Programmen auseinanderzusetzen und sich diese anzueignen. Auch bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst ist eine gewisse Vertrautheit beim Umgang mit digitalen Dokumenten von Vorteil. Unabdingbar ist in jedem Fall ein ständig verfügbarer IT-Support, den der Kursträger für Lehrpersonal und Teilnehmende bereitstellen muss. Hier ist wiederum die Auswahl der passenden Software zentral, die auch mit den gängigen Betriebssystemen kompatibel sein sollte.

Unsere Erfahrungen haben vor allem auch gezeigt, dass für erfolgreiches Online-Deutschlernen die Versorgung mit internetfähigen Endgeräten und vor allem ausreichendem Datenvolumen die Grundvoraussetzung ist. Gerade Letzteres ist ein häufiges Problem, da viele aus Kostengründen Verträge mit Telekommunikationsanbietern abschließen, die das erforderliche Datenvolumen nicht bereitstellen, und so die Gefahr hoher Zusatzkosten droht. Dieser Punkt betrifft insbesondere die Gruppe der Geflüchteten mit Duldung und Aufenthaltsgestattung. Deren Gemeinschaftsunterkünfte sind mehrheitlich noch nicht mit WLAN ausgestattet. Für sie konnten daher in der Pandemiezeit keinerlei digitale Sprachlernangebote bereitgestellt werden. Das Schaffen einer digitalen Infrastruktur und die Versorgung mit schnellem Internet für alle Bevölkerungsgruppen ist aber die zentrale Voraussetzung für jegliche Form digitalen Lernens und digitaler Kompetenz und sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden.

### Online-Sprachcoachings in der Pflege

Zwar nicht als Online-Veranstaltungen geplant, aber im Zuge der Corona-Schutzmaßnahmen ebenfalls digital verortet werden mussten die in diesem Jahr in Kooperation mit drei Pflegeeinrichtungen im Landkreis durchgeführten „Sprachcoachings in der Pflege“ (gefördert im Rahmen der Modellprojekte Sprachförderung vom Sozial- und Integrationsministerium Baden-Württemberg). In Gruppen von je acht bis 14 Teilnehmenden übten die Beschäftigten ein halbes Jahr lang berufsspezifischen Wortschatz sowie Alltagskommunikation mit dem Ziel, die Kontaktaufnahme und Beziehung zu den Bewohnerinnen und Bewohnern, Angehörigen, externen Dienstleistern und Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz zu erleichtern. Stärker als in regulären Sprachkursen üblich, fanden hier auch interkulturelle Themen und die individuelle Situation der einzelnen Beschäftigten Beachtung. Bei der Durchführung dieser Coachings hat sich gezeigt, dass zwar die Nutzung eines Online-Angebots grundsätzlich für die Teilnehmenden kein Problem war, die zentrale Herausforderung aber in der Möglichkeit zur Wahrnehmung des Angebots im Rahmen des Schichtbetriebs mit seinen wechselnden Arbeitszeiten bestand. Gegebenenfalls müssen hier zukünftig Angebote mit einem erweiterten Umfang, die auf diesen Umstand Rücksicht nehmen, initiiert werden.

Unsere Erfahrungen aus den Pilotprojekten haben darüber hinaus gezeigt, dass auch ein guter sozialer Zusammenhalt in einer Gruppe, die sich nur online trifft, entstehen kann. Hier kommt der Dozentin bzw. dem Dozenten ein maßgeblicher Einfluss zu, da durch sie oder ihn mit unterschiedlichen Maßnahmen ein Gruppengefühl hergestellt und gestärkt werden kann.

## Vorteile von Online-Sprachkursformaten

Obgleich für viele Träger Präsenzunterricht beim Deutschlernen, bei dem die Kommunikation der zentrale Lerninhalt ist, durchaus nachvollziehbar das gewünschte Setting ist, bieten Online-Sprachlernformate auch sinnvolle Alternativen gegenüber Präsenzkursen. Außer der bereits beschriebenen Tatsache, dass für viele Zugewanderte Online-Formate die einzige Alternative zum Deutschlernen ist, bieten sie noch weitere Vorzüge. Einer der großen Pluspunkte in planerischer Hinsicht ist, dass durch ein größeres gefasstes Einzugsgebiet vereinzelt auftretende Bedarfe in den Kommunen zusammengefasst und mit einem Kursangebot beantwortet werden können. Damit kann eine größtmögliche Homogenität im Kenntnisstand für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kurse hergestellt werden. Nicht immer ist es beispielsweise aufgrund der geforderten Mindestteilnehmerzahl möglich, dezentrale Deutschkurse mit Kinderbetreuung im Rahmen der Sonderformate der vom Sozialministerium geförderten Sprachförderprogramms VVV-Deutsch zu organisieren. Oft gibt es in jedem Ort nur zwei oder drei Personen auf demselben Sprachniveau, für die sich kein eigener Kurs lohnt.

Um solch kleineren Bedarfe aufzugreifen, haben wir in einem durch das Sozialministerium geförderten Projekt in Kooperation mit der örtlichen VHS dezentral organisierte Kleingruppen von Sprachlernenden zusammengefasst und dabei Präsenzlernen mit zeit- und ortsunabhängig in Anspruch genommenen digi-

talern Lernanteilen kombiniert, wobei je nach Zielgruppe die Anteile unterschiedlich gewichtet werden konnten. Verbunden mit diesem hybriden Angebot war die Hoffnung, dadurch flexibler auf unterschiedliche Bedarfe reagieren zu können. Eingerichtet und erfolgreich durchgeführt wurden beispielsweise zwei gemischte Kurse je am Vormittag und am Abend, ein Langsamlernerkurs sowie zwei B2-Kurse, wobei einer in Kooperation mit einer Berufsschule durchgeführt wurde. Obwohl der letztgenannte Kurs unter den Berufsschülerinnen und -schülern auf großes Interesse gestoßen war, waren es zum Schluss nur sehr wenige, die zur B2-Prüfung angemeldet werden konnten. Offensichtlich war deren Kapazität für ein weiteres Online-Angebot, nachdem der übliche Unterricht bereits online stattfinden musste, nicht mehr in ausreichendem Maß vorhanden.

Selbstverständlich können Online-Formate auch das bei den Sprachkursträgern im Zuge der Corona-Pandemie verstärkte Platzproblem lindern und die Beschäftigung mit 2G- oder 3G-Regelungen obsolet machen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst können darüber hinaus auch bei vorübergehender Abwesenheit vom Wohnort am Kurs teilnehmen. Durch die Teilnahme an Online-Formaten üben sie zudem automatisch digitale Skills ein, was für ihre Integration in die zunehmend digitalisierte Arbeitswelt Vorteile bietet.

## Fazit

Wir setzen uns dafür ein, gerade in Landkreisen mit seinen auf die regionalen

Zentren beschränkten Kursangeboten und weiten Entfernungen geeignete digitale Sprachlernformate beizubehalten und weiterzuentwickeln. Damit kann unter anderem der Weg für leistungsbereite Migrantinnen und Migranten geebnet werden, die ansonsten durch die beschriebenen Hinderungsgründe beim Deutscherwerb ausgebremst werden. Auch zugewanderte Eltern sollen die Möglichkeit haben, Deutsch zu lernen, nicht zuletzt um der Erwartung der Schulen gerecht zu werden, Ansprechpartner und Begleiter für die Bildungswege ihrer Kinder zu sein. Digitalisierung darf nicht als Instrument einer Ausnahmesituation betrachtet werden, sondern muss kontinuierlich vorangetrieben werden. Die Corona-Krise sollte daher als Katalysator für die Weiterentwicklung des digitalen Lernens und den entsprechenden Plattformen genutzt werden.

<sup>1</sup> Im Einzelnen handelte es sich dabei um einen eigenfinanzierten Online-Deutschkurs und ein vom Land im Rahmen der spezifischen Sprachkursangebote der VVV Deutsch gefördertes Modellprojekt, darüber hinaus das ebenfalls vom Land Baden-Württemberg geförderte Modellprojekt (ergänzende Maßnahme der Sprachförderung und Sprachmittlung), in dessen Rahmen Sprachcoachings in der Pflege mit drei Pflegeeinrichtungen durchgeführt wurden, sowie das hybride, ebenfalls vom Land geförderte, Kursangebot Dezentral.Digital im Rahmen des Programms „Integration vor Ort – Stärkung kommunaler Strukturen“.

Heide Hindahl und Karen Württemberger sind als Bildungskordinatorinnen für Neuzugewanderte im Landratsamt Heilbronn tätig.



# Flexibel und innovativ in der Krise – Erfahrungen aus dem Hohenlohekreis, einem der ersten Corona-Hotspots Deutschlands

Von Annemarie Flicker-Klein, Hohenlohekreis

Ein frühes Ausbruchsgeschehen nach einem Kirchenkonzert in einem Teilort von Kupferzell am 1. März 2020 machte die Gemeinde im Hohenlohekreis zu einem der bundesweit ersten Corona-Hotspots. 82 Personen infizierten sich im Zusammenhang mit der Veranstaltung, auch eine zweite Gemeinde war stark betroffen. Damit traf die erste Welle der Corona-Pandemie den Hohenlohekreis zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit großer Heftigkeit. Dies stellte die Landkreisverwaltung und insbesondere das Gesundheitsamt vor große Herausforderungen. Doch im Verlauf der Krise erwies sich die Behörde als schnell, flexibel und innovativ.

Mit 113.035 Einwohnerinnen und Einwohnern<sup>1</sup> in 16 Städten und Gemeinden ist der Hohenlohekreis der bevölkerungsmäßig kleinste Landkreis in Baden-Württemberg. Für die 7-Tage-Inzidenz, welche sich auf die Coronafälle in einem Landkreis auf 100.000 Einwohner<sup>2</sup> bezieht und die für die Einschätzung der epidemischen Lage herangezogen wurde, bedeutet dies, dass jeder einzelne Fall im Hohenlohekreis unmittelbare Auswirkungen auf den Inzidenzwert hat.

## Krisenmanagement und Maßnahmen im Hohenlohekreis in der ersten Welle

Das Infektionsgeschehen der ersten Welle gestaltete sich im Anschluss an diesen ersten großen Ausbruch im Kreisgebiet äußerst dynamisch: nachdem der erste bestätigte Fall am 5. März 2020 gemeldet worden war, wurden am 20. März bereits über 200 Infizierte registriert, am 29. März hatte sich diese Zahl wiederum verdoppelt. Doch waren bereits zuvor entsprechende Vorbereitungen auf Krei-

sebene getroffen worden. Seit dem 26. Februar 2020, also mehr als eine Woche vor dem ersten bestätigten Infektionsfall, tagte täglich ein Koordinierungsstab unter Vorsitz von Landrat Dr. Matthias Neth. Vertreter aus dem Gesundheitsamt, den Ämtern für Personal, Finanzen, Ordnung und Recht sowie der Pressestelle bewerteten mit der Hausspitze die Auswirkungen des Infektionsgeschehens auf die Lage im Kreis und beschlossen tagesscharf entsprechende Maßnahmen. Von Beginn an wurde die vom Robert-Koch-Institut (RKI) empfohlene „Surveillance-and-Containment“-Strategie strikt umgesetzt.

Zum 2. März 2020 schaltete das Gesundheitsamt ein Bürgertelefon, das ab Mitte März auch medizinische Auskünfte erteilen konnte und neben Bürgeranfragen auch Landwirte und Unternehmen beriet. Bis zu 45 Mitarbeiter des Landratsamts beantworteten täglich bis zu 300 Fragen – auch am Wochenende. Ab 7. Mai 2020 konnte mit einem automatisierten Anrufrdialog die rasche Weiterleitung zur passenden Ansprechperson

erfolgen und damit die Qualität sowie Effizienz des Bürgertelefons erhöht werden.

Im Hohenlohekreis wurde von Beginn an intensiv auf das Coronavirus getestet – ein Faktor, der sich auch auf die hohen Fallzahlen im Kreis auswirkte, da auf diese Weise viele Infektionen erkannt wurden. Seit 10. März wurde in Kooperation mit der Kassennärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW), dem THW und dem Deutschen Roten Kreuz eine Zentrale Abstrichstelle betrieben. Dies erfolgte zunächst im Gesundheitsamt, nach einer Woche verlagerte man die Abstrichstelle an eine verkehrsgünstig gelegene Stelle im Drive-in-Modus. So mussten infektionsverdächtige Bürger keine Arztpraxen aufsuchen, was die Ärzteschaft entlastete. Die Drive-in-Lösung schützte auch das Personal und ermöglichte zudem eine effiziente Nutzung der knapp vorhandenen Schutzausrüstung. Täglich wurden bis zu 150 Personen getestet, insgesamt waren es bis zur vorübergehenden Stilllegung am 16. Mai 2020 2.247 Abstriche. Ab diesem



Eine der ersten Sitzungen des Koordinierungsstabes, der bereits ab 26. Februar 2020 tagte – damals noch ohne Abstand oder Masken.

Quelle: Landratsamt Hohenlohekreis

Zeitpunkt erfolgten die Testungen in Schwerpunktpraxen, wie es auch von Seiten der Kreisärzteschaft gewünscht worden war. Als der Bedarf an Abstrichen aufgrund der Jahreszeit wieder anstieg, wurde die Abstrichstelle von der KVBW vom 2. November 2020 bis zum 31. Mai 2021 wieder in Betrieb genommen.

Zur Containment-Strategie des Landkreises gehörten auch weitreichende Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, bevor diese landes- und bundesweit verkündet worden waren. Nachdem bereits am 4. März 2020 alle kreiseigenen Veranstaltungen<sup>3</sup> abgesagt worden waren und die Gemeinden sowie Organisationen diesem Beispiel gefolgt waren, erließ das Landratsamt am 15. März 2020 zwei Allgemeinverfügungen, die das öffentliche Leben stark einschränkten: Besuche in Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen wurden auf eine Stunde pro Patient und Tag begrenzt, für Risikopatienten sogar komplett ausgesetzt.<sup>4</sup> In der zweiten Verfügung wurden öffentliche und private Veranstaltungen mit mehr als 100 Personen untersagt, Veranstaltungen ab 30 Personen einer vorherigen Anmeldung beim zuständigen Bürgermeisteramt unterworfen.<sup>5</sup> Eine dritte und vierte Allgemeinverfügung vom 17. März regelten die Absonderung von Kontaktpersonen und bewilligten Ausnahmen für Sonn- und Feiertagsarbeit sowie bei der täglichen Höchstarbeitszeit. Am 20. März folgten zwei Allgemeinverfügungen zur häuslichen Absonderung von positiv Getesteten sowie deren Kontaktpersonen.

Bedingt durch die exponentielle Zunahme an bestätigten Corona-Infektionen war die Fallbearbeitung nach wenigen Tagen nicht mehr allein von den 20 Mitarbeitenden des Gesundheitsamts zu bewältigen. Da zu Beginn der Pandemie noch keine ausreichenden digitalen Fachanwendungen für die Übermittlung von Testergebnissen und die Kontaktpersonennachverfolgung (KPNV) verfügbar waren, bedurfte es einer



**In einem Teilort von Kupferzell hatte der Hohenlohekreis mit mehreren Partnern von März bis Mai 2020 eine eigene Drive-in-Abstrichstelle eingerichtet.**

Quelle: Landratsamt Hohenlohekreis

personellen Aufstockung. Hierzu wurden in der Spitze bis zu 200 Mitarbeiter aus allen Ämtern zusammengezogen, was unter anderem durch die Schließung des Landratsamts für die Öffentlichkeit zum 16. März 2020 ermöglicht wurde. Um das (medizinische) Fachpersonal des Gesundheitsamts von allen nichtmedizinischen Aufgaben zu entlasten, wurde das Amt zum 14. März 2020 in eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) mit zwei Leitungsstäben überführt. Diese waren jeweils mit einer Doppelspitze besetzt, die Gesamtleitung sowie die medizinische Leitung verblieben bei der Leiterin des Gesundheitsamts. Parallel dazu wurde eine Verwaltungsleitung etabliert. Die BAO konnte zum 1. August 2020 wieder aufgelöst werden. Seither steuert das personell stark aufgestockte Gesundheitsamt die Fallermittlung und das Bürger-Infotelefon. Unterstützung gab es in diesem Bereich von Oktober 2020 bis Ende Juni 2021 durch die Bundeswehr: Soldaten des Logistikbataillons 61 aus Walldürn, der Deutsch-Französischen Brigade aus Donaueschingen sowie aus der Sicherungs- und Unterstützungskompanie Oberrhein übernahmen Aufgaben in der KPNV.

Innerhalb der BAO übernahm das Stammpersonal des Gesundheitsamtes neue Aufgaben, auch mit Führungsverantwortung. Da zu diesem Zeitpunkt noch keine Software für die KPNV verfügbar war, wurde mit einer Excel-Lösung gearbeitet, die es ermöglichte, automatisch Briefe an die Betroffenen zu generieren. Hier konnte auf Erfahrungen der Bundespolizei aus der Flüchtlingskrise sowie auf das Wissen gut ausgebildeter Verwaltungsfachkräfte zurückgegriffen werden. Diese Lösung wurde genutzt, bis das Gesundheitsamt des Landratsamtes Hohenlohekreis als eines der ersten Gesundheitsämter das KPNV-Programm SORMAS im Sommer 2020 einführte. Anders als in der KPNV konnte das Meldewesen des Gesundheitsamtes für die Übermittlung der Fälle von Anfang an eine geeignete Software nutzen: die Übermittlungssoftware „SurvNet“ des RKIs, die zufällig kurz vor Beginn der Pandemie eingeführt worden war. Für andere Bereiche standen erst später entsprechende Fachanwendungen zur Verfügung, die vom Gesundheitsamt aber so schnell wie möglich übernommen und genutzt wurden. Für die Anwendung des CovBots, einem KI-gestützten Hotline-Assistenten für das

Bürger-Infotelefon, war das Gesundheitsamt des Hohenlohekreises wie bei der Nutzung von SORMAS Pilotamt. Die zunehmende Digitalisierung erleichterte und vereinfachte die Arbeit und reduzierte den Personalbedarf ungemein. Auch die Luca-App wurde im Hohenlohekreis sehr früh etabliert und eingebunden.

Das Gesundheitsamt des Hohenlohekreises hat im Zeitraum vom 13. März bis 31. Juli 2020 insgesamt 789 positive Fälle bearbeitet und 4.119 Kontaktpersonen ermittelt. 1.079 positive Befunde wurden erfasst und als e-Akten mit 17.500 eingescannten und abgelegten Dokumenten geführt. Dazu kamen 3.855 negative Befunde und 855 Verdachtsmeldungen sowie 493 Einzelverfügungen an die Gemeinden und 4.310 K1-Hinweise.

## RKI-Studie „Corona Monitoring lokal“ im Hohenlohekreis

Die akribische Dokumentation der Fallermittlung und der Beantwortung eingegangener Anfragen sorgte für schnelle und bürgernahe Hilfe in der Beratung. Darüber hinaus machte dies den Hohenlohekreis auch zum geeigneten Kandidaten für die Studie „Corona Monitoring lokal“ des RKIs, bei der sich das Gesundheitsamt beworben hatte. Vom 20. Mai

bis 9. Juni 2020 wurden in der Gemeinde Kupferzell die bundesweit ersten Untersuchungen im Rahmen der Studie durchgeführt.<sup>6</sup> Diese sollte erfassen, wie viele Bürger bereits eine SARS-CoV-2-Infektion durchgemacht hatten und dabei auch die bislang nicht erkannten Infektionen berücksichtigen. Ebenso sollte mehr über die Entwicklung von Antikörpern und Immunität in Erfahrung gebracht werden. Zum Start der Studie gab es in der Gemeinde insgesamt 111 gemeldete Fälle und drei Todesfälle; etwa 500 Kontaktpersonen waren in Quarantäne geschickt worden.<sup>7</sup>

Das Team des RKIs lud 3.534 Bürger über 18 Jahren zur Studie ein – über die Hälfte der dortigen Bevölkerung<sup>8</sup> – und nahm innerhalb von 20 Tagen über 2.200 Proben. Die Teilnahmebereitschaft der Kupferzeller mit 63 Prozent Rücklaufquote war mehr als überdurchschnittlich. Am 14. August 2020 wurden im Rahmen einer Pressekonferenz die ersten Ergebnisse vorgestellt. Aufgrund der im Blut vorhandenen Antikörper stellte sich heraus, dass sich 3,9-mal mehr Einwohner mit dem Virus infiziert hatten als bislang bekannt, also etwa 450 Personen. Die Ergebnisse wiesen auch nach, dass zum Studienzeitpunkt keiner der Teilnehmenden aktuell infiziert war. Dies zeige, so Lars Schade, Vizepräsident des RKIs,

„dass man die Virusübertragung in der Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen unterbrechen kann“. Auch in einer Hotspot-Gemeinde habe sich dadurch nur eine Minderheit angesteckt. Der Landkreis sah sich in seiner Strategie bestätigt. „Wir wissen nun, dass wir keine weiteren unbekanntem Infektionsketten in Kupferzell hatten“, so Landrat Dr. Matthias Neth. Der eingeschlagene Weg mit der konsequenten Kontaktnachverfolgung sei offensichtlich richtig gewesen, ebenso die von Beginn an hohe Testintensität. Stefan Brockmann, Leiter des Referats Gesundheitsschutz und Epidemiologie im Landesgesundheitsamt, bescheinigte dem Hohenlohekreis, einen sehr guten, „fast vorbildlichen“ Job gemacht zu haben. Nach der anfänglichen Spitzenposition konnte der Landkreis von Juni 2020 bis Februar 2021 fast konstant eine 7-Tage-Inzidenz unter dem Landeschnitt vorweisen.

Im Oktober 2020 war das RKI erneut zu Gast im Landkreis, um im Rahmen einer Nachfolgeuntersuchung zu prüfen, bei wie vielen Menschen bereits Antikörper nachgewiesen werden können. Dazu wurden 289 Bürgerinnen und Bürger erneut eingeladen, die Rückmeldequote lag bei 95 Prozent.

## Fazit und Ausblick

Durch die vergleichsweise frühen ersten Infektionen mit dem Coronavirus im Kreisgebiet befand sich der Hohenlohekreis von Beginn an auf einer Spitzenposition des Landes Baden-Württemberg sowie im Bund. Doch die ergriffenen Containment-Maßnahmen und der gewählte Weg der KPNV zeigte nachweislich Wirkung: Am 30. März 2020 lag die Verdopplungszeit im Hohenlohekreis mit neun Tagen weit über dem Landeschnitt (fünf Tage), am 16. April bei 16 Tagen (Landesschnitt: zwölf Tage).

Beim Krisenmanagement lässt sich die Überführung des Gesundheitsamts in eine BAO auch im Rückblick betrachtet als der zu diesem Zeitpunkt richtige Weg



Der Corona-Hotspot Kupferzell eignete sich auch aufgrund der vorbildlichen Dokumentation von Daten durch das Gesundheitsamt für die erste Corona-Studie des RKI. Studie und Pressekonferenz fanden Beachtung im In- und Ausland.

Quelle: Landratsamt Hohenlohekreis



für den Hohenlohekreis bewerten. Als klarer Vorteil erwies sich die Besetzung mit Doppelspitzen, wodurch auch die Führungsebene schichtfähig war, sich zugleich aber gegenseitig entlasten konnte und auch als Korrektiv fungierte. Für das Gesundheitsamt heißt es nun, diesen Innovationsschwung in den Regellalltag mitzunehmen und die in der Pandemie gemachten Erfahrungen in nachhaltig krisenfeste Strukturen zu überführen. Insbesondere soll die Digitalisierung mit großem Nachdruck weitergeführt werden.

Durch die Pandemie bekam der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) in Gesellschaft und Politik die Wahrnehmung, die ihm aufgrund seiner vielfältigen und wichtigen Aufgabenbereiche gebührt. Praktisch fassbar wurde dies durch den Pakt für den ÖGD, von dem auch der Hohenlohekreis als Ganzes profitieren wird. Das Gesundheitsamt geht aufgrund seiner Erfahrungen und den Veränderungen in allen Bereichen gestärkt aus der Krise hervor. Mit der Einführung von digitalen Fachanwendungen im Infektionsschutz, Meldewesen und bei der Übermittlung ist der ÖGD gerüstet für neue Wege. Ziel ist es nun, das im Landesvergleich kleine Gesundheitsamt als innovativ denkenden und arbeitenden Partner noch stärker zu vernetzen, sich an Projekten und Studien zu beteiligen und so an der Weiterentwicklung des ÖGD mitzuwirken. Hierbei kann der Hohenlohekreis durch seine starken lokalen Partner aus allen Bereichen und die Besonderheiten des Lebens im ländlichen Raum spezifische Perspektiven anbieten.

Das Netzwerk mit Unternehmen, Blaulichtorganisationen, Vereinen, Kirchen und Einrichtungen des Gesundheitswesens – um nur einige zu nennen – stellt



**RKI-Vizepräsident Prof. Dr. Lars Schaade stellte persönlich vor Ort erste Ergebnisse der RKI-Studie vor.**

Quelle: Landratsamt Hohenlohekreis

auf verschiedenen Ebenen einen wichtigen Baustein in Krisenbewältigung dar. Aus Sicht des Gesundheitsamts waren und sind die kurzen Wege im Landkreis wesentlicher Erfolgsfaktor in der Zusammenarbeit bei Ausbruchsgeschehen, in der niederschweligen Beratung und bei der Suche nach schnellen und unbürokratischen Lösungen. Dies wird auch in die künftige Krisenplanung des Amtes miteinfließen.

Der Erfolg des Krisenmanagements ist aber vor allem den hochmotivierten Mitarbeitern zu verdanken. Alle zeichneten sich durch ein hohes Maß an Eigeninitiative und Motivation aus, erwiesen sich als krisenfest sowie überdurchschnittlich flexibel und teamfähig. Die Fachkräfte aus dem Gesundheitsamt lernten neben den ihnen im Rahmen der Krisenbewältigung obliegenden Aufgaben ihre Kollegen aus anderen Ämtern sowie ex-

ternes Personal ein und übernahmen in allen Bereichen Verantwortung. Durch die gemachten Erfahrungen hat das Landratsamt insgesamt gewonnen: Wahrnehmbar positive Folgen sind größere Flexibilität im Denken und Handeln sowie eine höhere Umsetzungsgeschwindigkeit, etwa durch kürzere Verwaltungswege. Zudem bewirkte die enge Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern aus verschiedenen Ämtern ein gegenseitiges Kennenlernen. So wurden Fähigkeiten einzelner Mitarbeitenden und ganzer Ämter sichtbar, die nun für künftige Projekte und Aufgaben genutzt werden können.

<sup>1</sup> Stand: 30.06.2021; Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

<sup>2</sup> Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

<sup>3</sup> Ausgenommen Veranstaltungen, die im besonderen Kreisinteresse lagen und nicht mehr verschiebbar waren, wie Ausschusssitzungen im Kreistag und Genehmigungsverfahren. Diese fanden unter Einhaltung der Hygieneregeln und Teilnahmelisten statt.

<sup>4</sup> Ausnahmen gab es für sterbende Menschen und beim Besuch von minderjährigen Patientinnen und Patienten.

<sup>5</sup> Dies wurde auf Landesebene erst am 17. März angeordnet.

<sup>6</sup> Weitere Untersuchungsorte waren Bad Feilnbach im Landkreis Rosenheim, Straubing (beide Bayern) und Berlin-Mitte.

<sup>7</sup> Gesamtlage HOK zum gleichen Zeitpunkt: 763 bestätigte Fälle, 42 Todesfälle, 4000 Personen in Quarantäne. Quelle: HZ

<sup>8</sup> Einwohnerzahl Kupferzell: 6.251 (Stand: 30.06.2021).

Annemarie Flicker-Klein ist Leiterin des Gesundheitsamtes im Landratsamt Hohenlohekreis.



# Mit einem eigenen digitalen Tool hat sich der Landkreis Karlsruhe für die Datenflut der Pandemie gewappnet

Von Janina Keller, Landkreis Karlsruhe

Die Pandemie hat von heute auf morgen Bereiche im Landratsamt Karlsruhe belastet, die sonst weniger im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Das trifft besonders auf das Gesundheitsamt zu mit seiner Aufgabe, sich dem Infektionsgeschehen entgegenzustemmen. Mit jedem neuen Corona-Fall ist die Datenmenge gestiegen. Name, Adresse, Arbeitsort, familiäre Situation, Freizeitverhalten, Freundeskreis: Um alle Informationen aus der Kontaktpersonennachverfolgung schnell, effektiv und fehlerfrei verarbeiten zu können, ist der Landkreis Karlsruhe kreativ geworden. In nur wenigen Tagen baut er mit Matrix42 in einem übergreifenden Projekt mit Hilfe der Firma Cubefinity

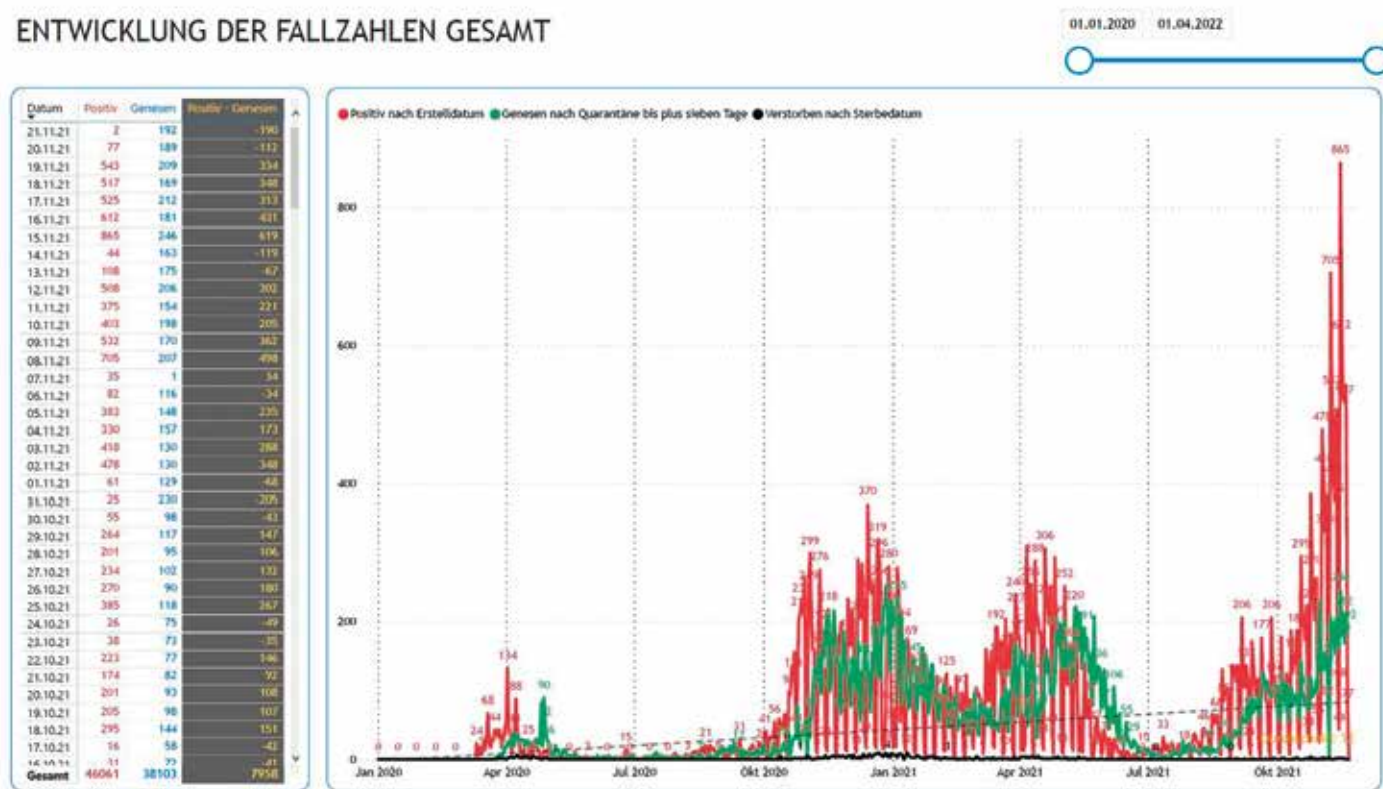
GmbH aus Aiterhofen die digitale Unterstützung des Gesundheitsamtes aus. Das Programm ist zuvor für interne Mitarbeiterprozesse im Einsatz.

Mit der Pandemie sind Zahlen zum Wegweiser und Stimmungsbarometer geworden. Über 100.000 Fälle erfasst der Datensatz zum Infektionsgeschehen des Gesundheitsamtes Karlsruhe nach bald zwei Jahren Corona-Krise. Wäre dieses Sammelsurium aus Namen, Adressen und Kontakten analog auf den Schreibtischen geparkt, würde es die dort sitzenden Mitarbeiter unter Papiermassen erdrücken. Tut es aber nicht. Denn die Pandemie hat das Gesund-

heitsmanagement des Landkreises Karlsruhe im Eiltempo dominiert und digitalisiert.

„Sich nur auf den digitalen Fortschritt als Lehre dieser Zeit zu beschränken, wäre aber nicht genug“, sagt Knut Bühler, Erster Landesbeamter des Landkreises und Leiter des Dezernats für Recht und Ordnung, dem auch das Gesundheitsamt unterstellt ist. Statistiken rund um Inzidenzen und Fallzahlen waren zwar schnell im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit verankert. Lerneffekte und neue Perspektiven für die zukünftige Verwaltungsarbeit gebe es aber auch bei der Vernetzung innerhalb der Verwaltung, dem Gesundheitswesen, der Personal-

## ENTWICKLUNG DER FALLZAHLEN GESAMT



Tagesaktuelle Einblicke in die Fallzahlen: Die Grafik aus dem täglichen Reporting zeigt die Entwicklung des Infektionsgeschehens im Landkreis und in der Stadt Karlsruhe auf.

Quelle: Landratsamt Karlsruhe

MONITORING FÜR EINRICHTUNGEN LANDKREIS KARLSRUHE (MIT GESAMTSUMMEI)  
(im Bereich der Pflege und der Asylunterbringung)

Ein sensibler Bereich steht besonders unter Beobachtung: Damit die Verantwortlichen rechtzeitig reagieren können, legt das Reporting detailliert die Fallzahlen in Einrichtungen wie Pflegeheimen oder Gemeinschaftsunterkünften dar.

Quelle: Landratsamt Karlsruhe

akquise und bei vielen sozialen Fragen. Corona hätte besonders bei Letzterem viele Defizite sichtbar gemacht und zum Teil auch verstärkt.

### Die digitale Antwort auf Corona

„Wir kamen aus einer Welt der Excel-Tabellen“, verdeutlicht Bühler den digitalen Wendepunkt. Dann beginnt im Gesundheitsamt Karlsruhe mit dem ersten Corona-Fall im März 2020 die Pandemie auch im Landkreis. Alleine im ersten Monat werden rund 640 Fälle erfasst. Das Gesundheitsamt ist nicht nur zuständig für den Landkreis, sondern auch die Stadt Karlsruhe und damit für über 750.000 Menschen. Es betreut so viele Einwohner wie landesweit kein anderes. Die Daten, die zu erheben sind, werden zudem immer komplexer und vielschichtiger. Mehrere Mitarbeiter müssen unter Zeitdruck gleichzeitig auf die Listen zugreifen. Es wird deutlich, mit Excel können sie die Anforderungen nicht lange erfüllen. Die Verantwortlichen handeln und bauen dezernatsübergreifend eine eigene Datenbank auf. Das Tool geht Anfang April 2020 – und

damit nur wenige Tage nach Beginn der Corona-Krise – an den Start. Es macht unmittelbar die ersten Vorteile sichtbar: Ausführliche Personenlisten können seither direkt eingepflegt werden. Mitarbeiter können parallel auf Daten zugreifen und neue einpflegen. Einsicht, wer welche Einzelfälle bearbeitet, fördert den reibungslosen Ablauf im Amt. E-Mails und SMS werden automatisiert an die betreffende Person versendet. Diese kann ebenso wie deren Arzt Daten einpflegen. Matrix42 hat sich über die vergangenen Monate stetig mit den Bedürfnissen des Infektionsschutzes mitentwickelt. Das Tool leitet zunächst etwa Anordnungen zu Quarantäne und ihre Dauer direkt an die zuständigen Ordnungsämter weiter. Inzwischen werden diese Informationen entsprechend der Vorgaben zum Datenschutz in eine landesweit einheitliche und verwaltungsinterne Austauschplattform übermittelt. Darüber können die Polizei und Ordnungsämter wichtige Angaben abrufen. Vom Datenprogramm profitieren aber nicht nur die Verwaltung und ihr Personal. Auch Bürger erhalten mit Hilfe der

neuen Arbeitsweise zeitnah eine Rückmeldung und alle nötigen Informationen zum weiteren Verhalten in ihrem individuellen Fall.

### Das Team im Gesundheitsamt wächst rapide

Aus anfangs rund zehn Mitarbeitern sind im Infektionsschutz zwischenzeitlich bis zu 160 geworden. Eingesetzt sind sie im Containment – der Ermittlung der Infizierten, Nachverfolgung von Kontaktpersonen sowie Betreuung und Beratung betroffener Einrichtungen. Der hohe Bedarf an Personal in kürzester Zeit stellt die Verwaltung vor immense Herausforderungen. Ärzte, Studenten, Bundeswehrsoldaten, Mitarbeiter aus den eigenen Reihen oder aus Ämtern der Stadt Karlsruhe kommen plötzlich im Gesundheitsamt zusammen und müssen eingearbeitet werden. Dabei ist das Hintergrundwissen jedes Einzelnen sehr unterschiedlich. Ein sensibles Thema während des Personalaufbaus: „Die Datenbank ist nur so gut wie ihre Eingaben“, betont Bühler.

FALLZAHLEN NACH GEMEINDEN (GESAMT)

Gemeinde	Aktuell infiziert	Genesen	Verstorben
keine Angabe	2	0	0
Bad Schönborn	104	849	37
Bretten	265	2546	58
Bruchsal	389	2738	47
Dettenheim	39	266	3
Eggenstein-Leopoldshafen	119	737	12
Ettlingen	232	1856	55
Forst	64	365	6
Gondelbheim	16	279	2
Graben-Neudorf	95	590	8
Hambrücken	39	283	8
Karlsbad	134	771	29
Karlsdorf-Neuthard	147	606	8
Karlruhe	2065	14558	237
Kraichtal	187	746	9
Kronau	37	311	7
Kümbach	19	176	1
Linkenheim-Hochstetten	88	534	4
Malsch	84	677	8
Mansell	18	246	11
Oberderdingen	100	898	20
Oberhausen-Rheinhausen	54	520	4
Ostringen	79	817	18
Pfinztal	140	805	10
Philippburg	103	1024	12
Rheinstetten	147	1038	36
Stutensee	187	1305	28
Subfeld	62	341	7
Ubstadt-Weiher	88	555	7
Waghäusel	171	1474	32
Waldbronn	67	620	6
Walzbachtal	61	537	16
Weingarten	118	606	19
Zaisenhausen	6	118	0
<b>Gesamt</b>	<b>5526</b>	<b>39792</b>	<b>765</b>



Für die Öffentlichkeitsarbeit sind diese Auswertungen besonders wichtig: Welche Kommune wie stark betroffen ist, spielt häufig eine Rolle in der Berichterstattung der Presse.

Quelle: Landratsamt Karlsruhe

**Landkreis zeigt Mut für neue Wege**

Manchmal müsse es schnell gehen, sagt Ragnar Watteroth, Finanzdezernent im Landkreis Karlsruhe und maßgeblicher Motor bei der Entstehung des Tools auf Basis von Matrix42. „80 bis 85 Prozent reichen aus, um einen digitalen Prozess auf die Reise zu schicken“, ist er überzeugt. Zudem müsse man den Mitarbeitern auch das Vertrauen entgegenbringen, mit solchen Programmen umzugehen. Zu Beginn setzen sich alle notwendigen Bereiche – vom Gesundheitsamt, dem Amt für Straßenverkehr, Ordnung und Recht, das Personal- und Organisationsamt bis zur Kämmerei – mit der landkreiseigenen Informations- und Kommunikationstechnik zusammen. Gemeinsam legen sie die Dauer bis zur Umsetzung sowie Abläufe fest. „Nur so war der Start des Programms in der ersten Welle der Pandemie noch möglich“, sagt Watteroth. Dieser Mut, ein

neues Vorgehen zu wagen, habe sich in der Krise bewährt. In einer Eilentscheidung etabliert die Verwaltung das Tool und ersetzt damit die Erfassung in Excel-Tabellen und Faxe, die mit steigender Datenmenge immer anfälliger werden und keinen ausreichenden Schutz mehr bieten.

Watteroth hofft, dass sich diese Entschlossenheit, Arbeitsweisen zu digitalisieren und auf Alternativen aufzubauen, künftig auch auf andere Bereiche übertragen lässt. „Der Aufbau des Tools hat unterstrichen, dass das notwendige Know-How bei den Mitarbeitern im Landratsamt vorhanden ist und wir leistungsstarke externe Partner schon vor der Pandemie an Bord geholt haben“, so Watteroth.

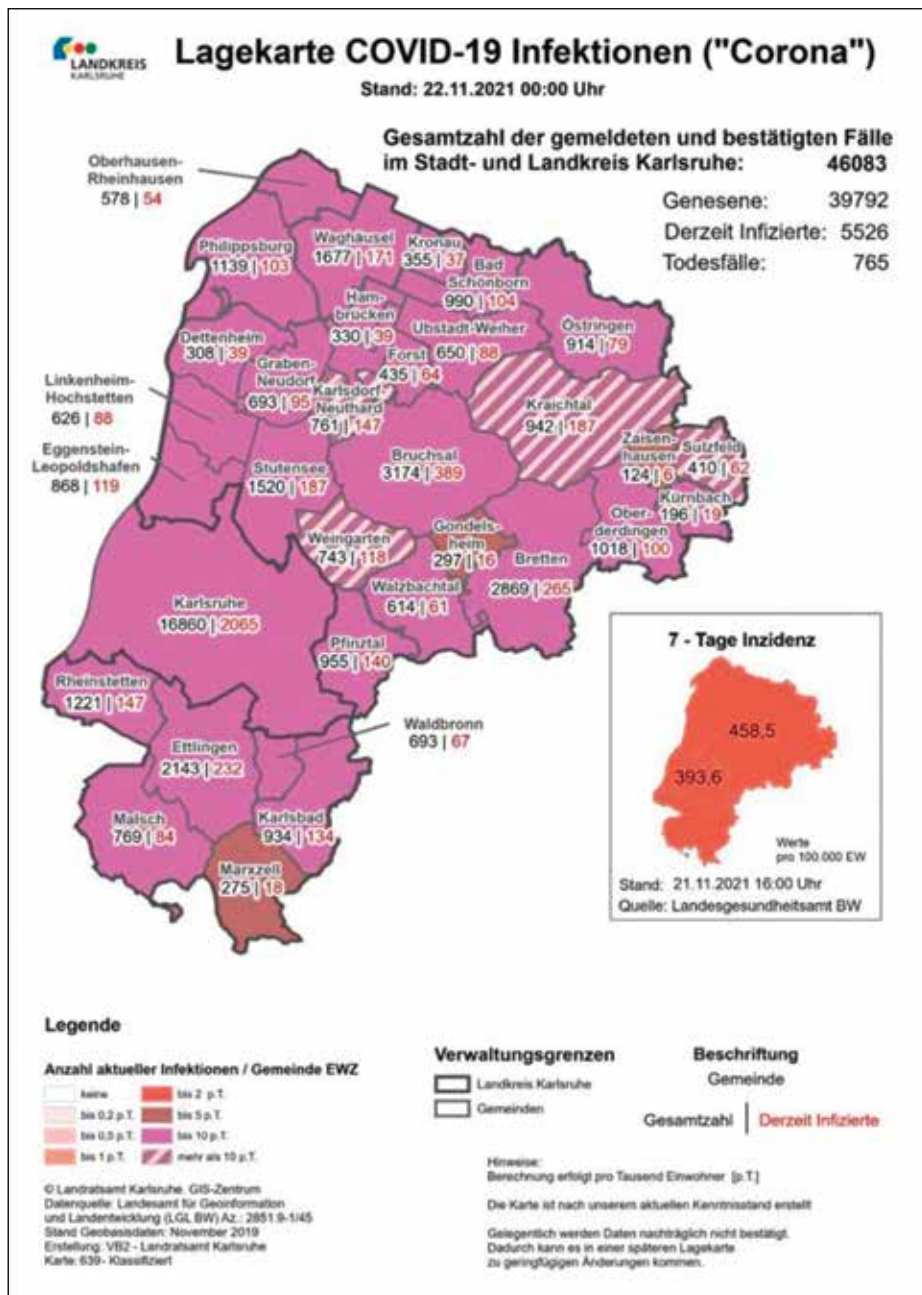
Jedes Unternehmen bringt seine Produkte heraus und steuert später etwa aufgrund von Kundenreaktionen oder neueren Erkenntnissen nach – mit Updates, konkretisiert Watteroth. Der Bund spielt erst wesentlich später sein eigenes

Programm Sormas zur Kontaktpersonennachverfolgung aus. Weil dieses notwendige Schnittstellen nicht habe, hält der Landkreis an seiner Lösung fest. „Programme müssen intuitiv sein“, fasst Watteroth den wesentlichen Grundgedanken beim Aufbau der landkreiseigenen Lösung zusammen. „Wenn Mitarbeiter erst zwei bis drei Tage geschult werden müssen, taugt das Programm nicht.“ Auch das Thema Datenschutz müsse realistischer eingeordnet werden. Wenn analog Fehler passieren, hinterfrage selten jemand die gesamte Vorgehensweise. Es wird stattdessen nachgebessert. Diese Grundeinstellung pflegt Watteroth auch bei digitalen Lösungsansätzen.

**Tägliches Reporting dient als gemeinsame Arbeitsgrundlage**

Nicht nur die Anzahl der zu erfassenden Daten sprengt zunächst Grenzen. Die Schnelligkeit, in der die Zahlen sich ver-





Das Landratsamt Karlsruhe macht den Bürgern die aktuelle Lage transparent zugänglich: In einer Übersichtskarte auf der Internetseite des Landkreises spiegeln sich die aktuellen Fallzahlen auf einen Blick wider. Quelle: Landratsamt Karlsruhe

ändern, stellen die Verantwortlichen vor weitere Herausforderungen. Das Tool bietet auch hierfür einen sinnvollen Nutzen. In einem täglichen Reporting auf Basis der Datenbank werden alle Entscheidungsträger mit den aktuellen Fallzahlen und Entwicklungen versorgt. In über 30 Seiten erstellt das Programm detaillierte Ansichten, Tabellen und Grafiken zu den wichtigsten Parametern der Pandemie: beispielsweise dem Anstieg

der positiv getesteten Personen, den Inzidenzwerten im direkten Vergleich oder Ausbrüchen in Einrichtungen. Dies passiert vollautomatisch, ohne die einzelnen Fälle nochmals manuell anschauen zu müssen. Eine Lagekarte zum Infektionsgeschehen im Stadt- und Landkreis wird täglich für die Öffentlichkeit auf der Corona-Informationssseite im Internet zur Verfügung gestellt. „Damit haben wir auch

die Bürger stets auf dem Laufenden gehalten und ihnen in Zeiten großer Unsicherheit einen Überblick über die Ereignisse transparent dargestellt“, sagt Landrat Christoph Schnaudigel. Intern habe das Reporting eine gemeinsame Gesprächsbasis geschaffen, mit der jederzeit konkrete Fragestellungen analysiert werden konnten. „Ich denke hierbei etwa an die Ausbrüche in Pflegeheimen zurück, die in unserem Programm nicht nur schnell erfasst, sondern auch deutlich sichtbar wurden und wir so zeitnah eingreifen konnten“, erinnert sich Landrat Schnaudigel.

### Die Daten stehen im Fokus der Öffentlichkeit

Durch das Programm und sein Reporting können andere Bereiche des Landratsamtes selbstständig auf die aktuellen Zahlen zugreifen, stellt auch Ulrich Wagner, stellvertretender Leiter des Gesundheitsamtes und Leiter des Infektionsschutzes, die Vorteile heraus. Dadurch erfüllt das Tool auch große Bedürfnisse der Öffentlichkeitsarbeit. Die im Gesundheitsamt erfassten Daten sind seit Beginn der Pandemie von der Presse stark gefordert. Tägliche Anfragen über das Infektionsgeschehen in einzelnen Kommunen oder in Einrichtungen gehören zum Tagesgeschäft der Pressestelle. Der eigenständige Zugriff auf die kumulierten Zahlen entlastet im Umkehrschluss das Team des Gesundheitsamtes.

Damit die Daten Aussagekraft haben, müssen sie aber fehlerfrei eingegeben werden. Die kontinuierliche Einarbeitung von immer neuen Mitarbeitern mit unterschiedlichen Vorkenntnissen wird daher einheitlich strukturiert. Mit jeder Zusatzfunktion wird der digitale Prozess komplexer, ergänzt Wagner. „Wir müssen lernen, nicht alles, was möglich wäre, auch zu programmieren, sondern bestimmte Funktionen zu priorisieren.“ Im Hintergrund liegen dennoch große Mengen an Informationen, die potenziell



gruppiert und analysiert werden können. Eine Abkehr vom eingeschlagenen Weg mache nur Sinn, wenn damit auch deutliche Verbesserungen in der alltäglichen Arbeit einhergehen, betont Wagner. Die Meldung über ein positives Test-Ergebnis erfolgt aus den Laboren mit der Meldesoftware Demis an das Gesundheitsamt. Das wiederum ist über eine Schnittstelle mit dem Programm OctoWare verknüpft, über welches täglich das Landesgesundheitsamt und im Anschluss das Robert Koch-Institut über die lokalen Fallzahlen informiert werden. Matrix42 schafft einen Überblick über die Datenflut: Als die ersten Ausbrüche in Schulen und Pflegeheimen im Landkreis Karlsruhe gleich zu Beginn im Frühjahr 2020 stattfinden, ist es erforderlich, dass die Mitarbeiter des Containments die Namen jedes Schülers, Lehrers, Bewohners oder jeder Pflegekraft notieren. Mit stetig wachsenden und neu hinzukommenden Excel-Tabellen wird die Lage undurch-

sichtiger. Das aufgesetzte Tool ordnet die Informationen. „Und wir waren schnell“, so Wagner. Mit einem digitalen Haken sind Personen und ihr Fall bestimmten Kriterien zugeordnet. Nur die Schnittstelle mit OctoWare fehle und mache damit weiterhin eine doppelte Eingabe der Daten notwendig.

### **Neuer digitaler Prozess erfüllt die Bedürfnisse**

„Es ist uns über lange Zeit gelungen, durch die Unterbrechung von Infektketten einen relevanten Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie zu leisten“, sagt Wagner. Diese positive Erfahrung habe das Team, das monatelang unter enormem Druck arbeitet, bestärkt und zu einer nahezu durchgehend guten Stimmung und hohen Arbeitsbereitschaft geführt. „Bei bisherigen Ausbrüchen von Infektionskrankheiten hätten die vorhandenen Meldeprogramme ge-

reicht“, resümiert Wagner. Doch die Masse an Fällen und die Dynamik der Corona-Pandemie habe stetig neue Erfordernisse geschaffen, an denen sich der digitale Ansatz mit Hilfe von Matrix42 konkret ausrichtet. Dieser Ansatz ist erfolgsentscheidend, ergänzt Peter Friebe, Leiter des Gesundheitsamtes: „Einem etablierten Prozess ein digitales Produkt, das wie Sormas für andere Zwecke entwickelt wurde, überzustülpen, ist nicht effizient und führt bei den Anwendern zu Frustration. Digitalisierung ist kein Selbstzweck.“ Der Mehrwert entstehe, wenn die digitale Lösung entlang der Bedarfe entwickelt wird. Das sei mit Matrix42 gelungen, so Friebe. Von den neuen digitalen Strukturen und den Erfahrungen des Programms können künftig auch andere Bereiche des Landratsamtes profitieren.

Janina Keller arbeitet in der Pressestelle des Landratsamtes Karlsruhe.

## **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Pandemiebekämpfung an Hochrhein und Bodensee – oder: Das Coronavirus kennt keine Grenzen ...**

Von Dr. Corinna Schweizer, Landkreis Waldshut, und Stefan Basel, Landkreis Konstanz

Am Freitag, 6. März 2020, gab es den ersten Corona (Covid 19) Fall im Landkreis Konstanz – ein Urlaubsrückkehrer aus Südtirol. Kurz darauf, am Mittwoch, 11. März 2020, wurde dem Gesundheitsamt des Landkreises Waldshut erstmals gemeldet, dass eine aus dem Landkreis stammende Person positiv auf das neuartige Coronavirus getestet wurde. Obgleich es sich bei Diagnose und Behandlung von Krankheiten um Aufgaben der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte handelt, nahm das Gesundheitsamt des Landkreises Waldshut bereits

am Montag, den 9. März 2020, die ersten Abstriche ab. Zudem beschafften beide Landkreise auf eigenes finanzielles Risiko und unter großem Einsatz in Zusammenarbeit mit zahlreichen Akteuren (Hilfsorganisationen, Gesundheitsverbund, regionalen Unternehmen mit geschäftlichen Beziehungen in den asiatischen Raum, Transportgesellschaften uvm) die am Markt kaum noch erhältliche Persönliche Schutzausrüstung (PSA), um gerade den besonders gefährdeten Einrichtungen und den vulnerablen Bevölkerungsgruppen diese zur Verfügung zu stellen.

Um verlässlich Fragen rund um Corona beantworten zu können, richteten die Landkreise telefonische Hotlines ein, die allgemeine, stark nachgefragte Anlaufstellen für Bürgerfragen rund um das Thema Corona wurden und auch heute noch aktiv sind. Zudem wurden in beiden Landkreisen Krisenstäbe eingerichtet. Fehlende Schutzausrüstung u.a. für Pflegeheime war das Thema der Stunde und es war nicht absehbar, wohin die Reise gehen bzw. wie lange sie andauern würde. Auch nach über 20 Monaten Pandemie fordert Corona unsere Gesellschaft noch



Der Konstanzer Oberbürgermeister Uli Burchardt und Landrat Zeno Danner übergeben ein Freundschaftsgeschenk an den Kreuzlinger Stadtpräsidenten Thomas Niederberger.

Quelle: Landratsamt Konstanz

immer, zeigt uns Grenzen auf, offenbart Stärken und Schwächen in unserem Zusammenleben, in Strukturen, Prozessen und Zuständigkeiten. Sie wird zur Bewährungsprobe für das solidarische Miteinander, aber auch für das Funktionieren öffentlicher und rechtsstaatlicher Strukturen und Aufgabenerfüllung.

Die Sorge vor einer Überlastung begleitet das öffentliche Gesundheitswesen, einschließlich der Gesundheitsämter, fortwährend. Zeitweise konnten und können Aufgaben nicht mehr ausreichend erfüllt werden. Dazu kommen nicht besetzte Arztstellen in den Ämtern – ohne Aussicht auf Besserung.

Zugleich wurde aber, gerade im internationalen Vergleich, deutlich, dass öffentliche Strukturen zwar in weiten Teilen veraltet und wenig fortschrittlich sein mögen, sie aber durchaus tragfähig sind und eine gute Basis bilden, um sich sogar unter größter Belastung anzupassen und weiterzuentwickeln.

Die Situationen in allen Gesundheitsämtern des Landes ist seit Beginn der Pandemie in weiten Teilen durchaus vergleichbar. Abhängig von aktuellen Zahlen, von Ausbruchsgeschehen, aber auch von personellen Besetzungssituationen sowie technischer Ausstattung unter-

scheidet sie sich dennoch geringfügig, z.T. nur temporär. Regionale oder kulturelle Besonderheiten aber erforderten und erfordern angepasstes Handeln und lassen offenbar werden, dass es hierfür auch besonderer Regelungen und Aktivitäten bedarf.

### **Besonderheit unserer Region: Gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum mit der Schweiz**

Um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, wurden am 16. März 2020 die Grenzen zur Schweiz geschlossen. Die meisten Übergänge an der 316 Kilometer langen Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz waren fast drei Monate abgesperrt. Über Nacht mussten Straßenmeistereien ausrücken, damit pünktlich am 16. März 2020 um 8 Uhr nur noch an ausgewählten und personell zu besetzenden Übergängen ein Überqueren möglich war.

In der Folge kam es zu stundenlangen Umwegen und Staus aufgrund der Kontrolle des „triftigen Grundes“, der eine Einreise ermöglichte. Bei den Menschen vor Ort entstand zudem der Eindruck, dass die große Politik die Besonderheiten der Region nicht im Auge hatte: Exempla-

risch zeigte sich dies an der deutschen Exklave Büsingen oder an der in unserer Region bedeutsamen durch beide Länder führenden Infrastruktur des ÖPNV. Die überaus kurzfristige Entscheidung zur Grenzschießung sowie die geltenden Regelungen überraschten sowohl die Bevölkerung als auch die öffentlichen Stellen unserer Region. Es offenbarten sich Schwächen in der Kommunikation zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

Es herrschte greifbare Fassungslosigkeit bei all denen, für die die Grenzregion seither ein einheitlicher Lebens- und Wirtschaftsraum war, die die Landesgrenze nicht mehr als echte Trennung wahrnahmen, sondern die Einheitlichkeit unserer Region als ihre gelebte Wirklichkeit kannten. Zahlreiche Spaziergänge, Wege, Routen und Verkehrswege führen über die Grenze, Dienstleistungen werden diesseits und jenseits der Grenze in Anspruch genommen, eine große Zahl an Menschen arbeitet grenzüberschreitend oder pendelt täglich über die Grenze, geht über die Grenze hinweg in Schulen, familiäre und soziale Bindungen bestehen ungeachtet der Ländergrenze.

Quasi über Nacht hatte sich das Leben verändert: Kinder konnten ihre im an-



Bild einer Grenzsperrung am Zoll Hohentengen-Kaiserstuhl.

Quelle: Dietmar Hahn

deren Land lebenden Elternteile nicht mehr sehen, Beziehungen nicht mehr gelebt werden, Sozialangebote fielen weg, ältere Verwandte, die sich über der Landesgrenze in Pflege befanden, nicht mehr besucht, Tiere nicht mehr selbst versorgt werden, die vielen Konstanzern konnten ihre Kleingartenanlage im Tägermoos (Konstanzer Gemarkung auf Schweizer Hoheitsgebiet) nicht mehr besuchen, nicht pflegen oder gießen. Der Weg zur Arbeit, der sonst in wenigen Minuten über eine (grüne) Grenze hinweg zu bewältigen war, dauerte nun z.T. mehrere Stunden. Landrat Martin Kistler plädierte daher für die Offenhaltung der Grenzen: „Wir sind als Grenzregion miteinander aufs Engste verflochten, wirtschaftlich, familiär und kulturell. Von größerer Bedeutung als die geografische Herkunft ist, dass sich alle verantwortlich verhalten und unnötige Kontakte, aber auch unnötiges Reisen, vermeiden.“ Kurzum: Die Menschen wurden mit einem Szenario konfrontiert, welches die jüngeren Generationen nur aus dem Geschichtsunterricht kannten. Die allgemeine Regelung der Grenzschließung offenbarte Unkenntnis oder eine jedenfalls mangelnde Sensibilität für die Besonderheit unsere Region und die zahlreichen Verbindungen und

Verflechtungen dies- und jenseits des Rheins. Die Kreise hatten im Vorfeld der eiligen Entscheidung auf Bundesebene keine Möglichkeit, auf Besonderheit hinzuweisen, weshalb diese auch nur unzureichend berücksichtigt wurden. Doch auch die Kommunikation zwischen den Ländern innerhalb unserer Region stellte sich zu Beginn der Pandemie als unzureichend heraus. Zwar bestanden aufgrund der zahlreichen Verflechtungen bereits stabile und gut funktionierende Netzwerke und Einrichtungen der Zusammenarbeit auf allen Ebenen, doch für eben diesen Fall der Pandemiebewältigung, der einen kurzfristigen und zuverlässigen Informationsaustausch über Ebenen, Einrichtungen, föderale Strukturen und Gremien hinweg erforderlich machte, fehlten die direkten Kanäle und Anlaufstellen. So wurden beispielsweise Regelungen, die in der Schweiz in Kraft traten oder geplant waren, nur unzureichend oder zu spät in die deutschen Landkreise kommuniziert. Dies war z.B. der Fall, als die Schweiz unerwartet wieder Lockerungen einführte und auf die Eigenverantwortung der Menschen setzte, während gleichzeitig auf deutscher Seite die Bestimmungen verschärft wurden.

## Schwierigkeiten in der grenzüberschreitenden Pandemiebewältigung

### Bedeutung der Grenze für das epidemiologische Geschehen

Die grenzüberschreitende Corona-Bekämpfung war durch viele verschiedene Schwierigkeiten geprägt. Dazu zählten fehlende oder sehr umständliche Meldewege sowie die fehlende direkte bilaterale Vernetzung. Dazu kam, dass es unterschiedliche Regelungen wie bspw. beim Kontaktpersonen-Management gab: Wer gilt als Kontaktperson? Wo muss sich wer melden / wird gemeldet? Weitere Aspekte waren die Überlastung aller Ämter, die unterschiedliche Mentalität (hinsichtlich von Maßnahmen, Akzeptanz, Freiheitsverständnis), die unzureichende digitale und personelle Ausstattung der Gesundheitsämter, welche sich eben auch in diesem Bereich auswirkte, wenn es um Dokumentation, Kommunikation sowie Abstimmung ging. Kurzum: Vor Ort war allen klar, dass die Grenze dem Virus egal ist. Der Konstanzer Landrat Zeno Danner prägte in dieser Zeit den Satz, dass der Maßstab, der an der Grenze angelegt wurde, auch für das Pendeln zwischen Stuttgart und Degerloch hätte herangezogen werden müssen.

### Etablierung von Strukturen und Netzwerken

Nach der ersten Welle im Sommer 2020 war den Akteuren vor Ort klar, dass ein enger Austausch untereinander gepflegt und die Vernetzung optimiert werden muss. So entstand auf Initiative des Landkreises Konstanz im Sommer 2020 (zunächst sogar als einmalige Präsenzveranstaltung) ein regionaler Austausch im sogenannten „IBK-Plus Format“. Eingeladen waren im Wesentlichen die Mitglieder der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) mit einem direkten Grenzbezug, also unter anderem die Kan-



tone Thurgau, St. Gallen, Schaffhausen und Aargau, das Bundesland Vorarlberg sowie die Landkreise Lindau, Bodensee-kreis, Tuttlingen, Schwarzwald-Baar, Konstanz, Waldshut und Lörrach. Regelmäßig mit dabei waren auch das Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg sowie das Regierungspräsidium Freiburg und die IBK Geschäftsstelle. Ziel war ein 14-tägiger Austausch auf oberer Arbeitsebene, um Kontakte herzustellen, eine enge Vernetzung zu gewährleisten, Meldewege zu besprechen und somit durch gut abgestimmte Maßnahmen vor Ort vor allem auch Grenzschließungen zu vermeiden und mit einer gemeinsamen Stimme der Region in Stuttgart und Berlin zu sprechen. Dies wurde und wird dort auch dankbar aufgenommen und so entstand auch auf Initiative des Staatsministeriums Baden-Württemberg eine weitere Videokonferenz mit den genannten Akteuren sowie dem Schweizer Botschafter und

Vertretern des Bundes. Bis heute haben sich diese Formate sehr bewährt und den Akteuren ist klar, dass auch über die Pandemie hinaus Abstimmungsbedarfe bestehen und Optimierungen in der Vernetzung vorzunehmen sind. Als Beispiel genannt seien die Digitalisierung der Gesundheitsämter und der Datenaustausch sowie beispielsweise Reiseanmeldungen von Passagieren am Flughafen Zürich mit dem Ziel Deutschland. Die Austauschformate waren und sind zudem gekennzeichnet von einer hohen Wertschätzung für das gegenseitige Agieren.

### **Fazit und Lehre für unsere Region:**

Neben den genannten Anliegen ist es auch ein wichtiges Ziel, den fachlichen Austausch zwischen den Kantonsärzten und den Leitungen der Gesundheitsämter zu etablieren und fest zu verankern sowie die Austauschplattformen

auf rechtlicher und politischer Ebene stärker und intensiver für die konkreten Belange im Zuge einer Pandemiebekämpfung zu nutzen. Dabei wird auch bewusst an die Idee von Modellprojekten beispielsweise im Rahmen der Digitalisierung und Vernetzung gedacht. Wichtige Akteure sind in diesem Zuge auch die IBK und die Hochrheinkonferenz. Entsprechende Vernetzungen sollen weiterentwickelt werden. Wenn es einen positiven Effekt dieser Pandemie gibt, dann die Vernetzung und das Aufzeigen von Defiziten. Diese Punkte werden nun aktiv in der Region angegangen.

---

Dr. Corinna Schweizer ist Dezernentin für Gesundheit, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Abfallwirtschaft im Landratsamt Waldshut. Stefan Basel ist Dezernent für Soziales und Gesundheit im Landratsamt Konstanz.

## **„Lehren aus der Corona-Pandemie“ im Landkreis Ludwigsburg: Von Welle zu Welle**

Von Frank Wittmer, Landkreis Ludwigsburg

Der Landkreis Ludwigsburg ist mit rund 545.000 Einwohnern einer der bevölkerungsreichsten Landkreise in Deutschland. Die Herausforderungen der Corona-Pandemie waren und sind hier besonders intensiv, schon aufgrund der Gesamtzahl der Fälle (fast 37.000 Stand Mitte November 2021). Schon früh wurde die Zusammenarbeit von Kliniken, Ärzteschaft, Hilfsdiensten und Polizei sowie der Landkreisverwaltung etabliert und institutionalisiert, was sich von Anfang an sehr bewährt hat.

Der 1. Fall im Landkreis Ludwigsburg wurde am 27. Februar 2020 gemeldet. Von der ersten Welle bis Anfang Mai

2020 wurde der Landkreis Ludwigsburg wie viele andere unvorbereitet überrollt: 1.670 Infizierte, 68 Todesfälle und bis zu 90 Neuinfektionen pro Tag.

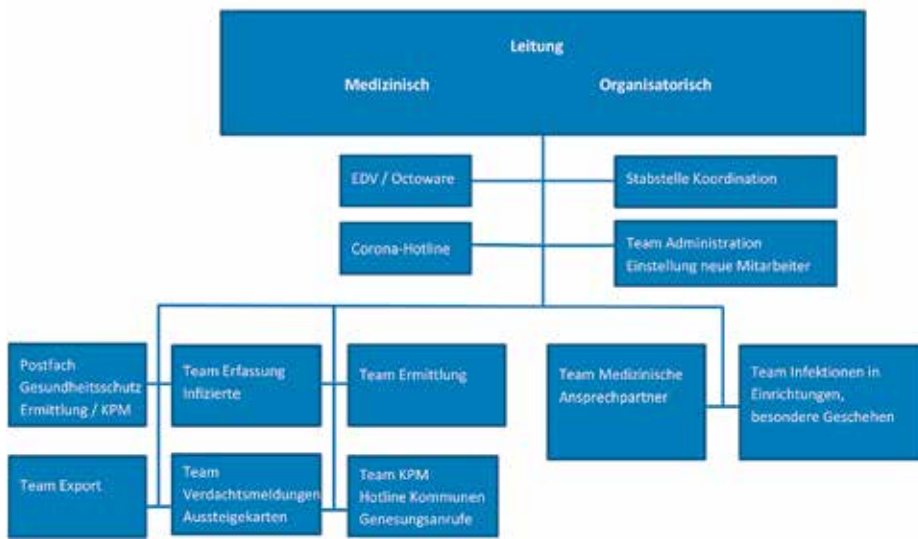
Mit der Einrichtung eines Verwaltungsstabes wurden zunächst die Kräfte in der Landkreisverwaltung vom Bevölkerungsschutz bis hin zur Krisenkommunikation gebündelt. Die Beschaffung von Schutzkleidung für die Kliniken, Pflegeheime und Hilfsdienste war eine vordringliche Aufgabe. Ebenfalls zentral war die Unterstützung der Kommunen bei der Kontaktpersonenermittlung. Dazu war es notwendig, aus allen Dezernaten Personal des Landratsamtes abzuordnen, was

teilweise deutliche Abstriche bei der Erledigung der übrigen Aufgaben in allen Tätigkeitsbereichen bedeutete.

Schnell wurde im Landratsamt eine erweiterte Leitungsrunde (KoKo) mit Vertretern und Vertreterinnen der Kliniken, der Ärzteschaft, den Hilfsdiensten sowie der Polizei etabliert. Die sehr gute Zusammenarbeit zeigte sich auch bei der unbürokratischen Einrichtung der zentralen Corona-Teststelle am Klinikum sowie des „Corona-Mobils“ für Abstriche in Pflegeheimen. Die Landkreisverwaltung, vorrangig der Fachbereich Bevölkerungsschutz, unterstützte hier personell und organisatorisch, bis ab Anfang Mai



**Besondere Aufbaueinheit Corona im Landkreis Ludwigsburg**



Quelle: Landratsamt Ludwigsburg

2020 die Teststelle in eigener Verantwortung der Ärzteschaft betrieben werden konnte.

Die Corona-„Sommerpause“ 2020 wurde im Landkreis Ludwigsburg genutzt für die Bildung der „Besonderen Aufbauorganisation Corona“ (Grafik): Bis zu 300 Personen wurden zur Pandemieeindämmung in den Bereichen Gesundheitsschutz, Ermittlung und Kontaktpersonenmanagement eingesetzt, darunter 30 Bundeswehrsoldaten. Hiermit, und mit dem regelmäßigen Austausch mit Kliniken, Polizei, Ärzteschaft und Hilfsdiensten, war man für die 2. Welle ab Oktober 2020 gerüstet. Diese rollte mit deutlich höheren Zahlen als im Frühjahr über den Landkreis Ludwigsburg: bis zu 305 Neuinfektionen an einem Tag (14. Oktober), die 7-Tage-Inzidenz lag zeitweise über 200. Die Zahl der Todesfälle stieg ebenfalls stark an (insgesamt über 500), der Altersdurchschnitt lag noch vor den Impfungen bei über 80 Jahren. Die Kliniken gerieten an die Grenze ihrer Kapazitäten.

Die Menge der Fälle war nicht mehr in den Regelstrukturen des Gesundheitsamts zu bewältigen. Auch das Kontaktpersonenmanagement gelang nur noch mittels äußerster Anstrengungen. Zahlreiche Abordnungen aus verschiedens-

ten Fachbereichen waren zur Erfassung der Infizierten und ihrer Kontaktpersonen notwendig, vorhandene Kompetenzen und Personalressourcen mussten intensiv genutzt werden.

Die Menge der neuen Mitarbeitenden hat es zudem erforderlich gemacht, dass neue Liegenschaften in Außenstellen bezogen wurden und der EDV-Support immer weiterentwickelt wurde. Bewährt hat sich zudem, dass ein Fokus auf die ständige Weiterentwicklung der Prozesse gelegt wurde und Mitarbeitende mit einem Schwerpunkt auf den EDV-Support eingesetzt wurden. So wurde innerhalb kurzer Zeit eine Organisation geschaffen, die sehr schnell die wachsenden und sich ständig ändernden Anforderungen in weiten Teilen komplett digital einigermaßen gut bewältigen konnte. Die Kommunikation mit den Kommunen, anderen Behörden und der Öffentlichkeit wurde intensiviert. Die täglichen Corona-News auf der Internet- sowie Facebookseite des Landratsamtes wurde mit der Entwicklung eines eigenen Corona-Dashboards deutlich verbessert, um dem enormen Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis besser gerecht zu werden.

Im Dezember 2020 wurden die ersten Impfungen in Baden-Württemberg in

den eigens hierfür errichteten Zentralen Impfzentren (ZIZ) verabreicht. Streng prioritär wurden Risikogruppen geimpft über ein wechselnd gut funktionierendes Vergabesystem über Telefon und online. Eine gänzlich neue organisatorische Herausforderung war die Einrichtung des Kreis-Doppel-Impfzentrums (KIZ) Ludwigsburg unter der Regie des Bevölkerungsschutzes im Landratsamt. Am 14. Januar 2021 kam die erste Lieferung des Impfstoffes „BioNTech“ in den Kreisimpfzentren Ludwigsburg an. Den Besonderheiten der Lagerung und der Verfügbarkeit wurde durch ein ausgeklügeltes Lager- und Verwendungssystem Rechnung getragen.

Die Kreisimpfzentren waren von 15. Januar bis Ende September 2021 in Betrieb. Hier konnte auf die schon bewährte Zusammenarbeit des Bevölkerungsschutzes (organisatorische Leitung) mit der Ärzteschaft (medizinische Leitung) zurückgegriffen werden. Auch die Koordination der Mobilen Impfteams (MIT) für die Pflegeheime lag in den Händen des Bevölkerungsschutzes.

Im Rückblick betrachtet war das Jahr 2020 von der Eindämmung der Pandemie geprägt. Während für die allgemeine Bevölkerung die Containment-Strategie über das Unterbrechen von Infektionsketten wichtig und richtig war, mussten besonders vulnerable Gruppe in Pflegeheimen strikt geschützt werden (Protection). Die tatsächlich durchgesetzten Maßnahmen und Abläufe in der Ermittlung, im Kontaktpersonenmanagement und auch bei den Bemühungen, vulnerable Personen besonders zu schützen, unterlagen kontinuierlich einer kritischen Überprüfung. Teilweise wurden mehrfach wöchentlich Abläufe geprüft, korrigiert, angepasst und ergänzt.

Defizite zeigten sich zum Beispiel im Bereich Digitalisierung. Bei insgesamt rund 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt konnten nicht sofort in allen Bereichen genügend Home-Office-Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Für die Wiederöff-

nung der Kfz-Zulassungsstelle unter Pandemie-Bedingungen war eine digitale Terminvergabe notwendig, die in den ersten Wochen noch nicht reibungslos funktionierte. Auch in den Bereichen Information und Kommunikation wurden neue Medien etabliert, so zum Beispiel das Corona-Dashboard oder die Einführung eines Digitalen Pressespiegels. Neue Wege mussten in der Personalrekrutierung und -gewinnung gegangen werden, was sowohl die Personalabteilung als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor große Herausforderungen stellte.

Das Jahr 2021 stand dann unter dem Stern der Impfkampagne, die auch nach fast 500.000 Impfungen im Landkreis Ludwigsburg noch nicht abgeschlossen

ist. Aktuell werden in der vierten Welle, der Pandemie der Ungeimpften, die Infektionswerte der ersten Wellen deutlich überschritten, was wieder eine Bündelung der Kräfte insbesondere im Hinblick auf weitere Impfmöglichkeiten notwendig macht. Es zeigt sich, dass die Schließung der Impfzentren ohne zentrale Ersatzstrukturen suboptimal für die nun hohe Nachfrage auch nach Drittimpfungen ist.

Als eine der Lehren aus der Corona-Pandemie wurde nun im Dezernat V Gesundheit und Verbraucherschutz (Gesundheitsamt) im Fachbereich Gesundheitsschutz die Einrichtung eines neuen Geschäftsteils „Pandemie und besondere Lagen“ etabliert. Der voraussichtlich dauerhaft erhöhte Aufwand zur

Bewältigung der Meldungen von SARS-CoV-2-Nachweisen wurde mit Bildung des Geschäftsteiles im Gesundheitsamt verankert. Hier werden die bisherigen Erkenntnisse und Erfahrungen gebündelt eingesetzt, um dieser und weiteren epidemischen Lagen gerüstet entgegenzutreten. Da die Entwicklung noch nicht sicher abschätzbar ist, wurden die neuen, insgesamt neun Stellen vorerst auf zwei Jahre befristet. Aktuell ist die Aufbauorganisation Corona noch mit insgesamt ca. 80 Personen (mit wieder steigender Tendenz) besetzt, da die steigenden Fallzahlen dies erfordern.

---

Frank Wittmer ist Mitarbeiter in der Pressestelle des Landratsamts Ludwigsburg.

## Digitalisierungsschub in Zeiten von Corona im Landkreis Lörrach

Von Mai-Kim Läm in Zusammenarbeit mit Marco Petrucci, Laura Würz und Dirk Hoenes, Landkreis Lörrach

Der Landkreis Lörrach hat mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, Soldatinnen und Soldaten, neuen Mitarbeitenden und Partnern sowie in engem Austausch mit den Städten und Gemeinden die vielfältigen Aufgaben der Pandemiebewältigung geschultert und tut es noch. Dazu gehören unter anderem die Information der Bevölkerung, die Beschaffung von persönlicher Schutzausrüstung, die Kontaktnachverfolgung, das Bürgertelefon und die Errichtung des Kreisimpfzentrums beziehungsweise nun die Koordination mobiler Impfteams.

Um all das zu schaffen, wurde zeitweise ein Viertel der Belegschaft von verschiedensten Fachbereichen abgezogen und für die Pandemiebekämpfung im Gesundheitsamt eingesetzt. Trotzdem konnten zahlreiche originäre Aufgaben bewältigt werden.

Daneben haben notwendige pandemiebedingte Umstrukturierungen im Landratsamt Lörrach – unter kreativer Mitwirkung und größter Flexibilität der Mitarbeitenden – für Entwicklungen gesorgt, die auch nach Corona von Nutzen sein werden. Beispiele sind das neue Beratungskonzept der Psychologischen Beratungsstelle, das ganzheitliche Homeoffice-Konzept und die hauseigenen IT-Fachanwendungen.

### **Psychologische Beratungsstelle: Neue Zielgruppen und mehr Teilnehmer in Elternkursen durch pandemiebedingt umgestelltes Beratungskonzept**

Die Psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Landkreises Lörrach gehörte 1957 zu den Ersten im Land Baden-Württemberg. Sie

blickt nun auf eine fast 65-jährige erfolgreiche Historie mit stets steigender Inanspruchnahme zurück. Mit einem neuen Beratungskonzept, das letztlich durch die Corona-Pandemie entstanden ist, erreicht die Beratungsstelle mittlerweile zusätzliche neue Zielgruppen und verbucht noch mehr Teilnehmer für ihre angebotenen Elternkurse.

Vor der Pandemie erfolgte eine Beratung ausschließlich vor Ort in Lörrach oder in einer der drei Außenstellen im Landkreis – schließlich geht es um sehr private Anliegen, die einen geschützten Raum und ein intensives persönliches Gespräch bedürfen. Neben vereinbarten Terminen gab es auch offene Sprechstunden. Ein Gespräch dauerte in der Regel 50 Minuten – Beratungsstrukturen, die bis zum Beginn der Pandemie gängig waren und funktionierten.

## Herausforderungen durch Corona und neue IT-Ausstattung resultieren in Online- und Videoberatung

Durch die dann geltenden Kontaktbeschränkungen musste sich das Team der Psychologischen Beratungsstelle allerdings völlig neu ausrichten, um die Menschen weiterhin unterstützen zu können. Die notwendige neue IT-Ausstattung, die die Mitarbeiter des Landratsamts samt Außenstellen im Laufe des Jahres 2020 erhielten, kam da zum richtigen Zeitpunkt. Die neuen Möglichkeiten, mittels Softphone über den Computer zu telefonieren oder Webex-Treffen zu organisieren, konnten von der Psychologischen Beratungsstelle sofort genutzt werden, um auch im Lockdown allen Klienten weiterhin Beratung anbieten zu können. Durch die positiven Rückmeldungen, sowohl seitens der Klienten als auch der Mitarbeitenden, beschritt sie schließlich Wege, die zuvor undenkbar gewesen wären: Sie bietet nun Beratungen per Telefon und in verschiedenen Onlineformaten an. Die anfangs gehegten Zweifel – ob zum Beispiel eine Jugendliche, die man nicht sieht, telefonisch beraten werden kann – konnten ausgeräumt werden. Die Praxis zeigt, dass dies sehr gut funktioniert. Die mittlerweile eineinhalb Jahre lange Erfahrung lässt erkennen, dass sich die meisten Anliegen auch per Fernberatung bewältigen lassen.

## Vorteile und neue Zielgruppen

Auch wenn durch die neue Art der Beratung der direkte persönliche Kontakt verloren geht, überwiegen doch die Vorteile: Zum einen der Wegfall der Hin- und Rückfahrt und damit eine Zeit- und Kostenersparnis für die Klienten. Der ländlich geprägte Landkreis Lörrach erstreckt sich auf über 800 Quadratkilometern, so dass die Anfahrt zu einer der vier Beratungsstellen, vor allem im Winter, mit teils erheblichem Aufwand verbunden ist.

Zum anderen gewinnt die Beratungsstelle neue Zielgruppen, die bisher nur eingeschränkt vom Angebot profitieren konnten, wie beispielsweise Alleinerziehende und Schichtarbeitende. Das digitale Format kann zudem die Hürde senken, die Beratung überhaupt in Anspruch zu nehmen. Gerade Jugendliche ziehen es vor, auf unkomplizierte Weise einfach eine Frage per E-Mail zu schicken oder zwischen Hausaufgaben und Bolzplatz kurz per Webex mit einem Berater zu sprechen. Die Dauer der Beratung wird dabei individuell flexibel angepasst, so dass bei Bedarf mehrere Kurzkontakte angeboten werden können, wovon die Jugendlichen profitieren. Vorteile ergeben sich auch für getrenntlebende Eltern mit weit entferntem Wohnsitz eines Elternteils: Die Beratungstermine müssen nicht mehr um ein Umgangswochenende herum platziert werden und der Elternteil, der das Kind nur am Wochenende hat, kann die Zeit mit seinem Kind voll auskosten.

Neben der Beratung wurden auch manche Kurse, sofern sinnvoll, digital umgestellt. Das Buchungsverhalten spricht für sich: Insbesondere der Abendkurs „Die kleinste Familie der Welt – ein Ermu-

tigungskurs für Alleinerziehende“ verbuchte wesentlich mehr Anmeldungen als er in Präsenz je hatte. Es liegt auf der Hand – Alleinerziehende müssen für ihre Kinder eine Betreuung organisieren, wenn sie abwesend sind. Ein Online-Kurs funktioniert hingegen auch mit Kind zuhause. Auch der Kurs für Eltern mit Frühchen wurde im teilweise digitalen Format sehr gern angenommen. Bis auf zwei Präsenztermine, an denen gezeigt und geübt wird, wie man das Baby hält und dreht, werden die Eltern über einen Online-Kurs geschult.

## Umfrage: Mehrheit wünscht sich, Onlineformate beizubehalten

Dass die neuen Möglichkeiten nicht nur eine Zwischenlösung darstellen, zeigt eine von der Psychologischen Beratungsstelle im ersten Halbjahr 2021 durchgeführte Umfrage unter bestehenden Klienten. Dabei haben die Berater ihre Klienten gefragt, wie sie sich die Beratung in der Zeit nach der Pandemie wünschen. Die Ergebnisse sind eindeutig: Ein Drittel der Klientel wünscht die Beratung in Präsenz, ein Drittel wünscht weiterhin die Beratung per Telefon oder Video,



Eine Beratungssituation in Zeiten der Pandemie – Jedoch: Die digital durchgeführte Beratung der Psychologischen Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Landkreises Lörrach wird auch nach der Pandemie als zusätzliches Angebot weiterbestehen.

Quelle: Landratsamt Lörrach

ein Drittel wünscht sich eine Mischung aus beidem. Somit möchte über die Hälfte der Befragten das digitale Format beibehalten.

Birgit Kepplinger, Leiterin der Psychologischen Beratungsstelle, und ihr Team ziehen aus diesen Erfahrungen die Lehre, die neu beschrittenen Wege zusätzlich zu den Altbewährten beizubehalten. Für bestimmte Zielgruppen eignet sich eine Online-Beratung oder ein Online-Kurs besser, unabhängig von der Situation einer Pandemie. Die Psychologische Beratungsstelle wird daher je nach Wunsch auch zukünftig flexibel beraten, persönlich vor Ort oder virtuell.

## **Homeoffice-Angebot mit neuester Technik ermöglicht zukunftsorientiertes mobiles Arbeiten / Prämierung durch die Unfallkasse Baden-Württemberg**

Dass die Psychologische Beratungsstelle letztlich durch Corona und mit Hilfe der neuen Technik ein neues Beratungskonzept installiert hat, ist nur ein Aspekt. Das Landratsamt Lörrach hat sich angesichts der Pandemie im Sinne aller Mitarbeitenden intensiv mit der Frage

beschäftigt: Wie kann man Homeoffice gesund und sicher gestalten? Das erfolgreiche Konzept führte schließlich zu einer Prämierung durch die Unfallkasse Baden-Württemberg.

*Das Landratsamt schaffte einen ganzheitlichen Rahmen für die Arbeit im Homeoffice. Die Basis für ein gesundes, modernes Arbeiten stellt dabei eine neue Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten dar, die Mitarbeitenden einen flexiblen Arbeitszeitrahmen im Homeoffice ermöglicht. Die gewonnene Flexibilität stärkt die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben.*

Zum Konzept gehören sowohl eine hochwertige Hard- und Softwareausstattung für Zuhause, mit Computer-Telefon und Zweitbildschirm, als auch eine ergonomische Beratung bei der Einrichtung des Heimarbeitsplatzes sowie Unterstützung durch eine IT-Hotline.

Die Mitarbeitenden und Führungskräfte werden dabei fachlich begleitet, um sie für die Arbeit sowohl im Homeoffice als auch in der neuen modernen Arbeitswelt zu befähigen. Um mobil arbeitende Teams optimal zu führen und zu unterstützen, werden Führungskräfte zu den Themen „Digitalisierung“ und „Führen aus der Distanz“ geschult. Eine digitale

Lernplattform ermöglicht zudem die weitere Qualifizierung aller Mitarbeitenden. Lerninhalte und -tempo können selbst bestimmt werden.

Des Weiteren wurde eine digitale Gesundheitsplattform eingeführt, auf der mit jedem mobilen Endgerät unterschiedliche Angebote gebucht werden können. Webinare, Newsletter und Checklisten zur gesunden Homeoffice-Gestaltung runden das Angebot ab, mit dem Mitarbeitende am Heimschreibtisch gesund bleiben können.

Die hohe Beteiligung der Mitarbeitenden am digitalen Veränderungsprozess, zum Beispiel durch interdisziplinäre Arbeits- und Projektgruppen, Digitallotsen als Multiplikatoren und regelmäßige Informationen im Intranet, zeichnet das Landratsamt besonders aus.

Bei der Organisation und Umsetzung des ganzheitlichen Konzepts sind Experten unterschiedlicher Fachabteilungen involviert: Das E-Government-Team, der Personalrat, Führungskräfte, Mitarbeitende, eine Fachkraft für Arbeitssicherheit, die Ausbildungsleitung, Vertretungen der IT- und Personalabteilung, das Personalentwicklungs-Team sowie das Team des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Die regelmäßige Evaluation der Nutzung des Homeoffice-Angebotes zeigt die Attraktivität der geschaffenen Rahmenbedingungen, die in diesen Pandemiezeiten gerne und in effizienter Weise angenommen werden.

Das ganzheitliche Homeoffice-Konzept des Landratsamtes Lörrach, der dezentrale Ansatz, mit dem Führungskraft und Mitarbeitende gemeinsam entscheiden, ob Homeoffice möglich und sinnvoll ist sowie die Übertragbarkeit auf andere Behörden überzeugte letztlich auch beim Wettbewerb „Homeoffice sicher und gesund gestalten“ der Unfallkasse Baden-Württemberg. Im November wurde das Konzept im Rahmen einer Preisverleihung für alle Mitgliedsbetriebe der Unfallkasse vorgestellt und mit 10.000 Euro prämiert.



**Auch im Homeoffice werden die Mitarbeitenden durch angeleitete aktive Pausen bei der Gesunderhaltung unterstützt.**

Quelle: Landratsamt Lörrach





Das Team des Betrieblichen Gesundheitsmanagements des Landratsamtes Lörrach freut sich über die Prämierung durch die Unfallkasse Baden-Württemberg.

Quelle: Carlos Valdivieso /  
Between Lights Foto & Design

## Von der Excel-Liste zur Fachanwendung

*Dank hauseigener IT-Entwicklungen wurde in den Anfängen der Corona-Pandemie eine schnelle und effiziente Lösung für die Fallabwicklung geschaffen. Auch für künftige Anforderungen ist das Bewusstsein eigener Fachanwendungen gestiegen.*

Zu Beginn der Pandemie stand man vor neuen Herausforderungen, die schnell bewältigt werden mussten. So arbeitete das Gesundheitsamt im März 2020 zunächst mit einer Excel-Liste, um Corona-Indexfälle und Kontaktpersonen zu dokumentieren. Mit Zunahme der Fälle und Kontaktpersonen sowie mehr Mitarbeitenden, die auf die Liste zugreifen mussten, war das Excel-Format aber nicht lange praktikabel. Es musste eine andere Lösung her. Land und Bund waren zu dem Zeitpunkt weit davon entfernt, eine technische Hilfestellung leisten zu können.

Das Sachgebiet Information & Kommunikation des Landratsamtes Lörrach

nahm sich dem Problem an und entwickelte kurzerhand ein Fallabwicklungssystem für das Gesundheitsamt. Mit dem Fallabwicklungssystem werden seither alle Corona-Fälle erfasst, die Kontaktnachverfolgung dokumentiert, Quarantänefälle verwaltet, Fälle in Kliniken gelistet, Häufungen in bestimmten Einrichtungen sichtlich gemacht und Statistiken für das Dashboard generiert. Zudem wurden Filter eingebaut, um die Selektion von Risikopatienten oder noch offenen Anrufen zu vereinfachen. Es können beliebig viele Personen gleichzeitig damit arbeiten, da es sich um eine Webanwendung handelt. Auch der Update-Prozess gestaltet sich entsprechend einfach.

Entstanden ist die Entwicklung innerhalb weniger Wochen, die meiste Zeit benötigte die Konzeption. Erschwerend kam aber hinzu, dass laufend neue Anforderungen an das System gestellt wurden. Um der Dynamik gerecht zu werden, musste in einem hohen Tempo daran gearbeitet werden und die Umsetzung ohne Testphase erfolgen. Die Kollegen

meldeten einfach umgehend Probleme, die bei der Anwendung aufgetreten waren, um sie dann beheben zu lassen. Updatezyklen von oft nur wenigen Stunden waren die Regel.

Die Entwicklung konnte nur in enger Zusammenarbeit und auf dem kurzen Dienstweg mit dem Gesundheitsamt und der Bereitschaft aller, inklusive der Anwender, Teil der agilen Kette zu sein, funktionieren.

Mit längerem Betrieb wurde es zunehmend schwieriger, das hohe Tempo der Entwicklung beizubehalten. Anforderungen, welche eine Änderung der Oberfläche nach sich zogen, wurden vermieden und Workarounds bevorzugt – zu viele Mitarbeiter waren geschult und die Prozesse eingespielt. Die Anwendung ist heute hinreichend gut, die Anforderungen werden abgedeckt. Stabilität und Ausfallsicherheit haben höchste Priorität. Das System fiel während der gesamten Betriebsdauer von mittlerweile gut eineinhalb Jahren nur wenige Minuten wegen technischer Schwierigkeiten aus. Geplante Updates außerhalb der Hauptarbeitszeiten minimierten Wartungsfenster.

Das vom Bund favorisierte Sormas kam zu spät und ist der hauseigenen Lösung nach wie vor in vielen Punkten hinsichtlich der Erfüllung der Anforderungen und der Verfügbarkeit von Schnittstellen unterlegen.

Aber auch weitere hauseigene technische Entwicklungen sind in der Pandemie entstanden, wie das Termin-Management-Tool für den Empfangsbereich. Es unterstützt die Mitarbeitenden bei der Zugangskontrolle in Corona-Zeiten: Sachbearbeiter im Haus, die einen Termin mit einem Kunden haben, tragen diesen in das System ein. Steht ein Kunde dann zum Termin an der Infothek und bittet um Einlass, kann im System nachgeschaut werden, ob der Kunde erwartet wird oder nicht.

Weitere Beispiele für den Wert hausinterner Entwicklung war das für das Kreisimpfzentrum entwickelte Einlasssystem

sowie die Aufrufanlage, welche die internen Personenströme lenkte und die Prozesse optimierte.

Entwickler sind im Normalfall nicht in der klassischen IT einer Behörde zu finden. In der Regel geht es um Support und Administration. Das Landratsamt Lörrach

hat jedoch einen Mitarbeiter mit langjähriger Erfahrung in der Anwendungsentwicklung, so dass die Corona-Datenbank in der Art entstehen konnte, wie sie heute verwendet wird. Das Terminprogramm hat ein IT-Student des Landratsamts geschrieben, das Aufrufsystem

für das Kreisimpfzentrum stammt vom damaligen Jahrespraktikanten.

Die gewonnenen Erfahrungen haben das Bewusstsein für den Wert von Entwickler-Knowhow im Haus geschaffen. Das Haus ist offen für weitere kleinere Projekte in Eigenregie, aber auch größere Projekte sind im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit denkbar.



Aufrufsystem im Kreisimpfzentrum Lörrach

Quelle: Landratsamt Lörrach

Mai-Kim Lâm ist Pressesprecherin im Landratsamt Lörrach.

Marco Petrucci ist Stellvertretender Leiter der Psychologischen Beratungsstelle und Teamleiter Erziehungsberatung im Landratsamt Lörrach. Laura Würz ist als Betriebliche Gesundheitsmanagerin und Dirk Hoenes als Projektbeauftragter Interkommunale Zusammenarbeit in der IT im Landratsamt Lörrach tätig.

## Gelebte Digitalisierung in der Corona-Pandemie: Testen mit COSAN und RMK-COSIMA

Von Tamara Bürtsch und Martina Keck, Rems-Murr-Kreis

Meldewege per Fax, umständliche Test-Formulare in den Schulen und Zettelwirtschaft in der Gastronomie – diese Realität fernab jeglicher Digitalisierungsbemühungen war dem Krisenstab des Rems-Murr-Kreises von Beginn der Corona-Pandemie an ein Dorn im Auge. Gleiches galt für die Organisation von Reihentestungen für Kinder und Jugendliche: Allein die Vergabe von Testterminen sorgte für einen immensen Verwaltungsaufwand.

In der zweiten Corona-Welle, im Herbst 2020, etablierte der Landkreis dann als Folge aus diesen Erfahrungen ein

Schnelltestzentrum für Schulen und Kitas. Man entschied sich dabei für eine neue Struktur, um die Arztpraxen zu entlasten: dem ersten Schnelltestzentrum im Land, das von einem Gesundheitsamt getragen wird. Hierfür musste mit Blick auf die Abrechnungsmodalitäten zwar zunächst Neuland begangen werden, aber das Bohren dicker Bretter zahlte sich letztendlich aus.

Ziel war es, dass asymptomatische Kinder und Jugendliche bei einem Verdacht auf das Coronavirus in der Klasse oder Kindergartengruppe schnell Klarheit be-

kommen. Eine Schließung ganzer Klassen sollte möglichst verhindert werden, mit dem Ziel, den Präsenzunterricht aufrecht zu erhalten. Die Anmeldung und Terminvergabe sollte niederschwellig und digital sein. Auch vor dem Hintergrund, dass die Daten der möglichen Infizierten sauber digital erfasst sind und positive Fälle direkt dem Gesundheitsamt gemeldet werden – und nicht über ein unleserliches, handgeschriebenes Fax.

Da es zu diesem Zeitpunkt keine geeignete Software-Lösung für diese Zwecke gab, wurde der Landkreis selbst



Quelle: Fuchs/ Rems-Murr-Kliniken

aktiv: Gemeinsam mit CubeFour, einer Software-Firma aus der Nähe von Augsburg, entwickelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts die Software COSAN (kurz für „Corona-Schnelltest-Anmeldung“). Dieses Online-Tool wurde dann ab November 2020 im kreiseigenen Schnelltestzentrum für Schulen und Kitas verwendet, zur Terminvereinbarung und zur Übermittlung des Testergebnisses.

Der Rems-Murr-Kreis nahm hier in mehrerer Hinsicht eine Vorreiterrolle ein: Beim Aufbau des ersten Schnelltestzentrums eines Gesundheitsamts und bei der komplett digitalen Abwicklung. Das Online-Tool wirkte sich dabei übrigens hilfreich auf das Hygienekonzept des Schnelltestzentrums aus: Da die Anmeldung und die Ergebnisübermittlung digital stattfanden, gab es keine Warteschlangen und der Aufenthalt im Testzentrum selbst war entsprechend kurz.

Das Online-Portal bewährte sich auch bei einer Test-Aktion für Erwachsene kurz vor Weihnachten: Unter dem Motto „An Weihnachten zu Oma und Opa – aber sicher“ konnten Angehörige von Pflegeheimbewohnern kostenlos einen

Schnelltest machen. Die Terminbuchung und Ergebnis-Übermittlung lief wieder digital über COSAN. Im Gegensatz zu anderen Angeboten wie zum Beispiel in der Tübinger Altstadt konnten dadurch Schlangen vermieden werden.

### **Kreisweites digitales Portal zur Buchung von Corona-Tests**

Mit den kostenlosen Schnelltests, zunächst für Lehrer und Erzieher, sowie den kostenlosen Bürgertests ab März 2021 wurde COSAN im gesamten Landkreis ausgerollt. Die rund 427.000 Einwohnerinnen und Einwohner konnten in Spitzenzeiten bei rund 200 Testzentren online einen Testtermin buchen, im Zweifel selbst auch wieder stornieren und das Testergebnis bequem aufs Handy bekommen. Das Buchungstool ist in die Homepage des Landratsamts eingebunden und für Mobilgeräte optimiert.

Auch für die Testzentren war und ist diese Software eine enorme Erleichterung bei der Abwicklung. Sie haben die Software unentgeltlich vom Landkreis erhalten und konnten sich dadurch voll auf das Testen konzentrieren. Das

COSAN-Team im Landratsamt hat die Partner des Netzwerks zudem bei den vielen Änderungen der Testverordnung im Laufe der Zeit immer wieder direkt und verlässlich informiert sowie nötige Anpassungen an der Software mit dem Dienstleister zeitnah umgesetzt. Der Landkreis bekommt regelmäßig rückgemeldet, dass sowohl die praktische Software-Lösung als auch die gute Betreuung mit dazu führt, dass im Rems-Murr-Kreis auch in der vierten Welle ein engagiertes Netzwerk an Teststellen bereitsteht. Zudem sind die sauberen, digitalen Meldewege für die weitere Verarbeitung positiver Fälle im Gesundheitsamt eine enorme Erleichterung.

Als es genügend Schnelltestzentren im Rems-Murr-Kreis gab, wandelte der Krisenstab das eigene Schnelltestzentrum in ein PCR-Testzentrum um. Der Fokus liegt weiterhin auf Schulen und Kitas. Dieses kreiseigene PCR-Testzentrum sowie weitere Teststellen sind ebenso in COSAN eingebunden, d.h. die Bürgerinnen und Bürger können über das Testportal sowohl Schnelltests als auch PCR-Tests buchen.

Landrat Dr. Richard Sigel betont: „Das war uns im Rems-Murr-Kreis seit Beginn der Pandemie immer wichtig: Vorausschauend in funktionierende Strukturen zu investieren ist der Kern unserer Strategie. Das hat sich bezahlt gemacht. Bei unseren Corona-Testzentren für Schulen, beim kreisweiten digitalen Testportal, aber auch bei der eigenen Infektionsstation der Rems-Murr-Kliniken, die wir in der Pandemie in Modulbauweise gebaut haben.“

### **RMK-COSIMA: Innovative App für überwachte Selbsttests**

Ergänzend zu dem breit aufgestellten Netzwerk an Testzentren samt zentraler, digitaler Plattform hat der Rems-Murr-Kreis im Frühjahr 2021 eine weitere innovative Lösung entwickelt: Der Corona-Krisenstab hatte es sich zur Aufgabe gemacht, auch die zu dieser Zeit neu

aufkommenden überwachten Selbst-Schnelltests in die digitale Teststruktur einzubinden.

Im Rems-Murr-Kreis hatte man bei diesem neuen Projekt vor allem die Testungen in Schulen sowie am Arbeitsplatz im Fokus. Gerade in den Schulen wurden die Tests bis dahin umständlich mit Stift und Papier dokumentiert und den Schülerinnen und Schülern ein entsprechender Nachweis über das Testergebnis ausgestellt. Dies entsprach nicht dem Anspruch des Krisenstabs an eine möglichst digitale Pandemie-Bewältigung. Auf diese Weise wurde die Testzentren-Software COSAN in einer gemeinsamen Kraftanstrengung weiter entwickelt zu einer App mit dem Namen RMK-COSIMA. Die App basiert dabei auf dem Prinzip der überwachten Schnelltests, das in der Corona-Verordnung des Landes verankert ist: Wenn z.B. ein geschulter Lehrer die Schnelltests bei seiner Klasse überwacht, dann kann er den Schülerinnen und Schülern das Testergebnis in der App ausstellen. Auch die Abwicklung der Tests und die nötige Meldung der Ergebnisse an das Kultusministerium wurde durch die App deutlich vereinfacht.

Auf diese Weise kann das negative Testergebnis am Nachmittag je nach aktueller Corona-Lage als digitale Eintrittskarte auf dem Handy genutzt werden. Gleiches gilt für die Mitarbeiterprüfung am Arbeitsplatz. „Die RMK-COSIMA App soll den Menschen einen echten Mehrwert im Alltag bieten und dadurch auch einen Anreiz für Unternehmen und deren Mitarbeitende schaffen, sich im Betrieb testen zu lassen“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel.

Voraussetzung ist dabei, dass die Testpersonen vorab eine Schulung durchlaufen und eine Belehrung unterzeichnen. Nur dann wurden sie vom RMK-COSIMA-Team des Landratsamts in der App freigeschaltet. Dabei setzt der Rems-Murr-Kreis bewusst auf Qualität und Sicherheit: Jeder Tester wird registriert und muss zuvor die theoretische sowie praktische Schulung erfolgreich

durchlaufen, die zusammen mit den Rems-Murr-Kliniken und dem DRK Kreisverband konzipiert wurde. Es können sich zudem keine Privatpersonen als Tester registrieren, sondern nur Firmen, Vereine, Behörden und sonstige Institutionen. Auf Sicherheit wurde auch bei der technischen Gestaltung der App großen Wert gelegt. Der digitale Nachweis ist animiert und soll so eine Fälschung der negativen Test-Nachweise unmöglich machen, beispielsweise durch bewegte Elemente.

### **Testzentren und überwachte Selbsttests: Funktionierende Lösungen in der Fläche**

Besonders reizvoll war für einen Flächenlandkreis wie den unseren die Kombination aus einem leistungsfähigen Netzwerk der Testzentren und der flexiblen Lösung der überwachten Schnelltests per App. So waren zum Beispiel Biergärten oder Ausflugslokale im ländlichen Raum sehr froh über diese Lösung. Gerade wenn das nächste Testzentrum nicht um die Ecke ist oder am Sonntag-nachmittag nicht mehr geöffnet hat, konnten geschulte Mitarbeiter dennoch den Schnelltest ihrer Kunden überwachen und ihnen so den Zutritt ermöglichen. Auch deshalb wurde diese Lösung im Mai 2021 von den kommunalen Spitzenverbänden allen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg zur Nutzung empfohlen. „Darauf sind wir natürlich ein wenig stolz, denn wir haben viel Herzblut in die Entwicklung gesteckt“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel dazu.

Im Sommer 2021 wurde die App RMK-COSIMA zudem weiter aufgerüstet: Mit einer neuen Funktion konnten ab dann auch über die App Termine in einem der Testzentren im Landkreis gebucht werden und die Ergebnisse ebenso in der App angezeigt werden. Mit Blick auf die Reisezeit konnte man die Testergebnisse auch in die Luca-App und in

die Corona-Warn-App übertragen. Auf diese Weise wurde z.B. die Kontrolle am Flughafen erleichtert. „Uns war wichtig, dass diejenigen, die morgens unter Aufsicht in der Schule oder im Betrieb einen Schnelltest machen, das negative Testergebnis mit der RMK-COSIMA App den ganzen Tag über als Nachweis in der Freizeit nutzen können“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. Dabei gilt es natürlich, die aktuellen Corona-Regelungen zu beachten.

### **Fazit von Landrat Dr. Sigel: Für die Bewältigung der Pandemie brauchen wir flexible Lösungen**

„Für den Rems-Murr-Kreis war es rückblickend eine bewusste und richtige Entscheidung, funktionierende digitale Strukturen in der Pandemie aufzubauen“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. „Einerseits aus Überzeugung, mit Blick auf zukunftsfähige Lösungen, andererseits in dem Bemühen, die Pandemie vor Ort so gut wie möglich zu bewältigen.“ Sicherlich wäre man froh gewesen, wenn solche Instrumente von Bund und Land zur Verfügung gestellt worden wären. Nur weil das nicht der Fall war, ist man auf Kreisebene mit einem engagierten Team in die Bresche gesprungen und hat dabei viele wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Wie wertvoll die Schaffung solcher digitalen Lösungen war, zeigt sich aktuell in der vierten Corona-Welle: Als Mitte November nach einer sehr kurzfristigen Info seitens des Bundesgesundheitsministeriums die kostenlosen Bürgertests wiedereingeführt wurden, konnte das COSAN-Team im Landratsamt gemeinsam mit dem Netzwerk der Testzentren alles wieder hochfahren. Bürgerinnen und Bürger konnten ab Tag eins wieder zentral über die Homepage des Landratsamts und die RMK-COSIMA-App Termine buchen. Aus dem Stand waren wieder 70 Testzentren an Bord. Damit ist man auch für eine 2G+-Regelung gewappnet.



Die Möglichkeiten für die überwachten Schnelltests sind hingegen im Moment durch die Corona-Verordnungen stark eingeschränkt. Schulen und Unternehmen nutzen die Lösungen weiterhin gerne. Negative Testergebnisse können aber nur noch in minimalem Umfang als Eintrittskarte verwendet werden. In dieser Sache hat Landrat Dr. Richard Sigel den Wunsch an das Sozialministerium adressiert, auch solche flexiblen Lösungen für die Fläche wieder möglich zu machen, denn die Kombination aus Testzentren und mobilen, digitalen Lösungen für überwachte Schnelltests haben sich aus unserer Sicht mehr als bewährt. Für die Entwicklung dieser digitalen Lösungen hat der Rems-Murr-Kreis insgesamt rund 150.000 Euro ausgegeben. Entsprechende Förderanträge sind eingereicht.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.rems-murr-kreis.de/schnelltest](http://www.rems-murr-kreis.de/schnelltest)

## Zahlen & Fakten

COSAN:

- Seit März 2020 wurden rund 820.000 Schnelltests über die kreisweite Plattform abgewickelt
- Davon waren rund 300 positiv
- Der stärkste Tag war der 2. Juni 2021 mit 15.000 Tests. Das war zu dem Zeitpunkt, als die Biergärten wieder geöffnet wurden – mit negativem Schnelltest.



Quelle: Landratsamt Rems-Murr-Kreis



Quelle: Landratsamt Rems-Murr-Kreis

RMK-COSIMA:

- 112.000 Bürgerinnen und Bürger nutzen die App
- Mehr als 1.600 Unternehmen und 100 Schulen setzen die App ein
- Insgesamt wurden seit April 2021 knapp 600.000 Tests über RMK-COSIMA abgewickelt, davon waren rund 800 positiv

Tamara Bürtsch ist Persönliche Referentin des Landrats im Landratsamt Rems-Murr-Kreis. Martina Keck ist die Pressesprecherin des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis.

## Gerade in Krisen: Der Kreis Sigmaringen steht zusammen – Erste Lehren aus der Corona-Pandemie

Von Tobias Kolbeck, Landkreis Sigmaringen

Je größer die Herausforderungen sind, desto enger rücken alle, die Verantwortung im Kreis tragen zusammen, desto eher können sich die Menschen auf die Ärzteschaft, die Hilfsorganisationen und die Behörden verlassen. Das ist die erfreuliche Lehre aus der Pandemie im Kreis Sigmaringen. Die Herausforderungen im Kreis Sigmaringen waren oft groß. Im Frühjahr 2020 war der Kreis, ausgelöst durch besonders viele Skitou-

risten und die Fasnet, sehr stark betroffen. Die Inzidenzen waren teilweise unter den TOP 10 bundesweit. Im Sommer war der Landkreis Sigmaringen jedoch dann der erste Kreis, der eine Woche lang ohne jede Neuinfektion war. Auch in den folgenden Monaten war man teils schwer betroffen, hatte teilweise aber auch die niedrigsten Inzidenzen im Land. Es galt also stets sehr flexibel zu reagieren.

Als eine Stärke in der Pandemiebekämpfung erwies sich die Größe des Landkreises. Bei rund 130.000 Einwohnern und 25 Kommunen war es möglich, in teils mehrten Schichten wöchentlich eine enge Abstimmung zwischen der Kreisverwaltung, den Gemeinden, der Ärzteschaft, den Kliniken und allen weiteren Stellen, die mit anpackten, zu ermöglichen. Die intensive Kommunikation brachte schnell sensible Punkte ans Licht,

ermöglichte kreative Lösungen und ein rasches Anpacken. Vor allem aber rückte der Kreis zusammen, die gemeinsame Verantwortung war erlebbar, das Vertrauen wuchs.

## **Umfangreiche Kommunikation und gutes Personal sind die Schlüssel für eine gute Arbeit des Gesundheitsamtes**

Die Belastung aller Mitarbeitenden im Gesundheitsamt war und ist seit anderthalb Jahren hoch. Von Anfang an setzten wir darauf, dauerhaft belastbare Strukturen aufzubauen. Wir setzten zu Beginn der Pandemie nie darauf, mit einem Kraftakt über ein paar Wochen Corona niederkämpfen zu wollen. So waren immer wieder auch Ruhepausen und Urlaub möglich. Im zwei Schichtbetrieb wurde an sieben Tagen die Woche gearbeitet, bei niedrigen Fallzahlen fuhr man auf einen Einschichtbetrieb zurück.

In der Verwaltung und auch im Kontaktpersonenmanagement setzten wir auf qualifizierte Kräfte aus dem Landratsamt und oft junge Akademiker, die sich im Studium und oder danach in der Pandemiebekämpfung engagieren wollten. Sie brachten eine hohe Motivation, gute IT-Kenntnisse und einen ausgeprägten Teamgeist mit. Alle Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes und einige Stellen im



Quelle: Landratsamt Sigmaringen



Quelle: Landratsamt Sigmaringen

Landratsamt wurden mit täglichen Info-Mails zur Infektionslage fortwährend auf dem Laufenden gehalten. Dies und die Tatsache, dass alle Fachbereiche im Haus immer wieder Personal unterstützend ins Gesundheitsamt schickten, führte dazu, dass das gesamte Landratsamt eine hohe Verantwortung bei der Pandemiebekämpfung spürte und viele motiviert für das Gesundheitsamt mit anpackten. So war es immer möglich alle Kontaktpersonen innerhalb 24 Stunden zu ermitteln, selbst zu Zeitpunkten, wo das Infektionsgeschehen im Landesvergleich mit am heftigsten war.

## **Bei Ausbruchsgeschehen persönlich vor Ort**

Bei Ausbruchsgeschehen in Einrichtungen war es wichtig, rasch den Kontakt zu suchen, bei Maßnahmen wertschätzend beratend zur Seite zu stehen und um das Infektionsgeschehen rasch aufzuklären und einzugrenzen, selbst vor Ort Abstriche zu nehmen. Der dauerhafte Kontakt zur Schulverwaltung, die enge Kooperation mit Kindergärten und Schulleitungen oder Heimleitungen schuf eine Kultur des Vertrauens und der Wertschätzung, durch die es möglich wurde, rasch harte, aber notwendige Maßnahmen gewissenhaft durchzusetzen.

Möglich wurde diese umfangreiche Arbeit und die viele Kommunikation vor allem dadurch, dass das ärztliche Personal umfangreich durch Verwaltungskräfte und Juristen unterstützt wurde. Auch für zukünftige gesundheitliche Notlagen wird es der Schlüssel sein, dass das ärztliche Personal dann auch Raum für ärztliche Aufgaben hat.

## **Schutzausrüstung gemeinsam mit DRK und Kliniken beschafft**

Zu Beginn der Pandemie ist der Markt für Schutzausrüstungen regelrecht zusammengebrochen. Die Kliniken, das DRK, Arztpraxen sowie Pflege- und sonstige sozialen Einrichtungen baten den Landkreis um Ausrüstung. Zunächst waren es die Schutzmasken und Desinfektionsmittel die fehlten, dann Schutzkittel und am Schluss Schutzhandschuhe.

Wir haben schon sehr früh die Initiative ergriffen, begonnen Schutzausrüstungen zu erwerben und an die besonders bedürftigen Stellen zu verteilen. Dabei haben wir uns mit dem DRK und den SRH Kliniken zusammengeschlossen und untereinander das kurzfristig absolut notwendige Material ausgetauscht und teilweise auch gemeinsam am Markt erworben. Diese „Kooperation“ war sehr hilfreich, um diese beiden wich-

tigen Einrichtungen im Gesundheitswesen im Landkreis immer ausreichend zu versorgen. Bei der Zuteilung der sonstigen Einrichtungen mussten aufgrund des Mangels zunächst klare Prioritäten gesetzt werden. Wichtig waren in der ersten Phase die Versorgung der Alten- und Pflegeheime. Einrichtungen mit akuten Infektionsausbrüchen wurden in Abstimmung mit dem FB Gesundheit gezielt mit mehr Schutzausrüstungen versorgt.

## Unternehmen aus dem Landkreis halfen zudem bei der Beschaffung

Der Markt für Schutzausrüstungen war zu Beginn der Pandemie teilweise unläuter, wenn teils nicht sogar kriminell. Forderungen auf 100 % Vorkasse ohne Gegenleistung, auf die wir nicht eingestiegen sind, waren keine Seltenheit. Durch einen Aufruf an die Unternehmen im Landkreis uns mit Schutzausrüstungen zu unterstützen konnten wir über Unternehmen Schutzausrüstung im Ausland, vor allem aus China, beschaffen. Teilweise hatten wir dabei direkt Kontakt zu den Einkaufsabteilungen nach China. Es war beeindruckend wie hilfsbereit die Menschen dort

waren, obwohl auch dort die Beschaffung von Schutzausrüstung zu der Zeit sehr schwierig war. Durch diese Verbindungen konnte die Versorgung durchgängig gesichert werden. Die Ausrüstung wurde zum Selbstkostenpreis abgegeben. Die spätere Unklarheit bei der Zertifizierung der Produkte sorgte für viel Aufregung und Kommunikationsaufwand. Kurzum: Ein zupackendes, rasches und unbürokratisches Handeln und eine gute Vernetzung mit Gewerbetreibenden und Stellen, die Bedarfe haben, waren der Schlüssel zum Erfolg.

## Dashboard informiert frühzeitig transparent – 9 Millionen Aufrufe bis heute

Bei der Öffentlichkeitsarbeit wurde von Anfang an viel Wert auf Transparenz gelegt. Als einer der ersten Landkreise bot der Kreis bereits vier Tage nach dem ersten Infizierten ein GIS-basiertes Dashboard an, das sämtliche Zahlen zum Infektionsgeschehen bot. Die Informationsseite wurde sowohl für den PC als auch für mobile Geräte wie Smartphones oder Tablets optimiert und bis heute täglich aktualisiert. Als die Kreisimpfzentren öffneten, wurde auch der Impffortschritt

– differenziert nach Kreisimpfzentren, Mobile Impfteams, und später auch die Vertragsarztpraxen – dem Dashboard hinzugefügt.

Bis heute nutzen die Bürgerinnen und Bürger das Dashboard gerne. Im Schnitt 17.000 am Tag. Über 9 Millionen Klicks verzeichnete es in Summe. Die größten Hürden beim Aufbau waren und sind immer noch die fehlenden digitalen Schnittstellen zu den übergeordneten Stellen, um einen automatisierten Informationsfluss aufzubauen. Besonders Journalistinnen und Journalisten schätzen die transparente, übersichtliche und frühzeitige Information über die Seite und regten ein solches Dashboard auch bei anderen Kreisen an. Gerne unterstützen wir auch Kolleginnen und Kollegen in anderen Kreisen beim Aufbau eines solchen Dashboards.

## Digitale Kreistagsitzung hält Kommunalpolitik handlungsfähig

Als zweiter Landkreis nach Tübingen hielt der Kreistag eine vordigitale Kreistagsitzung und mehrere Ausschusssitzungen ab. Sogar ein halbtägiger Workshop fand statt. Zu zeigen, dass der Kreistag weiter handlungsfähig ist und



Quelle: Landratsamt Sigmaringen



sich auch die Politik an die Kontaktbeschränkungen hält, waren es wert, die vielen rechtlichen und technischen Fragen zu klären, die einer so simpel erscheinenden digitalen Sitzung vorausgehen.

## **Zulassungsstelle konnte durchgehend offen gehalten werden**

Als einer von wenigen Landkreisen konnten wir die Zulassungsstelle stets offen halten und Bürgerservice vor Ort ermöglichen. Wir haben die Maßnahmen, welche zum verantwortungsvollen und risikominimierten Besuch der Zulassungsstelle ergriffen wurden, kritisch überprüft und verbessert. So gelang es uns ein System zu entwickeln, welches mit einem niederschweligen digitalen Termin-System nicht nur eine Ansammlung von Menschen im Wartebereich vermiedet, sondern mit dem kurzen Wartezeiten, hohe Qualität und angenehmen Service sicherstellt. Für den Fachbereich Recht und Ordnung, der das Gesundheitsamt insbesondere bei der Beantwortung von Bürgeranfragen und Anfragen von Gemeinden sowie beim Erlass notwendiger Allgemeinverfügungen unterstützte, ergeben sich folgende Erkenntnisse:

## **Enge Abstimmung mit den Gemeinden zur Umsetzung der CoronaVO**

Das Rechtsamt unterstützte nicht nur das Gesundheitsamt bei der Umsetzung der rechtlichen Vorschriften, sondern war auch Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger und die Gemeinden. Um Akzeptanz und Verständnis für die Regelungen zu erhalten, mussten diese einfach erklärt und im gesamten Kreis einheitlich ausgelegt werden. Der Landkreis setzte auf eine regelmäßige und enge Abstimmung mit den Gemeinden, arbeitete Unklarheiten rasch auf und bat das Land frühzeitig um Klarstellung. Die Videoschleife mit allen Bürger-

meisterinnen und Bürgermeistern, die wöchentlich stattfand, war ein guter Rahmen um ein einheitliches Vorgehen abzustimmen.

## **Bewährtes Team aus der Klinik führt das Impfzentrum**

Als Licht am Ende des Tunnels sichtbar und erster Impfstoff verfügbar war, baute ein bewährtes Team aus ehemaligen Mitarbeitenden der Kliniken im Kreis das Impfzentrum auf. Neben dem ehemaligen Geschäftsführer, dem ärztlichen Direktor und dem Personalratsvorsitzenden engagierten sich zahlreiche weitere (ehemalige) Mitarbeitende der Klinik im Impfzentrum. Ein eingespieltes Team mit viel medizinischer Erfahrung! So gelang es mit gut 1.200 verabreichten Impfungen am Tag eine deutlich leistungsfähigere Impfzentrale auf die Beine zu stellen als vom Land gefordert war. Dass die Entscheidung des Landes, die Kreise damit zu beauftragen, die Impfzentren aufzubauen und bereits zum 15. Januar betriebsbereit zu sein, obwohl noch sehr wenig Impfstoff verfügbar war, erst kurz vor Weihnachten kommuniziert wurde, setzte alle Verantwortlichen unter großen Druck.

Über die Feiertage wurde durchgearbeitet, um alle Vorgaben einhalten zu können.

Als Glücksgriff erwies sich dann die sehr frühzeitige selbstständige Terminvergabe über die Rathäuser sowie das aktive Anbieten von Betriebsimpfungen im Kreisimpfzentrum noch bevor Betriebsärzte mit Impfstoff versorgt werden konnten. Die Menschen konnten einfach und vor Ort einen Termin vereinbaren. Der Anteil der Menschen, die sich im Impfzentrum impfen ließen und aus dem Kreis stammten, stieg rasch an.

## **Social-Media-Werbung führt mobile Impfteams zum Erfolg**

Als die mobilen Impfteams starteten, wurden alle Instagram- und Facebooknutzer aus der Landkreis teilweise mehrfach über Werbeanzeigen kontaktiert. Die Anzeigen wurden kurzfristig im direkten Umfeld der Impfkationen ausgespielt, was so manchen dazu bewegte, sich spontan in der Nähe impfen zu lassen. Als einer der ersten Kreise setzten wir auf diesen Kanal und konnten dem Sozialministerium von positiven Erfahrungen berichten, so dass auch landesweit geworben wurde.



Quelle: Landratsamt Sigmaringen



### **Digitalisierungsschub: Die Landkreisverwaltung setzt vermehrt auf flexible und mobile Arbeitsplätze sowie digitale Aktenführung**

Im Zuge der Corona-Pandemiebekämpfung wurden neben den im Gesundheitsamt zusätzlich erforderlich gewordenen Softwarelösungen zunehmend auch IT-Lösungen etabliert, die in den klassischen Verwaltungsbereichen zuvor eher in geringem Umfang oder zum Teil noch gar nicht genutzt wurden. Wie in anderen Kreisen auch wurden innerhalb weniger Tage Lösungen für Telefon- und Videokonferenzen, Homeoffice und Mobiles Arbeiten, aber auch die IT-technische Ausstattung und datenleitungstechnische Anbindung von Test- und Impfbereichen realisiert.

Es hat sich dabei gezeigt, dass die – im IT-Sprachgebrauch als „leichte Skalierbarkeit“ bezeichnete, schnelle und unkomplizierte Erhöhung der technischen Kapazitäten eine wichtige Rolle spielt. Lösungen für Telefonkonferenzen, Videokonferenzen genauso wie für Homeoffice und Hotline-Schaltungen waren im Landratsamt Sigmaringen schon seit langer Zeit im Einsatz, allerdings fand die Nutzung eher in geringem Umfang statt.

Durch kurze Entscheidungswege und geringe Abhängigkeiten von Lieferanten konnten im März 2020 innerhalb weniger Tage die Anzahl der Homeoffice-Zugänge von einigen wenigen um über 200 erhöht werden. Viele parallele Telefonkonferenzen mit insgesamt über 90 Teilnehmern wurden über die eigene Telefonanlage abgehalten, Videokonferenzen und mehrere, verschachtelte Hotline-Schaltungen mit teilweise über 30 eingebundenen Mitarbeitern wurden innerhalb des Monats etabliert. Ausstattungsbedingte Einschränkungen im Bereich der flexiblen Auswahl von Büroarbeitsplätzen mussten zunächst durch hohen Personalaufwand der IT kompensiert werden.

Inzwischen wurden Konzepte vom Kreistag beschlossen und werden nun umgesetzt. Damit werden Mitarbeiter künftig ohne technische Einschränkungen an nahezu jedem Büroarbeitsplatz des Landratsamtes ihre Aufgaben wahrnehmen können. Es ist vorgesehen, die zentrale IT-Infrastruktur, die während einiger Phasen in den vergangenen 18 Monaten vor allem in Bezug auf die Rechen-/Computerleistung an Grenzen geraten ist, ab dem nächsten Jahr auf eine leichter skalierbare Lösung zu migrieren.

Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einer flexibel anpassbaren IT in Verbindung mit kurzen Entscheidungswegen. Der Einsatz von vergleichsweise neuen IT-Lösungen kann auch erstmal in kleinem Umfang sinnvoll sein, solange es sich wirtschaftlich abbilden lässt.

Die genannten Schlaglichter zeigen, dass man als kleiner Landkreis teilweise vor anderen Herausforderungen steht, manchmal weniger Ressourcen zur Verfügung hat, aber auch davon profitieren kann, dass man sich kennt, vertraut und die Wege kurz sind. Die Pandemie ließ uns alle im Kreis Sigmaringen enger zusammen rücken. Die Menschen spürten, dass man sich in einer Krise auf die Gesundheitsversorgung, die Kommunen und den Landkreis verlassen kann. Dies stärkt uns den Rücken, trotz der großen Belastung, die hinter uns liegt, weiter anzupacken, die notwendigen Schlüsse aus der Pandemie zu ziehen und kraftvoll die Herausforderungen, die vor uns liegen, anzupacken.

---

Tobias Kolbeck ist Leiter der Zentralstelle und Pressesprecher im Landratsamt Sigmaringen.

## **Krisensichere Behördenstruktur: Das Landratsamt Zollernalbkreis in der Bewältigung der Corona-Pandemie – und in einer sicheren Zukunft**

Von Stefan Hermann, Zollernalbkreis

Um auf Krisen vorbereitet zu sein, bilden die Landratsämter einen Verwaltungsstab der in Baden-Württemberg bisher in der Verwaltungsvorschrift Stabsarbeit geregelt wurde. Derzeit befindet sich diese in Überarbeitung. Insbesondere in Katastrophenfällen soll der Verwaltungs-

stab eine schnelle Entscheidung und die Arbeitsfähigkeit der Katastrophenschutzbehörde sicherstellen. Dadurch, dass alle relevanten Verantwortlichen zur Lageerfassung und zur Entscheidung an einem Tisch sitzen, ist gewährleistet, dass alle auf dem gleichen Wissensstand

sind. Neben dem Verwaltungsstab bildet der Führungsstab für die operativen Einheiten des Bevölkerungsschutzes parallel ein weiteres wichtiges Element der Führung. Im Zollernalbkreis besteht der Führungsstab aus ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen der Freiwilligen



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

Feuerwehren im Landkreis sowie aus Mitgliedern des Deutschen Roten Kreuzes, des technischen Hilfswerks und aus Fachberatern und Verbindungspersonen zu anderen Behörden und Organisationen, welche mehrmals jährlich Übungen und Fortbildungen im kleineren Umfang durchführen.

In den letzten Jahren wurden im Zollernalbkreis regelmäßig größere Kommunikations- oder Stabsrahmenübungen sowie Vollübungen mit handelnden Einheiten des Bevölkerungsschutzes durchgeführt und an kreisübergreifenden Übungen teilgenommen. Verschiedenste Lagen wurden hierbei geübt: Erdbeben, Bekämpfung von Tierseuchen, flächendeckender Stromausfall, Terrorlage mit Massenanfall von Verletzten, Unwetterlagen. Bei all diesen Übungslagen wurde entweder ein Szenario mit Katastrophenalarm angenommen oder es erfolgte zumindest die Prüfung, ob eine Katastrophe vorliegt. Die daraus entstehende Routine gibt Handlungssicherheit.

Nicht nur in Katastrophenfällen erweist sich die Stabsarbeit als sinnvolles Führungsinstrument. Die Bewältigung der Corona-Pandemie stellt eine enorme Herausforderung für die Verwaltung und die gesamte Gesellschaft dar. Mit dem herkömmlichen Vorgehen nach Verwaltungsvorgängen ist eine solch dynamische

Situation nicht zu bewältigen. Viele Maßnahmen in unterschiedlichen Zuständigkeiten müssen parallel und aufeinander abgestimmt in Reaktion oder besser möglichst in Antizipation auf die Rahmenbedingungen erfolgen.

## Frühzeitige Stabsarbeit

Bereits in einer sehr frühen Phase, mit Auftreten des ersten Corona-Verdachtsfalles in Baden-Württemberg, wurde im Landratsamt Zollernalbkreis die Stabsarbeit eingeleitet. Zunächst mit dem Ziel, die Lage frühzeitig zu erfassen, um entsprechende Maßnahmen zu koordinieren. Zunächst war nicht einzuschätzen,

ob sich die Patientenzahlen ähnlich drastisch wie in anderen Staaten entwickeln würden. Daraufhin wurde vorsorglich in der Kreissporthalle in Balingen als Behelfsstation des Zollernalb Klinikums eine Corona-Station eingerichtet. Der Aufbau erfolgte durch die Organisationen des Bevölkerungsschutzes, federführend durch das DRK. Zeitgleich wurde die Testinfrastruktur gemeinsam mit niedergelassenen Ärzten ausgebaut. Diese wurde über die andauernde Lage hinweg als zentrale Einrichtung in unterschiedlicher Konstellation und Dimension beibehalten. Anfangs wurde als alleinige Testmöglichkeit die Corona-Schwerpunktambulanz gebildet, dann als entlastende Ergänzung zu den Corona-Schwerpunktpraxen der niedergelassenen Ärzte und inzwischen als Corona-Schnelltest-Abstrichzentrum an die Apotheker übergeben. Als hilfreiche Entlastung der humanmedizinischen Labore hatte sich die *Einbindung eines Veterinärlabors* im Landkreis erwiesen.

Das Gesundheitsamt musste ein Verfahren der Kontaktverfolgung implementieren und für die Absonderung von Infizierten und Kontaktpersonen intensiv Verbindung zu den Ortspolizeibehörden halten. Darüber hinaus galt es Bürger, Betriebe, Vereine und insbesondere Betreiber von Gastronomie und Veranstaltungstätten bezüglich Hygiene zu beraten. Hierbei wurde kurzerhand



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis





Günther-Martin Pauli (dritter von links) zu Besuch in dem Veterinärlabor ZAKlab

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

das Sachgebiet Vorbeugender Brandschutz, welches im Regelbetrieb bei Versammlungsstätten ähnliche Sicherheitsfragen bearbeitet, eingebunden. All dies konnte in der Stabsarbeit mit raschen Entscheidungen und in direkter Kommunikation umgesetzt werden.

## Online Bürgerdialog – Krisenkommunikation und populäres Format

Die Öffentlichkeitsinformation hat in der Corona-Lage eine bündelnde Funktion eingenommen. Hier werden die im Ver-

waltungsstab gesammelten Informationen so aufbereitet, dass die Medien und Bevölkerung direkt die relevanten Punkte übersichtlich erhalten. Dadurch dass während der Phasen mit Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen kein direkter Bürgerkontakt möglich war, wurde ein neues Instrument eingesetzt und weitere Wege der Kommunikation erprobt: Der Online-Bürgerdialog – für ein „Mehr an Transparenz“.



Quelle Landratsamt Zollernalbkreis



14. Online Bürgerdialoge mit Landrat Günther-Martin Pauli, Kreisbrandmeister Stefan Hermann, Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz Dr. Ullrich Mohr, Vorsitzender der Kreisärzteschaft Zollernalb sowie PD Dr. Dr. Erwin Biecker, stellvertretender ärztlicher Direktor am Zollernalb Klinikum

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

Direkt im März 2020 ist der Online-Bürgerdialog von Landrat Günther-Martin Pauli ins Leben gerufen worden. Zunächst über das Facebook-Profil des Landrates, seit Juli 2020 über die beiden Social Media Kanäle der Landkreisverwaltung. Das Prinzip: Über Facebook und Instagram wird der Dialog live geteilt und Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, Fragen an Landrat Pauli und seine Gäste – beispielsweise Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL, Justizminister Guido Wolf MdL und Sozialminister Manne Lucha MdL oder Vertreter aus unterschiedlichen medizinischen Sektoren wie Chefarzte des Zollernalb Klinikums und der Rettungsdienste – zu stellen. Bislang fanden 31 Dialoge mit insgesamt über 78.000 Aufrufen zu unterschiedlichen Themen statt. Der Fokus liegt schwerpunktmäßig auf

COVID-19. Zudem wurden immer wieder aktuelle kommunalpolitische Themen wie Mobilität, Abfallvermeidung und regionale Wertschöpfung „eingespielt“. Dieses Format stellte sich als äußerst erfolgreich heraus und eignet sich zur Kommunikation allgemeiner Themen ebenso wie zur Krisenkommunikation.

## Aufbau Impfzentrum ehrenamtlich koordiniert durch Führungsstab



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

Der spätere Aufbau des Impfzentrums wurde durch den Führungsstab in ehrenamtlicher Arbeit koordiniert. Hierbei hat sich die sogenannte Auftragstaktik bewährt. Der Verwaltungsstab hat den

Führungsstab beauftragt in kürzester Zeit ein Impfzentrum einzurichten. Nach zwei Wochen konnte Vollzug gemeldet werden. Zu Beginn der Impfkampagne war die Unterstützung der Bundeswehr besonders hilfreich: eine komplette Besetzung des Impfzentrums aus Soldaten stellte einen reibungslosen Ablauf unter einheitlicher Führungsstruktur sicher. Sukzessive konnte der Betrieb durch zivile Kräfte übernommen werden. Zum Betrieb des Impfzentrums wurde eine Kooperation mit einer Eventagentur eingegangen. So konnten Leitungsfunktionen im Impfzentrum teilweise mit Führungskräften der Feuerwehr aus dem Führungsstab und aus Mitarbeitern der Eventagentur besetzt werden. Gerade in der Eventbranche stehen der Servicegedanke und das rasche Eingehen auf spontan eintretende Probleme, so dass Kunden möglichst nichts davon merken, im Vordergrund. Lenken von Personenströmen, Buchungssysteme, Bedarfskalkulationen sind hierbei Routineaufgaben. Die impfenden Ärzte hingegen konnten so ihren Schwerpunkt auf medizinische Fragestellungen legen. Eine Herausforderung hierbei war sicherlich, dass es sich beim Betrieb eines Impf-

zentrums, im Vergleich zu Messen oder Konzerten, um ein verhältnismäßig lang andauerndes Event mit vielen Herausforderungen gehandelt hat.

## Anpassung der Struktur

Im Laufe der Corona-Pandemie stellte sich ein großer Unterschied zu den geübten Situationen heraus. Zunächst geht man bei Krisen und Katastrophen eher von kurzzeitigen schwerwiegenden Ereignissen aus. Anfänglich wird mit einer intensiven Phase für Rettung und Stabilisierung gerechnet, im Anschluss mit einer Art Aufräumphase und dann mit der Abwicklung juristischer und finanzieller Fragen. Die Corona-Lage stellt eine Situation dar, welche sich über einen, im Vergleich zu geübten Lagen, unerwartet langen Zeitraum erstreckt und in der nahezu alle Teile der Verwaltung einerseits große Erschwernisse durch die bestehende Lage erfahren, aber andererseits ein gewisser Normalbetrieb weiterlaufen muss. Also konnte bei der Stabsarbeit nicht, wie bisher angenommen, die Verwaltung ihr Alltagshandeln niederlegen, um sich kurzzeitig und intensiv der besonderen Lage zu widmen. Vielmehr musste die Lagebewältigung parallel zum darüber hinaus erschwerten aber weiterhin notwendigen Alltagshandeln erfolgen. Dabei zeigte sich im Landratsamt Zollernalbkreis bereits in einer frühen Phase ein Schwachpunkt, welchem dann entgegengewirkt wurde: Die Behördenstruktur der bestehenden Ämter, zugeteilt zu fünf Dezernaten deckte sich nicht mit der in der Verwaltungsvorschrift Stabsarbeit vorgegebenen Struktur des Verwaltungsstabs.

Deshalb wurde die Struktur und die Aufbauorganisation des Landratsamts aneinander angeglichen. Die Koordinierungsgruppe Stab (KGS nach Entwurf der neuen Verwaltungsvorschrift Stabsarbeit, früher Koordinierungsgruppe Kommunikation, KoKo), welche für die Funktionsfähigkeit der Stabsarbeit verantwortlich ist, und die regelmäßige



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis



Dienstbesprechung der Dezernenten mit dem Landrat, wurden personell angeglichen und konnten somit fortan als gleiches Gremium agieren. Innerhalb der Ämterstruktur wurde eine maßgebliche Änderung umgesetzt. Das Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz, bisher mit dem Bezug des Vorbeugenden Brandschutzes ein Teil des Bauamtes, wurde zu einem eigenständigen *Amt für Bevölkerungsschutz* unter der Leitung des Kreisbrandmeisters weiterentwickelt und in das Dezernat Gesundheit und Lebensraum eingegliedert. So bestehen entlang der Aufbauorganisation direkte Kommunikationswege mit dem Gesundheitsamt im selben Dezernat. Dieses Amt verfügt inzwischen über drei Sachgebiete. Ein Sachgebiet Vorbeugender Brandschutz und zentrale Aufgaben, ein Sachgebiet Feuerwehr, Rettungsdienst, Krisenmanagement sowie ein temporäres Sachgebiet Pandemiebewältigung. Im Bereich Pandemiebewältigung werden alle Aufgaben koordiniert, die als übergeordneter Teil der Krisenbewältigung erforderlich sind. So kann das Gesundheitsamt sich auf die medizinischen Kernaufgaben konzentrieren.

## Die Zukunft sicher im Blick

Vor der Lage zu sein, Probleme und Herausforderungen vorherzusehen und sich vorzubereiten, ist eine Schlüsselqualifikation in der Corona-Lage. Gerade die Vorbereitung auf Krisen und das rasche Reagieren auf alle nur denkbaren Lagen ist eine Stärke im Bereich der Ausbildung von Feuerwehrbeamten. Die Einbindung von Verwaltungsbeamten, die ehrenamtlich in Hilfsorganisationen



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

oder der Freiwilligen Feuerwehr tätig sind, erweist sich darüber hinaus, aufgrund deren zusätzlicher Kenntnisse, ebenfalls als förderliche Maßnahme. Die Änderung der Struktur in der Lage war ein mutiger Schritt, birgt sich doch die Gefahr von systemischen Fehlern, die bei Änderungen auftreten können. Im konkreten Fall hat sich dieser Schritt als richtig und vor allem als sehr förderlich herausgestellt. Anpassungsfähigkeit ist eine Schlüsselqualifikation in der Krisenbewältigung. Die neu geschaffene Struktur soll künftig das Landratsamt in seinen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung deutlich stärken. Noch während der Bewältigung der Corona-Lage wurden Hilfeinsätze der Organisationen im Bevölkerungsschutz bei Unwettern in benachbarten Landkreisen und im Ahrtal koordiniert.

Eine rasche Umsetzung des Sirenenförderprogramms gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ist derzeit eine weitere Herausforderung für das Amt. Die Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg erfordert eine Ausweitung der Fähigkeiten der Landratsämter als Katastrophenschutzbehörden. Einerseits direkt in den zuständigen Ämtern und Sachgebieten sowie in der gesamten Aufstellung der Behörde und ihrer Handlungs- und Anpassungsfähigkeit und in den Bereichen Bevölkerungswarnung und -information.

---

Stefan Hermann ist Kreisbrandmeister und Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz im Landratsamt Zollernalbkreis.

# Chancen in der Krise – Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Beratungsstrukturen in den Pflegestützpunkten

Von Julia Lins, Stuttgart

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie betreffen uns alle. Besonders schwerwiegend sind diese aber natürlich in einem Kontext, in dem Hilfesuchende auf den persönlichen Kontakt setzen.

Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Beratungsstrukturen bei den Pflegestützpunkten einschätzen zu können, wurde bereits Ende April 2020 von der Geschäftsstelle der Pflegestützpunkte Baden-Württemberg eine schriftliche Befragung durchgeführt. Ziel sollte sein, festzustellen, welche Veränderungen in den Strukturen in der Organisation sowie im Beratungsprozess stattgefunden haben. Außerdem sollte betrachtet werden, welche Chancen die Pflegestützpunktmitarbeitenden in der Krise sehen und was auch für die Zukunft erhalten bleiben soll. Damals nahmen bereits 11 Pflegestützpunkte an der Umfrage teil.

Ein Jahr später, im Mai 2021, wurde eine erneute Befragung gestartet, um zu erfahren, ob es zu einer Verfestigung der Veränderungen gekommen ist: Welche Alternativen zu der persönlichen Beratung wurden geschaffen und wie wurden diese von den Kunden (den Pflegebedürftigen und den Angehörigen) angenommen? Dieses Jahr nahmen fast die Hälfte – 19 der 44 Pflegestützpunkte – an der freiwilligen Umfrage teil.

Neben den coronabedingten Änderungen im Ablauf der Beratung (Klärung Personenzahl bei Terminen, feste Terminvergaben, Abfragen zu Test- und Impfstatus) und dem erhöhten Organisationsaufwand (Anpassungen CoronaVO) kam es auch zu vermehrten Kontaktaufnahmen über das Telefon oder per E-Mail. Teilweise wurde auch eine längere Be-

gleitung notwendig, da es sich durch die Umstände um komplexere Problem-situationen handelte. Neben ungeeigneten Formen der Beratung (z.B. telefonische Beratung bei Schwerhörigkeit) und generellen Überforderungssituationen in der Häuslichkeit durch geringere Angebote von Unterstützungsmöglichkeiten wurden bei den Pflegestützpunkten auch vermehrt psychosoziale Probleme sowie Schwierigkeiten und Sorgen bei Krankenhausaufenthalten, Rehas und Kurzzeitpflegen wahrgenommen.


Auch der kollegiale Austausch änderte sich in Form von reduziertem Kontakt und vermehrt digitalen Kommunikationswegen. Daneben wurde auch die Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit ausschließlich über digitale Wege bestritten. Hierbei zeigten sich Vorteile bei bereits gut etablierten Netzwerken, die teilweise auch neue digitale Dialog-Formate gründeten. Die Zusammenkunft bestimmter Gruppen kann durch die Nutzung digitaler Formate deutlich erleichtert werden und so die Netzwerkarbeit verbessern.

Zudem wurde die Zeit genutzt, um Kommunikationsmittel wie die Homepage, Flyer, Erklärvideos etc. zu er- bzw. überarbeiten sowie teilweise auch neue Beratungs- und Informationsmöglichkeiten


(Videokonferenz, Online-Vorträge) zu erproben. Bei den neu entstandenen Online-Vorträgen gab es viel positive Rückmeldung von pflegenden Angehörigen, welche durch das neue Format z.B. keine Betreuungskraft für den Pflegebedürftigen benötigten oder es zeitlich besser in ihren Alltag integrieren konnten. Allerdings gibt es hier durchaus Unterschiede bei der technischen Ausstattung der Pflegestützpunkte. Dabei kommen diese neuen Beratungsmöglichkeiten sehr gut bei den Hilfesuchenden an und können bei guter Ausstattung der Beratenden auch gut umgesetzt werden. Von Onlineberatungen profitieren nicht nur Personen mit eingeschränkter Mobilität, sondern auch Angehörige, die räumlich weiter entfernt wohnen und so dennoch bei der Beratung teilnehmen können.

Einzig bei Erstberatungen oder älteren Ratsuchenden sind diese Formen der Beratung nur bedingt geeignet. Hier gilt: Eine persönliche Beratung bei älteren Menschen oder komplexeren Beratungsinhalten ist unumgänglich!

Aber auch besondere Erlebnisse und Erfahrungen sind bei den Pflegestützpunkten während der Corona-Pandemie hängen geblieben. So wurde der interne Zusammenhalt im Team, auch bei der



„Trotz Kontaktbeschränkungen sind wir individuell auf Bedarfslagen eingegangen. Wir haben niemanden weggeschickt, haben neue Wege gefunden, haben zum Teil draußen vor der Tür Gespräche mit Abstand geführt.“



„Eine persönliche Beratung ist bei älteren Menschen oder komplexeren Beratungsinhalten unumgänglich!“



Aufnahme von neuen Teammitgliedern während der Corona-Pandemie, sehr wertgeschätzt. Und auch die Dankbarkeit der Ratsuchenden für die Aufrechterhaltung des persönlichen Beratungsangebots wurde hervorgehoben. Den großen individuellen Einsatz der Pflegestützpunktmitarbeitenden für die Pflegebedürftigen und deren Angehörige während der herausfordernden Corona-Pandemie würdigten auch Herr Magnus Klein (Landkreistag) und Frau

Karin Gaiser (AOK) – die beiden Vorsitzenden der Kommission der Pflegestützpunkte – am diesjährigen Fachtag der Pflegestützpunkte. Dort wurden in einem Impuls der Kommission neben relevanten Gesetzesänderungen und aktuellen Projektständen auch die Ergebnisse aus der Umfrage zur Corona-Pandemie aufgegriffen. Auch auf dem diesjährigen Fachtag wurden die Auswirkungen der Corona-Pandemie sichtbar. Er fand erstmalig

als hybride Veranstaltung statt, bei dem ein Teil der Referenten in Präsenz teilnahmen, die Pflegestützpunktmitarbeitenden jedoch digital zugeschaltet werden mussten. Trotz des neuen Formats konnten wertvolle Impulse durch externe Referenten zu den Themen „Präventive Beratung“, „Stress- und Resilienzfaktoren“ sowie „Beratungsstrukturen stärken“ gegeben werden. In mehreren Gruppenarbeitsphasen wurde ein Austausch zwischen den Pflegestützpunktmitarbeitenden ermöglicht.

Doch die Erkenntnis der Umfrage gilt auch für den Fachtag: Den persönlichen Austausch können digitale Formate nicht ganz ersetzen.

---

Julia Lins leitet die Geschäftsstelle der Pflegestützpunkte Baden-Württemberg. Die Geschäftsstelle unterstützt in erster Linie die Kommission Pflegestützpunkte. Zudem ist sie Ansprechpartner für die Mitarbeitenden der Pflegestützpunkte, der Kranken- und Pflegekassen sowie der Stadt- und Landkreise in Vertrags-, Dokumentations-, und Abrechnungsfragen.

# Bessere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets – Mehr Kinder und Jugendliche sollen Anspruch auf Bildung und Teilhabe einlösen können

Von Dr. Michael Wolff, Stuttgart



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Informationslücken und Bürokratieaufwand sind zwei Hauptgründe dafür, warum Kinder und Jugendliche, die einen Anspruch auf „Bedarfe für Bildung und Teilhabe“ haben, diesen nicht einlösen (gemäß § 28 SGB II und vergleichbar in anderen Rechtskreisen). Das ist das Ergebnis einer Befragung der baden-württembergischen Stadt- und Landkreise, die das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg zusammen mit anderen Ressorts der Landesregierung und zusammen mit den Kommunalen Landesverbänden im Jahr 2021 durchgeführt hat. Die Befragung und Analyse fand im Rahmen der Landesstrategie „Starke Kinder – chancenreich“ 2020/21 ([www.starkekinder-bw.de](http://www.starkekinder-bw.de)) statt.

## Das Bildungs- und Teilhabepaket

Ziel des so genannten Bildungs- und Teilhabepakets, das vom Bundesgesetzgeber zum 1. Januar 2011 eingeführt wurde, ist die Absicherung des soziokulturellen Existenzminimums von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Haushalten leben, in denen Leistungen

nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II oder SGB XII), Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), Kinderzuschlag (gemäß § 6a Bundeskindergeldgesetz – BKGG) oder Wohngeld (gemäß Wohngeldgesetz – WoGG) bezogen werden oder ein knapp darüber liegendes Einkommen vorhanden ist.

Der Bund will vor allem die Möglichkeit zur Teilhabe an Bildungsangeboten in der Schule fördern. Aber auch außerschulische Freizeitaktivitäten sind Teil des Pakets, um die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Insgesamt stehen sechs verschiedene Leistungen zur Verfügung: die Lernförderung, die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, die Schülerbeförderung, die Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung, (Schul-) Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten, sowie die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (so genannte Teilhabeleistung).

## Informationslücken und Bürokratieaufwand stellen Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums in Frage

Den Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, der sich aus einem der oben genannten Rechtskreise ergibt, müssen die Eltern bei der zuständigen Behörde geltend machen. Für jeden Rechtskreis ist dabei in der Regel eine andere Behörde zuständig, was für die Eltern zu einer bürokratischen Hürde werden kann. Für die einzelnen Leistungen müssen auch unterschiedliche Vo-

raussetzungen erfüllt und spezifische Nachweise seitens der Eltern erbracht werden, was die Antragstellung noch weiter erschwert. Hier zeigen sich Problemquellen und Barrieren, die die Beantragung und Gewährung der Leistungen erschweren, sowohl für die Leistungsberechtigten als auch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Behörden. Dies kann dazu führen, dass Leistungen gar nicht beantragt werden, weil Einzelleistungen und Antragswege nicht bekannt sind (Informationslücken) oder Aufwand und Nutzen in der persönlichen Einschätzung der Leistungsberechtigten nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen (Bürokratieaufwand).

Von den befragten Stadt- und Landkreisen werden auch Sprachdefizite der Leistungsberechtigten als zugangsbegrenzend und erschwerend angegeben. Gerade bei den Leistungsberechtigten, die aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes einen Anspruch auf Bedarfe für Bildung und Teilhabe erwirken, können fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache bzw. schwer verständliche Amtssprache Hürden darstellen.

Die Abbildung auf der nächsten Seite oben zeigt den Stellenwert einzelner Hürden und Probleme aus Sicht der befragten Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg.

Diese Hürden, die sich in der Befragung der Stadt- und Landkreise herauskristallisiert haben, begleiten die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets schon seit seiner Einführung. Daran haben auch die Neuregelungen durch das „Starke-Familien-Gesetz“ des Bundes vom 29. April 2019 (BGBl I S. 530), das zum





**Stellenwert von Hürden und Probleme bei der Inanspruchnahme**

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

1. August 2019 in Kraft getreten ist, und weitere ältere Reformbemühungen wenig geändert.

Die zusätzlichen Leistungen für Bildung und Teilhabe sollen den spezifischen Bedarf der Kinder einlösen, den sie für eine gute Entwicklung benötigen. Wenn die Geltendmachung des Bedarfs aber an Informationsdefiziten und bürokratischen Hürden scheitert, stellt das die Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums in Frage.

**Lösungsansätze aus Sicht der Stadt- und Landkreise**

Damit dies nicht geschieht, schlagen die befragten Stadt- und Landkreise als Lösung eine zentrale Antrags- und Bearbeitungsstelle und ein weniger kompliziertes Antrags- und Auszahlungsverfahren vor. Damit sollen mehr Menschen die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets in Anspruch nehmen. Außerdem wäre für die Antragsstellenden und Antragsbearbeitenden ein verringerter

bürokratischer Aufwand entlastend, was zum Beispiel durch den Verzicht auf Rückforderungen möglich wäre. Die Befragten befürworten zudem eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit von verschiedenen Institutionen und Einrichtungen. So könnte beispielsweise ein Hinweis in allen Sozialleistungsbescheiden gegeben werden. Auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Verwaltungen und den Schulen bzw. Kitas wäre für die Bekanntheit des Bildungs- und Teilhabepakets förderlich. Diese Orte könnten genutzt werden, um Familien über die Leistungen zu informieren und aufzuklären. Ebenso kann eine Klärung von unbestimmten Rechtsbegriffen dazu beitragen, dass Unklarheiten vermieden werden und die Antragsbearbeitung beschleunigt wird. Der Verzicht auf Gutscheine und auf Zahlungen an Dritte würde helfen, die Stigmatisierungsgefahr von Kindern und Jugendlichen zu reduzieren. Alle Ergebnisse der Befragung und die Lösungsansätze aus den befragten Kreisen können beim Autor angefordert werden.

**Es besteht weiterhin Reformbedarf**

Der Bundesgesetzgeber muss tätig werden, damit ein Teil der vorgeschlagenen Lösungen der befragten Stadt- und Landkreise greifen kann.

Es ist gut möglich, dass die Einführung einer Kindergrundsicherung in das Aufgabenpaket einer neuen Bundesregierung einfließt. Es ist derzeit ungewiss, ob und inwieweit das Bildungs- und Teilhabepaket weiterhin bestehen bleibt.

Auf jeden Fall ist es hilfreich, die Erfahrungen der Kommunen aus der



Dr. Michael Wolff

Quelle: Privat

bisherigen Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zu dokumentieren, Lösungsansätze für eine bessere Umsetzung zu identifizieren und so die Ergebnisse für zukünftige Vorhaben zur Stärkung von Bildungs- und Teilhabechancen armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher fruchtbar zu machen.

Dr. Michael Wolff (Doctor of Philosophy, Diplom-Soziologe und Sozialwirt M.A.) ist Referent im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Er bearbeitet im Referat „Sozialhilfe, Eingliederungshilfe“ schwerpunktmäßig die Themen Armutsbekämpfung und -prävention und koordiniert die zweijährige Strategie „Starke Kinder – chancenreich“ 2020/21 zur Verbesserung der Teilhabechancen von armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen ([www.starkekinder-bw.de](http://www.starkekinder-bw.de)). Kontakt: [Armutspraevention@sm.bwl.de](mailto:Armutspraevention@sm.bwl.de)

# Technische Verwaltung

Von Nicole Gutknecht, Stuttgart

## Insgesamt 198 Absolventinnen und Absolventen im Vermessungswesen in 2021

Ein Blick in die vergangenen Monate lässt es bereits erahnen: Die Absolventinnen und Absolventen in den verschiedenen Bereichen des Vermessungswesens 2021 hatten gewiss keine einfachen „Lehrjahre“. Die Ausbildungen waren – wie so viele Bereiche unseres Lebens – stark geprägt durch die pandemische Lage.

Auch blieb es dem Landkreistag verwehrt, die Glückwünsche stellvertretend für die Landkreise in Baden-Württemberg den jeweiligen Absolventinnen und Absolventen persönlich zu überbringen. Stattdessen gingen diese den „zukünftigen Pionieren“ des Vermessungswesens postalisch zu. *„Schwierige Zeiten lassen uns Entschlossenheit und innere Stärke entwickeln.“* – mit diesen Worten des Dalai-Lama würdigte man dabei die Willensstärke und Entschlossenheit der Absolventinnen und Absolventen, welche diese in dieser herausfordernden Zeit an den Tag gelegt haben.

Insgesamt ist die Zahl der Absolventinnen und Absolventen 2021 auch in

Hinblick auf die allgemein schwierige Lage, geeignete Nachwuchskräfte zu gewinnen, jedenfalls und gerade auch wegen der besonders herausfordernden Pandemiezeit durchaus begrüßenswert.

In 2021 haben 143 Auszubildende im Ausbildungsberuf „Vermessungstechnik“ die Abschlussprüfung erfolgreich absolviert. Weiterhin haben die Staatsprüfung für den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst 20 Absolventinnen und Absolventen gemeistert. Und auch 15 Geomatikerinnen und Geomatiker durfte man 2021 gratulieren.

Den 20 Absolventinnen und Absolventen der Staatsprüfung für den gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst durften im September 2021 in den Räumlichkeiten des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) unter Einhaltung der Corona-Regelungen die Glückwünsche endlich wieder persönlich ausgesprochen werden. Dabei war es dem Landkreistag ein besonderes Anliegen, hervorzuheben, welche wichtige Rolle die anwesenden Absolventinnen und Absolventen auch in Zukunft einnehmen. Denn um das Vermessungswesen der Zukunft zu gestalten, bedarf

es vor allem qualifiziertem Personal. Daher setzt sich die Geschäftsstelle auch dafür ein, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Mit den besten Wünschen und den nachfolgenden Worten wurden die 20 Absolventinnen und Absolventen seitens des Landkreistages, vertreten durch Frau Nicole Gutknecht, Referentin für Ordnung, Gesundheit und Strukturpolitik, in Ihr künftiges Berufsleben entlassen: „Ich wünsche Ihnen, dass Sie mit derselben Willensstärke und Entschlossenheit, die Sie bisher an den Tag gelegt haben, Ihren Berufsweg weitergehen. Mögen Sie Ihre kommenden Aufgaben lieben und die spannenden Berufsbilder im Vermessungswesen nicht nur erleben, sondern auch beleben. Seien Sie stolz auf sich und geben Sie Ihrer Profession ein junges und motiviertes Gesicht.“

### Hintergrundinformation:

Das LGL ist die zuständige Stelle für die Ausbildungsberufe Geoinformationstechnologie und übernimmt damit Aufgaben und Zuständigkeiten, die sich mit den „Kammern“ der gewerblichen Wirtschaft vergleichen lassen. Demnach überwacht das LGL unter anderem, ob Betriebe und Ausbilder geeignet sind, genehmigt Anträge zu verkürzten oder verlängerten Ausbildungszeiten, trägt die Berufsausbildungsverträge ein, stellt Prüfungskommissionen zusammen, organisiert die Zwischen- und Abschlussprüfungen und vieles mehr.

Weitere Informationen zu den Ausbildungen im Vermessungswesen finden Sie unter [www.lgl-bw.de](http://www.lgl-bw.de).



Die 20 Absolventinnen und Absolventen der Staatsprüfung für den gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst

Quelle: Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg

Nicole Gutknecht ist Referentin für Ordnung, Gesundheit und Strukturpolitik beim Landkreistag Baden-Württemberg.

# INDILAKO zur Ausstattung von Schulen mit mobilen Endgeräten nach 9 Monaten erfolgreich abgeschlossen

Von Stefan Keller, Landkreis Karlsruhe

Der Digitale Ausbau der Schulen hat durch die Maßnahmen zu Corona-Pandemie-Bekämpfung nicht nur an Fahrt aufgenommen, sondern auch neue Schwerpunktsetzungen erfahren. Mit der ersten Schulschließung war es plötzlich notwendig, online-Unterricht anbieten zu können. Da abgesehen von der schulischen Infrastruktur längst nicht alle Schülerinnen und Schüler über geeignete Endgeräte zur Teilnahme an diesem „Distanzunterricht“ verfügten, hat das Land Baden-Württemberg mit einem Sofortausstattungsprogramm reagiert.

Ziel war es, damit Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten auszustatten, die ein solches aus pädagogischen Gründen benötigen und selbst nicht in der Lage sind, diese Anschaffung zu leisten. Die für die Schulträger bereitgestellten Mittel waren auskömmlich, um ca. 15–20 % der Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten auszu-

statten. Als Schulträger ergab sich daraus die Aufgabenstellung, große Mengen mobiler Endgeräte zu beschaffen, bedarfsgerecht zuzuteilen und diese in der Folge zu verwalten und zu administrieren.

Diese neue Aufgabenstellung für Schulträger endete nicht mit dem Sofortausstattungsprogramm. Das Programm warf die grundsätzliche Frage auf, ob Schülerinnen und Schüler künftig individuelle mobile Endgeräte für die Teilnahme am Schulunterricht benötigen. Die daraus resultierenden Aufgaben für Schulträger zu analysieren und ein strukturiertes Verfahren zu entwickeln führte zur Initiative für einen INDILAKO. INDILAKO steht für „Initiative Digitale Landkreiskonvois“. Zwischenzeitlich wurde diese neue, große Aufgabe für Schulträger auf durch das Administratorenprogramm und die Aufgabenübertragung zur Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer mit mobilen Endgeräten vom

Land auf die Träger weiter ausgebaut und untermauert.

Nach Initiierung durch den Landkreis Karlsruhe wurde gemeinsam mit den Landkreisen Göppingen, Konstanz, Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis, Ravensburg und Rhein-Neckar-Kreis der 12. INDILAKO unter dem Titel „INDILAKO mobile Endgeräte“ im Januar 2021 gestartet und am 28. September 2021 in einer Hybrid-Veranstaltung erfolgreich abgeschlossen.

Das Ziel dieses Konzepts ist es, Landkreisen eine adaptierbare Vorgehensbeschreibung für den Verleih und die Administration von mobilen Endgeräten sowie deren Einbettung in vorhandene Gerätelandschaften zur Verfügung zu stellen. Das Konzept soll dabei auf die spezifischen Rahmenbedingungen in den Landkreisen anpassbar sein.

Zudem soll es sowohl die Ausstattung der landkreiseigenen Schulen berücksichtigen als auch für Unterstützungsleistungen für weitere Schulträger (kreisangehörige Städte und Gemeinden, freie Schulträger) durch den Landkreis offen sein. Das Konzept ist daher als eine Art „Büfett“ verschiedener Möglichkeiten zu verstehen, aus dem sich jeder Schulträger Ideen für eine individuelle Lösung zusammenstellen kann.

Im Mittelpunkt steht hierbei der Ansatz des Verleihs von mobilen Endgeräten an die Schülerinnen und Schüler durch die Schulträger. Gleichsam werden im Rahmen des Konzepts eine Integration, ein Übergang oder ein Zusammenwirken mit anderen Varianten der Ausstattung mit mobilen Endgeräten berücksichtigt. Dazu zählen der Verleih von Endgeräten durch die Schulen oder die Beschaffung von Endgeräten durch die Erzie-



Per Wiegand (PD) und David Hellwig (PD) übergeben symbolisch das Konzept an die INDILAKO-Teilnehmer (vertreten durch den Leiter des Amtes für Schulen und Kultur des LRA Karlsruhe, Stefan Keller).

Im Bildhintergrund: Teilnehmer der hybriden Abschlussveranstaltung in Präsenz und online.

Quelle: Abdalhak

hungsberechtigten beziehungsweise die Schülerinnen und Schüler selbst im Rahmen von Konzepten wie Bring Your Own Device (BYOD) oder Get Your Own Device (GYOD).

Der Aufbau des Konzepts folgt dabei – nach Festlegung und Erläuterung übergreifender Aspekte – einem Prozessschema: von der Bekanntmachung bis hin zur Ausgliederung eines Endgerätes aus dem Verleih.

Das Konzept enthält Vorlagen und Muster für Verträge sowie die Beschreibung

einer verwendeten Onlineportal-Lösung für die Anmeldung, die in den Landkreisen verwendet wurden. Das Konzept erhebt keinen Anspruch darauf, eine abschließende Lösung anzubieten. Die Zusammenarbeit im INDILAKO hatte vorrangig das Ziel, einen Austausch zwischen den beteiligten Landkreisen zu ermöglichen, unterschiedliche Lösungen zu diskutieren und neue Impulse aufzunehmen.

Begleitet und moderiert wurde der INDILAKO durch die Firma PD – Berater

der öffentlichen Hand GmbH mit Firmensitz in Berlin. Im Ergebnis wurde ein Konzept zum Verleih mobiler Endgeräte durch Schulträger erarbeitet, das durch Abruf bei der Geschäftsstelle des Landkreistages Baden-Württemberg kostenlos zur Verfügung gestellt werden kann.

Stefan Keller ist Leiter des Amtes für Schulen und Kultur im Landratsamt Karlsruhe.

## Die kommunale Schuldnerberatung in Baden-Württemberg

Von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Schuldnerberatung

### Ein Anstoß und ein Wunsch mit Langzeitwirkung

Als der Landkreistag am 31. Oktober 1985 zu einer Informationsveranstaltung zur Schuldnerberatung eingeladen hat, war das Phänomen der Überschuldung zwar schon bekannt, aber von einem flächendeckenden Hilfesystem der Schuldnerberatung war man noch weit entfernt.

Bild Dokumentation einfügen

Nur in wenigen Landkreisen gab es damals eine spezialisierte Fachkraft für Schuldnerberatung, in den meisten Sozialämtern wurde die Aufgabe nebenher von Sachbearbeitern der Sozialhilfe mit durchgeführt.

In Folge dieser Veranstaltung teilte der damalige Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, Dr. Kurt Gerhardt, in einer Presseerklärung vom 5. Dezember 1985 mit, „dass die Sozialämter der Kreise sich nach seiner Meinung verstärkt um die Sorgen privater Schuldner kümmern müssen.“

Damals konnte er sicher nicht ahnen, welche Wirkung seine Aussage kurzfristig und auf lange Sicht hin erzielen würde. Rückblickend ist das zu erkennen

### SCHULDNERBERATUNG

– Dokumentation einer Informationsveranstaltung des Landkreistags Baden-Württemberg zur Schuldnerberatung am 31. Oktober 1985 –

und

– Arbeitsmaterialien zur Schuldnerberatung –



Herausgegeben vom Landkreistag Baden-Württemberg

Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg





### Das Arbeitsfeld entwickelt und verändert sich

Zu Beginn waren die Themen der AG KSB BW ausgerichtet auf die Rechtsgrundlage der Schuldnerberatung, ein gemeinsames Selbstverständnis, die Arbeitsfeldbeschreibung, auf die Regulierung durch Umschuldung und mit Hilfe von Stiftungen oder ein Recht auf ein Girokonto.

Erst 1994 wurde dann im damaligen § 17 BSHG die Schuldnerberatung zum ersten Mal explizit erwähnt, als Hilfeangebot zur Vermeidung und Überwindung von Lebenslagen, in denen Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erforderlich oder zu erwarten sind.

Im Jahr 1999 trat das neue Verbraucherinsolvenzverfahren in Kraft und löste die alte Konkursordnung ab. Zum ersten Mal konnten auch Privatpersonen dieses Verfahren beantragen und es war vorgesehen, dass nach Abschluss des Insolvenzverfahrens und nach anschließendem Ablauf einer 7-jährigen Wohlverhaltensphase die sogenannte Restschuldbefreiung durch das Gericht erteilt werden konnte. Das bedeutet für viele Schuldner eine Perspektive, um die oft lebenslange Bürde einer Überschuldung durch einen „Schuldenschnitt“ zu überwinden.

Die Schuldnerberatung erhielt in dieser neuen Insolvenzordnung eine herausgehobene Aufgabe, nämlich den „außergerichtlichen Einigungsversuch“ mit den Gläubigern durchzuführen und eine „Bescheinigung“ darüber auszustellen, damit das Verfahren überhaupt beantragt werden konnte.

### Der Bedeutungswandel und Wandel im Selbstverständnis

Seitdem hat die Schuldnerberatung einen Bedeutungswandel erfahren, der sich sowohl auf das Selbstverständnis des Beratungsangebots als auch auf die Außenwirkung der Schuldnerberatung ausgewirkt hat.

Bis zur Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens war der Fokus der Beratung auf die finanzielle Haushaltsführung, auf die soziale Stabilisierung der Überschuldeten und auf einen erhofften Nachreifeprozess im Umgang mit wirtschaftlichen Dingen gerichtet. Nach diesem Zeitpunkt rückte sowohl für die Ratsuchenden als auch für die Beratungsstellen die Überleitung in das Insolvenzverfahren mehr in den Mittelpunkt.

### Die Besonderheiten der kommunalen Schuldnerberatung

Trotz dieses Wandels hat die starke Angliederung der Schuldnerberatung in Baden-Württemberg an die kommunalen Träger eine Besonderheit hervorgerufen. In keinem anderen Bundesland werden mehr außergerichtliche Einigungen erzielt als in Baden-Württemberg und nur hier wird offenbar die Möglichkeit einer gerichtlichen Zustimmungsetzung genutzt, einer Zwischenstufe mit Hilfe des Insolvenzrichters, bevor das eigentliche Insolvenzverfahren eröffnet wird.

Das hängt nachweislich mit der kommunalen Struktur zusammen, da die Beratungsstellen nicht von einer Fallfinanzierung wie z. B. in anderen Bundesländern abhängen und sich daher auf Lösungen konzentrieren können, die vor allem dem Schuldnerhaushalt nützlich sind und nicht zuerst der Stellenfinanzierung dienen.

Ganz nebenbei nützt dieser Umstand auch der Gläubigerbefriedigung. Außergerichtlich können Regulierungsquoten von 15 % oder mehr auf die Restschuldbefreiung angeboten werden, im Insolvenzverfahren können die Gläubiger im Schnitt nur noch mit einer Regulierungsquote von 2 % rechnen. Das liegt daran, dass im Insolvenzverfahren Gerichtskosten entstehen, die dem Schuldner auferlegt werden, und diesen Betrag kann man den Gläubigern außergerichtlich anbieten. Zudem gibt es Stiftungen, die Beträge für eine außergerichtliche Regulierung zur Verfügung stellen, wie die Stiftung Familie in Not oder der Resozialisierungsfonds.

Obwohl das Arbeitsfeld sich stark verändert hat, ist das Grundprinzip der sozialen Schuldnerberatung erhalten geblieben. Auch das kann auf die kommunale Trägerschaft zurückgeführt werden, denn für eine Sozialberatung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und die nachhaltige Lösungswege sucht, benötigt man den Faktor Zeit. Und Zeit



Quelle: Stadt Pforzheim

hat man nur, wenn der Druck der Einzelfallfinanzierung wegfällt, wie das üblicherweise für die kommunale Schuldnerberatung zutrifft.

## Das Internet kommt und eine SCHLAUE Idee entsteht

In Bezug auf die EDV und das Internet hat sich seit Ende der 90er Jahre eine unglaubliche Veränderung ergeben. Sowohl die Ausstattung mit PC und spezialisierter Software haben die Arbeitsweise revolutioniert als auch der Zugang zum Internet und die Möglichkeit der Nachrichtenübermittlung durch E-Mail.



Quelle: Arbeitsgemeinschaft kommunale Schuldnerberatung

Da nicht alle Beratungsstellen auf dem gleichen technischen Stand waren, hat sich in der Arbeitsgemeinschaft die Idee eines Newsletters entwickelt, der ab dem Jahr 2000 für 13 Jahre jeden Monat erschien und alle kommunalen Schuldnerberatungsstellen mit Informationen, Urteilen und Materialien versorgte. Der Newsletter hatte den bezeichnenden Namen **SCHU**ldnerberatung **AktU**ell, abgekürzt Schlaue und er war ein wichtiges Mittel zur Kommunikation und Vernetzung.

Heute ist die Kommunikationsplattform „Comin“ vom Landkreistag an diese Stelle getreten, wo die AG KSB BW einen eigenen internen Bereich hat, in dem Diskussionen stattfinden sowie Informationen, Termine und Materialien bereitgestellt werden.

## Der Ansturm durch Hartz IV und die Zunahme der Fachkräfte

Im Jahr 2005 erfuhr die Schuldnerberatung durch die Einführung der sog. Hartz IV Gesetze eine erhebliche Weiterung. In § 16a SGB II wurde die Schuldnerberatung für alle Bezieher der Leistungen als kommunale Aufgabe definiert. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften für die Kernaufgabe der Schuldnerberatung hatten sich über Nacht ca. verdreifacht.

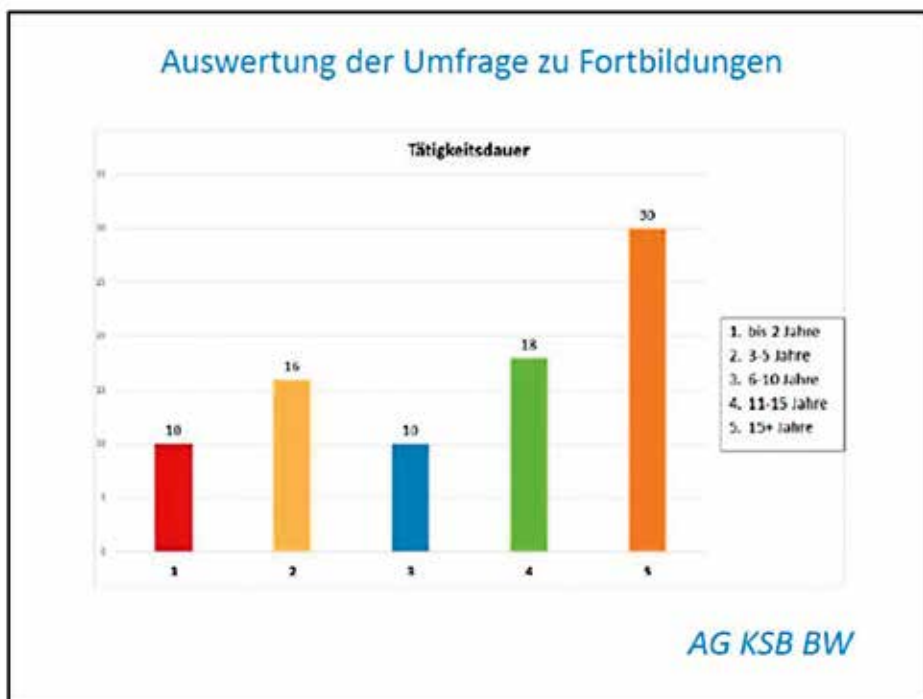
War die Nachfrage nach Schuldnerberatung schon vor dieser Reform sehr hoch, so sind die Schuldnerberatungsstellen spätestens jetzt förmlich überrannt worden mit Anfragen, die man nur noch mit langen Wartelisten auffangen konnte. Dass mittlerweile fast überall beim Personal nachjustiert wurde sieht man an der Tatsache, dass ca. 140 Schuldnerberatungsfachkräfte bei den Kommunen beschäftigt sind und dass im Gegensatz zu den Anfängen fast überall Teams mit mehreren Mitarbeitern aus interdisziplinären Studiengängen wie Soziale Arbeit, Verwaltung, Betriebswirtschaft oder Jura beschäftigt sind.

## Die Qualitätsstandards werden formuliert

Eine weitere Aufgabe erhielt die Schuldnerberatung nach der Reform des Kontopfändungsschutzes 2010. Von nun an war man auch vorgesehen, den Sockelfreibetrag, den die Bank monatlich vom gepfändeten Girokonto freigeben soll, auszurechnen und zu bescheinigen. Alle diese Veränderungen haben dazu geführt, dass 2014 die AG KSB BW das Arbeitspapier „Die kommunale Schuldnerberatung in Baden-Württemberg“ verabschiedete, das auch von den Sozialausschüssen des Landkreistags und Städtetags bestätigt wurde. Darin sind die veränderten Aufgaben beschrieben und die gemeinsamen Qualitätsstandards festgelegt, nach denen sich nun alle Beratungsstellen ausrichten wollen.

## Die weiteren Aufgaben der AG KSB BW

Regelmäßig sind bei den Arbeitstagen der AG KSB BW Gäste eingeladen, mit denen über das gemeinsame Arbeitsfeld diskutiert wird. So waren



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Schuldnerberatung

zuletzt der Leiter vom Inkassoservice der Bundesagentur für Arbeit in Recklinghausen, der Geschäftsführer von dem großen Inkassounternehmen Paigo, die Leiterin der Rechtsabteilung beim SWR in Stuttgart und der Leiter der Vollstreckungsabteilung vom Finanzamt Stuttgart zu Gast. Diese Netzwerkarbeit stellt eine wichtige Brücke dar zu der Gläubigerseite, um Schnittmengen der Zusammenarbeit festzustellen, die zu beiderseitigem Verständnis und zur Verbesserung der Arbeitsabläufe führen.

Die AG KSB BW kümmert sich regelmäßig auch um Fortbildungsangebote für die Fachkräfte. Da die Teilnahme an den organisierten Angeboten stark nachgelassen hatte, gab es im Jahr 2018 dazu eine Umfrage, um die Bedarfe besser einschätzen zu können.

In dieser Befragung mit einer sehr hohen Beteiligung zeichneten sich ein hoher Altersdurchschnitt und eine im Schnitt lange Zugehörigkeit zur Schuldnerberatung ab. Aber auch etwa ein Drittel der Befragten war kürzer als drei Jahre im Arbeitsfeld Schuldnerberatung tätig.

## Das „Forum junge Schuldnerberatung“ wird geboren

Aus der Erkenntnis dieser Schere entwickelte sich 2021 die Idee, für die Beratungskräfte mit erst kurzer Zugehörigkeit zur Schuldnerberatung ein spezielles Angebot zu schaffen, um den Wissenstransfer sicherzustellen von den erfahrenen Beratungskräften zu den Berufsanfängern im Arbeitsfeld.

So entstand das „Forum junge Schuldnerberatung“ (FJS), das in Form einer Videokonferenz alle zwei Monate an einem Vormittag stattfindet. Die jungen Fachkräfte können vorab ihre Fragen einbringen und erhalten dann von erfahrenen Schuldnerberatern eine Abhandlung zum Thema mit praxisnahen Fallbeispielen und Tipps aus der Beratungspraxis.

Ebenso werden im FJS die Strukturen der Vernetzung vorgestellt, um hier auch möglichst schnell Anbindung zu schaffen, die den Arbeitsalltag erleichtern soll. Das Forum soll Berufsanfängern die Möglichkeit bieten andere Kolleginnen und Kollegen, die sich in der gleichen Situation befinden, kennenzulernen. Ziel ist, dass durch die Initiative ein Netzwerk untereinander entsteht, welches jungen Beratungsfachkräften hilft schwierige Situationen im Berufsalltag zu meistern. Die Arbeitsgemeinschaft erhofft sich aufgrund des derzeitigen hohen Altersdurchschnitts der Beratungsfachkräfte und im Zeitalter vom Fachkräftemangel Berufsanfänger für das Arbeitsfeld Schuldnerberatung zu motivieren und langfristig zu gewinnen.

## Das FJS wird von der Pandemie beflügelt

Sicherlich hat die Veränderung durch die Pandemie diese Form der Zusammenkunft beflügelt. Hätte man hierfür eine Präsenzveranstaltung planen wollen, so wären von den Kosten über die Fahrtzeit bis hin zur Arbeitsbefreiung viele Hürden zu überwinden gewesen, die vermutlich dem Format entgegengewirkt hätten. So lassen sich offenbar das Bedürfnis und der dafür erforderliche Aufwand gut unter einen Hut bringen und die Veranstaltungen sind jeweils gut besucht und haben eine sehr positive Resonanz, wie die nachfolgenden Beiträge zeigen.

## Die Teilnehmer vom FJS kommen zu Wort

### Christine Greiner, LRA Reutlingen:

*Das Forum junge Schuldnerberatung hilft mir bei der Einarbeitung hier in der Schuldnerberatung. Es werden Fragen besprochen, die andere „Neue“ auch bewegen und Themen grundsätzlich bearbeitet (z.B. „Das Auto in der Insolvenz“). Man bekommt Einblick in die Arbeitsweise anderer Schuldnerberatungsstellen (Bsp.: Wie kann ich alle Gläubiger finden?). Durch*

*das Gespräch ergeben sich Fragen, auf die man so gar nicht gekommen wäre. Daher ist der persönliche Austausch (wenn auch nur online) sehr interessant.*

*Das FJS gibt mir viel fachlichen Input. Vom FJS erhoffe ich mir schneller umfassendes Wissen zu bekommen und mich schneller einarbeiten zu können. Auch meine Kolleginnen, die schon lange bei der Schuldnerberatung arbeiten, profitieren von unserem Format, indem ich ihnen von unseren besprochenen Themen berichte.*

### Petra Maurer, LRA Alb-Donau-Kreis:

*Das Forum junge Schuldnerberatung hilft mir das Ausbildungswissen in die Praxis umzusetzen, Erfahrungswerte anderer Anfänger und Fortgeschrittener mit meinem Wissensstand zu kombinieren. Das FJS gibt mir Selbstsicherheit im Handeln durch Vernetzung und Rückhalt in der „Peergroup“.*

*Vom FJS erhoffe ich mir mehr persönlichere Kontakte als durch die Fachtage.*

### Lena Eisele, LRA Göppingen:



Quelle:Privat

*Das Forum junge Schuldnerberatung hilft mir Problemfälle aus der Beratungspraxis anzusprechen und hierfür pragmatische Lösungswege präsentiert zu bekommen. Das FJS gibt mir viele praktische Tipps und konkrete Handlungsempfehlungen für meinen täglichen Arbeitsalltag als Schuldnerberaterin.*



Vom FJS erhoffe ich mir eine gute Vernetzung mit anderen kommunal tätigen Schuldnerberatern und Schuldnerberaterinnen zu erhalten.

## **Melissa Burgmaier, Stadt Ulm:**



Quelle: Privat

Das Forum junge Schuldnerberatung hilft mir mich in die komplexe und vielseitige Thematik der Schuldnerberatung einzuarbeiten und mir nach und nach eine Wissensdatenbank aufzubauen. Darüber hinaus hilft mir das FJS ein Netzwerk mit anderen neuen Schuldnerberaterinnen und Schuldnerberatern aufzubauen. Wenn man sich kennt, ist es leichter Fragen zu stellen, sich auszutauschen und vor allem Kontakt aufzunehmen.

Das FJS gibt mir Handlungssicherheit für meine tägliche Praxis. Die Mischung aus Theorie und Praxis verdeutlicht die Materie. Auch die Möglichkeit Fragen zu stellen und Themen einzubringen gefällt mir sehr.

Vom FJS erhoffe ich mir, dass es auf jeden Fall fortgeführt wird. Ich wünsche mir auch, dass das Format wie bisher beibehalten wird und freue mich auf den weiteren Austausch.

## **Kevin Ehnes, Stadt Backnang:**

Das Forum junge Schuldnerberatung hilft mir dabei im Alltag aufkommende Fragen mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen

zu diskutieren und ermöglicht es so, als junge Beratungskraft von Beginn an auch komplexe Fragestellungen im Sinne der Ratsuchenden zu lösen. Außerdem ermöglicht es regelmäßig einen Einblick in andere Arbeitsweisen und erweitert so den persönlichen Horizont.

Das FJS gibt mir das Gefühl, als Berufseinsteiger nicht alleine zu sein und ein starkes Netzwerk aus Kolleginnen und Kollegen an meiner Seite zu haben. Außerdem zeigt es mir, dass auch andere junge Beratungskräfte mit unterschiedlichem beruflichem Werdegang mit Begeisterung als Schuldnerberater/in tätig sind.

Vom FJS erhoffe ich mir auch in Zukunft weiterhin viel hilfreichen Input und eine beständige Möglichkeit des niedrigschwelligen Austauschs. Darüber hinaus erhoffe ich mir, dass das FJS das Gemeinschaftsgefühl stärkt und die Kontaktaufnahme auch außerhalb des Forums erleichtert.

## **Stefanie Schmidt, LRA Ortenaukreis:**

Das Forum junge Schuldnerberatung hilft mir beim Entstehen lassen und direkten Beantworten meiner Fragen.

Das FJS gibt mir eine Möglichkeit zum Austausch und zur Informationseinholung und verschiedene Sicht- u. Herangehensweisen.

Vom FJS erhoffe ich mir ein gemeinsames, vernetztes Wachsen.

## **Ayla Setzer, Rhein-Neckar-Kreis:**

Das Forum junge Schuldnerberatung hilft mir, meine Kenntnisse zu erweitern oder bislang unbekanntes Gebiet (Gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan von gestern) kennenzulernen.

Das FJS gibt mir eine Art Zusammenhalt und Teamangehörigkeit.

Vom FJS erhoffe ich mir viele weitere aufschlussreiche Meetings, bei denen wir unser Wissen und unsere Erfahrungen austauschen können.

## **Gabriele Brenner, LRA Ostalbkreis**

Das Forum junge Schuldnerberatung hilft mir mich in die einzelnen Themenbereiche



Quelle: Privat

unserer Arbeit als Schuldnerberaterinnen besser einzuarbeiten. Insbesondere vermittelt das FJS nicht nur theoretisches Wissen, sondern auch „wie“ verschiedene Sachverhalte angegangen werden können. Neben dem Input durch die Kolleginnen bei meiner Stelle und der anderweitigen Schulungen eine absolut bereichernde Ergänzung aus der Praxis.

Das FJS gibt mir die Möglichkeit mein bisheriges Wissen zu vertiefen und zu ergänzen und aus dem großen Erfahrungsschatz der Referentinnen und Referenten zu lernen. Neue Kolleginnen und Kollegen kennenzulernen, Kontakte knüpfen und das Netzwerk zu nutzen.

Vom FJS erhoffe ich mir mich regelmäßig weiterbilden zu können, Tipps im Umgang mit den Schuldnerinnen und Schuldnern und bei der Herangehensweise bei versch. Problemstellungen zu erhalten, pragmatische Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

## **Die Pandemie verändert die Sicht auf die Ursachen der Überschuldung**

Der erste Lockdown im März 2020 hatte zwar zur Folge, dass weniger Menschen in die Beratung gekommen sind, weil sie einfach Angst hatten und anderweitig beschäftigt waren. Das hat sich aber schnell ausgeglichen und war bald wieder auf dem Niveau vor der Pandemie.

Auch die befürchtete Insolvenzwelle ist ausgeblieben. Der Staat hat mit seinen umfangreichen Subventionen und Transferleistungen vieles abgedeckt. Zwar gab es einen Anstieg der Verbraucherinsolvenzverfahren in den ersten beiden Quartalen 2021, das lag aber am Rückstau der Fälle, die auf die im Oktober 2020 in Kraft getretene Verkürzung der Restschuldbefreiung von 6 auf 3 Jahre gewartet hatten und nicht an der Pandemie.

Verändert hat sich aber die Perspektive auf die Ursache von Überschuldung. Zum ersten Mal wurde deutlich, welchen großen Einfluss ein Ereignis haben kann, das auf gesellschaftlicher Ebene auftritt und alle gleichermaßen treffen kann. Die bisherige Sicht auf die Entstehung einer Überschuldung, die vor allem von individuellem Versagen gepaart mit kritischen Lebensereignissen wie Arbeitslosigkeit, Scheidung, Krankheit, Sucht etc. geprägt war und die sich auf die fragwürdige Erfassung vorselektierter Parameter einer Bundesstatistik zur Überschuldung stützte, ist in Frage gestellt und braucht eine Erweiterung. Die Risiken einer Konsumgesellschaft, die Verteilung von Vermögen, die Kreditvergabepraxis und eben Ereignisse wie eine Pandemie rücken in den Blick auf der Suche nach den Ursachen einer Überschuldung und werden einen anderen Stellenwert erhalten als bisher wahrgenommen.

## Ein Ausblick

Das Verbraucherinsolvenzverfahren hat in den vergangenen 20 Jahren etliche Reformen erlebt und jetzt dauert das gesamte Verfahren für Schuldner nur noch 3 Jahre. Obwohl deutschlandweit seit Einführung der Restschuldbefreiung bereits zwei Millionen Menschen dieses

Verfahren beantragt haben, stieg angeblich die Zahl der überschuldeten Menschen in diesem Zeitraum um eine Million Menschen weiter an. Gleichzeitig geht die Zahl der Insolvenzanträge seit etwa 10 Jahren kontinuierlich zurück, gleichauf mit den Vollstreckungsmaßnahmen, die ebenfalls kontinuierlich weniger werden.

All diese Faktoren sind wenig bis gar nicht untersucht und deuten darauf hin, dass es in diesem Arbeitsfeld weitere Veränderungen geben wird, die man jetzt noch nicht vorhersehen kann. Was aber in der Praxis sichtbar wird ist, dass es viele arme Ratsuchende gibt, die ihre Schulden nicht überwiegend durch Konsumverhalten oder Kredite erlangt haben, sondern hauptsächlich bei staatlichen Behörden überschuldet sind, z.B. durch Rückforderung von Sozialleistungen oder von Darlehen. Daher ist für die Zukunft eine Diskussion darüber wünschenswert, ob man alle Menschen in dauerhafter Armut durch ein Insolvenzverfahren führen muss, oder ob nicht andere Wege gefunden werden können, um Menschen in Armut einen Weg aus der ständigen Zwangsvollstreckung zu ermöglichen. Ein Verjährungsmodell war bei der Insolvenz-Reform 2014 bereits angedacht, war aber nicht mehrheitsfähig.

Ganz sicher ist, dass bei allem Wandel der Aufgaben und Veränderungen im Arbeitsprozess die Schuldnerberatung auch weiterhin gefragt sein wird und sich die Sozialämter auch weiterhin „um die Sorgen privater Schuldner kümmern müssen.“ Der Aufbau eines Hilfesystems für Überschuldete darf als gelungen angesehen werden, die kommunale Schuldnerberatung hat sich das „Soziale“ bewahrt und die AG kommunale Schuldnerberatung hilft durch ihr

Vernetzungsangebot, die Qualität dieses Hilfesystems zu sichern und fortlaufend zu verbessern.

---

Das Obteam der AG KSB BW

Bettina Swientek, Schuldnerberaterin,  
Dipl. Sozialpädagogin, Stadt Pforzheim



Quelle: Privat

Thomas Wagner, Schuldnerberater, Dipl.  
Sozialpädagoge, Landratsamt Ortenaukreis



Quelle: Privat

# Die Kreiskoordinationsstellen für die generalistische Pflegeausbildung stellen sich vor

Von Andreas Grau, Rems-Murr-Kreis

Seit Beginn des letzten Jahres wurde in der professionellen Pflege durch das vereinheitlichende Pflegeberufegesetz ein neues Kapitel aufgeschlagen. Dieses Gesetz regelt neben den beruflichen Rahmenbedingungen auch die Voraussetzungen für eine einheitliche pflegerische Grundausbildung – die generalistische Pflegeausbildung.

Die generalistische Pflegeausbildung ist ein Meilenstein in der Entwicklung eines modernen und kompetenten Pflegeberufes, indem sie zum ersten Mal die drei ehemals bekannten Ausbildungsberufe aus der Kinder-, Gesundheits- und Kranken- sowie Altenpflege standardisiert und nach Ausbildungsende eine Arbeit in jedem Versorgungsbereich ermöglicht. In der neuen Ausbildung muss nun jede/r Lernende/r fünf Pflichteinsatzbereiche durchlaufen: in der stationären Akutpflege, der stationären Langzeitpflege, der ambulanten Akut-/ Langzeitpflege, der pädiatrischen- und psychiatrischen Versorgung.

Die Ausbildung erfüllt nicht nur die verbindliche Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments, sondern ist hiermit durchaus dem demografischen Wandel gewachsen. Auf Basis dieser gesetzlichen Vorgabe ergeben sich ganz neue gesetzlichen Herausforderungen für alle pflegerischen Versorgungsbereiche und die dort beschäftigten Pflegefachkräfte. Unter Berücksichtigung der vorigen Erläuterungen und der Betrachtung eines Mangelberufs wirkt der Sachverhalt noch dramatischer.

Mit Arbeitsgruppe 1 „Ausbildungsoffensive Pflege“ der konzertierten Aktion Pflege<sup>1</sup> begann die noch geschäftsführende Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode, für bessere Ausbildungsbedingungen und mehr

Nachwuchs in der professionellen Pflege zu sorgen. Ziel war hierbei eine Steigerung der bisherigen Auszubildendenzahl um 10% im Bundesdurchschnitt gegenüber dem Referenzjahr 2019. Ein sehr ambitionierter Vorsatz. Verschiedene Verbände tragen dieses Ziel mit, signalisieren jedoch Bedenken, ob dies im eng gesteckten Zeitfenster bis 2023 erreicht werden kann. Der Druck gegenüber einer immer älter werdenden Gesellschaft wächst und wirkt sich neben den Ländern im speziellen auch auf deren Stadt- und Landkreise an der Basis aus.

Durch die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung förderte das Sozialministerium die freiwillige Schaffung von Kreiskoordinatoren für die Generalistik. Diese wiederum schaffen eine essenzielle Verbindung zwischen den öffentlichen und privaten Berufsfachschulen für Pflege und den Trägern der praktischen Ausbildung (TpA). Die jetzt bestehenden Koordinationsstellen treffen sich regelmäßig auf Landes-, Regierungsbezirks- sowie Landkreisebene mit den verschiedensten Ausbildungsakteuren und unterstützen bei komplexen Fragestellungen wie bspw. der optimalen Umsetzung der neuen gesetzlichen Bestimmungen. Zuletzt bieten sie für alle Pflegefachkräfte sowie deren Nachwuchs ein Sprachrohr und setzen seitens der Kreisverwaltung ein notwendiges Zeichen für die Wertschätzung und Anerkennung.

Mitte dieses Jahres führten die Koordinationsstellen über 9 Wochen eine Befragung durch, um den landesweiten Stand zur Umsetzung der generalistischen Ausbildung in Baden-Württemberg zu erheben. Von 36 befragten Stadt- und Landkreisen mit Koordinationsstellen nahmen 26 teil. Es wurden 5 Auswer-

tungsbereichen definiert, von denen hier auszugsweise Ergebnisse vorgestellt werden:

## Auswertungsbereiche

1. Allgemeines zu den Stadt- und Landkreisen
2. Situation der Praxiseinsatzstellen und Praxiskapazitäten
3. Allgemeines zur Koordinationsstelle

Im ersten Punkt überwiegen strukturell die in privater Trägerschaft stehenden Berufsfachschulen für Pflege den öffentlichen Berufsfachschulen. Beiden Sektoren gilt eine gleichsamer Aufmerksamkeit, da sie aufgrund der Gesetzesystematik eng mit der Praxis verflochten sind. Die jeweils zuständigen kontrollierenden Stellen auf Landesebene oder im Regierungsbezirk sind dabei ebenso zu berücksichtigen. Im Gesamtkontext wird die Vielzahl an Netzwerkpartnern deutlich, welche es gilt, bei der gesetzlichen Herausforderung aufeinander abzustimmen, ohne dadurch vorhandenes Personal in der Pflege zu verlieren.

Es gibt viel Potenzial in der theoretischen Ausbildung an den Berufsfachschulen, jedoch ist die Anzahl der beruflichen Ausbildungsplätze in den Versorgungsbetrieben deutlich geringer. Dies gilt besonders in den Bereichen der pädiatrischen, ambulanten und psychiatrischen Versorgung landesweit. Vor diesem Hintergrund wird die Erreichung des zuvor genannten Zieles aus der konzertierten Aktion Pflege erheblich erschwert.

Die Koordinationsstellen tragen zur Akquise von neuen Praxispartnern in den jeweiligen praktischen Engpassbereichen bei und dienen als neutrale Schnittstelle zwischen den beiden Bereichen. Der Erfolg der Umsetzung hängt

dabei maßgeblich davon ab, ob eine Stelle in Voll- oder Teilzeit sowie befristet oder unbefristet angestellt ist.

Die nachfolgenden Beiträge der einzelnen Stadt- und Landkreise präzisieren das breit gefächerte und anspruchsvolle

Tätigkeitsfeld, welches sich nach größtmöglicher Sorgfalt an den Bedarfen der Ausbildungsakteure in den jeweiligen Stadt- und Landkreisen orientiert und nur in gemeinsamer Zusammenarbeit gelingt.

<sup>1</sup> KAP Bundesregierung

---

Andreas Grau ist Koordinator für die generalistische Pflegeausbildung im Landratsamt Rems-Murr-Kreis.

## Koordinationsstellen Heidenheim

Von Diana Rau, Landkreis Heidenheim

Der Landkreis Heidenheim hat schon sehr früh die Komplexität der neuen generalistischen Pflegeausbildung und den damit verbundenen hohen Koordinierungsaufwand erkannt. Zur erfolgreichen Umsetzung des Pflegeberufgesetzes wurde daher zum 1. November 2019 eine unbefristete Vollzeitstelle zur Koordination der Pflegeausbildung geschaffen. Diana Rau aus Heidenheim hat diese Stelle angetreten und ist seitdem für die Organisation und Weiterentwicklung der neuen Pflegeausbildung zuständig.

Im Landkreis Heidenheim stehen pro Ausbildungsjahrgang 93 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Eine der zentralen Aufgaben von Diana Rau ist die Verteilung aller Auszubildenden auf die vorhandenen Einsatzstellen und die damit verbundene Erstellung der individuellen Einsatzpläne. Vor diesem Hintergrund haben sich zur dauerhaften Sicherstellung der Lernortkooperationen im Rahmen der Ausbildung zur Pflegefachfrau / zum Pflegefachmann die Pflegeschulen, die Träger der praktischen Ausbildung sowie der Landkreis Heidenheim zu einem Ausbildungsverbund zusammengeschlossen. Die Regelungen zur Zusammenarbeit der Kooperationspartner im

Ausbildungsverbund wurden gemeinsam in einem Kooperationsvertrag schriftlich fixiert. Ziel des Ausbildungsverbundes ist es, die Pflegeausbildung im Landkreis Heidenheim gemeinsam voranzubringen und gemäß den gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Kooperationspartner im Ausbildungsverbund sind die beiden Pflegeschulen des Landkreises, der Landkreis selbst sowie 50 Einrichtungen und Dienste aus den unterschiedlichen Versorgungsbereichen der Pflege.

Zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen aller Kooperationspartner im Ausbildungsverbund wurde zudem ein Verbundbeirat gebildet.

Der Verbundbeirat besteht aus Vertreter\*innen der Pflegeschulen, des Landkreises, der ambulanten Pflegedienste, der stationären Pflegeeinrichtungen und des Klinikums Heidenheim. Er entscheidet über die Aufnahme neuer Kooperationspartner in den Ausbildungsverbund und steht diesen beratend und unterstützend zur Seite. Er dient als Sprachrohr für die Pflegeausbildung im Landkreis Heidenheim und zählt damit auch eine regelmäßige Berichterstattung auf kommunalpolitischer Ebene zu seinen Aufgaben.

Nicht nur um die vorhandenen Ausbildungsstellen zu erhalten, sondern auch um zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, entwickelt, plant und setzt der Verbundbeirat Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung von Auszubildenden für die Pflegeausbildung um. Auch Lösungsstrategien zu bestehenden und zukünftigen Herausforderungen der Pflegeausbildung werden im Verbundbeirat erarbeitet.

Die Pflege ist ein spannendes Berufsfeld mit Zukunft. Gut ausgebildete Pflegefachkräfte werden mehr denn je gebraucht. Umso wichtiger ist es, dass vorhandene Kräfte gebündelt und die Pflegeausbildung gemeinsam von allen Akteur\*innen vorangebracht wird. Die Bildung eines Ausbildungsverbundes trägt maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung der Pflegeausbildung und einer Stärkung des Berufsbildes Pflegefachkraft bei. Gemeinsam für eine gute Pflegeausbildung im Landkreis Heidenheim.

---

Diana Rau ist als Koordinatorin Pflegeausbildung im Landratsamt Heidenheim tätig.



# Koordinationsstelle Stadtkreis Stuttgart

Von Rita Grigsby, Stuttgart

In der Landeshauptstadt Stuttgart ist die Koordinierungsstelle für die generalistische Pflegeausbildung seit dem 1. April 2021 zunächst befristet bis zum 31. Dezember 2021 besetzt. Die Stelle ist innerhalb des Sozialamtes in der Abteilung Sozialplanung, Sozialberichterstattung und Förderung angesiedelt.

In der Stadt Stuttgart wird die generalistische Pflegeausbildung an zehn Pflegeschulen mit unterschiedlicher Trägerschaft angeboten. Etwa 850 Auszubildende haben in den Jahren 2020 und 2021 die 3-jährige Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann begonnen.

Die Zahl beruht auf einer Datenabfrage der Koordinierungsstelle zu den angebotenen und besetzten Ausbildungsplätzen der Pflegeschulen in der Stadt Stuttgart aus dem Juni 2021. Die Erhebung und Akquise von Praxiseinsatzstellen in allen Versorgungsbereichen ist eine wichtige Aufgabe der Koordinierungsstelle.

In den Gesprächen mit potenziellen Kooperationspartnern, welche die praktische Ausbildung anbieten, wird ein hoher Informations- und Beratungsbedarf deutlich.

Die pandemische Situation, in der wir uns bis heute noch befinden, hat dazu beigetragen, dass Ausbildungsthemen in der Praxis in den Hintergrund getreten sind. Viele ambulante Pflegedienste berichten, dass ihre Kunden keine Praxisanleitung mit Auszubildenden bei den Besuchen wünschen. Die Angst vor Ansteckung ist groß. Pflegepersonal, welches bereit ist, zusätzliche Praxisanleitungsaufgaben wahrzunehmen und

sich dafür weiter bilden zu lassen, ist in der momentan belastenden Situation im Pflegebereich ebenfalls schwer zu finden. Dadurch fehlen nach wie vor Praxiseinsatzstellen für den praktischen Teil der Ausbildung.

Die meisten Beratungsgespräche der Koordinierungsstelle sowie Kontaktaufnahmen zu Trägern und Einrichtungen oder die Teilnahme an Arbeitsgruppen und Informationsveranstaltungen, konnte die meiste Zeit über nur telefonisch oder digital stattfinden. Durch die Pandemie war es nicht immer möglich, persönlich und vor Ort ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen.

Informations- und Beratungsinhalte sind häufig Informationen zum Ausbildungsverlauf sowie der Ausbildungsinhalte und dem Ausbildungsziel. Ebenso ist es wichtig, mögliche Lernsituationen in der Praxis zu erläutern, insbesondere im Pädiatrie-Einsatz, z.B. in Gesprächen mit Kindertagesstätten, die mit Auszubildenden aus dem Pflegebereich seither eher keine Erfahrungen gemacht haben. Informationen zu den Rahmenbedingungen, wie der Praxisanleitung und deren fachlichen Voraussetzungen, die Inhalte und Notwendigkeit einer Kooperationsvereinbarung sowie die Kosten bzw. die Finanzierung der Ausbildung runden die Beratung ab.

Weiterer Bestandteil der Tätigkeit als Koordinatorin für die generalistische Pflegeausbildung in Stuttgart ist die Netzwerkarbeit. Ein Runder Tisch zum Thema Pflegeausbildung trifft sich regelmäßig zum Austausch und zur gegenseitigen Information. Teilnehmer\*innen des Runden Tisches sind Schulleiter\*innen,

Praxisanleitungen und Träger der praktischen Ausbildung.

Sollten unvorhergesehene Kapazitäten für Praxiseinsätze in einer Einrichtung frei werden, kann man sich an die Koordinierungsstelle wenden. Sie unterstützt bei der Vermittlung, damit möglichst alle Plätze besetzt bleiben und keine verloren gehen.

Die Koordinierungsstelle ist behilflich, wenn sich eine Einrichtung dazu entschließt, Ausbildungsplätze anzubieten oder sich als Praxiseinsatzstelle anbieten möchte.

Wir freuen uns über jeden Platz der uns zur Verfügung gestellt wird. Die Teilnahme der Koordinationsstelle an Arbeitskreisen verschiedener Akteur\*innen, Gesprächsrunden in den einzelnen Bezirken oder wie zuletzt bei der kommunalen Pflegekonferenz in Stuttgart ist wichtiger Bestandteil der Aufgabe. Nicht nur für die Netzwerkarbeit, sondern auch zur inhaltlichen Ausgestaltung. Außerdem bieten Netzwerke eine wichtige Möglichkeit, die Aufmerksamkeit auf die generalistische Pflegeausbildung und deren Potenzial zu lenken. Die Einsatzmöglichkeiten einer Pflegefachfrau, eines Pflegefachmannes sind vielfältiger denn je, ebenso die Weiterbildungsmöglichkeiten. Es ist ein Beruf mit vielen Herausforderungen aber ebenso vielen Chancen, fachlich als auch persönlich.

---

Rita Grigsby ist Koordinatorin für die generalistische Pflegeausbildung der Stadt Stuttgart.

## Koordinationsstelle Rems-Murr-Kreis

Von Andreas Grau, Rems-Murr-Kreis

Die Koordinationsstelle im Rems-Murr-Kreis widmet sich seit dem 1. April 2020 dem komplexen Themenfeld der Generalistik. Durch eine bereits früh vor Ort initiierte Absichtserklärung von sieben angesiedelten Berufsfachschulen für Pflege, mit ihrer Kapazität von 245 möglichen Ausbildungsplätzen sowie dem Amt für Schulen, Bildung und Kultur des Landratsamtes ergaben sich gute Bedingungen für die neu geschaffene Stelle vor Ort. Der erste und essentielle Schritt war hierbei die Erstellung von gesetzlich vorgegebenen Formularen für die Praxis und Schulungen in der Anmeldepflicht

von TpA mit Ihren PraxisanleiterInnen (AusbilderInnen).

Gesetzkontrollierendes Organ ist das Regierungspräsidium in Stuttgart, welches bereits früh mit einem Registrierungsportal für die Kontrolle der Pflegeausbildung reagiert hat. Im Folgenden wird in Kürze auf beide Themengebiete eingegangen.

Nach § 3 Abs. 5 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Pflegeberufe sind die Berufsfachschulen für Pflege dazu angehalten, einen Ausbildungsnachweis auf Grundlage eines Musterentwurfs zu erstellen. Dieser ist als eine Art Berichts-

heft zu verstehen und muss durch die Auszubildenden selbstständig geführt werden.

Eine Vereinheitlichung und Digitalisierung dieses Dokuments wurde vor allem deshalb angestrebt, um den Praxisbetrieben die Nachweiskontrolle zu erleichtern und Arbeitszeit einzusparen. Das Digitalformat ist perfekt auf die neue Generation abgestimmt.

Nach § 18 PflBG ist der TpA dazu verpflichtet, alle praktischen Pflichteinsatzbereiche anbieten zu können und dies mit entsprechenden Verträgen sowie der Gewährleistung von mindestens 10 % Praxisanleitung sicherzustellen.

Hierzu muss er sich zunächst für die Ausbildung beim Regierungspräsidium in Stuttgart anmelden, sein für die Ausbildung zuständiges Personal jährlich wiederkehrend fortbilden und entsprechende personelle Kapazitäten für die Auszubildenden bereitstellen. Entsprechend stehen PraxisanleiterInnen in der Fortbildungspflicht und müssen dieser nachkommen. Durch die Gesetzesreform in der Pflege wurde insbesondere im Ausbildungssektor ein entscheidender Schritt Richtung Zukunft gegangen, bedingt aber auch eine zentrierte Auseinandersetzung. Die Koordinationsstelle unterstützt die Berufsfachschulen für Pflege, die Ausbildungsbetriebe sowie PraxisanleiterInnen ganz zentral bei Erfüllung ihrer Aufgaben.

---

Andreas Grau ist Koordinator für die generalistische Pflegeausbildung im Landratsamt Rems-Murr-Kreis.



Übergabe des Ausbildungsnachweises an Frau Oberstudiendirektorin Ingrid Klumpp von der Mara-Merian-Schule in Waiblingen

Quelle: Landratsamt Rems-Murr-Kreis

# Landkreis Esslingen – Auf dem Weg zur emissionsfreien Straßenmeisterei

Von Thomas Eisenmann, Landkreis Esslingen

Zum Erreichen der Klimaziele muss der Ausstoß von Treibhausgasen unter anderem im Verkehrssektor reduziert werden. Vor diesem Hintergrund besteht ein großer Handlungsdruck, auch bei schweren Fahrzeugen alternative Antriebstechnologien voranzutreiben. Gleichzeitig ist der Strukturwandel und eine erfolgreiche Ausrichtung auf Zukunftstechnologien eine der großen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Landkreis Esslingen. Die Kreisverwaltung hat sich deshalb auf den Weg gemacht, den Transformationsprozess aktiv zu gestalten und so die Voraussetzungen für regionale Wertschöpfung zu schaffen.

## Transformation aktiv gestalten und Dekarbonisierung vorantreiben

Grundlage dafür ist der „Zukunftsdialog Landkreis Esslingen“ aus dem Jahr 2017. Mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wurden Handlungsfelder in den Bereichen Infrastruktur, Fachkräftesicherung und Digitalisierung identifiziert und Empfehlungen für eine zukunftsweisende Ausrichtung ausgesprochen. Eine aktive Standortpolitik ist das Ziel.

Mit einem vom Bund geförderten kreisweiten Elektromobilitätskonzept, das im Herbst 2020 abgeschlossen wurde, ist bereits eine Maßnahme aus dem Zukunftsdialog umgesetzt worden. Als kreisweites Planwerk zeigt es die Potentiale in der Elektromobilität auf und soll zielgerichtete Investitionen befördern. Gleichzeitig schafft das Konzept eine wichtige Voraussetzung zur Reduzierung von Emissionen und stellt die Weichen für den Markthochlauf neuer Antriebstechnologien und die Mobilität der Zukunft. Neben einem Ladeinfrastruktur-

konzept für das gesamte Kreisgebiet war eine umfangreiche Analyse des Elektrifizierungspotentials im Fuhrpark des Landkreises das Kernstück der Studie. Der Fokus lag hier insbesondere auf Personenkraftwagen.

Weiter hat sich der Landkreis auf den Weg gemacht, auch bei Nutzfahrzeugen Emissionen sukzessive zu reduzieren. Im Fokus steht hier der Fuhrpark des Straßenbauamts für die Landkreise Esslingen und Göppingen. Schwere Nutzfahrzeuge der Straßenmeistereien gelten aufgrund eines hohen Energiebedarfs und der mit ihrem Betrieb verbundenen Schadstoffemissionen als eine besondere Herausforderung für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung.

Im Rahmen der Unterhaltung des Straßennetzes der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen kümmern sich die Straßenmeistereien in Deizisau, Kirchheim unter Teck und Geislingen an der Steige um insgesamt rund 1.150 Straßenkilometer in den Landkreisen Esslingen und Göppingen und teilweise im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Stuttgart. Das Einsatzgebiet umfasst das Neckartal und Teile der Schwäbischen Alb. Es ist durch eine anspruchsvolle Topografie gekennzeichnet.

## Auf dem Weg zur emissionsfreien Straßenmeisterei

Startschuss für eine emissionsfreie Straßenmeisterei war die Beschaffung eines vollelektrischen Pritschenlastkraftwagens mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 4,6 Tonnen für den Fuhrpark der Straßenmeistereien im Herbst 2020. Der Elektro-Lastkraftwagen wird seither in einer meistereiübergreifenden Kolonne zur Säuberung der Grünflächen entlang der Straßen eingesetzt. Die

Reichweite des Fahrzeugs liegt bei rund 200 Kilometern.

„Der rein batterieelektrische Antrieb ist wesentlich kostengünstiger und deutlich weniger aufwändig. Er eignet sich daher vor allem für Pkw sowie für leichtere Nutzfahrzeuge, die täglich nicht mehr als 300 Kilometer fahren. Elektromotoren haben einen sehr hohen Wirkungsgrad, bestehen aus weniger Teilen und sind daher günstiger und zuverlässiger. Sie werden deshalb eine zentrale Rolle bei der Dekarbonisierung im Verkehrssektor spielen“, sagt Bastian Beutel, der Geschäftsführer des Unternehmens Elektrofahrzeuge Stuttgart (EFA-S GmbH), dem Hersteller des batterieelektrischen Lastkraftwagens für die Straßenmeistereien.

Je nach Einsatzzweck stößt der rein batterieelektrische Antrieb bei Nutzfahrzeugen jedoch an seine Grenzen im Hinblick auf Reichweite und Robustheit, zum Beispiel bei der Frage der möglichen Anhängelasten. Dies gilt insbesondere für die Straßenmeistereien, in denen diesen Fahrzeugen häufig ein hoher Energieeinsatz abverlangt wird. Die beschafften E-Lkw sind also nicht für alle Einsatzzwecke im Straßenbetriebsdienst einsetzbar.

Gefragt war somit die Konzipierung eines Nutzfahrzeugs mit nachhaltigem Antriebsstrang für den täglichen Einsatz im Straßenbetriebsdienst mit einer Reichweite von mindestens 500 Kilometern und gleichzeitig einer Zuladung von 1,5 Tonnen bei einem zulässigen Gesamtgewicht von 4,6 Tonnen. Für diese Anforderungen erweist sich die Brennstoffzellentechnologie als aussichtsreiche Lösung, um CO<sub>2</sub>-Emissionen effizient reduzieren zu können. Die Ergänzung des Antriebsstrangs durch Brennstoffzelle und Wasserstofftanks



verhindert, dass das höhere Gewicht der Batterie die Nutzlast des Lkw zu stark einschränkt.

In der Frage der möglichen Marktanbieter mit Brennstoffzellen-Fahrzeugkonzepten zeigt sich ein sehr eingeschränktes Angebotsportfolio. Aus diesem Grund wurde mit Partnern aus der Wissenschaft und der regionalen Wirtschaft das Projekt „Emissionsfreie Straßenmeisterei (LKES<sup>2</sup>)“ ins Leben gerufen. Das Projekt ist Teil des Wettbewerbsbeitrags „H2Rivers – Wasserstoff an Rhein und Neckar“ und wurde im Rahmen des HyLand-Förderprogramms des Bundes als Gewinnerregion in der Kategorie „HyPerformer“ ausgewählt. Kern des Projekts ist die Neubeschaffung von zwei Brennstoffzellen-Nutzfahrzeugen, die ebenfalls von EFA-S, einem mittelständischen Unternehmen aus der Region Stuttgart, als Pilotfahrzeuge für den Landkreis aufgebaut werden. Die Fahrzeuge sollen später in Serienproduktion gehen.

## Lade- und Tankmöglichkeiten sicherstellen

Zentral für die betrieblichen Abläufe ist eine adäquate Infrastruktur. Neben einer erheblichen Reichweitenerhöhung und der Möglichkeit einer Zuladung bis 1,5 Tonnen können die Brennstoffzellen-Lkw mit dem eingebauten 700bar-Wasserstoffspeichersystem an öffentlichen H<sub>2</sub>-Tankstellen betankt werden. Die Nutzbarkeit dieser Tankstellen ist von zentraler Bedeutung für die betriebliche Praxis. Im Landkreis Esslingen befinden sich derzeit zwei solcher Tankstellen. Die zusätzlich erforderliche Aufladung der Batterie ist durch eine Wallbox auf dem Betriebshof sichergestellt.

## Förderung von Bund und Land

Der Landkreis Esslingen bringt gemeinsam mit dem Landkreis Göppingen, seinem Kooperationspartner im Bereich des Straßenbaus, für die Beschaffung dieser Fahrzeuge erhebliche Eigenmittel auf.



Der batterieelektrisch betriebene Lastkraftwagen, der im Herbst 2020 bei den Straßenmeistereien in Betrieb genommen wurde. Die Lastkraftwagen mit Brennstoffzellen-Antriebsstrang werden ebenso aussehen.

Quelle: Ludwig-Michael Cremer

Nicht zuletzt aufgrund der noch ausstehenden Skalierung sind die Kosten für die Brennstoffzellen-Lkw im Vergleich zu konventionellen Referenzfahrzeugen mit dem Faktor 5 zu beziffern. Der Bund fördert das Projekt im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur mit insgesamt 388.500 EUR. Weiter fördert das Land Baden-Württemberg die Fahrzeugbeschaffungen mit insgesamt 200.000 EUR im Zuge der Landesinitiative III Marktwachstum Elektromobilität BW. Nur aufgrund der umfangreichen Förderung ist ein solches Projekt für Kommunen unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten zu realisieren. Als Lieferzeitpunkt für das erste Brennstoffzellen-Fahrzeug ist der April 2022 avisiert, die Lieferung des zweiten Fahrzeugs soll etwa zwölf Monate später erfolgen. Bereits im ersten Halbjahr kommenden Jahres kann somit ein Brennstoffzellen-Lastkraftwagen in den Straßenmeistereien des Landkreises in Einsatz kommen. Die Straßenmeistereien erfüllen im Straßenbetriebsdienst

hoheitliche Aufgaben. Die Brennstoffzellenfahrzeuge werden deshalb zunächst als zusätzliche Fahrzeuge beschafft, um die gesetzliche Aufgabenerfüllung, wie zum Beispiel die Straßenunterhaltung, jederzeit sicherzustellen. Wenn sich die Fahrzeuge im Betrieb bewähren, können diese Beschaffungen konventioneller Dieselfahrzeuge ersetzen.

## Gute Marktchancen für Brennstoffzellen-Nutzfahrzeuge

Professor Ralf Wörner, Leiter des Instituts für nachhaltige Energietechnik und Mobilität an der Hochschule Esslingen, schreibt den Brennstoffzellen-Nutzfahrzeugen sehr gute Marktchancen zu. Sie könnten mittelfristig viele Fahrzeuge ersetzen, die häufig in kommunalen Bauhöfen und auch in Handwerksbetrieben eingesetzt werden. „Bedingt durch den enormen Marktanteil der leichten Nutzfahrzeuge im Verkehrssektor wird zeitgleich eine Möglichkeit für sämtliche weitere Flottenbetreiber im Transportsektor gegeben, auf emissionsfreie Antriebe umzustellen, ohne Kompromisse in Bezug auf Reichweite eingehen zu



müssen“. Auch die europäische Ebene spielt eine zentrale Rolle. „Ein wesentlicher Treiber beim Markthochlauf dieser Fahrzeuge dürfte hier die Clean Vehicles Directive der Europäischen Union sein, die verbindliche Beschaffungsquoten für emissionsarme und -freie Fahrzeuge auch im Nutzfahrzeugsegment vorschreibt. Für die Umstellung von Flottenfahrzeugen bestehen somit erhebliche Marktpotentiale für diesen Fahrzeugtyp“, sagt Wörner, der mit seinem Institut das Projekt wissenschaftlich begleitet und Expertise beim Aufbau der Fahrzeuge beisteuert.

Nach der Beschaffung des ersten emissionsfreien batterieelektrischen Lkw für den Fuhrpark der Straßenmeistereien in 2020 nimmt der Landkreis Esslingen mit diesem Projekt beim Einsatz des Brennstoffzellen-Antriebsstrangs bei Nutzfahrzeugen eine Vorreiterrolle ein.

### **Projekt zur Umrüstung eines Unimogs**

Die Beschaffung eines E-Lkws sowie zweier Brennstoffzellen-Lkw ist für die Landkreisverwaltung jedoch nicht das Ende der Geschichte auf dem Weg zur emissionsfreien Straßenmeisterei. Der Unimog ist als universeller Geräteträger das Standardfahrzeug für den Straßenbetriebsdienst. Gerade mit seinen zahl-

reichen Anbaugeräten kommt er in nahezu allen Bereichen im Winter- sowie im Sommerdienst zum Einsatz. Der Energieeinsatz und der Verbrauch von Dieselmotoren ist teils erheblich. Die Entwicklung eines emissionsarmen und zukunftsfähigen Unimogs auf Brennstoffzellen-Basis ist deshalb von großer Bedeutung für den Straßenbetriebsdienst. Der Landkreis Esslingen ist mit seinem Straßenbauamt deshalb assoziierter Partner in einem Projektkonsortium, das sich im Rahmen eines Verbundforschungsprojekts der Umrüstung eines Unimogs auf einen elektrischen Antriebsstrang mit Brennstoffzelle gewidmet hat.

### **Initiative für eine grüne Wasserstoffinfrastruktur**

Beim batterieelektrischen Antrieb ist die Frage der Klimaneutralität abhängig vom verwendeten Energiemix. Auch die Klimabilanz der Brennstoffzelle hängt maßgeblich davon ab, ob der Wasserstoff aus fossilen Brennstoffen oder nachhaltig gewonnen wird, zum Beispiel durch Elektrolyse aus Photovoltaikstrom oder mit Biogas. Entsprechend müssen Brennstoffzellenfahrzeuge bei der derzeit vorhandenen Infrastruktur häufig noch mit sogenanntem grauem Wasserstoff betankt werden, der aus fossilen Brenn-

stoffen gewonnen wird. Eine der zentralen Herausforderungen liegt somit darin, dass lokal emissionsfreie Fahrzeuge auch in der gesamten Wertschöpfungskette emissionsfrei werden. Die Kreisverwaltung unterstützt deshalb aktiv eine mittelständische Initiative für den Aufbau einer grünen und dezentralen H<sub>2</sub>-Tankstelleninfrastruktur im Landkreis Esslingen.

### **Pragmatisch statt dogmatisch**

Im Fuhrpark der Straßenmeistereien zeigt sich beispielhaft, dass für unterschiedliche Fahrzeugprofile unterschiedliche Antriebsstränge sinnvoll sein können. Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge könnten vor einer batterieelektrischen Zukunft stehen. Je schwerer das Fahrzeug und je höher die Anforderungen, desto eher kommen aber die Vorteile des Brennstoffzellen-Antriebsstrangs zum Tragen. Gefragt sind vor allem Technologieoffenheit und pragmatische Lösungen im Hinblick auf die neuen Antriebstechnologien im Verkehrssektor.

---

Thomas Eisenmann koordiniert die Wasserstoffaktivitäten des Landkreises Esslingen.

# „Wenn Du das Gas wegnimmst, kann ich mein Kissen wegnehmen!“ – eine Motorradlärnkampagne des Landkreises Göppingen

Von Jessica Wahl, Landkreis Göppingen



Motorradbanner in der Gemeinde Heiningen

Quelle: Landratsamt Göppingen

Der Landkreis Göppingen mit seiner einzigartigen und reizvollen Landschaft, lädt nicht nur zum Wandern und Radfahren ein, sondern auch zum Motorradfahren. Insbesondere die Steigen am Albtrauf sind eine beliebte Tourenstrecke und ziehen Motorradfahrende aus Nah und Fern an. Allein im Landkreis Göppingen sind fast 19.000 Motorräder zugelassen.

## Des einen Freud, des anderen Leid ...

So schön dieses Fahrerlebnis für Motorradfahrende auch sein mag, so belastend empfinden es auf der anderen Seite die Anwohner in den betroffenen Städten und Gemeinden. Nicht selten wird bereits an den Ortsrändern „auf's Gas gedrückt“, was eine entsprechende Lärmentwicklung mit sich bringt. In Zeiten der Corona-Pandemie trat dieser Konflikt noch stärker zu Tage. In den Sommermonaten erreichten das Straßenverkehrsamt regelmäßig Beschwerden über Motorradlärm. Bei allem Verständnis für

das gestiegene Freizeitbedürfnis, muss auch dem Ruhe- und Erholungsbedürfnis der Anwohnerschaft gerade an den Wochenenden Rechnung getragen werden.

## An dieser Stelle möchte der Landkreis Göppingen ansetzen

Mittels einer landkreisweiten Motorradlärnkampagne sollen Motorradbegeisterte für diese Problematik sensibilisiert werden. Ziel ist es, ein deutliches und sichtbares Zeichen zu setzen und eine nachhaltige Reduzierung von Motorradlärm zu erreichen. Relativ schnell war die Idee geboren, mittels Bannern an beliebten Tourenstrecken zu mehr Rücksichtnahme im Straßenverkehr zu appellieren. Angebracht werden können diese sowohl am Ortsein- als auch am Ortsausgang. Auf Grund einer Größe von ca. 3,50m x 1,70m, fallen die Bauzaunbanner schon von weitem ins Auge und können gefahrlos von Motorradfahrenden ausreichend wahrgenommen werden. Alternativ zu den Bannern, wird den Städten und Gemeinden auch eine

Plakatversion zur Verfügung gestellt, welche beispielsweise im Ortskern verwendet werden kann.

Initiiert wurde das Projekt vom Landkreis Göppingen. Die Planung und Umsetzung erfolgte anschließend in enger Kooperation mit dem Polizeipräsidium Ulm sowie mit der Initiative Sicherer Landkreis e.V. Durch letzteren Partner wurde auch die Finanzierung der Banner übernommen. Bereits an dieser Stelle ist den beiden Projektpartnern ein großes Dankeschön auszusprechen. Ohne deren Einsatz und Mitwirken wäre eine derartige landkreisweite Aktion nicht umsetzbar gewesen.

Den beteiligten Institutionen war es wichtig, Motorradfahrende nicht zu stigmatisieren, sondern zu sensibilisieren. Ein Großteil der Zweiradfahrenden verhält sich verantwortungsbewusst und ist sich der Verkehrslärmproblematik durchaus bewusst. Vielmehr geht es darum, kontinuierlich an das gewünschte Fahrverhalten zu erinnern, aber auch zu versuchen, den kleinen Anteil der Unbelehrbaren zu erreichen.

Da eine nachhaltige Wirkung erzielt werden soll, ist die Motorradlärnkampagne auf einen längeren Zeitraum ausgelegt. Ein Ende der Kampagne ist bislang nicht definiert. Die Städte und Gemeinden des Landkreises Göppingen können die Motorradbanner Jahr für Jahr an geeigneten Standorten anbringen.

## Vom Mind Mapping bis zum offiziellen Startschuss der Kampagne

Eine derartige landkreisweite und langfristige ausgelegte Kampagne erfordert ein hohes Maß an Planung – angefangen

beim richtigen Bannermotiv. Von Anfang an war allen Projektbeteiligten klar: Das Motiv soll catchen. Es soll zum Nachdenken anregen und zu mehr Empathie im Straßenverkehr appellieren. Des Weiteren soll der Bezug zum Ortsrand bzw. zur Wohnbebauung deutlich zu sehen sein. Diese Aspekte finden sich in der Bannergestaltung wieder.

Das Bildmotiv wurde am Schwäbischen Albtrauf, in der Ortsdurchfahrt von Gammelshausen aufgenommen. Auf Grund der vielen Serpentinaugen, ist die Landstraße unter Motorradliebhabern eine beliebte Tourenstrecke und für Ausflüge prädestiniert.

Bis sowohl der Fotograf, als auch die Projektbeteiligten, mit dem Bannermotiv zufrieden waren, musste die eine oder andere Runde mit dem Motorrad gedreht werden. Für die Anwohnerschaft, als auch für die Arbeiter einer nahen Baustelle, war dies sicherlich ein ungewöhnlicher, aber auch spannender Nachmittag. Michael Kamenz, Polizist beim Verkehrsdienst Mühlhausen, zu dem auch die Verkehrsgruppe Göppingen gehört, hatte sich für das Fotoshooting als Darsteller bereit erklärt. Geduldig und mit großem Engagement, fuhr er



**Auftaktveranstaltung der Motorradlärnkampagne**

V.l.n.r.: Ulrike Kamenz vom Verkehrsdienst Mühlhausen, Landrat Edgar Wolff, Bürgermeister Daniel Kohl und Rudi Bauer von der Initiative Sicherer Landkreis e.V.

Quelle: Tilman Ehrcke

so lange mit seinem Motorrad bergauf und bergab, bis das gewünschte, aussagekräftige Motiv im Kasten war. Um geeignetes Bildmaterial zu erhalten, wurde Wind und plötzlichem Wetterumschwung bei vollem Körpereinsatz aller Beteiligten getrotzt.

Insgesamt haben 17 Städte und Gemeinden des Landkreises Göppingen großes Interesse an dieser Bannerkampagne bekundet. In kürzester Zeit sind über

50 Bannerbestellungen bei der Straßenverkehrsbehörde eingegangen und es werden immer noch Nachbestellungen getätigt. Dem Landkreis war es wichtig, allen Kommunen ein Angebot zu machen, auch, wenn die Motorradlärnproblematik nicht überall gleich ausgeprägt vorhanden ist. Die überaus positive Resonanz der Städte und Gemeinden zeigt, dass dieser Ansatz richtig war. Die Kampagne kann daher bereits jetzt als Erfolg gewertet werden.

Standorte, welche die Städte und Gemeinden für die Banner favorisierten, wurden dann im Rahmen einer Verkehrsschau geprüft – hinsichtlich der Verkehrssicherheit sowie der Wirkung, die erzielt werden soll. Beteiligt waren hier das Polizeipräsidium Ulm, die jeweilige Straßenmeisterei sowie das Straßenverkehrsamt des Landkreises.

Pünktlich zur Motorradsaison ist im Juni dann der offizielle Startschuss für die Motorradlärnkampagne des Landkreises Göppingen gefallen. Der Auftakt wurde bewusst in Gammelshausen gemacht, da hier das Bannermotiv entstanden ist. Bei strahlendem Sonnenschein wurde das Banner von den Projektbeteiligten offiziell enthüllt.

Mittlerweile stehen die Banner an über 50 Standorten quer durch den gesamten



**Fotoshooting für das Bannermotiv**

Quelle: Landratsamt Göppingen



Landkreis, von Albershausen bis Böhmekirch sowie von Adelberg bis Wiesensteig.

Ob die Kampagne tatsächlich die erhoffte nachhaltige Wirkung mit sich bringt und Motorradlärm langfristig reduziert, wird sich erst in der Zukunft zeigen. Jede auch noch so kleine positive Änderung des Fahrverhaltens an Ort-

sein- und Ortsausgängen, stellt aber für sich bereits einen Erfolg für die Motorradlärmkampagne des Landkreises Göppingen dar.

Für die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Göppingen war und ist die Motorradlärmkampagne eine Herzensangelegenheit. Sowohl Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Kommunen insge-

samt unterstützen zu können, ist eine tolle Sache.

---

Jessica Wahl ist Sachbearbeiterin im Straßenverkehrsamt des Landratsamts Göppingen und Projektverantwortliche für die Motorradlärmkampagne.

## **Essstörungen im Landkreis Tuttlingen stark angestiegen – AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg und Landratsamt Tuttlingen kooperieren bei der Präventionsinitiative zum Thema Essstörungen**

Von Bernd Mager und Sylvia Broschk, Landkreis Tuttlingen

Essstörungen stellen in unserer Gesellschaft ein ernsthaftes gesundheitliches Problem dar. Sie zählen im Kindes- und Jugendalter zu den häufigsten chronischen Gesundheitsproblemen. Laut der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS) finden sich bei mehr als 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen 11 und 17 Jahren Hinweise auf ein gestörtes Essverhalten. Je früher eine Essstörung erkannt und behandelt wird, umso höher ist die Chance einen chronischen Verlauf mit Folgeerkrankungen zu verhindern.

„Bereits im Kindesalter finden wichtige Weichenstellungen für die spätere Gesundheit und einen gesundheitsförderlichen Lebensstil statt.“, stellt der Sozialdezernent des Landratsamtes, Bernd Mager, fest und ergänzt „Präventionsangebote, die ein gesundes Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern, sind ein wichtiger Baustein für ein gesundes Aufwachsen im Landkreis.“

### **Formen der Essstörungen**

Unter dem Begriff „Essstörungen“ werden im Wesentlichen die Krankheitsbilder „Anorexia nervosa“, „Bulimia nervosa“ und die „Binge-Eating-Störung“ zusammengefasst. Essstörungen werden den psychosomatischen, d.h. auf psychisch-körperlichen Wechselwirkungen beruhenden, Krankheiten zugeordnet.

Magersucht, auch bekannt unter Anorexie oder *Anorexia nervosa*, ist verbunden mit einem starken Gewichtsverlust bzw. mit anhaltendem Untergewicht. Es handelt sich um eine Erkrankung, bei der eine Störung des eigenen Körperbildes vorliegt und der Gewichtsverlust zum Inhalt des Denkens und Handelns wird. Die Körperbildstörung ist das Hauptkriterium, um die Diagnose Anorexia nervosa zu stellen. Magersüchtige Kinder und Jugendliche überschätzen ihren Körperumfang und halten sich trotz Untergewicht für zu dick.

Beim *Binge-Eating* handelt es sich um wiederkehrende Essanfälle. Der eng-

lische Begriff „binge“ bedeutet „Gelage“. Binge Eating ist also „exzessives, übermäßiges Essen“. Menschen nehmen innerhalb kurzer Zeit große Nahrungsmengen zu sich und haben den Eindruck, die Kontrolle über ihr Essverhalten zu verlieren. Hunger und Genuss spielen dabei keine Rolle, auch das Sättigungsgefühl fehlt. Da keine Kompensationsmaßnahmen wie Erbrechen, Missbrauch von Abführmitteln angewandt werden, entwickeln Binge-Eater daher oft Übergewicht oder werden adipös.

Typisches Kennzeichen einer Bulimie (auch Ess-Brechsucht genannt) sind ebenfalls regelmäßige Essanfälle. Aus Angst vor einer Gewichtszunahme greifen Menschen mit einer Bulimie zu unangemessenen Gegenmitteln. Oft erbrechen sich die Betroffenen oder nutzen Medikamente wie Appetitzügler, Abführmittel oder entwässernde Arzneimittel. Erkrankte behalten meist ihr Gewicht trotz ihrer Essanfälle. Bulimie kann im Gegensatz zur Magersucht sehr lange für das soziale Umfeld der Betroffenen nicht erkennbar sein, da es nicht zum



extremen Abmagern kommt und die Ess-Brech-Anfälle so gut es geht verheimlicht werden.

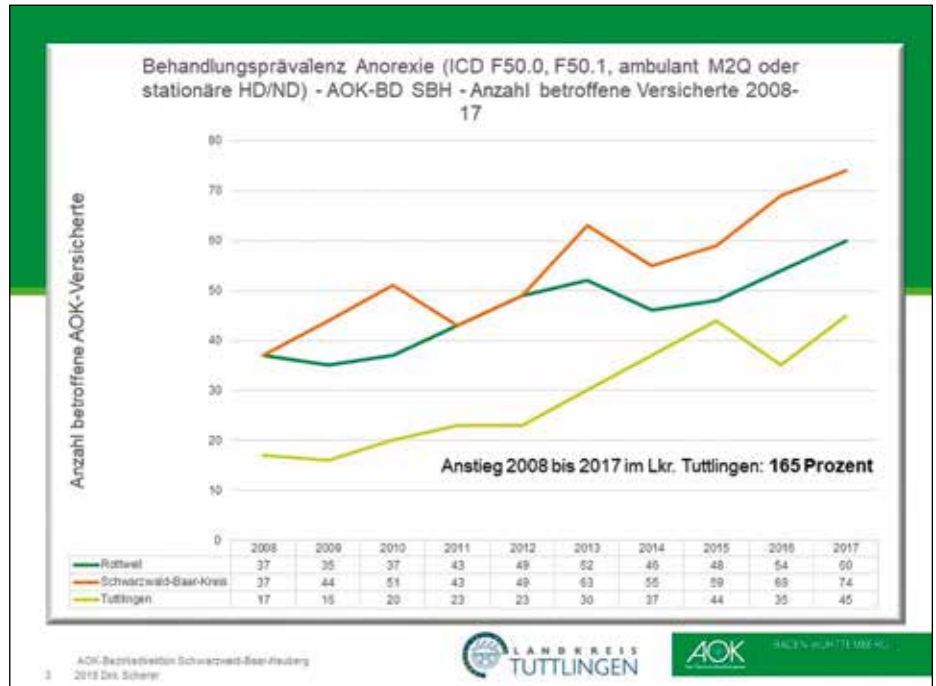
Häufig treten Mischformen, auch als *nicht näher bezeichnete Essstörung*, auf. Dann sind zwar typische Symptome einer Essstörung vorhanden, jedoch sind die Merkmale speziell für die Magersucht, Bulimie oder Binge-Eating Störung nicht vollständig erfüllt, sodass Essstörung nicht eindeutig einer der drei Krankheitsbilder zugeordnet werden kann.

Gemeinsam ist diesen unterschiedlichen Formen der Essstörungen eine Tendenz zu chronischen Verläufen mit erheblichen *Folgen* für die Betroffenen. Essstörungen gehen häufig einher mit psychischen Komorbiditäten wie Depressionen, Angststörungen, Zwangserkrankungen, Persönlichkeitsstörungen oder Traumafolge (z.B. nach Gewalterfahrung). Der Gesundheitszustand kann sich bis hin zu lebensbedrohlichen Situationen verschlechtern. Anorexia nervosa ist eine schwere psychische Erkrankung. Magersüchtige haben lange keine Krankheitseinsicht und sträuben sich daher häufig gegen eine Therapie. Besonders besorgniserregend ist die hohe Mortalitätsrate bei der Anorexia nervosa. Die Magersucht ist die kinder- und jugendpsychiatrische Erkrankung mit der höchsten Sterblichkeit.

Im chronischen Verlauf des Krankheitsbildes kommt es häufig neben körperlichen Folgen auch zu Auswirkungen auf der *psychosozialen Ebene*. Betroffene ziehen sich, pflegen immer weniger soziale Kontakte, beschäftigten sich primär mit der Magersucht. Dadurch sind sie oft nicht mehr in der Lage regelmäßig am Schulunterricht teilzunehmen oder ihre Ausbildung zu absolvieren.

## Handlungsbedarf im Landkreis Tuttlingen

Laut einer Studie der AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg sind die Diagnosen von Essstörungen wie Magersucht oder



Quelle: AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg

Ess-/Brechsucht in der Zeit von 2008 bis 2017 um 150 Prozent im Landkreis Tuttlingen angestiegen. Hochgerechnet auf die gesamte Bevölkerung im Landkreis Tuttlingen waren im Jahr 2017 rund 350 Personen wegen einer Essstörung in ärztlicher Behandlung.

Es ist jedoch von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da die Studie ausschließlich Daten einbezieht von Menschen, die bereits ärztliche Hilfe in Anspruch genommen haben.

Der Gipfel des Erkrankungsbeginns liegt bei den Essstörungen in der Phase der



Quelle: AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg

Pubertät bis zum frühen Erwachsenenalter. In dieser Zeit wird das Aussehen wichtiger und das Ansehen bei anderen wird immer entscheidender. Die Statistik der AOK zeigt somit typischerweise auch für den Landkreis Tuttlingen einen dramatischen Anstieg bei den zehn bis 20-jährigen Kindern und Jugendlichen. Somit bestand im Landkreis Tuttlingen ein dringender Handlungsbedarf.

## Präventionstheater „Püppchen“

Um diesem Trend entgegenzuwirken, wurde als zentrale Präventionsmaßnahme ein Theaterstück inklusive Nachbearbeitung gewählt. Das freie Ensemble Sakramo 3 D mit Sarah Gros NF und Monika Wieder wurde engagiert, um das Präventionstheater „Püppchen“ an allen weiterführenden Schulen im Landkreis Tuttlingen in den 5. bis 7. Klassen aufzuführen.

Monika Wieder ist Sozialpädagogin (BA), ausgebildete Theaterpädagogin (BUT), Regisseurin und selbst schauspielerisch in ihren Stücken tätig.

2013 hatte Monika Wieder, durch eigene Betroffenheit mit dem Thema, die Idee ein Theaterstück zu entwickeln und zu schreiben. Gemeinsam mit Ihrer damaligen Kollegin Sarah Gros NF entstand das Stück „Püppchen“ zur Prävention bei Essstörungen. Unterstützt wurden die Schauspielerinnen damals durch das Netzwerk Essstörungen im Ostalbkreis (NEO) und von der AOK des Ostalbkreises. Das Stück und vor allem die, als fester Bestandteil enthaltene Nachbereitungen in den jeweiligen Klassenverbänden, gewannen zunehmend an Popularität. Aufgrund der großen Nachfrage hat sich Monika Wieder auf die Suche nach SpielerInnen gemacht, die zwischenzeitlich in fast allen Bundesländern und in Österreich das Präventionstheater sowie die Nachbereitungen nach ihrem Konzept spielen. Deutschlandweit, vorwiegend in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern sind Teams unterwegs, die von MACH

WAS angeleitet wurden und die Auführungsrechte für das Theaterstück sowie die Nachbereitung besitzen.

Der Landkreis Schwarzwald-Baar-Heuberg entschloss sich im Jahr 2017 sich mit in das Projekt einzubringen. So wurde mit dem Kreis Villingen-Schwennigen begonnen, dann im Jahr darauf in Rottweil und anschließend im Landkreis Tuttlingen das Stück gespielt. Die Auführungen inklusive der Nachbereitungen wurden von der AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg voll finanziert.

In Baden-Württemberg wurde zwischenzeitlich das Präventionstheater in 14 Landkreisen aufgeführt. Insgesamt kann das Ensemble auf 183 Auführungen und ca. 580 Nachbereitungen zurückblicken. Insgesamt konnten ca. 14.500 SchülerInnen erreicht.“

Das damalige Ensemble hat sich mittlerweile aufgelöst und ist mit vielen anderen relevanten Themen zur Prävention, in Kindergarten, Grundschulen und in weiterführenden Schulen, unter dem Namen „MACH WAS – Prävention, Theater und mehr“ ([www.machwiederwas.de](http://www.machwiederwas.de)) unterwegs. Sehr zum Vorteil ist dabei, dass die gelernte Theaterpädagogin früher als Sozialpädagogin im Suchtbereich gearbeitet hat.

Monika Wieder hat neue Wege gefunden, trotz der Corona-Pandemie Kinder- und Jugendliche zu erreichen. Sie hat von vier Theaterstücken Filme gedreht. Diese wurden 65 Mal an Schulen gebucht und im Herbst 2020, trotz Corona, gespielt. Darunter auch das Präventionstheater „Püppchen“. In den Landkreisen Esslingen am Neckar, Hochrhein-Bodensee und Neckar-Odenwald konnten die Jugendlichen somit das Stück über einen Film sehen. Im Anschluss gab es, real durchgeführt, 15 Nachbereitungen vom „Püppchen“. So konnte Prävention, unter Einhaltung der geltenden Regeln für die Schutzmaßnahmen, dennoch stattfinden.

„Theater spricht die Kinder auf der emotionalen Ebene an, lädt zum Mitfiebern und zur Identifikation mit den Bühnen-

figuren und den gespielten Szenen ein. Für die Präventionsarbeit entsteht die Chance für Lehrer, Eltern mit den Kindern- und Jugendlichen zunächst über das Theaterstück zu sprechen. Indem die Schüler ihre Position beziehen und ihre Meinung zu der Handlung äußern, landet man schrittweise bei der Lebenswelt der Kinder- und Jugendlichen und damit auch bei ihren ganz eigenen Themen und Problemen.“ erklärt Wieder ihr Konzept.

## Das Präventionstheater im Landkreis Tuttlingen

Die Schauspielerinnen wollen mit ihrem Theaterstück „Püppchen“ das Thema Essstörungen präventiv an Schulen behandeln. Das Stück Püppchen erzählt spannend und sensibel die Geschichte zweier Freundinnen, Shirin und Lena, die, ohne davon zu wissen, einen ähnlichen Weg gewählt haben, mit ihren Problemen umzugehen. Shirin ist der Mager-sucht verfallen, wiegt sich ständig, verschenkt ihr Pausenbrot, anstatt es selbst zu essen, zählt jede Kalorie, trainiert diese sofort wieder ab und ist schnell genervt, wenn jemand sie auf ihren viel zu dünnen Körper anspricht. Lena hingegen erhält von ihren Eltern nur wenig Aufmerksamkeit, ist von Bulimie betroffen, stopft haufenweise Süßigkeiten in sich hinein und erbricht diese wenig später heimlich auf der Toilette wieder. Das Stück will das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen stärken, sie zu aktivem selbständigen Handeln anregen, ihre Wahrnehmung schärfen, damit sie lernen, für sich einzustehen und sich Hilfe zu holen, wenn sie diese benötigen.

In den Nachbereitungen wird den Kinder- und Jugendlichen im Austausch mit den Schauspielerinnen und SozialpädagogInnen der Schule die Möglichkeit gegeben, über das Stück zu sprechen und den Inhalt aufzuarbeiten.

## Projektverlauf im Landkreis Tuttlingen

Das Projekt startete im Mai 2019 mit einem „Runden Tisch“. Das 18-köpfige Team des Runden Tisches bestand unter anderem aus dem Amtsleiter des Gesundheitsamtes, der Leiterin der Selbsthilfekontaktstelle, einer Ernährungswissenschaftlerin des Landwirtschaftsamtes, Betroffenen aus Selbsthilfegruppen sowie einer Psychologin der Psychologischen kirchlichen Beratungsstelle sowie einer Psychologin der Schulpsychologischen Beratungsstelle. Die Regisseurin und Schauspielerin, Monika Wieder, kam ebenfalls zum ersten Treffen des Runden Tisches dazu, um persönlich das Konzept des Theaterstückes vorzustellen.

Der Runde Tisch wurde als Beteiligungsprozess implementiert, um Experten und Betroffenen die Möglichkeit zu bieten sich aktiv in das Projekt einzubringen. Das förderte die Akzeptanz und die Akteure hatten die Möglichkeit sich kennenzulernen und sich zu vernetzen. Dem Runde Tisch wurde der Handlungsbedarf und das Präventionstheater „Püpp-



Quelle: AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg

chen“ erläutert. Die TeilnehmerInnen des Runde Tisches erarbeiteten, einen auf den Landkreis Tuttlingen, regional abgestimmten Flyer sowie eine Broschüre mit Ansprechpartnern zum Thema Essstörungen. Ebenso wurden der Projektverlauf, die Akquise der Schulen und der Einbezug der Eltern besprochen. Moderiert wurde der Runde Tisch gemeinsam von dem Koordinator Gesundheitsfö-

derung in Lebenswelten der AOK und der Geschäftsführerin der Kommunalen Gesundheitskonferenz.

Die AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg unterstützte das Projekt mit Fördergeldern in Höhe von rund 12.000 Euro für das Honorar des Ensembles. Nicht enthalten in den Projektkosten waren die Personalkosten für die Mitarbeiter der AOK und des Landratsamtes Tuttlingen. Ursprünglich war das Projektbudget von der AOK so bemessen, dass 25 Schulen die Präventionsmaßnahme für ihre Einrichtung zu buchen konnten. Aus diesem Grund hat der Sozialdezernent, Bernd Mager, alle weiterführenden Schulen über ein Rundschreiben im Landkreis dazu eingeladen, das Präventionstheater an ihre Schule zu holen.

Im Juli 2019 fand die Auftaktveranstaltung für LehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen und Rektoren aus dem Schulbereich im Landratsamt Tuttlingen statt. Bei dieser gut besuchten Veranstaltung wurde das Präventionstheaterstück „Püppchen“ aufgeführt. Erst nachdem sich die interessierten Fachexperten einen persönlichen Eindruck von dem Format machen konnten, bestand die Möglichkeit, das Präventionstheater an die eigene Schule zu holen. Bei der Auftaktveranstaltung standen für Fragen



Sie arbeiten zusammen beim Projekt Essstörungen im Landkreis Tuttlingen: Susanna Güttler (Landwirtschaftsamt), Sabrina Wurdak (Selbsthilfe-Kontaktstelle), Regina Schmidt-Dold (Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle Tuttlingen), Barbara Dominik (Psychologische Beratungsstelle), Sylvia Brosch (Kommunale Gesundheitskonferenz), Monika Wieder (Theater), Dirk Scherer (AOK SBH), Dr. Siegfried Eichin (Gesundheitsamt), Dr. Inga Nägel (Schulpsychologische Beratungsstelle/ Schulamt Konstanz).

Quelle: AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg





Quelle: AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg

erneut u.a. der Amtsleiter des Gesundheitsamtes, Psychologinnen der Schulpsychologischen Beratungsstelle sowie der kirchlichen Beratungsstelle den Interessierten zur Verfügung.

Ab dem 2. Halbjahr 2019 wurde das Projekt erfolgreich an 11 weiterführenden Schulen aufgeführt. Es fanden bis heute 14 Theateraufführungen und 44 Nachbereitungen in den Schulen im Klassenverbund statt. Erfreulicherweise konnten damit rund 1.100 SchülerInnen erreicht werden. Ausschließlich in Trossingen mussten zwei Aufführungen vom „Püppchen“, Corona bedingt, leider ausfallen.

Diese werden jedoch im Jahr 2021 nachgeholt.

Im Oktober 2019 wurde darüber hinaus ein Elternabend in den Räumen des Landratsamtes Tuttlingen organisiert. Interessierte Eltern hatten damit die Möglichkeit, sich das Theaterstück anzuschauen und sich mit den Schauspielerinnen sowie ExpertInnen (Psychologinnen, Betroffenen und Amtsleiter des Gesundheitsamtes) auszutauschen. Ziel des Elternabends war es, dass Eltern und Kinder das Theaterstück getrennt anschauen und anschließend über das Theaterstück gemeinsam sprechen können.



Quelle: AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg

nen. Auf diese Weise hatten Eltern und Kinder die Chance, über problematische Themen zunächst auf einer sachlichen Ebene zu reden. Darüber hinaus wurden die Eltern mit Sachinformationen und Broschüren zum Thema Essstörungen gerüstet (z.B. Formen von Essstörungen, Risikofaktoren, mögliche Ursachen und Folgen). Der Elternabend wurde gut angenommen; es nahmen ca. 50 Eltern teil.

Damit die Prävention von Essstörungen im Landkreis nachhaltig implementiert werden kann, wurde ein Arbeitskreis Essstörungen unter der Leitung der Geschäftsführung der Kommunalen Gesundheitskonferenz gegründet. Im Arbeitskreis engagieren sich erneut u.a. Psychologinnen der Schulpsychologische Beratungsstelle in Singen sowie der Psychologischen Beratungsstelle in Tuttlingen, Mitarbeiter der Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörige, Verantwortliche der Selbsthilfekontaktstelle für das Projekt „junge Selbsthilfe“ sowie der Koordinator Gesundheitsförderung in Lebenswelten der AOK des örtlichen Gesundheitszentrums. Die nächste Arbeitskreissitzung wird darüber hinaus von einer Ernährungswissenschaftlerin der AOK sowie von der Schauspielerin und Regisseurin Monika Wieder unterstützt.

Im März 2020 entschied der Arbeitskreis Essstörungen, dass eine Evaluation des Präventionsprojektes erforderlich sei, um weitere Maßnahmen für die Zukunft abzuleiten. „Obwohl das Projekt sehr erfolgreich seit vielen Jahren an Schulen aufgeführt wird, wurde es bislang, noch nicht evaluiert“ stellt Monika Wieder fest.

Für die Evaluation konnte eine Studierende der Hochschule Furtwangen für Angewandte Gesundheitswissenschaften, der Fakultät Gesundheit/Sicherheit/Gesellschaft, gewonnen werden. Im Rahmen einer Bachelorarbeit wurden in der Zeit vom 1. September 2020 bis



28. Februar 2021 das Präventionstheater „Püppchen“ auf der Basis eines qualitativen Forschungsdesigns evaluiert. Die Arbeit zielte unter anderem darauf ab, die Wirksamkeit der Präventionsmaßnahme zu messen sowie die Auswirkungen und Nachhaltigkeit zu beurteilen. Für die Erhebung der Daten wurden halbstandardisierte Leitfadenterviews mit SchulsozialarbeiterInnen geführt, die sowohl die Aufführung des Theater-

stückes im Klassenverbund gesehen haben und anschließend die Schülerinnen bei den Nachbereitungen begleitet haben. Als zentrale Ergebnisse wird festgestellt, dass wichtige Elemente der Präventionsarbeit in dem Projekt berücksichtigt werden. Die Durchführung wurde von den BefragungsteilnehmerInnen als zufriedenstellend beschrieben. Um eine nachhaltige und langfristige Wirksamkeit der Maßnahmen zu errei-

chen, ist es jedoch notwendig, das Thema Prävention von Essstörungen in den Schulalltag bzw. in das Unterrichtssystem zu integrieren.

Im März/April 2021 wird die Forscherin die Ergebnisse dem Arbeitskreis Essstörungen im Detail präsentieren. Der Arbeitskreis plant auf der Basis der Handlungsempfehlungen aus der Studie über weitere Maßnahmen zu entscheiden.

Essstörungen sind ernste, komplexe seelische Erkrankungen. Die Schule ist neben der Familie der wichtigste Ort, an dem Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten erreicht werden können. Die Sensibilisierung der Kinder- und Jugendlichen, der Pädagogen und Eltern ist wichtig, da die betroffenen Kinder- und Jugendlichen aus Scham versuchen, ihr Verhalten zu verbergen oder zu verharmlosen.

## Kurzübersicht Projektverlauf

- **Handlungsbedarf:** Anstieg von Essstörungen um 150 Prozent im Landkreis Tuttlingen laut einer aktuellen Studie der AOK-Schwarzwald-Baar-Heuberg bei Kindern- und Jugendlichen.
- **Ziel:** Prävention von Essstörungen an weiterführenden Schulen im Landkreis Tuttlingen
- **Zielgruppen:** Kinder- und Jugendliche, Eltern, Lehrer, Schulsozialarbeiter
- **Art der Maßnahme:** Theaterstück, das spielerisch Informationen über die verschiedenen Formen der Essstörungen sowie Ursachen bzw. Folgen dieser Erkrankung vermittelt. Nachbereitung im Klassenverbund.
- **Meilensteine:** Bildung eines Runden Tisches, Auftaktveranstaltung, Aufführungen in den Schulen, regionale Broschüre/Flyer, Elternabend, Bildung Arbeitskreis Essstörungen, Evaluation des Projektes.
- **Projektkosten:** 12.000 Euro Fördergelder der AOK Schwarzwald-Baar-Heuberg
- **Evaluation:** Bachelorarbeit in der Zeit von 1. September 2020 bis 28. Februar 2021

Bernd Mager ist Sozialdezernent im Landratsamt Tuttlingen. Sylvia Broschk ist als Stabsstelle Gesundheit im Landratsamt Tuttlingen tätig.

## Im Landkreis Tuttlingen verbessern zukünftig innovative Gesundheitskonzepte die medizinische Versorgung

Von Bernd Mager und Sylvia Broschk, Landkreis Tuttlingen

Mediziner, Kommunalpolitiker und Fachexperten haben im Landkreis Tuttlingen neue Ideen entwickelt und berichten bei der jährlichen Plenumssitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz über die Umsetzung innovativer Gesundheitsmodelle. Obwohl es nicht die gesetzliche Aufgabe des Landkreises, der Städte oder Gemeinden ist, die ärztliche Versorgung sicherzustellen, sehen sich engagierte Akteure vor Ort zum Handeln gezwungen.

Verschiedene Lösungsansätze wurden vorgestellt. Alle mit einem gemeinsamen Ziel: Die wohnortnahe medizinische Versorgung durch innovative Gesundheitsmodelle sicherzustellen und dem drohenden Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken.

Im Landkreis Tuttlingen wurde Ende Oktober 2021 der erste Weiterbildungsverbund Allgemeinmedizin im Bereich der Bezirksärztekammer Südbaden gegründet. Darüber hinaus wurde von

der Gemeinde Bubsheim eine Genossenschaft zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung etabliert. Genossenschaftliche Hausarztmodelle sind deutschlandweit bislang wenig vertreten und im Landkreis Tuttlingen ein absolutes Novum. Ferner wird nach einer Klinikschließung am Standort Spaichingen ein Gesundheitszentrum aufgebaut. Darüber hinaus existiert im Landkreis Tuttlingen ein sehr erfolgreiches Leuchtturmprojekt zur Substitutionsbe-

handlung. Opiatabhängige Menschen nehmen durch die Angebote der Suchtmedizinischen Institutsambulanz wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben teil.

## Handlungsbedarf im Landkreis Tuttlingen

Die „Megatrends“ der Gesundheitsversorgung finden sich auch im Landkreis Tuttlingen: 1. Der demographische Wandel mit steigenden Zahlen älterer und multimorbider Patienten. 2. Die Fragmentierung des Gesundheitssystems, wodurch insbesondere die Versorgung chronisch kranker und multimorbider Patienten erschwert wird. 3. Durch eine hohe Altersstruktur der Hausärzte besteht ein steigender Nachbesetzungsbedarf. Immer schwieriger fällt es jedoch den Praxisinhabern von Einzelpraxen, Nachfolger für die eigene Praxis zu finden.

## Veränderte Präferenzen des ärztlichen Nachwuchses

„Die Zukunft der ärztlichen Versorgung hängt stark mit den veränderten Präferenzen junger Ärzte zusammen. Deshalb werden im Landkreis Tuttlingen innovative Versorgungsmodelle und regionale Vernetzungsmöglichkeiten geschaffen, die den Wünschen der nachrückenden Ärzte-Generation gerecht werden,“ begründet Landrat Bär die aktuellen Entwicklungen.

Herr Landrat Bär kennt die aktuelle Studienlage: „Die Medizin ist weiblicher geworden. Mehr Frauen als Männer absolvieren ein Medizinstudium. Bereits im Wintersemester 2020/2021 waren in Deutschland insgesamt über 100.000 Studierende im Fach Humanmedizin eingeschrieben, davon waren rund zwei Drittel weiblich.

Wichtig ist den angehenden Ärzten, dass sich ihr Arbeitsleben gut mit den Anforderungen aus Partnerschaft und Familie vereinbaren lässt. Die Übernahme einer

Einzelpraxis schreckt die Medizinstudierenden eher ab und wird deshalb zukünftig nicht mehr das primäre Versorgungsmodell sein. Die angehenden Mediziner bevorzugen Arbeitszeitmodelle in Klinik und Praxis, die ihnen das Arbeiten im Team, in Teilzeit oder mit flexiblen Arbeitszeiten erlauben.“

## Weiterbündungsverbund Allgemeinmedizin Landkreis Tuttlingen gegründet

Am 26. Oktober 2021 schlossen die Bezirksärztekammer Südbaden, vertreten durch die Präsidentin, Frau Dr. Paula Hezler-Rusch, mit Vertretern des Klinikums Landkreis Tuttlingen sowie mit niedergelassenen Vertragsärzten verschiedener Fachrichtungen eine bis dahin einzigartige Kooperationsvereinbarung ab. Kooperationspartner sind das Klinikum Landkreis Tuttlingen, die Initiative DonauDoc, die Bezirksärztekammer und der Vorsitzende der Ärzteschaft Landkreis Tuttlingen. Unterstützt wird der Weiterbündungsverbund vom Landratsamt Tuttlingen, vom Kompetenzzentrum Weiterbildung Baden-Württemberg, von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und vom Institut für Allge-

meinmedizin der Medizinischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität.

Die Präsidentin der Bezirksärztekammer wies bei der Vertragsunterzeichnung darauf hin, dass der Landkreis Tuttlingen mit dem Weiterbündungsverbund eine Vorreiterrolle einnimmt. Der Landkreis Tuttlingen ist der erste Landkreis im Bereich der Bezirksärztekammer Südbaden, der eine solche Vereinbarung unterzeichnet hat.

Eine große Chance, junge Ärzte in unsere Region zu holen, sieht Herr Dr. Michael Kotzerke, Ärztlicher Direktor des Klinikums Tuttlingen, durch die Gründung eines Weiterbündungsverbundes. In der Plenumsitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz stellt der Ärztliche Direktor gemeinsam mit Frau Dr. Sabine Härdtle und Herrn Dr. med. Friedemann Blaschka, beides Fachärzte für Allgemeinmedizin aus der Hausärztlichen Gemeinschaftspraxis im Ärztezentrum Tuttlingen, die Vorteile eines Weiterbündungsverbundes vor. „Ein angehender Allgemeinmediziner muss sowohl den stationären als auch den ambulanten Bereich kennenlernen. Das heißt, er muss zwingend seinen Arbeitgeber und den Versorgungssektor wechseln,“ weiß Dr. Sabine Härdtle. Hier liegt ein großer



Dr. med. Michael Kotzerke bildet selbst Ärzte in Weiterbildung aus.

V.l.n.r.: Dr. med. Kiessler, Dr. med. Ugrehelidze, Dr. med. med. Kotzerke, Dr. med. Javid, Dr. med. Abbasi, Dr. med. Lohberger.

Quelle: Foto Hammer/Landkreis Tuttlingen



**Unterzeichnung Kooperationsvereinbarung „Weiterbündlungsverbund Allgemeinmedizin Tuttlingen“ bei der Bezirksärztekammer in Freiburg.**

**V.l.n.r.:** Dr. med. Michael Kotzerke (Ärztlicher Direktor/Chefarzt Medizinische Klinik I, Klinikum Tuttlingen), Doctor-medic Matthias Szabo (Facharzt für Chirurgie, Vorstand der Ärzteschaft Landkreis Tuttlingen), Dr. med. Sebastian Freytag (Geschäftsführer Klinikum Tuttlingen), Dr. med. Johannes Fechner (stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KVBW), Prof. Dr. Andy Maun (Direktor des Instituts für Allgemeinmedizin, Universitätsklinikum Freiburg), Dr. med. Martina Bischoff (Kompetenzzentrum Weiterbildung Baden-Württemberg), Dr. med. Sabine Härdtle (Fachärztin für Allgemeinmedizin und Neurologie), Dr. med. Paula Hezler-Rusch (Präsidentin Bezirksärztekammer Südbaden), Dr. med. Jürgen Schmidt (Chefarzt Medizinische Klinik II, Klinikum Tuttlingen), Dr. med. Ulrich Voshhaar (Vizepräsident der Bezirksärztekammer Südbaden), Bernd Mager (Sozialdezernent Landratsamt Tuttlingen)

Quelle: Georg Gaiser, Bezirksärztekammer Südbaden

Vorteil für Ärzte in Weiterbildung. Es erfolgt eine strukturierte Weiterbildung aus einer Hand. Die angehenden Mediziner profitieren während ihrer fünfjährigen Weiterbildung von einer nahtlosen Rotation durch alle notwendigen Weiterbildungsabschnitte in Klinik und Praxis. Dies bedeutet für die Nachwuchsmediziner: Die Ärzte in Weiterbildung lernen die lokalen Strukturen gut kennen, ohne sich neu zu bewerben oder den Wohnort wechseln zu müssen.

Damit besteht eine hohe Planungssicherheit, organisatorische Entlastung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, feste Ansprechpartner im Weiterbündlungsverbund, teamorientierte Zusammenarbeit in kollegialer Atmosphäre, flexible Arbeitszeitmodelle, Unterstützung durch das universitäre Kompetenzzentrum, Begleitung durch Mentoren sowie zusätzliche Fortbildungstage im Rahmen der „Verbundweiterbildung plus“. Ferner wird der Erwerb

des Notarztscheins ermöglicht und finanziert. Da der Vorstand der Ärzteschaft sowie die Vertreter der DonauDoc-Initiative im Weiterbündlungsverbund aktiv sind, besteht die Möglichkeit frühzeitig berufspolitisch aktiv zu werden und Rahmenbedingungen vor Ort mitzugestalten.

Vorteile bestehen auch für die Weiterbildungsbefugten. Diese haben im Weiterbündlungsverbund die Chance, einen Praxisnachfolger frühzeitig kennenzulernen und die Praxisnachfolge zu sichern.

Auch für das Klinikum liegt der Vorteil auf der Hand: Es bildet die zukünftige Zuweiser für das Klinikum selbst aus.

Und auch der gesamte Landkreis Tuttlingen gewinnt. Eine gute medizinische Versorgung ist ein zentraler Standortfaktor für die Attraktivität dieser ländlichen Region.

Das Klinikum Tuttlingen kann auf einen langjährigen Erfahrungsschatz bei der Weiterbildung junger Mediziner zurückblicken. Rund 20 junge Mediziner wurden in den letzten zehn Jahren im Klinikum ausgebildet, die später in den niedergelassenen Praxen im Landkreis ihre berufliche Zukunft gefunden haben. Seit vielen Jahren engagiert sich die DonauDoc-Initiative für die Gewinnung des ärztlichen Nachwuchses im Landkreis Tuttlingen. Die DonauDoc Initiative wurde 2013 von engagierten und ehrenamtlich tätigen Ärzten zusammen mit der Stadt Tuttlingen gegründet und ist zwischenzeitlich über die Region hinaus bekannt. Mittlerweile engagieren sich 15 niedergelassene Vertragsärzte aus der Allgemeinmedizin und anderen Facharztbereichen. Die nachstehende Abbildung veranschaulicht das breite Portfolio dieser ehrenamtlich engagierten Mediziner.

Die DonauDoc-Initiative bietet sowohl finanzielle als auch organisatorische Unterstützung. Darüber hinaus informiert die Geschäftsstelle über Förderprogramme und stellt den Kontakt zwischen Praxisinhabern und in Studium, Aus- und Weiterbildung stehenden Kollegen her. Gemeinsam mit dem Klinikum Landkreis Tuttlingen werden jährlich



**Portfolio DonauDoc-Initiative**

Quelle: DonauDoc.de



Workshops für Medizinstudierende zu praktischen Themen wie Nahttechniken, EKG und Notfall angeboten.

Über die Stadt- und Verwaltungsgemeinschaft hinaus, steht die Koordinierungsstelle des Weiterbildungsverbundes, die beim Landkreis Tuttlingen, in der Stabsstelle Gesundheit angesiedelt ist, als Ansprechpartner für Ärzte in Weiterbildung zur Verfügung. Über die Homepage „weiterbildungsverbund-tuttlingen.de“ können Interessierte sich über den Weiterbildungsverbund informieren und Kontakt zu den Ansprechpartnern aufnehmen. Auch hier wird ein „Rundum-sorglos-Paket“ auf Landkreisebene angeboten (Unterstützung bei Behördengängen, bei der Arbeitsplatzsuche für den Partner, Wohnraumsuche sowie bei der Suche eines Kindergartenplatzes etc.).

## **Gründung eines genossenschaftlichen Hausarztmodelles**

Thomas Leibinger, Bürgermeister von Bubsheim, stellte ein Modell vor, das deutschlandweit noch wenig vertreten ist und im Landkreis Tuttlingen ein absolutes Novum darstellt: die Gründung einer Genossenschaft für die hausärztliche Versorgung.

Am Beispiel der Gemeinde Bubsheim wird deutlich, dass auch kleinere Gemeinden, Bubsheim hat rund 1400 Einwohner, die Chance besitzen, durch neue Gesundheitskonzepte die hausärztliche Versorgung zu verbessern.

In der Gemeinderatsitzung am 23. Juni 2021 wurde die Gründung beschlossen. „Die Vorteile einer Genossenschaft als Träger von Arztpraxen sind vielfältig,“ erklärt Thomas Leibinger. Grundsätzlich soll eine Verbesserung der interprofessionellen und sektorenübergreifenden Zusammenarbeit erreicht werden.

Insbesondere kommt das Genossenschaftsmodell dem Wunsch junger Mediziner in einem Anstellungsverhältnis als auch in Teil- bzw. Vollzeit tätig zu werden, nach. Leibinger ist überzeugt,

dass vor allem für junge Ärzte mit Familie eine Anstellung attraktiver als die Selbstständigkeit ist, da eine flexiblere Zeiteinteilung durch das Arbeiten in Teilzeit möglich ist. Darüber hinaus bietet das Genossenschaftsmodell eine Entlastung von Bürokratie im Arbeitsalltag. Die Zusammenarbeit im Team sowie der fachliche Austausch sind in einem genossenschaftlichen Versorgungszentrum gewährleistet. Ebenso müssen keine finanziellen Risiken von den jungen Mediziner getragen werden. Erhebliche Einstiegsinvestitionen bei der Übernahme einer bestehenden oder der Eröffnung einer neuen Praxis brauchen nicht getragen zu werden. Für die erfolgreiche Umsetzung hat der Bürgermeister mit der Beratungsfirma DIOMEDES einen erfahrenen Partner ins Boot geholt.

## **Gesundheitszentrum Spaichingen – ein Gesundheitskonzept der Zukunft**

Ein landkreisweites innovatives Gesundheitsmodell entsteht mit dem Gesundheitszentrum Spaichingen. Der Geschäftsführer des Gesundheitszentrums, Herr Michael Osypka von der Firma DIOMEDES sowie Frau Carina Dettinger, Assistenz der Geschäftsführung, stellten die Ziele und Ideen des Gesundheitszentrums vor.

Aktuell gründete der Landkreis am 30. Juni 2021 für das Gesundheitszentrum Spaichingen eine eigene Gesellschaft. Diese erbringt in Zukunft medizinische und pflegerische Leistungen nicht in eigener Trägerschaft, sondern akquiriert Anbieter solcher Leistungen, die sich innerhalb des Gesundheitszentrums selbstständig machen.

Auch bei diesem Modell ist es primäres Ziel, die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und zu verbessern. Das Gesundheitszentrum Spaichingen will präventive, gesundheitsfördernde Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Salzgrotte, die Lichttherapie und Sauerstoffanwendungen anbieten. Diese

Angebote sollen mit kurativen, pflegerischen sowie rehabilitativen Angeboten unter einem Dach vereint sein. Solch ein sektorenübergreifende Ansatz bietet auch interessante Arbeitsbedingungen für junge Mediziner, da gleichzeitig moderne Arbeitszeitmodelle in Spaichingen angeboten werden können.

Darüber hinaus wird das Gesundheitszentrum eine erweiterte ambulante Versorgung (EAV) anbieten. Herr Michael Osypka stellt die Vorteile des Konzeptes heraus. „Hier können Patienten, die nicht im Krankenhaus aufgenommen werden müssen, jedoch eine pflegerische Rundum-die-Uhr-Betreuung benötigen, bis zu fünf Tage betreut werden. Zwar sind Ärzte nicht 24 h vor Ort wie in einem Krankenhaus; jedoch außerhalb der Sprechzeiten in Rufbereitschaft. Insbesondere sollen unnötige Krankenhauseinweisungen verhindert werden.“

Als weitere Arbeitsfelder stehen die Akquise von medizinischem und nicht-medizinischem Personal sowie eine Konzepterarbeitung für ein ambulantes OP-Zentrum an. Aktuell hat der Kreistag die geplante Ansiedlung eines Pflegehotels durch die Sozial Invest Spaichingen GmbH & Co. KG, Burgwald, befürwortet. Der Aufbau dieses Pflegehotels mit den Angeboten der Tagespflege, Kurzzeitpflege und Präventionszentrum ist ein großer Gewinn für die medizinischen und pflegerischen Angebote im Landkreis. Interessierte können die spannende Weiterentwicklung des Gesundheitszentrums unter [www.gesundheitszentrum-spaichingen.de](http://www.gesundheitszentrum-spaichingen.de) verfolgen.

## **Ein Leuchtturmprojekt: die Suchtmedizinische Institutsambulanz in Tuttlingen**

Marcus Abel, Leiter der Fachstelle Sucht, stellte ein sehr erfolgreiches Modellprojekt, und zwar die Suchtmedizinische Institutsambulanz (SMIA) in Tuttlingen vor. Die SMIA befindet sich in Trägerschaft des Zentrums für Psychiatrie Reichenau und bietet Substitutionsbehand-

lungen für opiatabhängige Menschen an. Der Erfolg des Modellprojektes liegt nach Auffassung von Marcus Abel darin, dass medizinische Behandlung und psychosoziale Betreuung der Suchtkranken unter einem Dach stattfindet. Eine Opiatabhängigkeit führt neben gesundheitlichen Folgen häufig auch zu einer Beeinträchtigung des gesellschaftlichen und sozialen Lebens. Unterstützungsbedarfe gibt es deshalb in Bereichen wie der Tagesstruktur, Arbeitsfähigkeit und Wohnsituation. „Eine Vielzahl der Substituierten haben diese Hürden dank des wohnortnahen Angebotes im Landkreis bewältigt und nehmen aktiv am gesellschaftlichen Leben wieder teil“ freut sich Abel.

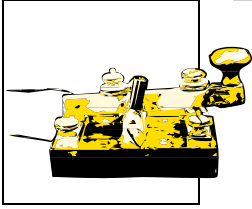
## **Die Nachbesetzung von Hausarztpraxen ist deutschlandweit schwierig**

Eine klare Position zum Thema ärztliche Versorgung bezog der Vorsitzende der Ärzteschaft des Landkreises Tuttlingen, Herr Dr. Matthias Szabo. „Generell lässt sich deutschlandweit der Trend beobachten, dass die Nachbesetzung von Hausarztpraxen schwierig ist. Dies ist kein spezielles Problem unseres Landkreises.“ Herr Sozialdezernent Mager zieht eine positivere Bilanz nach der Vorstellung der vielfältigen Gesundheitsmodelle, die im Landkreis etabliert sind. „Die Versorgungslandschaft im hausärztlichen Bereich steht vor Veränderungen und eine

Anpassung der Versorgungsstrukturen ist notwendig. Allerdings haben wir heute innovative Lösungsansätze kennengelernt. Diese Konzepte müssen wir vermehrt auch überregional bewerben, um noch mehr junge Ärzte für die Tätigkeit im Landkreis Tuttlingen gewinnen zu können.“

---

Bernd Mager ist Sozialdezernent im Landratsamt Tuttlingen. Sylvia Broschke ist Geschäftsführerin der Kommunalen Gesundheitskonferenz.



## NACHRICHTEN

### **Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 187/2021 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg – Quarantäne-Regeln werden angepasst vom 17. September 2021**

Zu der Pressemitteilung des Sozialministeriums, wonach Baden-Württemberg bei der Kontaktpersonennachverfolgung ein neues Konzept verfolgt, erklärt der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis von Komorowski:

„Die Landkreise begrüßen die neuen Regeln zur Kontaktpersonennachverfolgung. Sie sind eine Anpassung an die Realität mit einer zwar noch zu geringen, aber dennoch schon stattlichen Anzahl an Geimpften. Die Gesundheitsämter mit ihren nach wie vor begrenzten Ressourcen können sich dadurch auf echte Ausbruchsgeschehen und auf den Schutz vulnerabler Gruppen konzentrieren. Welche weiteren Schritte erforderlich werden, um auf der Zeitachse eine Überlastung der Gesundheitsämter zu verhindern, wird genau zu beobachten sein.“

### **Gemeinsame Pressemitteilung der Kommunalen Landes- verbände zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg vom 17. September 2021**

**Aus abstrakten Zielen konkrete  
Umsetzung machen. Kommunen als  
Lösungsebene stärken und stützen.**

Die grün-schwarze Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag für die laufende Legislatur die Richtung vorgegeben: „Baden-Württemberg soll (...) das führende Klimaschutzland werden. Wir wollen zeigen, was machbar ist, und Maßstäbe setzen.“ Einen ersten Schritt in diese Richtung macht das Land mit einer erneuten Novellierung des Klimaschutzgesetzes – und nimmt damit ihr „Klimaschutz-Sofortprogramm“ in Angriff.

Die Kommunalen Landesverbände betonen die Notwendigkeit eines konsequenten Klimaschutzes und befürworten daher die geplante Neuausrichtung der Klimaschutzziele auf die Netto-Treibhausgasneutralität in Baden-Württemberg bis zum Jahre 2040. Dies ist notwendig, um die Ziele des Klimaschutzübereinkommens von Paris zu erreichen und dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom April dieses Jahres gerecht zu werden.

Ein großer Teil der in der Gesetzesnovelle vorgesehenen Maßnahmen müssen durch die Kommunen oder auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Dies stellt die örtliche Ebene vor große Herausforderungen. Dennoch machen

die drei Kommunalverbände deutlich: Die Kommunen sind Teil der Lösung, nicht des Problems. Die Städte, Gemeinden und Landkreise nehmen Klimaschutz als kommunale Aufgabe ernst und sind sich ihrer Vorbildfunktion bewusst.

Allerdings besteht bei den geplanten Änderungen des Klimaschutzgesetzes aus Sicht der Kommunalverbände noch Klärungsbedarf. Sie greifen dabei insbesondere das 2%-Flächenziel für Windenergieanlagen und Photovoltaik-Freiflächenanlagen heraus: „Wir wollen uns der Festschreibung dieses 2%-Ziels nicht verschließen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzubringen. Allerdings gehen schon mit der Ausweisung der Flächen, erst recht aber mit dem Bau der eigentlichen Anlagen, erhebliche Zielkonflikte einher, die derzeit nicht zugunsten des Klimaschutzes aufgelöst werden können. Die Kommunen dürfen mit diesen Konflikten nicht allein gelassen werden. Vielmehr braucht es innerhalb des bestehenden Fachplanungsrechts klarer Vorgaben, wie diese Zielkonflikte aufzulösen sind – und zwar ohne dass dabei der Artenschutz zu kurz kommt. Flankierende Instrumente können dabei Artenschutzpläne oder ein interkommunales Kompensationsflächenmanagement sein.“

**Gudrun Heute-Bluhm**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, macht deutlich: „Indem das Ausbauziel auf Wind und PV beschränkt wird, bleibt ein zentral wichtiger Baustein der Energiewende außen vor – nämlich die Wärme. Diese macht fast 50 % des Endenergieverbrauchs in Baden-Württemberg aus. Eine umfassende Bilanz, die vom Gesamt-



energiebedarf ausgeht und den Wärmesektor mitumfasst, muss daher aus unserer Sicht das 2%-Flächenziel ergänzen und kompensatorische Maßnahmen ermöglichen“.

Sie ergänzt: „Insgesamt bleibt das Klimaschutzgesetz beim Wärmesektor auf der Ebene des Planerischen stehen. Mit der Gesetzesnovelle soll die Klimaneutralität der Wärmeversorgung nun schon im Jahr 2040 – statt wie bisher 2050 – erreicht werden. Das Gesetz sieht dabei das Instrument der Wärmeplanung vor. Bei der Planung allein können es die Kommunen jedoch nicht belassen – um die Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, müssen sie in großem Stil Anlagen zur Erzeugung klimaneutraler Wärme sowie Wärmenetze zur Verteilung dieser Wärme errichten. Und zwar nicht nur im Neubau, sondern auch im Gebäudebestand. Dafür bedarf es zielgerichteter Anreize, wie etwa attraktiver Fördermöglichkeiten, oder eine klimaorientierte Ausrichtung der Kommunalabgaben, die eine Finanzierung erst ermöglichen.“

**Steffen Jäger**, Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg, betont für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden: „Klimaschutz genießt im Abstrakten eine große Zustimmung in der Gesellschaft. Sobald Klimaschutz aber konkret wird, gibt es leider noch immer viele Widerstände. Für die konkrete Umsetzung des Klimaschutzes bedarf es daher ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass Klimaschutz als herausragender Belang des Allgemeinwohls einen Vorrang haben muss. Dazu muss auch der Rechtsrahmen angepasst werden. Einzelbelange und Individualinteressen dürfen nicht zum ‚Verhinderungsfaktor‘ werden. Zudem muss uns auch bewusst sein, Klimaschutz geht nicht mit dem Haushaltsansatz ‚Null‘.

Dass Kommunen Klimaschutz konkret umsetzen können, beweisen sie seit vielen Jahren. Deshalb gilt es, die kommunalen Möglichkeiten zu stärken:

Rechtlich und finanziell, aber auch politisch. So muss bei der Festlegung des 2% Mindestflächenziels für Windenergie und PV-Freiflächenanlagen für die Raumordnung die kommunalen Planungshoheit Berücksichtigung finden. Denn die Konkretisierung eines solch abstrakten Gesetzesziels ist oftmals mit erheblichen Konflikten verbunden. Diese sollten keinesfalls nur auf die Kommunen delegiert werden.“

**Prof. Dr. Alexis von Komorowski**, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg betont: „Wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen, brauchen wir dringend mehr Tempo bei Planung und Genehmigung von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Durch Rechtsänderungen und Standardisierungen kann hier auch auf Landesebene zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren beigetragen werden. Auch muss das Personal gerade dort gestärkt werden, wo die abschließenden Verfahrensentscheidungen getroffen werden – und dafür auf Kontrollschleifen auf höherer Verwaltungsebene verzichtet werden.“

Ferner kommt den regionalen Klimaschutz- und Energieagenturen als unabhängigen Dienstleistern für Handwerk und Wirtschaft, Bürgerschaft und Kommunen eine wichtige Rolle für die Klimawende zu. Um das dichte Netz dieser Agenturen sichern und ausbauen zu können, bedarf es endlich einer dauerhaften Grundfinanzierung. Schließlich, aber nicht zuletzt, ist darauf zu achten, dass Raumschaften, die stärker als andere auf das 2%-Flächenziel einzahlen, dafür auch entschädigt werden. Die Ausgleichsmechanismen können sowohl planungsrechtlicher als auch finanzieller Art sein.“

#### *Hintergrund:*

Das Klimaschutzgesetz des Landes Baden-Württemberg ist am 31. Juli 2013 in Kraft getreten. Erst im Jahr 2020 wurde es fortgeschrieben. Bislang sieht das Klimaschutzgesetz Klimaschutzziele für die Jahre 2020, 2030 und 2050 vor.

Mit der aktuellen Gesetzesnovelle werden die Treibhausgasreduktionsziele weiter angehoben und auf die Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahre 2040 ausgerichtet. Weitere wesentliche Bestandteile der Klimaschutzgesetz-Novelle sind die Erstreckung der bisherigen PV-Pflicht auch auf Neubauten von Wohngebäuden und grundlegende Dachsanierungen im Wohn- und Nichtwohngebäudebereich sowie die Ausweitung des Anwendungsbereichs der PV-Pflicht für Parkplatzflächen und die Festlegung eines Mindestflächenziels für Windenergieanlagen und Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Der öffentlichen Hand kommt beim Klimaschutz in ihrem Organisationsbereich nach § 7 Abs. 1 Klimaschutzgesetz eine allgemeine Vorbildfunktion zu, insbesondere durch Energieeinsparung, effiziente Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie sowie Nutzung erneuerbarer Energien. Die Kommunen erfüllen nach § 7 Abs. 4 Klimaschutzgesetz diese Vorbildfunktion in eigener Verantwortung.

### **Gemeinsame Pressemitteilung des Gemeindetags Baden-Württemberg, des Landkreistags Baden-Württemberg und des Städtetags Baden-Württemberg vom 21. September 2021**

#### **Auch 2022 hoher Finanzbedarf in den baden-württembergischen Kommunen**

Zu den heutigen Beratungen des Ministerrats über den Regierungsentwurf zum Staatshaushaltsplan 2022 erklären die Präsidenten der Kommunalen Landesverbände, Steffen Jäger (Gemeindetag Baden-Württemberg), Dr. Peter Kurz (Städtetag Baden-Württemberg) und Joachim Walter (Landkreistag Baden-Württemberg):

„Nachdem die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf die aus Landessicht maßgeblichen Finanzposten für den Haushalt 2022 festgelegt hat, ist es nun wichtig, den Blick auf die Finanzbedarfe der Kommunen zu richten, damit der Haushaltsgesetzgeber sich ein Gesamtbild machen kann.“

Land und Kommunale Landesverbände (Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag) haben bereits im Juli dieses Jahres die Themen gemeinsam festgehalten, die aus kommunaler Sicht maßgeblich sind und in der Gemeinsamen Finanzkommission beraten werden sollen. Die Kommunalen Landesverbände haben diese Themen inzwischen gegenüber dem Finanzministerium weiter konkretisiert.

- Die Kommunen erwarten auch im Haushaltsjahr 2022 wieder geringere Einnahmen aus Steuern und dem Kommunalen Finanzausgleich. Gegenüber der Vor-Corona-Zeit beträgt das Minus rund 2,5 Mrd. Euro.
- Im Haushaltsjahr 2022 ist daher gerade für die steuereinnahmeschwächeren Kommunen eine erneute *Stabilisierung der Kommunalfinanzen* im Rahmen des Finanzausgleichs erforderlich, um deren Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten.
- Um im Jahr 2022 in den Kommunen zukunftsgerichtete Weichenstellungen vornehmen zu können, bedarf es zudem finanzieller Mittel für die Schulen, etwa für Digitalisierung, Schulsozialarbeit sowie Inklusion, und eines Dialogs über die Erfordernisse der *„Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert“*. Durch die erst kürzlich auf Bundesebene herbeigeführte Entscheidung zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung in den Grundschulen, hat eine grundsätzliche Klärung dieser Frage nochmals besonderes Gewicht bekommen.
- Handlungsbedarf besteht auch hinsichtlich der Zielsetzungen des *„Paktes für gute Bildung und Betreuung“*. Es

besteht weiterhin Bedarf zur Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze und deshalb muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie Kommunen bei Investitionen für den Kita-Ausbau unterstützt werden können. Neben der Quantität gilt es durch die dauerhafte Absicherung der Leitungszeit in den Kindertagesstätten auch die Qualität zu sichern.

- Der vor den Kommunen liegende Investitionsbedarf im Bereich zukunftsweisender und klimawirksamer Maßnahmen ist erheblich. Die Auflage eines *„Kommunalen Investitionsfonds Zukunfts- und Klimaland BW“* bietet die Möglichkeit diesen Herausforderungen gerecht zu werden.
- Auch der Ausbau und ökologisch nachhaltige Umbau von *Mobilitätsangeboten* kann aus Sicht der Kommunen nur auf der Grundlage einer fairen Finanzierung gelingen.
- Um in den Kommunen zeitnahe Fortschritte in der *„Verwaltungsdigitalisierung“* machen zu können, werden Finanzmittel für die technische Infrastruktur sowie für die Implementierung entsprechender Prozesse benötigt.
- Die *unteren Verwaltungsbehörden* erbringen vielfältige Leistungen zur Aufrechterhaltung bestehender Infrastruktur und zur Gewährleistung von Rechtssicherheit. Im Umfeld stetig steigender Anforderungen benötigen diese eine finanzielle und personelle Stärkung. Dazu gehört auch die längst überfällige Erhöhung der Landesmittel für die Unterhaltung der Landesstraßen.
- Nicht zuletzt bedarf es zusätzlicher Mittel zur Gewährleistung der *„Krisen- und Zukunftsfestigkeit der Krankenhäuser“*. Die Pandemie hat nochmals unterstrichen, wie bedeutend eine auskömmliche Finanzierung und die Investitionskostenförderung der Krankenhäuser ist.
- Darüber hinaus bedarf es zeitnah einer Verständigung in welchem Zeit-

rahmen und in welcher Ausgestaltung die ambitionierten Ziele des *Koalitionsvertrags* auf kommunaler Ebene realisiert werden sollen. Dies ist die Voraussetzung, um den hierfür erforderlichen Finanzbedarf ermitteln zu können. Denn jedes Ziel muss finanziert und umgesetzt werden, deshalb gilt es zunächst die Rahmenbedingungen zu klären.

Die Präsidenten von Gemeindetag, Städtetag, und Landkreistag, erwarten in Anbetracht der aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen schwierige Verhandlungen mit dem Land. Um den benannten Themen und Herausforderungen vor Ort und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, bedarf es jedoch nach Auffassung der Kommunalen Landesverbände leistungsfähiger Kommunen und einer Finanzierung, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird. Eine nicht auskömmliche Finanzierung führt zu Defiziten in der Qualität und zu gebremster Geschwindigkeit bei der Realisierung von Zukunftszielen, wofür die Kommunen nicht einseitig die Verantwortung übernehmen können.

#### *Hintergrund:*

Die Gemeinsame Finanzkommission (GFK) zwischen Land und Kommunen ist nach dem Finanzausgleichsgesetz mit je einem Vertreter oder einem Vertreter des Gemeindetags, des Landkreistags und des Städtetags Baden-Württemberg sowie des Finanzministeriums, des Innenministeriums und des Staatsministeriums besetzt. Sie dient der Gewährleistung des verfahrensmäßigen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung vor Entscheidungen über den kommunalen Finanzausgleich. Die GFK legt dem Landtag und der Landesregierung Empfehlungen zur Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen vor.

**Zumeldung zur  
Pressemitteilung Nr. 193/2021  
des Ministeriums für  
Soziales, Gesundheit und  
Integration  
„Gemeinsame Willens-  
erklärung des Landes und  
der Kassenärztlichen  
Vereinigung  
Baden-Württemberg  
zum Übergang der  
Versorgung mit Impfungen  
gegen das Coronavirus  
auf die niedergelassene  
Ärzterschaft“  
vom 29. September 2021**

Zum angekündigten Übergang der Versorgung mit Impfungen gegen das Coronavirus auf die niedergelassene Ärzteschaft äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Als Landkreise begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Corona-Impfungen ab 1. Oktober in die Regelversorgung durch die niedergelassene Ärzteschaft übergehen. Die Impfzentren waren immer nur für eine Übergangsphase gedacht gewesen, um dem anfänglich heiklen Umgang mit dem Impfstoff gerecht zu werden und eine schnellstmögliche flächendeckende Impfung zu gewährleisten. Zur generellen Rückkehr in die Normalität gehört es jetzt freilich, dass auch die Corona-Schutzimpfungen hauptverantwortlich von denen vorgenommen werden, die auch sonst die Impfungen durchführen. Das ist auch eine Chance. Denn im Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient lassen sich mögliche Unsicherheiten im Hinblick auf die Impfungen am besten überwinden. Wir gehen auch davon aus, dass mit der anfangs flankierenden Unterstützung

durch das Land eine flächendeckende Impfversorgung durch die niedergelassene Ärzteschaft sichergestellt werden kann – auch für Menschen, die derzeit noch nicht hausärztlich versorgt werden. Wir vertrauen insoweit auf die Zusagen der Kassenärztlichen Vereinigung.“

**Landkreise bekennen  
sich hundertprozentig  
zu Klimaschutzzielen  
vom 13. Oktober 2021**

**Landkreistagspräsident Walter:  
Grundfinanzierung der regionalen  
Energieagenturen unbedingt absichern**

„Ich freue mich, dass pünktlich zur Verabschiedung des neuen Klimaschutzgesetzes jetzt alle 35 Landkreise in Baden-Württemberg dem Klimaschutzpakt zwischen Land und Kommunalen Landesverbänden beigetreten sind. Dass die Landkreise sich hundertprozentig zu den gemeinsamen Klimaschutzzielen bekennen, ist ein deutliches Signal auch in Richtung der Landesregierung“, erklärte Landkreistagspräsident Joachim Walter. Mit dem von Umweltministerium Baden-Württemberg und Kommunalen Landesverbänden im Jahr 2015 erstmalig aufgelegten Klimaschutzpakt verfolgen die Partner unter anderem das Ziel, bis zum Jahr 2040 in Baden-Württemberg weitgehend klimaneutrale Kommunalverwaltungen zu erreichen. „Es ist durchaus ambitioniert, was wir uns hier vorgenommen haben; aber wir halten es für machbar und im Hinblick auf die zunehmende Klimaerwärmung auch für geboten“, so Joachim Walter. „Die Kreisverwaltungen beschäftigen sich bereits seit Jahren mit der Frage, wie sie den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren und ihr Handeln nachhaltiger ausrich-

ten können. Hier konnten wir in den vergangenen Jahren bereits viel erreichen, müssen jetzt aber nochmals eine ordentliche Schippe drauflegen“, betonte Walter.

Durch einen Beitritt zum Klimaschutzpakt profitieren Landkreise, Städte und Gemeinden von deutlich erhöhten Fördersätzen bei den Landesprogrammen „Klimaschutz Plus“ und „KLIMOPASS“. Mit „Klimaschutz Plus“ fördert das Land beispielsweise die energetische Sanierung von Schulgebäuden, während „KLIMOPASS“ Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel unterstützt. „Wir sind dem Land dankbar, dass die Fördermittel für die beiden erfolgreichen Landesprogramme in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht wurden“, erläuterte Landkreistagspräsident Walter. Damit unterstütze das Land die Landkreise, Städte und Gemeinden darin, konsequent in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren. Hier müsse es aber auch weitergehen, denn die Kommunen benötigten eine nachhaltige finanzielle Förderung in Sachen Klimaschutz. „Dabei ist darauf zu achten, dass die Förderung nicht zu kleinteilig gestaltet wird, denn eine Klimaschutz-Projektitis ist wenig zielführend“, unterstrich Walter.

„Besonders wichtig ist uns, dass die regionalen Klimaschutz- und Energieagenturen gestärkt werden, denn sie bringen durch die Beratung von Bürgerschaft, Wirtschaft und Kommunen die Klima- und Energiewende vor Ort praktisch voran. Andere Bundesländer beneiden uns für das flächendeckende Agenturnetz. Daher muss ihre Grundfinanzierung im Rahmen der Klimaschutzoffensive des Landes unbedingt abgesichert werden“, betonte Landkreistagspräsident Walter.

**Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur Pressemitteilung Nr. 221/2021 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg „Änderung bei Fall- und Kontaktpersonenmanagement in den Gesundheitsämtern / Positiv auf das Coronavirus getestete Personen werden nicht mehr routinemäßig kontaktiert“ vom 5. November 2021**

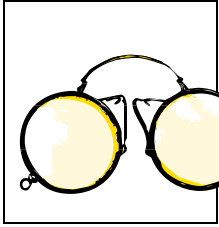
Zu der heute vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration verkündeten Weiterentwicklung des Fall- und Kontaktpersonenmanagements erklärt der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis von Komorowski:

„Der Landkreistag begrüßt die heute vom Sozialministerium bekanntgegebene Weiterentwicklung des Fall- und Kontaktpersonenmanagements. In der

aktuellen Situation ist es gut und richtig, wenn die Gesundheitsämter ihre begrenzten Personalressourcen noch stärker als bisher auf konkrete Ausbruchsgeschehen und vulnerable Personengruppen etwa in Alten- und Pflegeheimen konzentrieren können. Wir bewerten es als ausgesprochen positiv, dass das Sozialministerium die Strategie beim Fall- und Kontaktpersonenmanagement, wann immer nötig, mit großer Vor- und Umsicht an sich ändernde Lagen anpasst und sich dabei eng abstimmt.

In diesem Zusammenhang ist es auch ein wichtiges Signal, dass das Land die Gesundheitsämter bereits im nächsten Haushalt personell massiv stärken wird. Der Haushaltsentwurf sieht hier deutliche, aber auch dringend erforderliche Verstärkungen vor. Die Landesregierung kommt hier nicht nur ihren Verpflichtungen aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst nach. Sie macht zugleich deutlich, dass sie die richtigen Lehren aus der Pandemie zieht, indem sie die Gesundheitsämter fit macht für künftige Herausforderungen.“





## PERSONALIEN

### **Dr. Christian Dusch zum neuen Landrat des Landkreises Rastatt gewählt**

Der Kreistag des Landkreises Rastatt hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 2021 den 42-Jährigen Dr. Christian Dusch mit 31 von 59 Stimmen zum neuen Landrat gewählt. Der bisherige Direktor des Regionalverbands Südlicher Oberrhein hat sein Amt am 1. Dezember 2021 angetreten. Sein Vorgänger, Landrat Toni Huber, war im Mai 2021 im Alter von nur 56 Jahren viel zu früh verstorben.



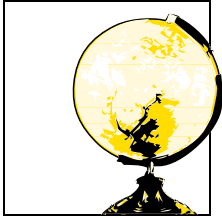
Quelle: Privat

### **Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel ist Erster Stellvertreter der Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände**

Die Mitgliederversammlung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hat in ihrer Sitzung am 12. November 2021 einstimmig Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Landrat des Landkreises Rottweil, Vizepräsident des Landkreistags Baden-Württemberg und Vorsitzender des Vorstands des Kommunalen Arbeitgeberverbands Baden-Württemberg, zum Ersten Stellvertreter der Präsidentin gewählt.



Quelle: Landratsamt Rottweil



# SPEKTRUM

## Bildung

### **Landkreis Ludwigsburg: Lernförderprogramm „Study4future“ für neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler – Unterstützung bei der sprachlichen und schulischen Entwicklung – Stiftung der Kreisspar- kasse Ludwigsburg fördert das Projekt**

Das Lernförderprogramm „Study4future“ für neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler hat der Landkreis Ludwigsburg in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt Ludwigsburg und der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg ins Leben gerufen. Ziele des Programms sind, den Unterrichtsstoff nachzuholen, der während der coronabedingten Schulschließungen versäumt wurde, Deutschkenntnisse zu vertiefen, die Lernmotivation zu steigern und somit die Chancen auf eine erfolgreiche Zukunft zu erhöhen. Das Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Vorbereitungs-Klassen (VKL-Klassen) und der Regelklassen, die in der Vergangenheit eine VKL-Klasse besucht haben.

Die Teilnahme an dem Projekt „Study4future“ wird von den Klassenlehrerinnen beziehungsweise Klassenlehrern in Abstimmung mit den Fachlehrkräften denjenigen ehemaligen oder aktuellen Schülerinnen und Schülern der VKL-Klassen empfohlen, die nach ihrer Einschätzung eine zusätzliche qualifizierte Förderung benötigen.

Das Lern- und Förderangebot wird zudem durch Elternarbeit ergänzt: Eltern von Schülerinnen und Schülern, die am „Stu-

dy4future“-Programm teilnehmen, werden bei einem Informationsabend für Eltern über das deutsche Schulsystem, die Durchlässigkeit des Schulsystems sowie Studien- und Berufsausbildungsfinanzierungsmöglichkeiten informiert, um so adäquate Entscheidungen in Bezug auf die Bildungszukunft ihrer Kinder treffen zu können. Die Elternabende finden in Kooperation mit der Elternstiftung Baden-Württemberg statt.

Die Förderlehrkräfte sind Studierende der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Den Studierenden wird durch ihre Tätigkeit beim „Study4future“-Programm die Gelegenheit geboten, Praxiserfahrung zu erwerben und ihre Kompetenzen zu erweitern, außerdem erhalten sie eine Aufwandsentschädigung. Darüber hinaus haben die Studierenden die Möglichkeit, ihre studentische Lehrtätigkeit im Rahmen des Projekts als Blockpraktikum beziehungsweise Professionalisierungspraktikum anrechnen zu lassen.

Gefördert wird das Projekt von der Stiftung Jugendförderung, Arbeit und Soziales der Kreissparkasse Ludwigsburg. Im Schuljahr 2020/21 betrug die Förderung 15.000 Euro, im Schuljahr 2021/22 40.000 Euro.

Das Projekt ist im Schuljahr 2020/21 erfolgreich in neun Schulen im Landkreis Ludwigsburg gestartet und hat viel Zuspruch bei den teilnehmenden Schulen, den studentischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bekommen. Insgesamt nahmen 93 Schülerinnen und Schüler sowie 20 Schülergruppen teil. Im Rahmen von Study4Future hatten sie 37 wöchentliche

Unterrichtseinheiten à 45 Minuten. Unterrichtet wurden Deutsch und Mathematik, zudem gab es eine Unterstützung bei Hausarbeiten und GSF (Gleichwertige Feststellung von Schülerleistungen) in allen Fächern. Im Schuljahr 2021/22 haben an Study4future 17 Schulen im Landkreis Ludwigsburg und 20 studentische Lehrkräfte teilgenommen.

„Der Bedarf von Kindern in VKL-Klassen an Lern- und Sprachförderung hat sich durch die zweite Schulschließung während der Corona-Pandemie enorm verstärkt. Ich freue mich, dass wir durch die äußerst großzügige Spende der Stiftung Jugendförderung, Arbeit und Soziales der Kreissparkasse Ludwigsburg das Projekt im Schuljahr 2021/22 von neun auf 17 teilnehmende Schulen ausweiten konnten und noch mehr Schülerinnen und Schüler aus zugewanderten Familien von dem Projekt profitieren können. Der Zuspruch der teilnehmenden Schulen ist enorm. Viele hätten ohne das Projekt Study4future keine Möglichkeit gefunden, neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern in ihrer sprachlichen und schulischen Entwicklung zusätzlich zum Schulunterricht zu unterstützen. Die Zusammenarbeit der Schulen mit den Studierenden klappt sehr gut und die Schülerinnen und Schüler machen im Förderunterricht gute Fortschritte. Das zeigt, dass Study4future im Landkreis Ludwigsburg die richtige Antwort auf die coronabedingten Lern- und Sprachdefizite von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern war“, sagt Landrat Dietmar Allgaier.

## Digitalisierung

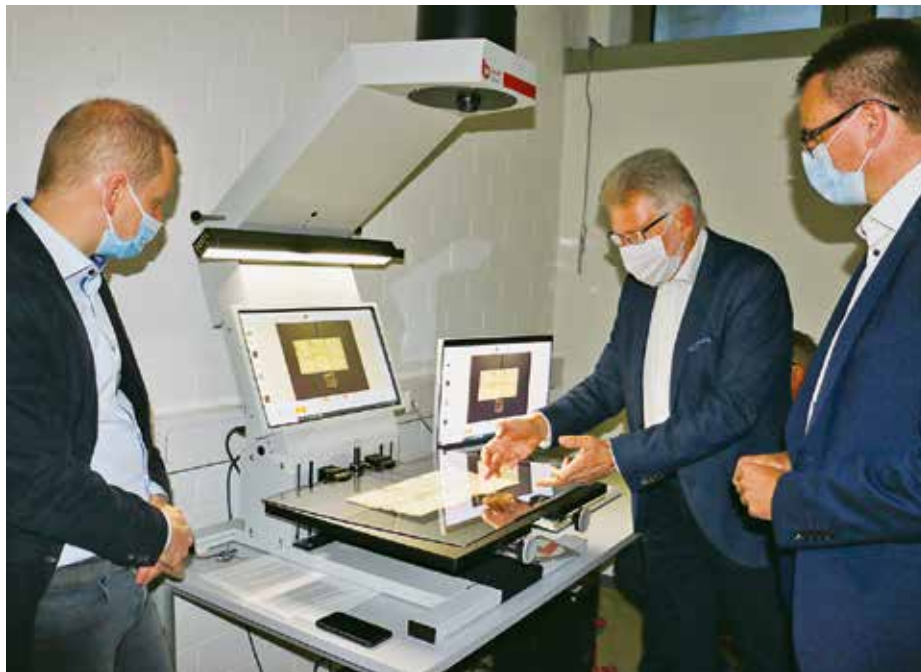
### Archiv des Ostalbkreises setzt neuen Impuls zur Digitalisierung und Veröffentlichung seiner Bestände

Die Digitalisierung macht auch vor den Archiven nicht halt. Seit kurzem verfügt das Kreisarchiv des Ostalbkreises über einen hochmodernen Buchscanner, mit dem sich ganz neue Möglichkeiten eröffnen. Landrat Dr. Joachim Bläse ließ sich bei der Inbetriebnahme von Kreisarchivar Uwe Grupp und Armin Teuchert von der Firma book2net informieren.

Die Bedienung des Geräts geht leicht von der Hand, wie Teuchert demonstrierte. Er legte einen der stattlichen Bände mit Kreistagsprotokollen auf die Buchwippe, richtete das Buch anhand der Live-Vorschau aus und drückte den Auslöser. „Ein Scansvorgang braucht weniger als 0,3 Sekunden. Über die professionelle Scansoftware lässt sich das Ergebnis ganz nach Wunsch anpassen. Seitentrennung, Kontrast, Bildformat – alles lässt sich bequem über den eingebauten Touchscreen regeln“, so der Fachmann.

Landrat Dr. Bläse zeigte sich sehr ange-tan. „Dies ist der Startschuss für ein umfangreiches Digitalisierungsprogramm im Kreisarchiv. Ganz besonders freut es mich, dass die Anschaffung des Scanners über das Digitalprogramm „Wissens-Wandel“ des Deutschen Bibliotheksverbands gefördert wurde.“ Dies sei ein wichtiges Signal für den Stellenwert, den Archive in unserer Gesellschaft einnehmen, zumal auch sie von den Auswirkungen der Corona-Pandemie getroffen wurden. „Hier wird historische Grundlagenarbeit gemacht, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt“, so der Landrat weiter.

Kreisarchivar Uwe Grupp ergänzte: „Zu unseren wichtigsten Aufgaben gehört die Aufbereitung und Nutzbarmachung des Archivguts; daher setzen wir beim Thema Digitalisierung konsequent auf



Kreisarchivar Uwe Grupp (links) und Armin Teuchert (Mitte) zeigen Landrat Dr. Bläse die Einsatzmöglichkeiten des neuen Scanners.

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

Open Access – auf den freien und unkomplizierten Zugang zu historischen Informationen.“

Armin Teuchert erläuterte die Besonderheiten des Geräts weiter: „Der Scanner verfügt über einen Flächensensor mit 71 Megapixeln, der Scans in höchster Qualität liefert.“ Für die Fachwelt von Interesse ist auch die mitgelieferte OCR-Software zur Texterkennung. Damit werden die gescannten Dokumente im Volltext durchsuchbar. „Dies ist heute unverzichtbarer Standard und eine große Erleichterung, gerade bei umfangreichen Recherchen.“

„Wir werden unsere Bestände systematisch erschließen und geeignetes Material regelmäßig online bereitstellen“, verspricht der Kreisarchivar. Ein erstes Digitalisierungsprojekt konzentriert sich auf Unterlagen aus der Zeit von 1943 bis 1953. Das Material zum Thema „Krieg und Neuanfang“ soll thematisch aufbereitet und online nutzbar gemacht werden. Dies soll eine Anregung sein, sich mit der Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen, für den Geschichtsunterricht oder für eigene heimatkundliche Recher-

chen. Weitere Themen sind in Vorbereitung.

Der Scanner soll aber nicht nur für die Bestände des Kreisarchivs eingesetzt werden, wie der Kreisarchivar ausführte: „Auch in den Gemeindearchiven des Ostalbkreises schlummern zahlreiche unerschlossene Unterlagen. Hier bietet sich eine große Chance, über gemeinsame Projekte bisher unbekanntes Quellenmaterial ans Licht zu holen und frei verfügbar zu machen.“

Darüber hinaus sollen auch die Nutzerinnen und Nutzer vor Ort von der modernen Technik profitieren. Gegen eine geringe Gebühr können Scans aus den Archivbeständen auf Anfrage erstellt werden. Das Kreisarchiv hat damit eine ganze Reihe von digitalen Angeboten im Programm, die künftig noch weiter ausgebaut werden.

Weitere Informationen zum Thema:

<http://www.kreisarchiv.ostalbkreis.de/>  
(Homepage des Kreisarchivs)

<https://ostalbm.hypotheses.org/>  
(OSTALBum – Gemeinsames Blog der Kommunalarchive im und um den Ostalbkreis)

Europa

**„Ohne Geld aus Brüssel geht es nicht“ –  
Wie beeinflusst Europa die  
Landwirtschaft auf der Ostalb?  
Dieser Frage ging am Montag,  
18. Oktober 2021, eine Podiumsdiskussion  
des EUROPoint Ostalb  
im Landratsamt in Aalen nach.**

Ende Juni einigten sich die europäischen Institutionen auf eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). In seiner Begrüßung wies Landrat Dr. Joachim Bläse darauf hin, dass mit der neuen GAP mehr Umweltschutz verwirklicht werde, diese aber gleichzeitig den Landwirten im globalen Wettbewerb auch hohe Anforderungen auferlege.

Ministerialdirektorin Grit Puchan vom Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg stellte in ihrer Einführung dar, dass zukünftig ein deutlich höherer Teil der Gelder für Landwirte an umweltfreundliche Maßnahmen geknüpft sein wird. Die neue GAP gehe dabei Hand in Hand mit dem baden-württembergischen Biodiversitätsstärkungsgesetz,

das zeige, dass Landwirtschaft und Naturschutz keine Gegensätze sind. Viele Umweltmaßnahmen, die mit der neuen GAP nun europaweit gelten, seien in Baden-Württemberg schon heute Standard, sodass die Reform zu einer Angleichung von Produktionsbedingungen führe. Bei Lebensmitteln aus Baden-Württemberg handele es sich um Top-Produkte in höchster Qualität und mit hohen Umweltstandards.

In der anschließenden Diskussion verdeutlichte Hubert Kucher, Vorsitzender des Bauernverbands Ostalb-Heidenheim, dass rund die Hälfte des Einkommens landwirtschaftlicher Betriebe aus europäischen Agrarsubventionen stamme. Diese Abhängigkeit zeige auch, dass man in der Landwirtschaft heute nicht mehr von der Produktion alleine leben könne. Er kritisierte dabei die Marktmacht der vier großen Lebensmitteleinzelhändler in Deutschland, die der Landwirtschaft ihre Bedingungen auferlegen würden.

Hier hakte Robert Gampfer, Referent für Umwelt und Landwirtschaft von der Europäischen Kommission in Berlin, ein: Die Europäische Kommission mache sich mit der Strategie „Vom Hof auf den

Tisch“ daran, das Lebensmittelsystem zu modernisieren und insbesondere die Position der Landwirtschaft im Marktgefüge zu stärken. Er verdeutlichte zudem, dass die EU-Agrarsubventionen ein Ausgleich der Leistung der Landwirte für mehr Biodiversität seien – eine Dienstleistung, die über den freien Markt nicht vergütet werde.

Professorin Dr. Christine Wieck von der Universität Hohenheim erklärte, dass die Lebensmittelpreise am Weltmarkt gebildet würden und die Landwirte für den Lebensmitteleinzelhandel quasi austauschbar seien. Die deutschen Konsumenten seien im Vergleich besonders für Tierwohl und Umweltschutz sensibilisiert. Diese gesellschaftlichen Strömungen nehme zunehmend der Einzelhandel auf und bestelle die entsprechenden Produkte, worauf insbesondere die deutsche Landwirtschaft reagieren müsse – wobei der Handel eventuellen Mehrbedarf aus andere Ländern mit weniger hohen Standards zukaufe.

Angesichts dieses hohen Einflusses des Lebensmittelhandels auf den Verdienst und die Produktionsbedingungen der Landwirte appellierte Ministerialdirektorin Puchan an die Verbraucherinnen und Verbraucher, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und regional einzukaufen. Nur so wisse man, was man auf dem Teller habe und Sorge für Wertschöpfung direkt vor Ort.

Die Fragen aus dem Publikum belebten die Debatte noch weiter und griffen zusätzliche Themen auf wie den Export von überproduzierten Lebensmitteln nach Afrika, der Möglichkeit von Umweltgebühren für in die EU eingeführte Produkte oder dem forcierten Ausbau von Biobetrieben.

Die Veranstaltung wurde hybrid organisiert und so verfolgten neben dem Publikum vor Ort über 100 Gäste die Diskussion über den digitalen Live-Stream.

Der EUROPoint Ostalb in der Trägerschaft des Ostalbkreises gehört zum EUROPE DIRECT Netzwerk der Europäischen Kom-



V. r. n. l.: Landrat Dr. Joachim Bläse und die Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn, mit den Podiumsgästen Robert Gampfer, Ministerialdirektorin Grit Puchan, Hubert Kucher und Prof. Dr. Christine Wieck.

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis



mission und ist vor Ort Ansprechpartner für alle Themen und Fragen rund um die Europäische Union. Informationen zu den vielfältigen Angeboten des EURO-Point Ostalb finden sich unter [www.europoint-ostalb.de](http://www.europoint-ostalb.de).

## Feuerwehr

### Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald: Leuchtturm in Sachen Feuerwehrausbildung im Land – Neue regionale Feuerwehrrübungs- anlage, kurz Füba, nimmt im Gewerbepark Breisgau Betrieb auf

Die neue gemeinsam regionale Feuerwehrrübungsanlage von Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und Stadt Freiburg im Breisgau hat nun ihren Betrieb aufgenommen. Im Rahmen eines Festakts auf dem Gelände des Gewerbeparks Breisgau haben Staatssekretär Wilfried Klenk vom Ministerium des Inneren, Landrätin Dorothea Störr-Ritter und Oberbürgermeister Martin Horn den offiziellen Startschuss für die Anlage gegeben.

Die Kosten für die neue Anlage liegen bei rund 7,5 Millionen Euro, finanziert vom Kreis Breisgau-Hochschwarzwald mit der Stadt Freiburg als interkommunales Projekt und vom Land mit mehr als 3,4 Millionen Euro unterstützt.

Rund 3.000 Feuerwehrfrauen und -männer jährlich, auch von den Feuerwehren der benachbarten Landkreisen Emmendingen und Lörrach, können künftig die hervorragenden Möglichkeiten der neuen „Füba“ für ihre Ausbildungszwecke in Abend- und Wochenendveranstaltungen nutzen. Über einhundert ehrenamtliche Ausbilder aus den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und der Stadt Freiburg konnten dafür begeistert werden, künftig ihr Wissen in rund fünfzig verschiedenen Veranstaltungsmodulen weiterzugeben. Die



Offizieller Startschuss der Übungsanlage. V.l.n.r.: Landrätin Dorothea Störr-Ritter, Staatssekretär Wilfried Klenk, Oberbürgermeister Martin Horn, Feuerwehrkommandant Ralf-Jörg Hohloch und Kreisbrandmeister Alexander Widmaier

Quelle: Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald

Abstimmung des Lehrangebots erfolgte in intensivem Austausch mit der Feuerwehr Freiburg, den Ausbildern im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und mit Vertretern der Landesfeuerwehrschule.

„Die Anlage stellt als Leuchtturmprojekt eine passgenaue Erweiterung zum Angebot der Landesfeuerwehrschule dar“, sagte der Staatssekretär im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, Wilfried Klenk, anlässlich der feierlichen Einweihung. „Jeder Euro, der in die Feuerwehrausbildung investiert wird, dient unserer Sicherheit. Praxisnahe Ausbildung schafft Handlungssicherheit und kann Unfälle im Einsatz verhindern“, so der Staatssekretär weiter.

Landrätin Dorothea Störr-Ritter ist sich sicher: „Diese Übungsanlage ist zukunftsweisend für die Aus- und Fortbildung der Feuerwehren. Mehr noch: Sie wird mit all ihren angebotenen Möglichkeiten für einen Motivationsschub bei den Feuerwehrangehörigen sorgen. In ihrer Art ist sie die bislang einzige in Baden-Württemberg und vorbildhaft, was Realübungen und Ausbildungsmodulen betrifft. Die neue Füba ist ein weiteres

Meisterstück der Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis“ unterstrich Oberbürgermeister Horn.

Die Füba ist das erste Trainings- und Ausbildungszentrum außer der Landesfeuerwehrschule, die alle Möglichkeiten der Ausbildung bietet, wie sie heutige Einsatzszenarien erfordern. Es gibt ein Brandhaus für die Heißausbildung mit rauch- und rußbildenden Holzfeuern bis hin zum sogenannten Flashover, der explosionsartigen Ausbreitung von Feuer. Auf einem Freigelände stehen unter anderem eine Schaulanlage, eine Gleisanlage mit Kesselwagen, ein Lastwagen und weitere bauliche Objekte zum breit angelegten Üben zur Verfügung. Auch das Retten von Opfern aus Höhen und Tiefen oder bei Baustellenunfällen kann trainiert werden. Dazu kommen Schulungsräume und weitere Funktionsräume.

## Jugend

### Landkreis Esslingen: Ein Jahr Gruppe für Geschwister von Kindern mit Behinderung

Die Geschwister von Kindern mit chronischer Erkrankung oder Behinderung befinden sich in einer besonderen Lebenssituation. Extra für sie haben vor gut einem Jahr die Lebenshilfe Esslingen und die Psychologische Beratungsstelle für Familie und Jugend des Landkreis Esslingen eine Gruppe in Esslingen am Neckar ins Leben gerufen. Dank vielfältiger kreativer und flexibler Distanz-Angebote und virtueller Treffen ist die Gruppe gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Seit Juni 2021 treffen sich die Kinder im Alter von sieben bis 12 Jahren wieder in Präsenz einmal im Monat an einem Freitagnachmittag in Räumen der Offenen Hilfen in der Flandernstraße. Die Leitung der Gruppe hat die Klinische Heilpädagogin Laura Holzer.

Bei den Treffen stehen die Kinder mit ihren ganz eigenen Wünschen, Anliegen und Fragen im Mittelpunkt. In den Familien passen sie sich häufig an die besonderen Bedürfnisse ihrer Geschwister mit chronischer Erkrankung oder Behinderung an. In der Gruppe können die Kinder sich über ihre Erfahrungen und ihre Lebenswelt austauschen und fühlen sich verstanden. Das Gefühl stärkt die Kinder, nicht allein in dieser Situation zu sein. Daneben geht es auch darum, gemeinsam Spaß zu haben, wie beispielsweise kürzlich bei einer gemeinsamen Stadtführung zum Thema „Märchen und Sagen“. Es geht genauso darum, eigene Fähigkeiten und Stärken kennenzulernen sowie Gefühle und Bedürfnisse wahrzunehmen und auszudrücken. In der Gruppe können sich die Kinder selbstwirksam und selbstbewusst erleben. Die Resonanz auf das Angebot ist sehr positiv. Eine Mutter fasst die Erfahrungen stellvertretend zusammen: „Meine Tochter ist begeistert von den Treffen. Es tut

ihr gut in der Gruppe zu erleben, dass es anderen Kindern auch so geht wie ihr und sie sich nicht für die Situation mit ihrem Geschwister erklären muss.“

Weitere Informationen unter [www.lebenshilfe-esslingen.de](http://www.lebenshilfe-esslingen.de), [www.landkreis-esslingen.de](http://www.landkreis-esslingen.de) (Suchbegriff: Geschwistergruppe) oder direkt bei der Lebenshilfe Esslingen e.V., Flandernstraße 49, 73732 Esslingen, Telefon 0711 9378812 oder bei der Psychologische Beratungsstelle für Familie und Jugend, Pulverwiesen 11, 72728 Esslingen, Telefon 0711 42671.

### Schwarzwald-Baar-Kreis: Kinder werden zu Waldprofis

Bei goldener Herbstsonne fand der Auftakt des kreisweiten Waldprofipasses statt. Waldprofi kann jedes Kind werden. Jule Martin und Nora Parschau haben dafür die Anforderungen erfüllt. Es braucht dafür nur einen Pass und Lust mit Förstern mehrmals in den Wald zu gehen. Kommt ein Kind drei Mal in den Wald, wird es Waldexperte. Als Ansporn weiterhin zu kommen, gibt es dafür ein kleines Geschenk. Wurde insgesamt

sechs Mal bei einer Veranstaltung mit den Förstern des Schwarzwald-Baar-Kreises der Wald erforscht, ist man Waldprofi.

Doch wozu das Ganze? Je öfter die Kinder mit dem Forstamt entdeckend und forschend im Wald unterwegs sind, desto bewusster nehmen sie diesen wertvollen Lebensraum wahr. „Unser Anliegen ist es, spielerisch miteinander den Wald hautnah zu erleben. Diese persönlichen Erlebnisse dürfen dazu führen, dass wir uns in unserem alltäglichen Handeln für den Wald entscheiden. Wenn wir das mit unseren Waldprofis erreichen, sind wir mehr als zufrieden“, so Tom Ekert, Waldpädagoge und Förster. Die Idee des Waldprofipasses lag ursprünglich bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Als diese die Aktion einstellte, waren sich die Mitarbeitenden des Forstamtes schnell einig, dass man die Kinder mit vollen Waldprofipässen nicht hängen lassen will. Kurzerhand wurde ein eigenes regionales System aufgestellt.

Damit das funktioniert, braucht es Unterstützer. Finanziert wird der Waldprofipass über Spendengelder. Mit der Emil-



V. l. n. r.: Tom Ekert, Förster und Waldpädagoge, Stefanie Martin, Mutter, Frieder Dinkelaker, Kreisforstamtsleiter, Nora Parschau, Waldprofi, Jule Martin, Waldprofi, Rainer Frei, Emil-Frei Stiftung, Marisa Schwenninger, Försterin und Waldpädagogin, Johannes von Stemm, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und Stefanie Kramer, Kommunikationsdesignerin des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis

Quelle Sabrina Kwidzinski



Frei-Stiftung, der Umwelt und Bildung am Herzen liegt, fand sich schnell ein Mitstreiter. Und auch Bromberger Packungen war gleich mit dabei. Der Ursprung ihrer Produkte ist der Wald. Die Nachhaltigkeit ist somit automatisch ein Thema für das Unternehmen. Die Spendenverwaltung übernimmt der Kreisverband Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Ihm obliegt die Abwicklung der Finanzierung: zum Beispiel die Verwaltung der Spendengelder oder die Finanzierung der Preise an die Beteiligten.

Auf jeden Waldprofi wartet am Ende ein Preis. Es kann aktuell ausgewählt werden zwischen Lamatrekking mit den Geländespielern in Bräunlingen oder einer Fahrt mit der Sauschwänzlebahn in Blumberg. Wer lieber Ponys reiten möchte, kann in Schönwald auf dem Reinertonshof auf seine Kosten kommen. Tolle Workshops bietet außerdem der Verein Ago in Hubertshofen an: Ob Baumentdecker, Gartendetektiv oder wilde Mädchen – es sollte für jeden etwas dabei sein. Das Forstamt ist dabei, weitere regionale Aktionen zu engagieren.

Der Start des regionalen Waldprofipass-Konzeptes wurde gefeiert. Alle Beteiligten gestalteten ihren Wunsch-Wald in Kleinformat. Selbstverständlich war bei den Kindern Jule und Nora auch ein Spielplatz im Wald mit dabei. Sie bekamen außerdem im Rahmen der Veranstaltung ihre Urkunde als Waldprofi verliehen. „Wir hoffen auf viele weitere Kinder, die ihre Chance ergreifen und mit unseren Försterinnen und Förster in den Wald kommen. Ob mit dem Kinderferienprogramm oder mit der Schulklasse – es gibt viele Möglichkeiten mit uns den Wald zu erleben“, so Frieder Dinkelaker, Kreisforstamtsleiter. Munter ging es beim Wasserkochen über dem eigenen Feuer zu, bevor man bei selbstgemachtem Apfelpunsch und Tee, den Wald und gemeinsame Gespräche genoss.

## Mobilität

### Landkreis Karlsruhe: Ausgezeichnet mobil – Projekt „myShuttle Marxzell“ gewinnt im Bundeswettbewerb „Mobil in ländlichen Räumen“

Ein gutes Konzept und die passende Herangehensweise – „MyShuttle Marxzell“ macht es richtig. Am 28. Oktober 2021 wurde das Projekt für die gelungene Kooperation zur Verbesserung der Mobilität im Wettbewerb „Gemeinsam erfolgreich. Mobil in ländlichen Räumen“ ausgezeichnet. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung hatten den Wettbewerb initiiert.

Mobil zu sein ist Voraussetzung, um am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, jedoch ist ein attraktives Mobilitätsangebot gerade in ländlichen Räumen eine große Herausforderung. Wie dies gelingen kann, hat der Landkreis Karlsruhe erkannt und zusammen mit seinen Kooperationspartnern Karlsruher Verkehrsverbund (KVV), Albtal-Verkehrsgesellschaft, Taxi

Holl, dem Softwareanbieter und Breitbandkabelgesellschaft des Landkreis Karlsruhe mit MyShuttle in Marxzell ein beispielgebendes Angebot realisiert, das am 2. Juni 2020 erfolgreich in Betrieb ging.

Bei MyShuttle in Marxzell handelt es sich um sogenannte On-Demand-Verkehre. Elektrisch angetriebene Fahrzeuge verkehren je nach Bedarf auf Bestellung der Fahrgäste zwischen virtuellen Haltestellen. Diese Haltestellen befinden sich in einem Abstand von 250 Metern zueinander und sind nicht nur an Bus- und Bahnhaltepunkten, sondern u.a. auch vor Hauseinfahrten verortet. Fahrten können über die KVV-Apps oder telefonisch gebucht werden. Um eine optimale Buchung per Smartphone zu gewährleisten, wurde mithilfe der Breitbandkabelgesellschaft zusätzlich ein öffentliches WLAN-Netz errichtet. Die Ticketpreise und -optionen orientieren sich an den Tarifbestimmungen des Karlsruher Verkehrsverbund. Durch MyShuttle wird die Bevölkerung in Marxzell auch in Randzeiten, also abends und am Wochenende, wenn keine Busse mehr verkehren, optimal an das ÖPNV-Angebot bzw. das „Karlsruher Modell“ mit seinen Stadtbahnen angebunden.



V.l.n.r.: Ulrich Edelmann (moovel), Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, Olaf Strottkötter (KVV), Benjamin Bock (AVG) und Bürgermeisterin Sabrina Eisele (am Steuer) bei der Inbetriebnahme von MyShuttle Marxzell im Juni 2020.

Quelle: Landratsamt Karlsruhe

Eine Jury mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Forschung, Verkehr und Verwaltung hatte aus 45 Bewerbungen die 20 besten in Kooperation umgesetzten Mobilitätsprojekte ausgewählt. Dr. Markus Kerber, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, lobt das Engagement der Gewinnerinnen und Gewinner: „Die im Wettbewerb ausgezeichneten Kooperationsprojekte gehen voran und zeigen bundesweit, wie Mobilität aussehen kann! Hier ist die Zukunft schon in die Praxis eingezogen. Das wollen wir würdigen und wir wollen zum Nachahmen animieren!“ Auch Landrat Dr. Christoph Schnaudigel zeigte sich erfreut über eine erneute Auszeichnung. „Wir befinden uns auf dem richtigen Weg und diesen gilt es nun weiter konsequent voranzuschreiten.“

Das Projekt MyShuttle Marxzell und die anderen Gewinnerprojekte werden im Online-Nachschlagewerk für Mobilitätslösungen Mobilikon unter [www.mobilikon.de](http://www.mobilikon.de) vorgestellt.

„Die erfolgreich umgesetzten Kooperationsprojekte können auch in anderen Kommunen Schule machen“, ergänzt der Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Dr. Markus Eltges. „Mobilikon zeigt an diesen und vielen weiteren Beispielen, wie solche Maßnahmen die Mobilität vor Ort verbessern. Das Online-Nachschlagewerk beschreibt die Maßnahmen sehr anschaulich, um Verantwortliche in Kommunen bei der Umsetzung ähnlicher Projekte zu unterstützen.“

**Main-Tauber-Kreis:  
E-Car- und E-Bike-Sharing-Projekt  
ausgezeichnet – Ministerium und  
Bundesinstitut würdigen Kooperation  
in Bad Mergentheim**

Das E-Car- und E-Bike-Sharing-Projekt in Bad Mergentheim wurde vor kurzem im Wettbewerb „Gemeinsam erfolgreich. Mobil in ländlichen Räumen“ ausgezeichnet. Damit wurden das Konzept, die

Herangehensweise und die gelungene Kooperation gewürdigt, mit der mehrere Partner die Mobilität verbessern möchten. Diese Partner sind die Ansmann AG, das Landratsamt Main-Tauber-Kreis, die Stadt Bad Mergentheim, die Stadtwerk Tauberfranken GmbH, der Verein Taubermobil Carsharing, die Verkehrsgesellschaft Main-Tauber mbH (VGMT) und die Westfrankenbahn. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hatten den Wettbewerb im Programm „Region gestalten“ initiiert.

Mobil zu sein ist Voraussetzung, um am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Um Mobilitätsprobleme zu lösen, sind Kooperationen oft entscheidend, gerade in ländlichen Regionen. Die Projektbeteiligten, der Verein Taubermobil und die VGMT als federführende Organisation für den Landkreis, wissen beides und haben das Gemeinschaftsprojekt unter dem Namen „Taubermobil Car&Bike Sharing“ eingereicht. Durch das Projekt wurde der Service in der Mobilitätszentrale am Bahnhof in Bad Mergent-

heim aufgewertet sowie das bestehende Carsharing-Angebot um ein E-Car- und E-Bike-Sharing erweitert.

Landrat Christoph Schauder zeigt sich erfreut über die Auszeichnung und bedankt sich bei allen Projektpartnern. „Auch an anderen Stellen im Landkreis wollen wir gemeinsam mit regionalen Partnern vergleichbare Projekte umsetzen“, sagt Schauder.

Laut Ursula Mühleck, Verkehrsdezernentin im Landratsamt und VGMT-Geschäftsführerin, sollen mehrere Mobilitätsformen verknüpft und eine personenbediente Beratung angeboten werden. Dadurch soll der Zugang zur E-Mobilität erleichtert und der ÖPNV attraktiver werden.

„Gemeinsam mit Partnern das Kooperationsprojekt ‚Mobilitätszentrale‘ erfolgreich umzusetzen macht Spaß, weil es nicht nur die Mobilität in unserer Region fördert, sondern auch Autofahrern die Elektromobilität nahebringt. Deshalb sind wir auch bei weiteren Projekten gerne mit dabei“, sagt Paul Gehrig, Geschäftsführer der Stadtwerk Tauberfranken GmbH.



**Dorothea Grebbin, Vorsitzende des Taubermobil Carsharing e.V., überreicht den Projektpartnern das Preisgeld für die erfolgreiche Teilnahme an dem Wettbewerb „Gemeinsam erfolgreich. Mobil in ländlichen Räumen“ (von links): Thorsten Haas (VGMT), Ursula Mühleck (Landratsamt Main-Tauber-Kreis), Dorothea Grebbin (Taubermobil Carsharing e.V.) und Steffen Heßlinger (Stadtwerk Tauberfranken).**

Quelle: VGMT



Eine Jury mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Forschung, Verkehr und Verwaltung hatte aus 45 Bewerbungen die 20 besten in Kooperation umgesetzten Mobilitätsprojekte ausgewählt. Dr. Markus Kerber, Staatssekretär im BMI, lobt das Engagement der Gewinnerinnen und Gewinner: „Die im Wettbewerb ausgezeichneten Kooperationsprojekte gehen voran und zeigen bundesweit, wie Mobilität aussehen kann. Hier ist die Zukunft schon in die Praxis eingezogen. Das wollen wir würdigen und zum Nachahmen animieren.“ Das Projekt „Taubermobil Car&Bike Sharing“ und die anderen Gewinnerprojekte werden im Online-Nachschlagewerk für Mobilitätslösungen Mobilikon vorgestellt. Unter den Gewinnerinnen und Gewinnern wurden zusätzlich drei Sonderpreise vergeben: Für die drei besten Projekte wurde jeweils ein Kurzfilm produziert, der den Eintrag auf Mobilikon ergänzt und die Projekte in besonderer Weise würdigt. „Die erfolgreich umgesetzten Kooperationsprojekte können auch in anderen Kommunen Schule machen“, ergänzt der Leiter des BBSR, Dr. Markus Eltges. „Mobilikon zeigt an diesen und vielen weiteren Beispielen, wie solche Maßnahmen die Mobilität vor Ort verbessern. Das Online-Nachschlagewerk beschreibt die Maßnahmen sehr anschaulich, um Verantwortliche in Kommunen bei der Umsetzung ähnlicher Projekte zu unterstützen.“ vgmt

## Soziales

### **Sprachmittlerinnen und Sprachmittler bauen wertvolle Brücken zur Integration – Erfolgreiche Bilanz für ein landesweit einmaliges Projekt im Landkreis Esslingen**

Zum Abschluss des landesweit einmaligen Sprachmittler-Projekts im Landkreis Esslingen waren alle hier tätigen Sprachmittlerinnen und Sprachmittler

auf Ende Oktober nach Esslingen ins Alte Rathaus eingeladen. Vor drei Jahren startete die Landkreisverwaltung das sogenannte Drei-Säulen-Dolmetscherprojekt als einen Baustein der Integrationsarbeit. Die Sozialdezernentin des Landkreises, Katharina Kiewel, sagte: „In unserer Gesellschaft leben Menschen, die der deutschen Sprache nur unzureichend oder überhaupt nicht mächtig sind, die jedoch Teil unserer Gesellschaft sind und aufgrund von sprachlichem Unvermögen nicht ausgeschlossen werden dürfen. Daher ist neben der Sprachförderung die Sprachmittlung wichtig“.

Die Referentinnen Monica Krause, Dolmetscherin und Sprach-Kita-Fachkraft aus dem Landkreis Konstanz und Ulrike Schneck, Fachliche Leitung von refugio Stuttgart e.V., zeigten einmal mehr auf, wie wertvoll Sprachmittlerinnen und Sprachmittler für eine gelingende Integration sind. Sie bauen Brücken zwischen Zugewanderten und der aufnehmenden Gesellschaft, Brücken, auf denen beide Seiten aufeinander zugehen und sich begegnen.

Dabei zielt Sprachmittlung insbesondere auf eine gleichberechtigte und vollwertige Teilhabe bei wichtigen institutionellen Angelegenheiten durch den Abbau sprachlicher Hürden ab. Um die Sprachmittlung im Landkreis auszubauen, wurden weitere ehrenamtliche Sprachmittlerinnen und Sprachmittler gewonnen. Sie beherrschen Deutsch und mindestens eine weitere Sprache, sind zum Beispiel in Kindergärten und Schulen sowie bei Hausarztbesuchen im Einsatz. Sie übersetzen ausschließlich mündlich, sind in der Regel nicht verdient und arbeiten ehrenamtlich. Zur inhaltlichen Vorbereitung auf ihre Aufgabe gibt es eine gezielte Qualifizierung. Im Projektzeitraum gab es alleine in Kitas und Grundschulen rund 400 Einsätze. Inzwischen sind etwa 600 ehrenamtlich engagierte Sprachmittlerinnen und Sprachmittler in den kommunal getragenen Dolmetscherpools der sechs Großen Kreisstädte ehrenamtlich enga-

giert und haben alleine in diesem Jahr schon über 1.000 Einsätze geleistet.

Des Weiteren wurde ein spezieller Sprachmittlerpool für die sechs Psychologischen Beratungsstellen im Landkreis aufgebaut. Hier gibt es inzwischen 40 Sprachmittlerinnen und Sprachmittler mit über 20 Sprachen. Im Laufe des Projekts konnten hier bereits über 90 Einsätze geleistet werden.

Für die Dienststellen der Kreisverwaltung wurde im Rahmen des Projekts eine professionelle telefonische Dolmetscherhotline mit über 70 Anschlüssen eingerichtet.

Die Umsetzung dieses Projektes war durch die Unterstützung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg möglich. Ansgar Lottermann, zuständiger Referatsleiter im Sozialministerium, stellte in seinem Grußwort zur Veranstaltung das vielfältige und gut durchdachte Landkreisprojekt als einmalig im Land heraus. „Einmalig sei das kreisweit flächendeckende Netz an Sprachmittlern, die eine wichtige Arbeit in Alltag und Gesellschaft leisten.“

## Umwelt – Klima

### **Leitstern Energieeffizienz: Stadt- und Landkreise für ihr Engagement im Bereich Energieeffizienz ausgezeichnet**

Umweltministerin Thekla Walker: „Die guten Beispiele in den Kreisen haben Vorbildcharakter und wirken in die Bevölkerung, die Gemeinden und in die Wirtschaft hinein.“

Für ihr Engagement im Bereich Energieeffizienz wurden am 28. September 2021 zahlreiche Stadt- und Landkreise ausgezeichnet. Die Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Thekla Walker überreichte die Preise im „Haus der Architekten“ in Stuttgart. Der erste Preis geht an den Landkreis Rottweil,

Platz zwei an den Landkreis Göppingen. Den dritten Platz belegt die Stadt Freiburg.

31 von 44 Stadt- und Landkreise haben sich mit kreativen Ideen für Energieeffizienz beteiligt – für Ministerin Walker ein „sehr gutes Signal für Baden-Württemberg“. Thekla Walker würdigte den Beitrag der Stadt- und Landkreise für eine erfolgreiche Energiewende. „Die guten Beispiele in den Kreisen haben Vorbildcharakter und wirken in die Bevölkerung, in die Gemeinden und in die Wirtschaft hinein. Sie geben wichtige Impulse und lösen Initiativen aus.“ Gerade bei der Energieeffizienz sei es wichtig, dass alle Akteure Hand in Hand zusammenarbeiten. „Mit dem Leitstern Energieeffizienz wollen wir Sie dabei unterstützen.“

### *Fünf Sonderpreise*

Neben den Hauptpreisen wurden noch fünf Sonderpreise vergeben. Sie gingen an Schwäbisch Hall als bester Kreis bei den messbaren Erfolgen. Mit dem Sonderpreis „Bester Aufsteiger“ wurde der Landkreis Reutlingen ausgezeichnet.

Sonderpreise einer unabhängigen Jury erhielten die Stadt Freiburg für ihre „Energieeffiziente IT“, der Landkreis Böblingen für seine Aktivitäten im Bereich „Nutzersensibilisierung“ sowie die Stadt Karlsruhe für Maßnahmen zur Unterstützung der baden-württembergischen Klimaschutzziele im Verkehr.

Dem Aufruf zum Wettbewerb waren diesmal 31 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg gefolgt – drei mehr als beim letzten Mal und ein Rekord seit Beginn des Wettbewerbs 2014. Erstmals dabei sind neben der Stadt Freiburg die Landkreise Freudenstadt und Sigma- ringen.

Der „Leitstern“ wird alle zwei Jahre von der Landesregierung vergeben. Ziel ist es, dass sich die Stadt- und Landkreise gegenseitig Impulse für mehr Energieeffizienz geben und voneinander lernen. Wegen der Corona-Pandemie wurde die Preisverleihung für den Leitstern 2020 auf dieses Jahr verschoben.

### *Umfangreiche Kriterien zur Bewertung von Energieeffizienz*

Um die Energieeffizienz zu bewerten, hat das Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) einen umfangreichen Kriterienkatalog mit 53 Indikatoren entwickelt. Darin werden unter anderem Kriterien abgefragt wie Energie- und Klimaschutzkonzepte, Monitoring und Energie-Sparmaßnahmen. Zum anderen werden die messbaren Erfolge bei der Energieeffizienz analysiert. Hierzu gehören beispielsweise ein geringer Energieverbrauch der kreiseigenen Liegenschaften, Effizienzaktivitäten von Unternehmen und Haushalten sowie Entwicklungen und Kennzahlen im Verkehrsbereich. Das ZSW gibt zudem Anregungen und Empfehlungen für weitere Verbesserung der Energieeffizienz. Außerdem haben die Städte und Landkreise die Möglichkeit, sich in regelmäßigen Workshops auszutauschen.

„Der Weg zur Klimaneutralität erfordert in vielen gesellschaftlichen Bereichen signifikante Veränderungen, bietet aber auch große Chancen“, sagte Professor Dr. Frithjof Staiß, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des ZSW. „Die Energieeffizienz ist hierfür von zentraler Bedeutung, denn dadurch werden Ressourcen und Kosten eingespart und nicht zuletzt die Lebensqualität vor Ort erhöht. Der Leitstern Energieeffizienz vernetzt und prämiert Kreise, die diese Chance erfolgreich nutzen. Wir freuen uns über das kreative Engagement der Stadt- und Landkreise. Von den Ideen aus dem Wettbewerb und den begleitenden Workshops profitiert ganz Baden-Württemberg.“

### *Die Preisträger*

#### **1. Platz Landkreis Rottweil**

Der Landkreis Rottweil ist ein Leitstern-Teilnehmer der ersten Stunde und damit einer von zwölf Kreisen, die von Anfang an dabei sind. Gleichzeitig arbeitete sich Rottweil mit jedem Wettbewerb weiter

an die Spitze vor. Den ersten Platz verdankt der Kreis sowohl zunehmenden Effizienzaktivitäten als auch messbaren Erfolgen. Dank seines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts, welches regelmäßig überprüft wird, sowie seines vorbildlichen Energiemanagements schneidet Rottweil beim politischen Engagement erfolgreich ab. Die positive Bewertung bei den messbaren Erfolgen ist insbesondere auf die energieeffizienten Liegenschaften sowie die aktiven Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen im Kreis zurückzuführen.

#### **2. Platz Landkreis Göppingen**

Der Sieger der Wettbewerbe 2014 und 2018 schneidet auch im aktuellen Wettbewerb mit Rang zwei erneut sehr erfolgreich ab. Der Landkreis überzeugt insbesondere beim politischen Engagement mit seinem kreiseigenen Klimaschutzkonzept und dem damit verbundenen Monitoringprozess, den Effizienzzielen, dem Energiemanagement sowie der Energieagentur. Bei den messbaren Erfolgen fällt insbesondere die rege Inanspruchnahme von Effizienzförderprogrammen durch kleine und mittelständische Unternehmen auf.

#### **3. Platz Stadtkreis Freiburg**

Der Stadtkreis Freiburg nahm 2020 zum ersten Mal teil und erreicht sogleich den dritten Rang. Das sehr gute Abschneiden ist im besonderen Maße auf die messbaren Erfolge bei der Energieeffizienz zurückzuführen: Freiburg besitzt im Vergleich energieeffiziente Liegenschaften. Zudem werden in der Stadt besonders viele Sanierungsfahrpläne ausgestellt und zugleich viele Förderprogramme rege in Anspruch genommen. Auch werden von den Unternehmen viele E-Lastenräder nachgefragt. Beim politischen Engagement punktet Freiburg vor allem durch sein Klimaschutzkonzept. Auch bei der Wahrnehmung der eigenen Vorbildfunktion schneidet die Stadt im Breisgau erfolgreich ab.

### **Sonderpreis „Bester Kreis bei den messbaren Erfolgen“ – Landkreis Schwäbisch Hall**

Nach 2016 und 2018 hat Schwäbisch Hall erneut mit deutlichem Vorsprung die besten messbaren Erfolge vorzuweisen. Kein anderer Kreis hat so effiziente eigene Liegenschaften, wodurch die eigene Vorbildfunktion besonders gut wahrgenommen wird. Zudem führen die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in großem Umfang Energieeffizienz-Maßnahmen durch. Zusätzlich zu diesen Erfolgen konnte sich der Kreis Schwäbisch Hall auch beim politischen Engagement weiter verbessern.

### **Sonderpreis „Bester Aufsteiger“ – Landkreis Reutlingen**

Von allen Kreisen hat der Landkreis Reutlingen in den letzten Jahren die größten Fortschritte erzielt – dies gilt sowohl für das Punktergebnis als auch für die Gesamtplatzierung. Von einer Platzierung im hinteren Feld gelingt Reutlingen ein großer Sprung in das Mittelfeld. Dies ist zum einen auf weitere Verbesserungen beim politischen Engagement zurückzuführen, im besonderen Maße jedoch auf die messbaren Erfolge: Der Kreis konnte die Energieeffizienz seiner eigenen Liegenschaften deutlich steigern. Auch die Industrie verzeichnet weitere Effizienzfortschritte. Zudem nahmen die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen im Kreis Effizienzförderprogramme in großem Umfang wahr.

### **Stadtkreis Freiburg: Jury-Sonderpreis „Energieeffiziente IT / Green IT“**

Diesen Sonderpreis verdankt Freiburg drei Maßnahmen, die den gesamtheitlichen Ansatz im Kreis verdeutlichen. Mit der Bereitstellung von ThinClients für Standardarbeitsplätze versorgt die städtische IT einen Großteil der Standardarbeitsplätze mit energiesparenden ThinClients. Diese Geräte verbrauchen durch den Verzicht auf Rechenkapazität und lokalen Speicherkapazitäten weniger Energie als Desktop-PCs. Da Thin-

Clients einen gewissen Anteil ihres Energieverbrauchs vom Arbeitsplatz in das Rechenzentrum verlagern, setzte die Stadt Freiburg zur Kompensation eine innovative Kühlung des Rechenzentrums um. Bei dem im Jahr 2017 bezogenen Rechenzentrum im Neubau „Rathaus im Stühlinger“ kommt im Gegensatz zu herkömmlichen Kühlanlagen eine redundante Brunnenkühlung mit zwei Saug- und zwei Schluckbrunnen zum Einsatz, die Kühlleistung ausfallsicher für das Rechenzentrum bereitstellen. Außerdem wird innerhalb des Rechenzentrums die Effizienz der Kühlung noch durch eine Luftzufuhr über den Doppelboden in eingehauste Kaltgänge erreicht. Abgerundet wird der Maßnahmenmix durch das Druckerkonzept von Arbeitsplatzdruckern zu zentralen Multifunktionsdruckern, wodurch die Anzahl an Druckern in der Stadtverwaltung deutlich reduziert werden konnte.

### **Landkreis Böblingen: Jury-Sonderpreis „Nutzersensibilisierung“**

Böblingen überzeugte die Jury mit seinem Maßnahmenmix im Rahmen der Kampagne mission E. Die seit 2017 bestehende Kampagne im Landratsamt hebt sich vor allem durch folgende Dinge von vergleichbaren Aktionen ab: Es besteht ein eigenes Projektteam aus 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die insgesamt ein Arbeitspensum von circa 70 Arbeitstagen pro Jahr für die Nutzersensibilisierung aufbringen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich in einer fortlaufenden Strommessgeräte-Aktion Strommessgeräten kostenlos ausleihen und damit den Energieverbrauch von Geräten zuhause prüfen und ggf. über energieeffiziente Neuanschaffungen nachdenken. Des Weiteren wurde im Dezember 2018 ein Adventskalender mit Energiequizfragen und Gewinnspiel durchgeführt. Ein Workshop zur Wissensvermittlung und Ideensammlung zu Energieeinsparmaßnahmen für Mitarbeitende rundete den prämierten Maßnahmenmix ab.

### **Internationale Verleihung der European Energy Awards Gold in Ravensburg – Umweltministerin Thekla Walter: „Heute werden besonders ambitionierte Kommunen aus ganz Europa für ihre Anstrengungen beim Klimaschutz ausgezeichnet“**

In einer feierlichen Verleihungszeremonie in Ravensburg wurden am 5. November 2021 Landkreise, Städte und Gemeinden aus ganz Europa mit der höchsten Auszeichnungsstufe „Gold“ des European Energy Awards (eea) prämiert. Zu den Preisträgerinnen und Preisträgern gehören Kommunen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Luxemburg, Liechtenstein und der Schweiz, die am europäischen Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren „European Energy Award“ teilnehmen und in den Jahren 2020 und 2021 mit dem Gold-Label zertifiziert worden sind. Auch aus Baden-Württemberg wurden 15 Kommunen für ihre besonders anspruchsvollen Klimaschutzmaßnahmen und Beiträge zur Energiewende ausgezeichnet.

#### *Klimaaktive Kommunen als wichtige Vorbilder*

„Beim Klimaschutz geht es nicht mehr ohne ehrgeizige Ziele“, sagte Umweltministerin Thekla Walker in Stuttgart. „Diese können wir aber nur mit engagierten Partnern wie den heute ausgezeichneten Kommunen erreichen. Mit ihrem Einsatz für den Klimaschutz und die Energiewende nehmen sie eine wichtige Vorbildfunktion ein.“ Internationale Initiativen wie der European Energy Award seien wichtige Netzwerke, um Ideen auszutauschen und voneinander zu lernen, ergänzte die Ministerin. „Hier treffen klimaaktive Kommunen auf Gleichgesinnte aus ganz Europa, die sich ihrer Verantwortung für den Klimaschutz bewusst sind und sich vor Ort mit konkreten Maßnahmen für ein besseres Klima einsetzen.“

## Ergänzende Informationen:

### Zu den Preisträgerinnen und Preisträger

Aufgrund der Corona-Pandemie findet die europaweite eea Gold-Verleihung in diesem Jahr für die Jahre 2020 und 2021 gemeinsam statt.

Aus Baden-Württemberg dürfen sich über die Auszeichnung mit dem European Energy Award Gold die Landkreise Biberach (2021), Böblingen (2021), Bodenseekreis (2021), Ravensburg (2020), Reutlingen (2021) und Sigmaringen (2021) freuen. Die prämierten baden-württembergischen Kommunen sind die Städte Bad Schussenried (2020), Friedrichshafen (2020), Lörrach (2020), Mengen (2021), Ravensburg (2020), Sigmaringen (2020), Ulm (2021) und Wangen im Allgäu (2020) sowie die Gemeinde Illfeld (2020). Acht Kommunen, die sich bereits im Jahr 2020 im eea zertifiziert haben, haben bereits im Rahmen des Kommunalen Klimakongresses am 27. Mai 2021 in Ulm ihre Auszeichnung in Gold erhalten.

Bilder zur Veranstaltung können Sie unter folgendem Link abrufen: <https://www.dropbox.com/s/gn23bkbq4sqgdcd>. Als Bildquelle ist der Association European Energy Award zu nennen.

### Zum European Energy Award

Der eea ist ein europäisches Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren, das eine umsetzungsorientierte Energie- und Klimaschutzpolitik in Städten, Gemeinden und Landkreisen zum Ziel hat. Dabei werden Klimaschutzaktivitäten der Kommunen systematisch erfasst und bewertet. Anschließend werden Maßnahmen passend für die jeweilige Kommune geplant, gesteuert und regelmäßig überprüft. So sollen Potenziale nachhaltigen Klimaschutzes identifiziert und genutzt werden.

In Baden-Württemberg engagieren sich 135 Städte und Gemeinden, 25 Landkreise sowie ein Gemeindeverwaltungsverband beim eea. Deutschlandweit sind es aktuell 335 teilnehmende Kommunen.

Das Umweltministerium bezuschusst die Teilnahme am European Energy Award mit 10.000 Euro.

Im Auftrag des Umweltministeriums führt die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA-BW) die Landesgeschäftsstelle des eea. Sie berät interessierte und teilnehmende Kommunen, gibt praktische Hilfestellung für das Zertifizierungsverfahren und organisiert den Austausch zwischen den teilnehmenden Kommunen in Baden-Württemberg. Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.kea-bw.de>.

### **25.000 Euro Preisgeld für „#Aktion Handabdruck Heidenheim“ – Landkreis Heidenheim gewinnt beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2021“**

Der Landkreis Heidenheim gehört zu den Gewinnern beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2021“. Die Auszeichnung wurde für das Mitmachprojekt „#Aktion Handabdruck Heidenheim“ vergeben, das vom Klimaschutzmanagement des Landkreises gemeinsam mit der Bio-Musterregion Heidenheim plus und dem Forum Ernährung HDH initiiert wurde. Mit dem Projekt ist es trotz der Corona-Pandemie erfolgreich gelungen, die Menschen zu einer kreativen Mitmachaktion zu motivieren, um ihr Engagement und ihre Gedanken zu den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit landkreisweit auf selbstgestalteten Plakaten zu präsentieren. Ausgeschrieben wurde der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Institut für Urbanistik. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Der Gewinn ist mit 25.000 Euro Preisgeld dotiert, das wieder in Klimaprojekte zu investieren ist. Landrat Peter Polta freute sich sehr über die Auszeichnung und kündigte an, wie das Preisgeld genutzt werden soll: „Die

Auszeichnung und das Preisgeld sind für uns eine große Motivation für die weitere Vertiefung der Aktivitäten im Bereich Klimaschutz. Wir freuen uns das Preisgeld in die E-Mobilität sowie in Öffentlichkeitsarbeit und Bildung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit investieren zu können.“

Über 300 persönliche „Handabdrücke“ als Zeichen für die eigene Nachhaltigkeit. Wie bewegt man die Bürgerinnen und Bürger seines Landkreises im teilweise trägen Corona-Alltag und während des Lockdowns dazu, sich aktiv mit den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu befassen? Diese Frage stellten sich die Mitarbeiterinnen vom Klimaschutzmanagement des Landkreises, der Bio-Musterregion Heidenheim plus und des Forums Ernährung HDH, die alle im Landratsamt Heidenheim angesiedelt sind. Als Antwort entwickelten sie unter der Schirmherrschaft des Landrats Peter Polta Anfang 2021 ein attraktives Klimaschutz-Mitmachprojekt. Als einprägsames Symbol für die Aktion wählten sie den Handabdruck. Er steht für die Ausweitung des eigenen Beitrags zur Nachhaltigkeit durch Handeln – im Gegensatz zum „CO<sub>2</sub>-Fußabdruck“ der die Belastung der Umwelt symbolisiert.

Ziel der Initiatorinnen war es, mit einer einfachen Aktion das Bewusstsein für einen klimafreundlichen, ökologischen und zukunftsfähigen Lebensstil zu schaffen und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis sichtbar zu machen. Also eine Art Ideenaustauschbörse, die zu einem Gemeinschaftsgefühl für mehr Klimaschutz führt. Ab Mitte März 2021 waren daher alle Bürgerinnen und Bürger vier Wochen lang aufgerufen, ein DIN A4-Plakat mit dem eigenen Handabdruck zu gestalten und zu beschreiben oder zu zeichnen, wie man bereits nachhaltig handelt oder dies zukünftig tun möchte. Insgesamt gingen über 300 gestaltete „Handabdrücke“ ein. Auf DIN A3-große, grüne Aktions-Passepartouts geklebt, erhielten sie ein einheitliches Layout. Zur Ver-





Gewinnerteam Landkreis Heidenheim mit Gratulantinnen und Gratulanten

Quelle: Peter Himsel/Difu

öffentlichung suchte sich der Landkreis lokale Handels- und Gewerbevereine als Kooperationspartner, so dass die Botschaften im Frühjahr 2021 landkreisweit in den Schaufenstern der Einzelhandelsgeschäfte präsentiert wurden. Hinzu kam eine Ausstellung im Einkaufszentrum Schloss Arkaden in Heidenheim.

#### Zentrale Themen: Müllreduktion und Plastikvermeidung

Mehrere Schulen haben sich an der Aktion beteiligt und die Thematik durch Referentenbesuche, Videobeiträge oder gemeinsame Bastelaktionen in den Unterricht integriert. Ebenso haben Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Kultur, Sport, Landwirtschaft, Soziales, Gastronomie sowie aus dem ehrenamtlichen Bereich teilgenommen. Eine Auswertung der Plakate ergab, dass insbesondere die Themen „Müllreduktion und Plastik vermeiden“, „Strom sparen“, „Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln“ und „regionaler und biologischer Einkauf“ bei den Menschen von großer Bedeutung sind.

Beworben wurde die Aktion über die Homepage des Landkreises, Newsletter, großflächige Anzeigenschaltungen in der Lokalpresse. Auch Social-Media-Kanäle wurden genutzt, so sollten die Teilnehmenden ihre Plakate nicht nur

beim Landratsamt einsenden, sondern auch unter dem #AktionHandabdruck-Heidenheim auf ihren Kanälen verbreiten.

#### Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“

Der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ wird seit 2009 im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative ausgelobt. In diesem Jahr wurden insgesamt 81 Beiträge in vier unterschiedlichen Kategorien eingereicht. Der Landkreis Heidenheim hat sich mit dem Projekt „#Aktion Handabdruck Heidenheim“ in der Kategorie „Klimaaktivitäten zum Mitmachen“ beworben. In dieser Kategorie gab es 36 Bewerbungen, aus denen drei Gewinnerprojekte ausgewählt wurden. Weitere Informationen sowie Texte, Fotos und Filme zum Wettbewerb und zum ausgezeichneten Projekt finden sich unter: [www.klimaschutz.de/wettbewerb2021](http://www.klimaschutz.de/wettbewerb2021)

#### Ostalbkreis gründet Klimaschutzbeirat

Am 26. Oktober 2021 hat sich unter Vorsitz von Landrat Dr. Joachim Bläse der neue Klimaschutzbeirat im Aalener Landratsamt konstituiert. Ende Juli dieses Jahres hatte der Kreistag beschlossen, den Themenfeldern Klimaschutz und Nachhaltigkeit noch mehr Priorität

einzuräumen. Damit wird ein zentraler Baustein des von Dr. Bläse bei seinem Amtsantritt postulierten 10-Punkte-Programms umgesetzt, wonach der Kreis aktiv zur Erreichung der Klimaschutzziele beiträgt.

Der neu ins Leben gerufene Klimaschutzbeirat, der sich aus zwei Strukturelementen, dem internen, hauptamtlichen Klimaschutzbeirat und dem erweiterten, ehrenamtlichen Klimaschutzbeirat zusammensetzt, soll nun gemeinsam Maßnahmen entwickeln, die durch die fachlich zuständigen Geschäftsbereiche federführend realisiert werden.

Alle 27 EU-Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Im Rahmen der Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes wird das Ziel der Treibhausgasneutralität Deutschlands bis zum Jahr 2045 festgeschrieben. Auch die Neuausrichtung der Klimaschutzziele in Baden-Württemberg sieht eine Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahre 2040 vor. „Der Ostalbkreis möchte mit der Landkreisverwaltung ebenfalls bis zum Jahr 2040 klimaneutral werden. Dieses Ziel reiht sich nahtlos in die aktuellen nationalen und europäischen Klimaschutzziele ein“, erklärt Landrat Dr. Bläse. „Um dieses Ziel schnell und effektiv erreichen zu können, brauchen wir einen gemeinsamen Ansatz.“

Der interne Klimaschutzbeirat, welcher am Dienstagnachmittag tagte, hat eine Steuerungs- und Umsetzungsaufgabe innerhalb der Landkreisverwaltung. Folgende Stabsstellen- und Geschäftsbereichsleitungen sind in den Klimaschutzbeirat verpflichtend berufen:

- Pressestelle
- Wirtschaftsförderung
- Hochbau und Gebäudewirtschaft
- Digitalisierung und Organisation
- Bildung und Kultur
- Verkehrsinfrastruktur
- Forst
- Klimaschutz und Nachhaltigkeit
- Baurecht und Naturschutz



Der interne, hauptamtliche Klimaschutzbeirat traf sich im Kleinen Sitzungssaal des Aalener Landratsamts.  
Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

- Umwelt und Gewerbeaufsicht
- Wasserwirtschaft
- Landwirtschaft
- Nachhaltige Mobilität
- Ostalb-Kliniken

Am Abend tagte dann der erweiterte Klimaschutzbeirat. Er setzt sich überwiegend aus ehrenamtlichen Mitgliedern zusammen und bietet die Plattform für die Bürgerbeteiligung. Dabei berät und unterstützt er den internen Klimaschutzbeirat bei der Umsetzung und Entwicklung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekten.

Folgende ehrenamtliche Vertreter und Organisationen sind zur Mitarbeit im er-

weiterten Klimaschutzbeirat eingeladen worden:

- Mitglieder der Kreistagsfraktionen
- Vertreter der Kommunen (Oberbürgermeister, Bürgermeister-Sprengel)
- Umwelt- und Naturschutzorganisationen (BUND, NABU, ANO, WWO, LEV)
- Freie Zusammenschlüsse (Fridays for Future, Parents for Future, Klimabündnis Ostalb)
- Regionalverband Ostwürttemberg
- Handwerk und Industrie (IHK, KHS, ODR)
- Landwirtschaft und Forst (Kreisbauernverband, SDW)
- Hochschulen im Ostalbkreis
- Sonstige Organisationen (ADFC, EKO)

So heterogen die Zusammensetzung des Klimaschutzbeirates auch ist, umso einiger waren die Teilnehmenden sich darin, dass der Klimaschutzbeirat schnell zielführende Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekte entwickeln und diese im Ostalbkreis zur Umsetzung bringen soll. Aus Sicht des Landrats ist es wichtig, dass die entwickelten Projekte zu messbaren Erfolgen im Hinblick auf eine Treibhausgasreduktion führen. Hierbei setzt der Landrat auch auf das neu im Umwelddezernat eingerichtete Referat Klimaschutz und Nachhaltigkeit, welches die Arbeit des Klimaschutzbeirates koordiniert und unterstützt. Dort wird zukünftig die Stelle eines Referenten für Klimaschutz und Nachhaltigkeit angesiedelt.

## Verschiedenes

### Gipfeltreffen der Landräte

Die Landrätin und Landräte des Regierungsbezirks Tübingen sowie der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis v. Komorowski trafen sich am 21. Oktober 2021 zu einem „Gipfeltreffen“ im Rathaus in Meßstetten. Bürgermeister Frank Schroft begrüßte das 11 köpfige Gremium



V.l.n.r.: Landrat Lothar Wölfle (Bodenseekreis), Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis v. Komorowski, Regierungspräsident Klaus Tappeser, Landrat Joachim Walter (Tübingen), Landrat Günther-Martin Pauli (Zollernalbkreis), Landrätin Stefanie Bürkle (Sigmaringen), Regierungsvizepräsident Dr. Utz Remlinger, Landrat Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis), Landrat Dr. Ulrich Fiedler (Reutlingen), Landrat Harald Sievers (Ravensburg), Landrat Dr. Heiko Schmid (Biberach)  
Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

– mit bis zu 989 Meter über dem Meerespiegel in einer der höchstgelegenen Städte in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt.

Gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten Klaus Tappeser und dem Vizepräsidenten Dr. Utz Remlinger wurden die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die bevorstehende, verstärkte Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen intensiv diskutiert.

„Die Bewältigung von ungeplanten Herausforderungen wie die Corona-Pandemie erfordert von allen Beteiligten einen enormen Kraftakt. Das vertrauensvolle und konstruktive Miteinander zwischen dem Land und den Kommunen ist hierfür Voraussetzung“, so der Vorsitzende des Landräte-Sprengels im Regierungsbezirk Tübingen, Landrat Günther-Martin Pauli. „Dazu gehört, dass das Land den Kommunen bei den anstehenden Finanzverhandlungen fair entgegenkommt. So braucht es etwa zusätzlicher Investivmittel für die Krankenhäuser, um diese krisen- und zukunftsfest zu machen“, betont Pauli. „Bei der Flüchtlingsunterbringung vertrauen wir weiterhin auf die Zusage des Landes, dass insoweit keine Kosten an den Landkreisen hängenbleiben“.

Zu dem Regierungsbezirk Tübingen zählen die Landkreise: Alb-Donau-Kreis, Biberach, Bodenseekreis, Ravensburg, Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und der Zollernalbkreis.

### **Landkreis Emmendingen:**

#### **175 Jahre Bildungszentrum Hochburg**

1846 von Großherzog Leopold als „Ackerbauschule“ gegründet, konnte das landwirtschaftliche Bildungszentrum Emmendingen-Hochburg am Freitag ihr 175-jähriges Bestehen feiern. Auch Landesminister Peter Hauk gehörte zu den Gratulanten und hielt die Festrede.

175 Jahre sind eine lange Zeit, viele Generationen wurden seit 1846 in der landwirtschaftlichen Bildungsstätte Hochburg ausgebildet. Am Freitag, 22. Oktober

2021 wurde das mit einem Festakt gefeiert, zu der um die 100 Gäste geladen worden waren, unter ihnen Justizministerin Marion Gentges, der aktuelle Landwirtschaftsminister Peter Hauk und die ehemalige Landschaftsministerin Gerdi Staiblin sowie Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer.

In der neuen Scheune des Landwirtschaftlichen Bildungszentrums Emmendingen-Hochburg hatte Landrat Hanno Hurth die Gäste begrüßt. „Die am 24. April 1846 gegründete Hochburg ist die älteste landwirtschaftliche Bildungseinrichtung in Baden und steht seither für hochwertige Aus- und Weiterbildung in der Landwirtschaft“, machte er die Bedeutung der Einrichtung über die Jahrzehnte hinweg bis in die heutige Zeit deutlich, auch für die Absolventinnen und Absolventen: „Viele ehemalige Schülerinnen und Schüler berichten mir immer wieder von der tollen Aus- und Fortbildung hier auf der Hochburg. Sie fühlen sich als ‚Hochburger‘ und kommen immer wieder gerne zurück.“

Anschließend hielt Peter Hauk, Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Baden-Württemberg die Festrede. Nach einem Rückblick auf die Geschichte der Bildungsstätte machte er deutlich, wie viel Wissen heutzutage in der Landwirtschaft nötig sei, welches weit über den praktischen Teil hinausgehe. Als Beispiel nannte er die Kommunikation nach außen, die auch gelehrt werde. Es sei immens wichtig geworden, Überzeugungsarbeit zu leisten. „Die Schüler lernen hier der Bevölkerung zu vermitteln, was regional produziert wird und welchen Wert das hat, denn wir in Baden-Württemberg haben weltweit die höchsten Standards bei der Lebensmittelproduktion.“ Weitere Themen, die inzwischen immer wichtiger geworden seien und gelehrt würden, seien der Umgang mit dem Klimawandel, das Wassermanagement und auch die digitale Kompetenz. Für die landwirtschaftlichen Lehranstalten gelte bei alledem weiterhin eine enge Verzah-

nung von praktischem Wissen und neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen als Ziel, und dieser Praxisbezug ziehe sich als Markenzeichen der Hochburg durch die gesamte 175-jährige Geschichte.

Anschließend gratulierte der Präsident des badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbands (BLHV) Werner Räßle zum 175-jährigen Bestehen und erinnerte an die Gründe für die Gründung 1846: „Es war die badische Antwort auf die damalige Notzeit. Nur durch Ausbildung konnten Fortschritte bei der dringend nötigen Sicherung der Ernährung der Bevölkerung erzielt werden.“ Damals wie heute brauche man Forschung und qualifizierte Ausbildung, um immer auf dem neuesten Stand zu bleiben.

Zum Abschluss diskutierten in einer von Anna Körkel moderierten Gesprächsrunde dann noch Lehrkräfte und Schüler über Schule, Ziele, Inhalte und das Zusammenspiel von Praxis und Theorie und gaben den Anwesenden damit einen interessanten Einblick in die unterschiedlichen Beweggründe und Vorteile für den Besuch des Landwirtschaftlichen Bildungszentrum auf der Hochburg.

### **Rems-Murr-Kreis schafft anonyme Anlaufstelle für kommunale Wahlbeamte**

*Unbürokratische, niederschwellige Hilfe für (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister*

Die Anforderungen, die an kommunale Wahlbeamte gestellt werden, nehmen kontinuierlich zu: höhere Erwartungshaltungen, schnellere Entscheidungen, Wünsche nach mehr Bürgerbeteiligung und auch zunehmende gesetzliche Veränderungen. Der Druck auf die (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister als Entscheidungsträger wächst, was in Belastungssituationen oder sogar im Burn-out münden kann.

„Bürgermeister stehen sieben Tage in der Woche, rund um die Uhr, im Rampenlicht und in der Öffentlichkeit. Es werden hohe Anforderungen an die Person und



seine Kondition gestellt. Wir dürfen und wollen unsere Rathauschefs nicht mit psychisch belastenden Situationen alleine lassen. Daher ist mir die anonyme Anlaufstelle für kommunale Wahlbeamten im Rems-Murr-Kreis ein persönliches Anliegen“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. Auch der Gemeindegtag überlegt, ein entsprechendes Angebots zu schaffen. Eine landesweite Lösung zu etablieren, dauert allerdings seine Zeit. Durch die Anlaufstelle auf Kreisebene möchte der Rems-Murr-Kreis den kommunalen Wahlbeamten ab sofort eine niederschwellige und anonyme Möglichkeit geben. Die Anlaufstelle dient der Unterstützung bei Belastungen, Konflikten und Schwierigkeiten am Arbeitsplatz – aber auch bei Problemen im persönlichen Bereich, die das körperliche und/oder psychische Wohlbefinden am Arbeitsplatz beeinträchtigen. Das Angebot soll hierbei als unbürokratische und rasche Hilfestellung dienen. Umgesetzt wird das Format durch die Kooperation mit einer externen Psychologin, die bei Bedarf und anonym kontaktiert werden kann. Die (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister haben Informationen zum Angebot und die Kontaktdaten vom Landratsamt erhalten.

## Wirtschaftsförderung

### **Landkreis Böblingen: Böblingen bekommt neue Innovationsmaschine rund um Künstliche Intelligenz**

Startup- und Zukunftszentrum AI xpress im früheren Eisenmann-Areal eröffnet mit Prototypenwerkstatt, Factory-Eventfläche und NOX-Roboter in einzigartiger Location.

Mehr als 300 geladene Gäste haben im Süden Böblingens im ehemaligen Bildungszentrum der Firma Eisenmann die Eröffnung eines neuen Zentrums für

Technologie gefeiert. Der Name des Ganzen „AI xpress“. AI steht im Englischen für „Künstliche Intelligenz“ (Artificial Intelligence).

Der Landkreis Böblingen stellt aus seinem Haushalt 1,2 Mio. € für das Zukunftsprojekt zur Verfügung. Landrat Roland Bernhard: „Mit dem Zentrum AI xpress entsteht eine herausragende Adresse für Innovationen im Bereich der Künstlichen Intelligenz an einem der größten und innovativsten IT-Standorte Baden-Württembergs. Wir hoffen, dass vor allem sehr junge, hochschulnahe Startups von dem Konzept profitieren. Aber auch Kleine und Mittelständische Unternehmen sind eingeladen, von AI xpress zu profitieren. Gerade die Förderung von Gründungen und digitaler Innovation sind Ziele unserer Zukunftsstrategie Wirtschaftsstarker Landkreis aus dem Jahr 2018. Nach Einrichtung des Digitalisierungszentrums für die Region Stuttgart ZD.BB hier in Böblingen, mit seinem KI Lab und dem Softwarezentrum Böblingen/Sindelfingen ist AI xpress bereits die vierte Einrichtung für digitale Innovationen am Standort.“ Managed Offices, Coworking-, Experimentier- und Laborflächen, Hilfe bei der Suche nach Pilotkunden, vielfältige Coaching-Angebote, Unterstützung bei der Finanzierung - auf über 1.000 m<sup>2</sup> Fläche finden junge Unternehmen aus der Hightech-Szene optimale Bedingungen. Eng verknüpft wird der Hub auch mit dem bereits in Böblingen ansässigen KI Lab der Region Stuttgart innerhalb des Digital Hub ZD.BB.

Für Böblingens Oberbürgermeister Dr. Stefan Belz, von Berufswegen selbst promovierter Raumfahrt-Ingenieur, ist AI xpress der erste Baustein einer integrierten KI-Strategie am traditionsreichen IT-Standort Böblingen. „Der Impuls, den Böblinger Gemeinderat und Stadtverwaltung mit der Beteiligung am Wettbewerb ‚Innovationspark künstliche Intelligenz Baden-Württemberg‘ und einer finanziellen Unterstützung von fünf Millionen Euro Anfang 2021

gesetzt haben, trägt nun erste Früchte und verortet das Zukunftsthema Künstliche Intelligenz zentral in Böblingen – was ich überaus sensationell finde. AI xpress soll mit dem KI Lab, dem Zentrum für Digitalisierung/Digital Hub, dem Softwarezentrum und natürlich den Unternehmen aus Böblingen und dem Landkreis zusammenarbeiten, weitere innovative Anstöße geben und mit dem dortigen Maker-Space, dem Co-Working Space und den Veranstaltungen Anlaufstelle für Interessierte, Gründer\*innen und etablierte Unternehmen sein. So können wir den Strukturwandel aktiv begleiten.“ Die Blaupause für AI xpress und das weitere Vorgehen ist der gemeinsame Antrag der Regionen Stuttgart, Karlsruhe und Neckar-Alb für einen KI-Innovationspark, der bekanntermaßen aktuell nicht zum Tragen kam.

Eben dieser Antrag gab den wesentlichen Impuls und war damit Anlass für das Softwarezentrum Böblingen/Sindelfingen e.V., aktiv zu werden. Über die Zukunftsstrategie Wirtschaftsstarker Landkreis der Landkreiswirtschaftsförderung übernahm Hans-Ulrich Schmid, Geschäftsführer des Softwarezentrums und einer von zwei Leitern der Themengruppe Digitalisierung innerhalb der Strategie, die Initiative und ging auf Landrat Bernhard zu. Es lag nahe, dass das Softwarezentrum auch die Trägerschaft für AI xpress übernimmt. „Damit erhält der Technologiepark, der derzeit 110 IT-Unternehmen mit 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf 12.000 m<sup>2</sup> Büroflächen umfasst einen neuen Satelliten mit glänzenden Zukunftsaussichten“, so Hans-Ulrich Schmid, Geschäftsführender Vorstand des Softwarezentrums.

Besonders bedankte sich Schmid bei seinen „kongenialen Sparringspartnern“, dem IT-Unternehmer Harald Grumser (Compart AG) und Wolfgang Vogt von den Senioren der Wirtschaft, beide Leiter der Themengruppe „Gründung/Unternehmensnachfolge“ innerhalb der Zukunftsstrategie, ohne die der „Express-



Start“ innerhalb von neun Monaten von der Idee zur Realisierung nicht möglich gewesen wäre.

AI xpress adressiert neben Techgründerinnen und -gründern junge Menschen ab 14 Jahren aufwärts. Diese sollen mit Feriencamps, Wochenend-Workshops, Barcamps, Hackathons und vielen weiteren Formaten in den „Maker xpress“ gelockt werden. Hier gibt es unter anderem Lasercutter, 3D-Drucker, E-Labore oder IT-Arbeitsplätze, die allein oder unter Anleitung genutzt werden können.

Schon vor der offiziellen Eröffnung von AI xpress zeigen sich erste Erfolge, bereits zehn Startups sind in den Beratungsprozess eingestiegen. Zwei Unternehmen haben sich angesiedelt. Veranstaltungen mit insgesamt mehr als 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden bereits durchgeführt oder stehen auf dem Programm für dieses Jahr.

Auf dem früheren Eisenmann-Areal bieten sich aus Sicht der Initiatoren hervorragende Wachstumsmöglichkeiten.

Schon wird daran gedacht, die Fläche zu verdoppeln. Auf den hinzukommenden Flächen könnte ein neuer Forschungsstandort entstehen, und junge Unternehmen könnten repräsentative und funktionale Produktionsflächen erhalten, die unmittelbar an die Räume und Angebote von AI xpress anknüpfen. Interessierte Firmen können sich bei David Timm, dem jungen Leiter von AI xpress, melden (timm@aixpress.io).

Das Partnernetzwerk von AI xpress umfasst neben Landkreis, Stadt Böblingen und dem Softwarezentrum Böblingen/Sindelfingen e.V. auch die Senioren der Wirtschaft, die Compart AG, das ZD.BB, das Herman Hollerith Zentrum und die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH.

#### *Hintergrund/Leistungsportfolio AI xpress*

Auf über 1.000 qm Fläche bietet AI xpress, neben modernen Coworking Spaces, Managed Offices für Startups, Design Thinking & Innovation Areas, einen Ma-

kerspace als Prototypenwerkstatt sowie die notwendige technische Infrastruktur, um Ideen weiterzuentwickeln. AI xpress ist ein offenes Angebot für alle technologieorientierten Menschen und Organisationen in der Region Stuttgart.

Die Ziele sind:

- Sensibilisierung/Begeisterung für Technik, Innovation & IT
- Förderung von KI- und High Tech Startups in allen Phasen; von der Entwicklung über das Proof of Concept bis hin zur Kleinserienproduktion
- Transformationsbegleitung von Akteuren aus Wirtschaft und Verwaltung mit einem breiten Beratungsangebot
- Realisierung eines lebendigen Kulturangebots mit Vorträgen, Coachings und Austauschmöglichkeiten
- Zusammenführen von Erfahrungen, Kompetenzen und Infrastruktur über das breite IT- und industrienahe Partnernetzwerk

Die nächste Ausgabe der Landkreisnachrichten  
erscheint am 25. März 2022

# HOHENLOHEKREIS



**Regierungsbezirk Stuttgart**  
**Einwohnerzahl: 113.035 (Stand 30.06.2021)**  
**Fläche in km<sup>2</sup>: 776,8 (Stand 31.12.2019)**  
**Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 16**  
**davon Große Kreisstädte: 1**

**Hausanschrift:**  
Landratsamt Hohenlohekreis  
Allee 17  
74653 Künzelsau

**Postanschrift:**  
Landratsamt Hohenlohekreis  
Postfach 13 62  
74643 Künzelsau

**Zentrale:**  
Telefon: 07940 / 18-0  
Telefax: 07940 / 18-336  
E-Mail: [info@hohenlohekreis.de](mailto:info@hohenlohekreis.de)

**Pressestelle:**  
Telefon: 7940 / 18-249  
Telefax: 7940 / 18-742  
E-Mail: [pressestelle@hohenlohekreis.de](mailto:pressestelle@hohenlohekreis.de)

**Wirtschaftsförderung:**  
Telefon: 7940 / 18-351  
Telefax: 7940 / 18-370  
E-Mail: [wirtschaftsfoerderung@hohenlohekreis.de](mailto:wirtschaftsfoerderung@hohenlohekreis.de)

**Tourismus:**  
Telefon: 7940 / 18-351  
Telefax: 7940 / 18-370  
E-Mail: [info@hohenlohe.de](mailto:info@hohenlohe.de)



**Landrat:**  
Dr. Matthias Neth  
seit 23.07.2013

<b>Mandatsverteilung:</b>	
Gesamt 43 Sitze, davon	
CDU:	13
Freie Wählervereinigung:	9
Bündnis 90/Grüne :	7
SPD:	6
FDP:	4
AfD:	3
Linke:	1

**Geografische Lage:**



**Mehr Infos:**  
[www.hohenlohekreis.de](http://www.hohenlohekreis.de)

**Wissenswertes**

Mitten in der Region Heilbronn-Franken im Nordosten Baden-Württembergs gelegen, erstreckt sich der Hohenlohekreis von der Hohenloher Ebene über das Kochertal bis hin zum Jagsttal. Bei der Kreisreform zum 1. Januar 1973 wurde der Hohenlohekreis aus den ehemaligen Landkreisen Künzelsau und Öhringen und dem zum früheren Landkreis Buchen gehörenden Raum Krautheim gebildet. Kreissitz ist Künzelsau.

Der mit seinen rund 112.000 Einwohnern bevölkerungsmäßig kleinste Landkreis Baden-Württembergs beeindruckt durch seine Vielfalt an Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten – von Streuobstwiesen- und Weinwanderungen über ausgedehnte Radtouren an den Flüssen Kocher und Jagst bis hin zum Besuch von multimedialen Museen, Burgtheatern oder Konzerten des beliebten Hohenloher Kultursommers. Als Teil der Genießerregion Hohenlohe bietet der Kreis zudem Genuss pur etwa beim Besenwirt, Direktvermarkter oder Gourmetrestaurant sowie ein gemeinsames Mehrwegsystem mit dem Namen „Hohenlohe to go“.

Als Wirtschaftsstandort weist der Hohenlohekreis eine sehr hohe Dichte an Weltmarktführern auf. Hier macht sich besonders der Hohenloher Erfindungsreichtum und das in der Region sprichwörtlich bekannte Tüftlertum bemerkbar. Die Wirtschaft ist insbesondere geprägt durch historisch gewachsene Cluster in den Bereichen Montage- und Befestigungstechnik, Ventil-, Mess- und Regeltechnik, Ventilatoren- und Lüftungstechnik sowie Explosionsschutz. Spannende Einblicke in unterschiedlichste Unternehmen im Kreis bietet eine Arbeitgeberplattform unter [www.hohenlohe.business](http://www.hohenlohe.business).

Der Hohenlohekreis hat in den vergangenen Jahren viele internationale Kontakte geknüpft. Den Anfang machte der City & County of Limerick in Irland. Seit über 25 Jahren besteht zu diesem eine lebendige Partnerschaft, aus der zahlreiche freundschaftliche Beziehungen auf vielen Ebenen entstanden sind. Im Jahr 2009 konnte die Partnerschaftsurkunde mit dem polnischen Landkreis Kedzierzyn-Kozle feierlich unterzeichnet werden. Seither hat die Partnerschaft eine Vielzahl an Früchten getragen, besonders im Schul- und Jugendbereich. Nach langjährigen freundschaftlichen Verbindungen darf der Hohenlohekreis seit 2013 auch den Guanling County im Südwesten Chinas zu seinen Partnerkreisen zählen.



**Aussicht von Waldenburg auf die Hohenloher Ebene**